REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 355 · 9.6.1993

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 55 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Neuengamme für Roma gesperrt
2. Ein scheinheiliges Dementi (Gremliza antwortet Lutz Taufer)
3. Protest gegen IG-Farben! An 16. Juli in Frankfurt
4. 100.000 KurdInnen in Bonn - Roland Röder
5. "... man entschied sich für einen neuen Angriff". Ausländische Rundfunk- und Fernsehkommentare zu Solingen
6. Internierungslager auf dem Rhein-Main-Flughafen geplant
7. Solingen kann überall sein
8. Debatte X. Das Asylrecht wurde abgeschafft
9. Das Abkommen mit Polen. Von der Asyl- zur Bevölkerungspolitik - Albrecht Maurer u. Ulla Jelpke
10. Chronologie rassistischer Anschläge (24.4.30.5.93)
11. Fußball und Rassismus (Buchvorstellung)
12. Karlsruher Pfingstbotschaft. Zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts - Barbara Ritter
13. Paragraph 218: Ein Sieg fürs Patriarchat
14. Das häßliche Ende des Modells Deutschland. "Potemkins Rückkehr" von Robert Kurz (Buchbesprechung)
15. HIV-Positive werden im Knast denunziert. Initiative für einen Knaststreik - Thomas Krämer
16. Ein neuer Atomkonsens? Demo gegen das AKW Brunsbüttel am 26.6.1993
17. Recycling der "politischen Klasse": Von Engholm zu Steinkühler zu .. - Martin Rheinlaender
18. Der Skandal als politisches Schlafmittel
19. Was bleibt nach dem Streik? (Metallerstreik in Ostdeutschland)
20. Klammheimliche Tolerierung. "Gewöhnung" an die Reps in hessischen Kommunalparlamenten
21. Öffentliches Gelöbnis der Saarland-Brigade verhindert - Winfried Meyer
22. Engel und AIDS. Bundeswehr in Kambodscha
23. Erste Arbeitskonferenz der Internationalen Landminen-Kampagne in Bonn
24. Zerfall der Sowjetunion - Chance oder " Jugoslawisierung"? - Kai Ehlers
25. Betrifft:"antifaschistische Wochenzeitung" in der ehemaligen UdSSR. Dritter Rundbrief (Dokumentation)
26. Der Pakt. Die Rechten und der Staat. (Buchbesprechung)
27. Jugoslawien, zwei Jahre danach
28. KP Griechenlands: Eins teilt sich in drei
29. Israel/Palästina. Abriegelung und wirtschaftliche Folgen - Adel Samara
30. Eliezer Feiler 1921-1993 - Jörn Böhme
31. Dänische Autonome über die politischen Konstellationen vor dem Referendum
32. Südafrika war im Besitz der Atombombe!
33. Guatemala: Putschist Serrano weggeputscht
34. Widerstandsdörfer in Guatemala - Hermann Werle
35. Politische Differenzen in der FMLN
36. Machtkämpfe in der DDR. Zu Wolfgang Harichs Buch "Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit" - Angela Martin
37. Hafenstrasse - vom Wehrdorf zum Heimatdorf?
38. Berliner Autonome auf neuen Wegen. Auseinandersetzungen um die 1. Mai-Demo
39. Offener Brief von Rosa Luxemburg an die RAF, die RZ sowie die autonome und antiimperialistische Bewegung - Eine Polemik (1. Teil)
40. Nouvelle droite und Neue Rechte. Die ideologische Modernisierung des Konservativismus in Frankreich und der BRD

41. Selbsttest bestanden. Die 1. ordentliche Bundesversammlung von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN - Michael Pickardt
42. Wie die Lämmer zur Schlachtbank ...? Neue Bücher zu jüdischem Überleben und Widerstand - Klaus Mellenthin
43. Das häßliche Ende des "Modells Deutschland"
44. Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
45. Hoffnungsträger und Renegaten
46. Grundgesetzartikel 16a zum Asylrecht
47. Kalender
48. Quelldatei 47.htm
49. Quelldatei 60.htm
50. Quelldatei guat.htm
51. Jugoslawien:
52. Asylprotektorat Polen
53. Der Neorassismus der Neuen Rechten
54. "Rosa Luxemburg" kritisiert Reformismus der RAF
55. Quelldatei solingen.htm

1. Neuengamme für Roma gesperrt

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak355/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:355:40

Am 16. Mai 1940 begann die Deportation der Roma und Sinti nach Polen, in die Vernichtungslager Auschwitz und Treblinka. Es war der Beginn eines Völkermordes an Roma und Sinti, bei dem eine halbe Million Menschen ermordet wurden.

Am 16. Mai 1993, dem 53. Jahrestag des Beginns der Deportation, wollten die Roma auf dem Gelände der Gedenkstätte Neuengamme mit einer symbolischen Besetzung und Einrichtung einer Fluchtburg für von Abschiebung bedrohte Roma auf ihre verzweifelte Situation heute aufmerksam machen: So wurde v.a. im letzten Herbst mit 30 Millionen DM von Rumänien ein Abkommen erkauft, das zusichert, daß Rumänien die aus der BRD abgeschobenen Roma aufnimmt. Das, obwohl bekannt ist, daß in Rumänien immer wieder Pogrome gegen Roma stattfinden. Auch der Krieg in Jugoslawien hindert die BRD nicht daran, Roma dorthin abzuschieben. Die jetzt durchgezogene De facto-Abschaffung des Asylrechtes hat diese Situation noch um ein Vielfaches verschärft.

Kennzeichnend für die rassistische Situation in diesem Lande ist, daß die einzigen Orte, an denen Roma noch Zuflucht finden können, die Stätten sind, an denen ihre Vorfahren von den Nationalsozialisten vernichtet wurden. Aber selbst diese Orte werden ihnen von den zuständigen Behörden inzwischen verwehrt.

Die zuständige Behörde, die Hamburger Kulturbehörde, verbot den Roma den Zutritt zu der Gedenkstätte und riegelte alle Zufahrtsstraßen und Wege mit einem starken Polizeiaufgebot ab. Die Gedenkstätten sollten nicht für die aktuelle Asyldiskussion "mißbraucht" werden. Die Funktion der Gedenkstätte solle durch die Aktion nicht beeinträchtigt werden.

Stellt sich die Frage, welche Funktion Gedenkstätten eigentlich haben und wer darüber entscheidet. Nicht genug, daß die Roma keine andere Möglichkeit haben, als an dem Ort der Vernichtung ihrer Vorfahren Zuflucht zu suchen. Aber wer, wenn nicht die Opfergruppen selber, haben das Recht, an den Orten, an denen ihre Vorfahren vernichtet worden sind, Mahnwachen und Fluchtburgen einzurichten? Offensichtlich haben Gedenkstätten in der BRD eine reine Alibi-Funktion: Seht her, wir haben Gedenkstätten aufgebaut, dort, wo die Greueltaten der Nationalsozialisten stattgefunden haben. Sagt nicht, wir hätten uns nicht geändert. Es gibt schließlich in der BRD ordentliche deutsche Gedenkstätten.

Nur ordentlich müssen sie eben bleiben. Und deshalb wird mit allen Mitteln zu verhindern versucht, daß von den Opfern in und über diese Gedenkstätten der Rassismus des heutigen Deutschland angegriffen und öffentlich gemacht wird. Wo kämen wir denn hin, wenn die Gedenkstätten dazu genutzt würden, auf die Kontinuität der Geschichte der Verfolgung hinzuweisen.

Die Roma versammelten sich am 16. Mai trotz des Hausverbotes, das ihnen erteilt worden war. Sie riefen zu einem Marsch zur Gedenkstätte auf. Als sie dort ankamen, bot sich ihnen ein Bild staatlicher Gewalt: Auf der Gedenkstätte waren Polizeieinheiten stationiert, und das ganze Gelände war abgeriegelt. Der Versuch, durch die Polizeisperren zu gehen, um auf der Gedenkstätte einen Kranz niederzulegen und die Fluchtburg einzurichten, scheiterte.

Während sie die erste Polizeikette noch überwinden konnten, wurden sie kurz dahinter an der zweiten Sperre mit brutaler Gewalt am Weitergehen gehindert. Die Einsatzleitung ließ keinen Zweifel daran, daß sie bereit war, mit Gewalt gegen die dort versammelten Roma-Familien vorzugehen, wenn sie nicht zurückweichen würden.

Die Roma-Familien errichteten daraufhin erst auf einem Feld vor der Gedenkstätte und dann auf einer angrenzenden Straße ein Zeltlager. Die Behörde ließ verlauten, daß sie die Mahnwache auf der Straße 14 Tage dulden würde. Nicht nur die schlechten Wetterbedingungen machten den Familien zu schaffen. Die neofaschistische Nationale Liste um den Bergedorfer Thomas Wulff hetzte gegen die Roma, was die angespannte Situation noch verschärfte und wohl dazu führte, daß etwa 50 Neuengammer mit einem Autokorso gegen das Roma-Zeltlager demonstrierten. Wie immer in diesem Lande, waren die Argumente, die die ordentlichen deutschen BürgerInnen vorbrachten, geprägt von deutscher Ordnung und Sauberkeit: Die

Roma würden auf den Bauernhöfen um Wasser bitten, sie würden kleinere Bäume fällen, um daraus Brennholz zu machen, sie hätten dort ja keine Toiletten usw.

Nach fast zwei Wochen wurde endlich einer kleinen Delegation der Roma erlaubt, auf der Gedenkstätte einen Kranz niederzulegen und mit einem Gottesdienst ihrer ermordeten Vorfahren zu gedenken.

Um die zu erwartende Konfrontation mit der Polizei nach den 14 Tagen aus dem Wege zu gehen - gerade an diesem Ort wollten die Roma keine Gewalt - ihre Gesprächsbereitschaft über ihre Forderungen zu dokumentieren, wurde das Lager nach dem Gedenkgottesdienst nach und nach abgebrochen.

Am 5. Mai hat der Roma National Congress im Namen tausender Roma in Deutschland ein Postulatum an die Bundesregierung überreicht. Darin sind folgende Forderungen enthalten:

1. Die Anerkennung als ethnische und kulturelle Minderheit vor dem Hintergrund der besonderen Verantwortung gegenüber den Roma.

2. Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien im Rahmen einer einmaligen humanitären Aktion ein gesichertes Bleiberecht zu gewähren, analog der Aufnahme von Juden aus der ehemaligen Sowjetunion.

3. Die Finanzierung der für Roma errichteten "townships" in den Ghettos osteuropäischer Staaten sofort einzustellen.

4. Roma-Flüchtlinge entsprechend der Genfer Flüchtlingskonvention von 1956 zu behandeln und ihnen im Einklang mit der Genfer Konvention Flüchtlingspässe auszustellen.

5. Sich verbindlich zur konkreten Umsetzung der bisherigen europäischen Resolutionen und Empfehlungen durch besondere Maßnahmen verpflichten.

6. Die Resolution der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen vom 5. März 1992 mit dem Titel "Schutz der Roma" nachträglich zu unterzeichnen.

7. Bei der Vergabe von deutschen Hilfen Staaten auszuschließen, die Menschenrechtsverletzungen an Roma begehen.

ga.

Alle Fotos: Marily Stroux

2. Ein scheinheiliges Dementi (Gremliza antwortet Lutz Taufer)

Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak355/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:355:32

Ein dem ersten Anschein nach harmloses Dementi des Konkret-Herausgebers Hermann Gremliza in der taz vom 15.4.93 bringt Erstaunliches ans Tageslicht. Die Geschichte beginnt mit dem Artikel von Lutz Taufer in der taz vom 10.4.93 anläßlich des 25. Jahrestages des Attentates auf Rudi Dutschke.

Lutz Taufer beschreibt die über die politischen Gräben hinwegreichende Solidarität des Genossen Dutschke, der nicht nur am Grab von Holger Meins die Faust hob und den diskussionsträchtigen Satz "Holger, der Kampf geht weiter!" sagte, sondern auch den Eltern von Günter Sonnenberg, nach dem dieser mit einer schweren Kopfschußverletzung festgenommen worden war, seine Hilfe anbot.

Er kontrastiert genau dieses Verständnis von Solidarität u.a. mit dem Verhalten von Christian Semler, einem der beiden damaligen Chefs der KPD/AO, der im Herbst 74 den Abdruck der Erklärung der sich im Hungerstreik befindenden politischen Gefangenen gegen Isolationshaft und für die Gleichstellung mit allen anderen Gefangenen in der Roten Fahne verweigert hatte.

Und er nennt Hermann Gremliza, der in Konkret in eben diesem Artikel dazu aufgerufen hatte, mit der Polizei gegen die RAF zusammenzuarbeiten. Tja, und hier passiert Lutz Taufer, der den Artikel für die taz in seiner Zelle im Hochsicherheitstrakt in Celle schreibt, dann der verhängnisvolle Fehler. Er nennt als Quelle für Gremlizas Aufruf die Konkret-Ausgabe von August 1977.

Gremlizas Dementi in der taz vom 15.4.93 behauptet dann, daß die Aussage von Lutz Taufer gleich "doppelt falsch" sei. Weder habe er zur Zusammenarbeit mit der Polizei aufgerufen, noch gäbe es so einen Artikel in der Konkret-Ausgabe vom August 1977. Schlitzohrig verweist er auf einen Artikel im November-Heft 1977, der vielleicht gemeint sein könnte. Hier aber würde er keineswegs zur Zusammenarbeit mit der Polizei aufrufen, sondern in einem Postscriptum seines Artikels "Der Preis von Mogadischu" nur den "Ganovenstandpunkt eines bekannten bürgerlichen Publizisten" angreifen.

Die in linken Auseinandersetzungen erfahrenen LeserIn überlegt spätestens jetzt, daß ein Quellenstudium höchst interessante Ergebnisse bringen würde - aber die Konkret-Ausgaben von 1977 stehen nur noch in wenigen Bücherregalen.

Wie sich dann aus dem Leserbrief von Lutz Taufer vom 22.4.93 ergibt, ist ihm bei der Datumsangabe ein Fehler unterlaufen, er bezog sich auf die Konkret-Ausgabe vom Mai 1977 - unwahrscheinlich, daß Herr Gremliza sich gerade an diesen Artikel nicht mehr erinnern kann. Aber um seiner Erinnerung nachzuhelfen und für die ak-LeserInnen das Geheimnis zu lüften, dokumentieren wir die entsprechende Passage. In dem Artikel "Trauer um Buback?" schrieb Gremliza: "Diese Politik (gemeint ist die Repressionspolitik des Staates, Anm. ak) lebt davon, daß die Terroristen nicht aussterben. Anderes hat sie nicht zu fürchten. Schüsse wie die von Karlsruhe machen sie nur stärker. Wer das verhindern will, muß bereit sein, den Damen und Herren Terroristen auch dann das Handwerk legen, wenn er verstehen kann, warum sie es geworden sind. Dazu gehört: jeden Waffenfund anzuzeigen, jeden Paßdiebstahl zu melden, jeden Unterschlupf zu verweigern, den letzten Rest einer Solidarität, die diese Bombenleger selbst nie geübt haben, zu entziehen. Nichts trifft die Reaktion härter als das Abhandenkommen solcher ‚Gegner`."

ga.

3. Protest gegen IG-Farben! An 16. Juli in Frankfurt

Am 16. Juli in Frankfurt

Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak355/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:355:22

Alle Jahre wieder tagen sie in Frankfurt am Main, die alten und neureichen Aktionärinnen und Aktionäre der I.G. Farben in Abwicklung. Und alle Jahre wieder, und die letzten Jahre verstärkt, kommen kritische AktionärInnen und AntifaschistInnen nach Frankfurt am Main, um diesem ekelhaften Spektakel wenigstens ein wenig in die Suppe zu spucken.

Der ernste Hintergrund des Ganzen, kurz zusammengefaßt:

- IG Farben in Abwicklung (oder in Liquidation) gibt es immer noch, obgleich als NS-Kriegsverbrecherfirma verurteilt, "entflochten" und zur Selbstabwicklung verpflichtet. Doch dies ist mehr als 40 Jahre her, wen kümmert's?

- Die Nachfolgefirma, genauer: eine der Nachfolgefirmen, des NS-Konzerns, der u.a. in Auschwitz produzieren ließ und das Programm "Vernichtung durch Arbeit" mit entwickelte, aber auch am Zyklon B für die Gaskammern verdiente, hat noch nie freiwillig auch nur einen Pfennig an die überlebenden Opfer der faschistischen Konzentrationslager gezahlt.

- Große Aktivitäten hingegen entwickelt der kleine Konzern jedoch seit dem Mauerfall; Dutzende von Anträgen auf "Entschädigung" bzw. Wiederherstellung der alten Besitzverhältnisse sind in den neuen Bundesländern gestellt. IG Farben will die Grundstücke und Firmen wiederhaben, die vom "Unrechtsstaat DDR" enteignet wurden. Juristisch wird dies wohl gelingen, und wer interessiert sich schon für Moral, wenn's ums Geld geht, um Millionen?

Im nächsten ak dazu ein Hintergrundbericht.

Alle ak-LeserInnen aber, die einmal sehen möchten, wie Scharfschützen und Sondereinsatztruppen der Frankfurter Polizei eine Aktionärsversammlung dieses eindeutig belasteten Konzerns schützen, sind herzlich eingeladen, am 16. Juli 1993 nach Frankfurt zum Steigenberger-Hotel zu kommen.

Es wird voraussichtlich wieder ein Bündnis der Protestierenden geben, das sich in den vergangenen Jahren aus VertreterInnen des Auschwitz-Komitees, der Grünen, der VVN, des DGB und autonomer sowie linker Zusammenhänge gebildet hat.

4. 100.000 KurdInnen in Bonn

Autor: Roland Röder · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; PKK · CD-Datei: daten/aksuche/ak355/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:355:39

Über 100.000 Kurden und Kurdinnen kamen am Pfingstsamstag zu einer europaweiten Demonstration nach Bonn. Acht kurdische Organisationen hatten dazu aufgerufen. Zeitgleich wurde in Stockholm und London demonstriert. Mit dabei waren auch einige kleinere linke türkische Organisationen.

Hintergrund war der am 17. März von der kurdischen Arbeiterpartei PKK ausgesprochene einseitige Waffenstillstand. In der Zwischenzeit geht der Krieg der türkischen Armee und Regierung gegen die KurdInnen aber weiter. Seit 17. März fielen ihm 128 KurdInnen und 6 Dörfer zum Opfer.

Mit der Demonstration sollte der Ruf nach nationalen und demokratischen Rechten des kurdischen Volkes verstärkt werden. Adressaten waren neben der türkischen und bundesdeutschen Regierung auch die in der BRD lebenden Kurden und Kurdinnen. Beschämend bei dieser Demonstration, die ständig zwischen kämpferischem Pathos und Volksfestcharakter schwankte, waren lediglich die Beteiligung und Beiträge der deutschen Linken. Während noch wenige Tage vorher am Tag X weit über 10.000 Deutsche Männer und Frauen für AusländerInnen in Bonn auf die Straße gingen, waren es jetzt nur wenige 100, die mit KurdInnen demonstrierten.

Die Redebeiträge aus deutscher Sicht (Hans Brandscheidt - medico international; Siegfried Martsch - MdL-NRW Die Grünen) paßten sich qualitativ dem quantitativen Niveau an. Nett, formal korrekt aber zum Einschlafen langweilig. Eine Rede zu halten ist eben mehr als ein Vorlesewettbewerb in Geschichte. Kein Wort zum penetranten Abseitsstehen der deutschen Linken; kein Wort zu dem immer noch wegen angeblicher Kuriertätigkeit für die PKK in der Türkei inhaftierten Stephan Waldberg. Es mutet merkwürdig an, KurdInnen als deutscher Linker zu erzählen, was alles an Grausamkeiten in ihrer Heimat passiert.

Wie es anders geht, zeigte Hatip Dicle von der "Partei der Arbeit des Volkes" (HEP), der einer der wenigen kurdischen Abgeordneten im türkischen Parlament ist. Sein Auftritt war in Sachen Dramaturgie und Ausstrahlung der Höhepunkt des Nachmittags. Als er ans Mikro trat und völlig ohne Redemanuskript sein rhetorisches Feuerwerk abbrannte hörte das Herumwandern auf dem Bonner Hofgarten auf. Seine Beliebtheit hat weniger romantische Züge, sondern ist vielmehr seiner Standfestigkeit geschuldet. Wiederholt mußte er sich bereits im türkischen Parlament als Terrorist beschimpfen lassen. Zur Zeit wird versucht, seine Partei zu verbieten. Er forderte die türkische Regierung auf, das Waffenstillstandsangebot der PKK anzunehmen und begrüßte die Einheit der kurdischen Organisationen. Für ihn ist jeder Kurde und jede Kurdin schon ein Teil des großen Ziels "Kurdistan". Dicle vermied es in seiner Rede, die PKK namentlich zu erwähnen, betonte aber ausdrücklich, daß die Gefallenen für die Freiheit Kurdistans gekämpft hätten.

Es fiel auf, wie wenig Bilder vom großen Boß der noch größeren PKK, Abdullah Öcalan ("Apo") zu sehen waren. Die ursprünglich geplante Standleitung zum großen Boß kam dann zuguterletzt doch nicht zustande. Die Grußbotschaft von Öcalan wurde von Kani Yilmen von der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) verlesen. Überhaupt trat die PKK auf dieser Demonstration nur sehr behutsam in Erscheidung. Vielleicht war dies dem Bündnis mit den anderen kurdischen Organisationen geschuldet.

Die Resonanz der Medien paßte sich dem Interesse der deutschen Linken an: desinteressiert; insgesamt wenig Journalisten für ein Ereignis dieser Größenordnung. Die Linke hat wohl nur Interesse an der so gerne zitierten "Selbstorganisation" von Flüchtlingen, wenn sie sich selber dabei im Mittelpunkt sieht.

Roland Röder,

AKTION 3. WELT Merzig-Wadern

5. "... man entschied sich für einen neuen Angriff". Ausländische Rundfunk- und Fernsehkommentare zu Solingen

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak355/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:355:31

Im folgenden dokumentieren wir Ausschnitte aus europäischen Rundfunk- und Fernsehkommentaren. Die Auswahl ist tendenziös. Weggelassen haben wir das verständnisvolle "Einerseits und andererseits", die Warnung des italienischen Senders RAI-UNO vor der "Sturmflut (der ImmigrantInnen), gegen die man einzeln nicht mehr ankommt", und Michail Gorbatschows Überzeugung, "daß das deutsche Volk die Lehren aus diesen Vorfällen ziehen wird".

"Trotz all seiner Anstrengungen hat Deutschland irgendwo seine Hausaufgaben nicht gemacht. Erst letzten Donnerstag haben die Präsidenten der vier höchsten Gerichtshöfe vor der immer effektiveren Organisation der neonazistischen Kreise gewarnt. Auf eine Bestie, die für den Mord an einem zu Tode geprügelten Albaner zu lebenslanger Haft verurteilt wurde, kommen wer weiß wieviele freigesprochene oder zu geringfügigen (Strafen) verurteilte Nazis.

Über lange Jahre hat Deutschland seine Kräfte auf den Kampf gegen den Terrorismus der linksextremen Szene konzentriert; die Gefahr des Rechtsextremismus hat es hingegen sträflich vernachlässigt. Und wer weiß, ob es in Solingen heute nacht zu fünf Morden gekommen wäre, wenn Kanzler Kohl und die gesamte Regierung vor sechs Monaten den Trauerzug von Mölln angeführt hätten."

RTL (Frankreich), 31.5.

"Das Entsetzen ... über den schrecklichen Brandanschlag in Solingen ist groß. Der Brandanschlag in Mölln war vielleicht noch mit einem Rausch stumpfsinniger Gewalt zu erklären. Aber diejenigen, die für diesen Anschlag verantwortlich sind, haben kaltblütig den Tod von (fünf Menschen) auf dem Gewissen ... Bei manchem älteren Deutschen werden traumatische Erinnerungen an die Nazizeit wach.

Bundesinnenminister Seiters wurde mit einem schrillen Pfeifkonzert von den Solinger Bürgern empfangen ... Man ist dort offensichtlich der Meinung, daß die heutige Regierungskoalition zu wenig getan hat, um das Problem des Terrors gegen Fremde zu lösen ..."

KRO (Niederlande), 29.5.

"... Nicht nur die jungen Türken in Solingen beschuldigen die Polizei, sie gebe der türkischen Bevölkerung keinen ausreichenden Schutz gegen die Rechtsextremisten und Neonazis. Auch die türkische Regierung in Ankara hat ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck gebracht, und das nur eine Woche nachdem Bundeskanzler Kohl in der Türkei zugesagt hatte, das, was im vergangenen Herbst in Mölln geschehen sei, ... könne sich nicht wiederholen ...

In Solingen weigert man sich, die Schilderung zu glauben, daß der Brandanschlag völlig überraschend gekommen sei. Es war schon lange bekannt, sagen die Menschen in der Nachbarschaft des niedergebrannten Hauses, daß Neonazis sich bereits mehrmals hinter dem Haus der türkischen Familie versammelt hatten."

Schwedischer Rundfunk, 31.5.

"... Nach Mölln, als die Proteste in Deutschland und im Ausland kolossal waren, herrschte eine Zeitlang Ruhe. Dazu haben noch die Behörden drei neonazistische Organisationen verboten ... Doch weitere Untersuchungen gegen nur langsam vonstatten, während die Urteile ziemlich mild ausfallen. Man konnte sich demnach überzeugen, daß einem nichts Besonderes passiert, und entschied sich für einen neuen Angriff. Bei Solingen handelt es sich um den schlimmsten Fall, aber fast überall in Deutschland werden die Neonazis aktiver. (...)

Rostock, Mölln, Solingen - das sind alles Glieder einer Kette, das ist eine Art gewaltsame Aufklärung, bei der die Türken als Versuchskaninchen genutzt werden, um die Reaktion der Gesellschaft auf den Anspruch der Neonazis zu testen, sich in das politische und soziale Leben des Landes ohne weiteres einzumischen ..."

Radio Moskau, 31.5.

"Viele Politiker haben viel zu zögerlich Stellung bezogen. Man hat die ausländerfeindlichen Gewaltakte viel zu stark der Tatsache zugeschrieben, daß es zu viele Asylsuchende gibt. Und die sozialdemokratische Opposition hat zwischen völlig widersprüchlichen Positionen hin- und hergeschwankt ..."

RTL (Frankreich), 31.5.

6. Internierungslager auf dem Rhein-Main-Flughafen geplant

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak355/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:355:08

Nach dem neuen Asylgesetz gibt es für Flüchtlinge faktisch keinen legalen Landweg mehr nach Deutschland. Eine Sonderregelung für die Flughäfen soll nun den Flüchtlingen die letzte Einreisemöglichkeit versperren oder zumindest so erschweren, daß kaum eine/r durchkommt.

Die Flughafenbetreiber sollen verpflichtet werden, Lager zur Unterbringung von Flüchtlingen bereitzustellen. Interniert werden sollen die Flüchtlinge, die ohne Papiere oder aus sogenannten "sicheren Herkunftsländern" einreisen oder die nach Ablehnung ihres Asylantrages in Haft auf ihre Abschiebung warten müssen. In der Konsequenz läuft diese Regelung darauf hinaus, Internierungslager einzurichten vergleichbar mit denen für vietnamesische boat-people in Hongkong, wo Flüchtlinge zusammengepfercht auf die Entscheidung über ihr weiteres Leben warten müssen. Hierbei spielt der Rhein-Main-Flughafen als der wichtigste internationale Flughafen in Deutschland - und somit auch als Ankunftsort für viele Flüchtlinge - eine zentrale Rolle. Weit über 90% der in den letzten Jahren auf dem Luftweg eingereisten Flüchtlinge landeten auf Rhein-Main. Aufgrund der schwer erfüllbaren Visabedingungen der BRD und deren Kontrolle durch die Flughafengesellschaften war es schon bisher kaum möglich, die BRD per Flugzeug zu erreichen.

Abschiebe- und Abschottungspraxis werden mit der geplanten Internierung von Flüchtlingen gleich auf dem Flughafen perfektioniert. Das Lager soll nach offiziellen Ankündigungen 600 Betten aufweisen. Mit einer Aufenthaltsdauer von maximal 19 Tagen sollen jeden Monat 900 Flüchtlinge durchgeschleust werden. Nach Informationen der alternativen "Flughafen-AG" soll das in Containerbauweise geplante Lager sogar auf 1.100 Internierte ausgelegt sein. Völlig ungeklärt ist bisher auch, ob und inwieweit RechtsanwältInnen und BeraterInnen, wie z.B. dem Flughafen-Sozialdienst, der Zutritt zum Lager gestattet wird.

Fest vorgesehen ist eine Außenstelle des Bundesamtes für die "Anerkennung" von Flüchtlingen, möglicherweise auch eine des Verwaltungsgerichtes Frankfurts im Lager, die dann gemäß den neuen Gesetzen und Bestimmungen entscheiden: Das Verfahren soll nicht länger als drei Wochen dauern. Innerhalb von zwei Tagen nach Ankunft fällt die Entscheidung über die Anerkennung. Bei Ablehnung verkürzt sich die von den Flüchtlingen einzuhaltende Rechtsmittelfrist auf drei Tage und die gerichtliche Entscheidung folgt spätestens nach 14 Tagen. Vertreter des Flughafen-Sozialdienstes und von amnesty international bezweifeln, ob angesichts dieser kurzen Fristen "Asylbewerber überhaupt eine realistische Chance für anwaltliche Beratung bekommen werden".

Bis hin zur Installierung eines speziellen Aktenkurierdienstes zwischen Flughafen und Verwaltungsgerichts und einer Verstärkung des Schreibdienstes, der die Eilentscheidungen des Gerichts zu tippen hat, ist von den Protagonisten der Lagerpläne die Entrechtung der Flüchtlinge bis ins Detail vorgeplant. Sorgen macht ihnen allenfalls noch "die mangelnde Bereitschaft vieler Verwaltungsrichter in Frankfurt, sich den Wünschen des Gesetzgebers und der Verwaltung einfach zu fügen". Der Chef der SPD-Landtagsfraktion, Lothar Klemm, einer der wichtigsten "Macher" des Internierungslagers: "Die Richter sollen nicht so lange über diesen Entscheidungen brüten."

Für die Flüchtlinge bedeutet die Internierung, daß sie ohne jede öffentliche Kontrolle und ohne Hilfe bei Sprach- und Rechtsproblemen einem juristisch nicht einfachen Asylverfahren ausgesetzt werden, dessen einziges Ziel es ist, möglichst alle Flüchtlinge abzuweisen und sie in die Herkunftsländer zurückzuschicken.

ga.

Nach Informationen der "Flughafen-AG Frankfurt" und der "FR" vom 2.6.93

7. Solingen kann überall sein

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak355/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:355:45

Die Morde von Solingen seien "unfaßbar", es habe eine "Heimsuchung" stattgefunden, "und das ausgerechnet im ach so friedlichen Solingen" - so oder so ähnlich verdrängen führende Repräsentanten dieses Staates und dieser Gesellschaft, allen voran der unselige Kohl, die Tatsache, daß Solingen sich bei näherem Hinsehen als eine ganz typische Stadt in diesem Deutschland entpuppt, mit einer rechten Hool- und Nazi-Szene, mit prominenten Altnazis, mit hochoffiziellen Untersuchungen und einer angeblich völlig uninformierten örtlichen Polizei.

Es sei polizeilich nicht bekannt - so NRW-Innenminister Schnoor im Fernsehen -, daß Neonazis regelmäßig in einem Freigelände in unmittelbarer Nähe des Tatorts ihre Versammlungen abgehalten haben. Bekannt sein muß der Polizei aber, daß auch in Solingen Überfälle auf Ausländer, ihre Wohnungen und Einrichtungen stattgefunden haben: So, als im Mai 1992 zwei Solinger Faschos ein AsylbewerberInnenheim überfallen und zwei Tamilen schwer verletzen; bei einem der Täter wurde scharfe Pistolen- und Gewehrmunition gefunden. Wegen Fluchtgefahr der beiden Täter (Skins im Alter von 20 und 25 Jahren), die hohe Haftstrafen zu erwarten hätten, wurde im August 1992 der Haftbefehl aufrechterhalten. Im Juli 1992 wurden unter den Gegnern eines AsylbewerberInnenheims ("Die Roma klauen" usw.) deutlich Stimmen laut, die nach "Selbsthilfe" riefen, und vom "Niedermachen mit Baseballschlägern und Brandbomben" sprachen. Anfang Februar 1993 wurde ein Brandanschlag auf eine türkische Moschee verübt; es entstand ein Sachschaden in Höhe von 20.000 DM.

Auch in den Jahren zuvor hatten die Grünen auf Brandanschläge hingewiesen, so gab es 1988 mindestens einen auf ein Haus in der Friedrich-Ebert-Straße und einen auf ein Flüchtlingsheim. 1989 folgte ein Skin-Überfall auf eine Diskothek in einem evangelisches Jugendhaus.

Rechtsradikale Umtriebe in Solingen veranlaßten die Stadt schon 1990 dazu, einen Sozialwissenschaftler mit der Beobachtung der Solinger Nazi-Szene zu beauftragen. Dieser kam zu dem Ergebnis, daß nach der Europawahl 1989 das organisierte Spektrum der Neonazis von angeblich einem harten Kern von drei bis vier Personen sich auf etwa 40 bis 45 Mitglieder der "Bergischen Front" mehr als verzehnfacht hatte.

Chef dieser "Bergischen Front" ist der in der Presse immer wieder als der "stadtbekannte Neonazi" angesprochene Bernd Koch, der sein Debüt als notorischer Rechtsradikaler spätestens 1983 mit Drohbriefen an Frauenhäuser, die DKP und Ausländerzentren gegeben hatte. Vor Gericht als "Panoptikumsfigur" eingeordnet, wurde er zu einem Jahr auf Bewährung verurteilt. Wenig später agierte Bernd Koch als "Kreisvorsitzender der FAP Solingen", als Führer der "Bergischen Front", einer "Aktion sauberes Deutschland" usw. In Inseraten in einschlägigen deutschnationalen Publikationen war Koch nicht nur auf der Suche nach einer "deutschen Patriotin", sondern auch nach "patriotisch denkenden Kampfsportlern".

Ein solcher war offenbar der als erster Tatverdächtige festgenommene 16jährige: Wie die Bildzeitung berichtete, hatte er bei einem (weiteren) "stadtbekannten Solinger Neonazi" einen Kursus in einer asiatischen Kampfsportart belegt. Dieser Neonazi, ein Bernd Schmidt, hat mit seinen Kampfsportlern u.a. den Saalschutz für die "Deutsche Liga für Volk und Heimat" organisiert.

Angeblich habe sich die FAP-Ortsgruppe Solingen vor einigen Jahren aufgelöst - AntifaschistInnen dagegen berichten von einer engen Zusammenarbeit zwischen Solinger, Wuppertaler und Remscheider Neonazis.

Doch die auf Hools, Skins und Faschos eingrenzbare Szene ist nicht alles, was Solingen - auch hier eine typische deutsche Stadt - an offenem und verstecktem Faschismus zu bieten hat. Da gab oder gibt es Bürgerinitiativen gegen die Errichtung eines Containerdorfes in Löhdorf (1990), dessen Existenz den Verkehrswert der Eigenheime herabsetze; der BI-Vorstand drohte sogar "Selbsthilfe" an: "Wir werden es nicht so weit kommen lassen, daß wir uns nicht mehr auf die Straße trauen". Auch die Umwandlung eines leerstehenden Museums in eine AsylbewerberInnen- und AussiedlerInnenunterkunft wird vom ansässigen Heimatverein mit 500 Unterschriften verhindert. Gegner dieser stramm rechten Asylpolitik der Stadt Solingen werden als "rote Schweine" und "Gesocks" beschimpft, die man "ins Lager stecken" oder gleich "an die Wand stellen" solle.

Auch der prominente und wohl etablierte Altnazi fehlt in Solingen nicht: Günther Kissel, örtlicher Bauunternehmer, Mitglied der rechtsradikalen "Gesellschaft für freie Publizistik", ehemaliges Mitglied der Waffen-SS und Mitglied im Vorstand der Solinger Bauinnung. Dieser Günther Kissel hatte schon 1979 den rechtsradikalen "Historiker" David Irving eingeladen. Vor 250 Besuchern dieser als "privat" getarnten und durch Wachpersonal mit Funkgeräten abgesicherten Hetzveranstaltung in Kissels Werkhalle, von der SozialdemokratInnen ausgeschlossen waren, bot Irving demjenigen 1.000 Dollar, der ihm den Beweis dafür liefere, daß Hitler von den Geschehnissen in den Konzentrationslagern gewußt habe. Zu einem Urteil gegen einen ehemaligen KZ-Aufseher (auf lebenslänglich) verkündet er öffentlich, dahinter steckten die Zionisten, und stolz bekennt er sich zu seiner SS-Vergangenheit, benennt die von ihm gebauten Wohnanlagen nach Städten wie Dresden und Danzig; aufgefordert, eines dieser Häuser nach der israelischen Partnerstadt, Ness-Ziona, zu benennen, lehnt er dies Ende der 80er Jahre ab - und erntet dafür die Solidarität der Solinger Kreishandwerkerschaft, die dadurch ihre "gute, sachliche Zusammenarbeit" in keiner Weise beeinträchtigt sah.

Tatsächlich ist nichts besonderes an Solingen, in Pforzheim war es ein CDU-Vorstandsmitglied, der den nazistischen Hetzer Irving einladen konnte, ohne daß dies dort Konsequenzen nach sich gezogen hätte; in Rostock konnte die dortige CDU-Prominenz den Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis mit der Frage nach seiner "Heimat in Israel" zum "Undeutschen" erklären usw.

Die Morde von Solingen waren keine "Heimsuchung" einer friedlichen Stadt. Sie hätten überall in Deutschland stattfinden können, weil diese "Verrohung", diese "unfaßbare Gewissenlosigkeit" Bestandteil der ganz normalen deutschen Alltäglichkeit geworden sind.

ES, Hamburg

4.6.93

Fakten nach: FR, 3.6.93; TAZ, 1.,2. und 3.6.93; Stern, 3.6.93; PDI-Hintergrunddienst, 1.11.1979; Chronologie des rechten Terrors, zusammengestellt vom Büro Ulla Jelpke, regelmäßig abgedruckt im ak; Bildzeitung, 4.6.93.

8. Debatte X. Das Asylrecht wurde abgeschafft

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak355/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:355:30

Mehr als 10.000 DemonstrantInnen belagerten den Bundestag so gut es ging; für die Opposition in der BRD war es im positiven Sinn eine Pflichtübung, die zudem größer ausfiel als es manche erwarteten.

Das Deeskalationskonzept des Bonner Polizeichefs ging im wesentlichen auf. V.a. auch deshalb, weil realistischerweise militante Aktionen angesichts der vier- bis sechstausend Bullen nicht ernsthaft versucht worden waren. Fast verzweifelt versuchten einzelne Unionspolitiker, die Gewalt auf der Straße zu beschwören und noch heute karten sie nach gegen ein angeblich verfehltes Polizeikonzept. Vielleicht brauchten sie diese herbeigeredete Gewaltatmosphäre als Stimulans für ein bißchen Kampfstimmung bei einem ansonsten feststehenden Sieg.

Die SPD-interne Opposition, Medienhit der letzten Tage, zerfetzte in einigen Beiträgen ausgezeichnet die Grundgesetzänderung, schonte aber ihre Partei- und Fraktionsführung auf ziemlich erschütternde Art und Weise. Nichts deutet daraufhin, daß von dieser Seite aus die offene Auseinandersetzung mit der herrschenden Linie angegangen wird.

Die Bunkermentalität vom Anfang ("draußen stehen Polizeibeamte, die für uns, die für den Parlamentarismus in diesem Land ihre Knochen hinhalten müssen ..." Richter/FDP) bei den Regierungsfraktionen wich schnell der Routine. Aber welcher!

Befreit von allen taktischen Zwängen, wurde Klartext geredet und deutlich gemacht, wer oder was über wen gesiegt hat.

Der Wadenbeißer

"Zu der Besonnenheit, zu der wir verpflichtet sind, gehört, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, auch ein verantwortlicher Umgang mit der Wahrheit, gerade in dieser Debatte hier und heute. Wer hier in diesem Saal oder außerhalb sagt, Gegenstand der Debatte sei die Abschaffung des Asylrechts ..., der sagt nicht die Wahrheit ... Wer vor diesem Hintergrund davon redet, die Bundesrepublik Deutschland solle abgeschottet werden, redet gegen besseres Wissen. Er sagt nicht die Wahrheit; er redet falsch Zeugnis."

"Wenn Sie in der Lage, in der die Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion - mich selbst eingeschlossen - sind, also über mehr als eineinhalb Jahrzehnte gewarnt, gebeten, gemahnt, gedrängt, gerungen hätten und bis zum heutigen Tag immer wieder an Ihrem Widerstand gescheitert wären, dann könnten Sie verstehen, welches Maß an Selbstdisziplin und Zurückhaltung für uns heute erforderlich ist.

Wenn Sie das Entsetzliche, was sich außerhalb dieses Hauses zur Stunde vollzieht, und den Schaden, der für das friedliche Zusammenleben von deutschen und ausländischen Mitbürgern in den letzten Jahren eingetreten ist, weil man unseren Mahnungen und Warnungen und Forderungen lange nicht gefolgt ist, sollten wir uns schnell darauf konzentrieren ..." "Darum möchte ich Sie bitten. Tun wir unsere Pflicht!" (Schäuble/CDU)

Zahlen, Zahlen ...

"Dabei lege ich übrigens auf folgende Feststellung Wert: Etwa 70% der Bevölkerung - eher mehr - wollen, daß wir unser Asylrecht ändern ..." (Klose/SPD)

"90% der Bevölkerung erwarten von uns eine Änderung des Grundgesetzes. Ein Scheitern an dieser Stelle hätte dramatische Auswirkungen ..." (Solms/FDP)

Der Technokrat ...

"Ich bedaure, daß wichtige Länder wie Ungarn oder Slowakei wegen der Haltung der Opposition nicht auf die Liste der sicheren Drittstaaten gesetzt werden konnten, obwohl am 6. Dezember die CSFR als sicherer Drittstaat vereinbart wurde und die Slowakei aus dieser CSFR hervorgegangen ist und obwohl Budapest eine Drehscheibe der illegalen Zuwanderung bildet.

Ich halte es für einen schweren Nachteil, daß wichtige andere Länder, bei denen die Anerkennungsquote 0,0% beträgt - etwa Indien - nicht auf die Liste sicherer Herkunftsländer gesetzt wurden."

"Ich kann nur sagen: Die Gespräche, die wir geführt haben, mein polnischer Amtskollege Milczanowski und ich, sind im Laufe dieser Wochen und Monate in einem Geist und in einer Partnerschaft geführt worden, auch mit einer Rücksichtnahme auf die unterschiedlichen Positionen, daß ich an dieser Stelle die feste Überzeugung äußere, daß wir auch bei der Umsetzung des Abkommens so konstruktiv und freundschaftlich zusammenarbeiten wie schon bei der Erarbeitung des Vertrages ... Die Republik Polen bekennt sich zu ihren Verpflichtungen aus dem Schengener Rücknahmeübereinkommen von 1991 ..."

"Gegenwärtig ist Österreich zur Anpassung des bestehenden bilateralen Abkommens noch nicht bereit. Ich denke aber ... auch Österreich, das sich auf den Weg zur Europäischen Gemeinschaft macht, wird sich im Asylrecht europäischem Standard nicht verweigern können. Das werden wir mit aller Deutlichkeit und hoffentlich auch mit Unterstützung der Opposition unseren österreichischen Freunden verdeutlichen." (Seiters/CDU)

... und der Adjutant

"Ich möchte übrigens die Gelegenheit nutzen, nicht nur der Bundesregierung zu bestätigen, daß sie im Falle Polen fair verhandelt hat, sondern auch ganz ausdrücklich der polnischen Regierung für ihr außerordentliches Verständnis für unsere deutschen Probleme zu danken ..." (Klose/SPD)

Die Hetzer

"Für unsere Bevölkerung ist die Schmerzgrenze schon seit langem überschritten ... Weitere Belastungen sind unzumutbar." (Glos/CSU)

"Die Liste der sicheren Herkunftsstaaten wird sich auch in Zukunft nach den Gegebenheiten vor Ort, nach der Zahl der Asylbewerber aus dem jeweiligen Land und - ich füge auch das hinzu - deren Verhalten in der Bundesrepublik Deutschland ... richten." (Essen/FDP)

"Es braucht gar keine großen mathematischen Kenntnisse, um zu wissen und zu erkennen, daß dies irgendwann zur Katastrophe, zu einer Überfremdung unserer eigenen Bevölkerung führen muß ... Kein Volk wird eine Überfremdung ohne Konflikt hinnehmen, es kann es gar nicht hinnehmen ... weil jedes Volk seine eigene Art zu leben und das Recht darauf hat. Das ist ein Naturrecht jedes Volkes. (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dieses Miteinander-vertraut-Sein gerät - wenn wir ständig, wo auch immer, fremden Menschen begegnen - doch in Gefahr ... Unsere Bevölkerung hat Angst, daß sie eines Tages nicht mehr in dem Deutschland lebt, in dem sie gern leben will. Jedes Volk muß aber doch das Recht haben, in dem Land zu leben, in dem es gern leben will. Deswegen haben wir das Selbstbestimmungsrecht ... Man muß uns zubilligen, daß wir nach dem schwierigen Prozeß der Einigung erst einmal zu unserer eigenen Identität finden können. Dies mag durchaus auch dafür ein Motiv in unserer Bevölkerung sein, daß wir natürlich erst einmal zusammenfinden müssen, bevor wir die tägliche Aufgabe der Integration von vielen neuen Bevölkerungsgruppen aus allen Himmelsrichtungen auf uns nehmen müssen ... Wo Menschen gemeinsam miteinander leben, wo sie sich austauschen und wo sie Miteinander-vertraut-Sein ausbilden können, entsteht Kultur. Wenn dies aber elementar gestört wird - nicht durch Minderheiten, sondern durch eine wirklich elementare Überfremdung, die durch einen ständig neuen und nicht endenden Zustrom von Asylbewerbern tatsächlich zu befürchten ist -, dann werden wir überhaupt keine Kultur entwickeln ..."(Geis/CDU-CSU)

"Jeder Staat - auch ein so weltoffener Staat wie der unsrige - ist zuerst für seine eigenen Bürger da und erst dann für den Rest der Welt ... Unsere Mitbürger fragen ... ob denn die hochmögenden Politiker in Land und Bund das alles nicht wissen, was geschieht, die Unglaublichkeiten und Provokationen, von denen Polizisten und Mitarbeiter von Asylbehörden und Sozialämtern in ihrem Bekanntenkreis erzählen ... Wenn die große Mehrheit der Asylbewerber tatsächlich aus politisch Verfolgten bestünde, dann würde ihre Not spürbarer sein. Dann würden sich einige von ihnen wahrscheinlich nicht so provozierend verhalten, wie es zur Zeit der Fall ist. ... Aber heute, wenn Jahr für Jahr Hunderttausende Asylbewerber in unser Land kommen, ohne politischer Gefahr unterworfen zu sein und im allgemeinen in einer guten Verfassung ... Deutschland kann doch nicht zum Jedermannsland werden ... Daß sich manche Asylbewerber bei uns unangepaßt, anmaßend, in Einzelfällen

auch kriminell verhalten, steht im Gegensatz zu allem, was der Durchschnittsdeutsche über das Verhalten in einem Gastland gelernt hat ... Ein zweites kommt hinzu. Unsere Mitbürger sind empört, wenn sie von manchen Politikern und Medien der Ausländerfeindlichkeit verdächtigt werden, während sie doch lediglich versuchen, sich aus ihren handgreiflichen Erfahrungen ein Urteil zu bilden. Das verstört und verletzt die Menschen ... Dieses ärgerliche Verdrängen eines realen Problems (Massenmißbrauch - d.A.) in Kombination mit der unablässigen Selbstherabsetzung und Selbstbeschuldigung des deutschen Volkes durch einige Publizisten und Politiker hat ... den Republikanern genutzt ...

Meine Damen und Herren, diesmal ist nicht Mut zu unpopulären Maßnahmen, sondern Mut zu populären Maßnahmen gefordert. Es gibt Leute, die bei so etwas mißtrauisch werden - ich nicht." (Dregger/CDU/CSU)

Der bekennende Republikaner

"Als Naturwissenschaftler möchte ich mich auf eine Zahl festlegen. Ich glaube, daß innerhalb einer Generation eine Emigration und Immigration von 5% assimilierbar, verkraftbar ist. Dazu werde ich auch stehen: 5% in einer Generation - nicht in einem Jahr - sind verkraftbar."

"Herr Gysi ist nicht anwesend. Er hat eine Tatsachenbehauptung aufgestellt. Er hat gesagt, daß das, was im Asylbewerberleistungsgesetz stehe, mit dem Programm der Republikaner übereinstimme. Wer sich davon überzeugen will, ob diese seine Behauptung stimmt, der muß es lesen. Aber ich muß ihm bescheinigen: Er hat es sehr genau gelesen, es stimmt."

(Krause/fraktionsloser Republikaner, aber in guter Gesellschaft)

am

9. Das Abkommen mit Polen. Von der Asyl- zur Bevölkerungspolitik

Autor: Albrecht Maurer u. Ulla Jelpke · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Außenpolitik der BRD; Polen · CD-Datei: daten/aksuche/ak355/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:355:19

Am 7.5.93 wurde Vollzug gemeldet: das Abkommen mit Polen über die Folgen der neuen deutschen Asylregelung war unter Dach und Fach. Innenpolitisch kam der Abschluß gerade noch rechtzeitig, um die SPD-Behauptung zu stützen, sie habe damit die Junktim-Forderung für ihre Zustimmung zum Asylkompromiß durchgesetzt. Kritische Stimmen aus Polen stören hierzulande schon längst nicht mehr. Nur eine kleine Meldung war es der Frankfurter Rundschau wert, daß das polnische Parlament diese Sanktion "der deutschen Vorherrschaft über Polen" und die Degradierung Polens "zu einem Pufferstaat" mit 162 zu 120 Stimmen bei 77 Enthaltungen abgelehnt hatte (FR, 28.5.93). Auch in Polen ist der Parlamentarismus inzwischen soweit entwickelt, daß derartige Abstimmungen auf die Politik keinerlei Einfluß mehr haben ...

"Im Vorgriff auf eine europäische Lastenteilung waren unter anderem mit Polen Gespräche zu führen", spielte Innenminister Seiters nach vollbrachter Tat die Bedeutung des Abkommens, vor allem aber die Art seines Zustandekommens herunter.

Die Befreiung von der Visumpflicht für polnische BürgerInnen gab es nur gegen die Unterzeichnung des Rückübernahmeabkommens zwischen Polen und den Schengener-Staaten im Frühjahr '91. Für die polnische Seite war dieses Geschäft nur schwer zu durchschauen. In einer Protokollnotiz des Abkommens hieß es zum Punkt der formlosen Rückübernahme, daß sich bis auf weiteres diese Vereinbarung nur auf polnische BürgerInnen beziehe. Der Exekutivausschuß des Schengener-Abkommens konnte diese Bestimmung allerdings auf Bürger anderer Staaten ausdehnen.

Diese Bestimmung war dann materielle Grundlage der Erpressung Polens im letzten Jahr. Mit der Abschaffung des Asylrechts in der BRD, womit vor allem der vorläufige Aufenthalt Asylsuchender und sogenannter Illegaler in der BRD sofort und "formlos" beendet werden sollte, hatte sich für Polen die Geschäftsgrundlage verändert. Sie standen jetzt unter dem Druck der deutschen Drohung, etwa 40.000 Menschen, die durch Polen in die BRD eingereist waren, auf einen Schlag zurückzubekommen.

Süffisant verwiesen Seiters und andere immer wieder auf den Vertrag Schengen-Polen, wonach Polen zur Rückübernahme verpflichtet sei ... Alles, was die BRD tue, um Polen diese Pflicht materiell und politisch zu erleichtern, sei eigentlich eine reine Gnade. So müssen wohl auch die Zugeständnisse an die polnischen Probleme in dem Abkommen gelesen werden: als Gnadenakt, der auf dem Papier gewährt, in Wirklichkeit aber keineswegs garantiert sein muß.

Das Abkommen mit Polen

Deutlicher als in anderen Abkommen - v.a. dem Rückübernahmeabkommen mit Rumänien, dem Abkommen Schengen-Polen - ist in dem jüngsten Abkommen geregelt, daß die Polen zugesagten 120 Millionen DM auf zwei Jahre v.a. dazu verwendet werden sollen, die polnischen Grenzen technisch besser auszustatten.

Artikel 3 sichert Polen diese Unterstützung bei der Ausstattung mit Transport- und Kommunikationsmitteln sowie technischer Ausrüstung und organisatorischer und finanzieller Hilfe zu. Das betrifft insbesondere die Sicherung der Staatsgrenze Polens, Kosten für die Rücküberstellung von Menschen in ihre Herkunftsländer, die Schaffung eines zentralen Erfassungssystems von Ausländerdaten, Ausbildung für Beamte des Grenzschutzes, der Polizei und der mit Asylverfahren befaßten Personen.

Artikel 6 gehört wohl zu den angesprochenen Gnadenerweisen.

Dort heißt es: "Wenn außergewöhnliche Ereignisse zu einem sprunghaften oder massiven Zustrom von Flüchtlingen oder illegalen Zuwanderern auf das Hoheitsgebiet der Republik Polen führen, wird die Regierung der Bundesrepublik Deutschland bestimmten Gruppen dieser Personen die Einreise ... gestatten." Das Eintreten dieses Falles soll "einvernehmlich" festgestellt werden.

In Artikel 1 sind Peitsche und Zuckerbrot einträchtig beisammen. In Satz 1 werden die gegenseitigen Verpflichtung aus dem Abkommen Schengen-Polen bestätigt. Satz 2 schließt die "Altfälle" aus, sofern die

Betreffenden Asylanträge in der BRD gestellt haben. Satz 3 schließt diejenigen aus der Rückübernahmeverpflichtung aus, die nach dem genannten Abkommen zwar die Voraussetzungen für eine Einreise in die BRD nicht erfüllen, aber sich mit Wissen der Behörden länger als sechs Monate auf dem jeweiligen Hoheitsgebiet aufhalten. Satz 4 schließlich ist ein einfacher Roßtäuschertrick. Die BRD sichert dort zu, auch in Zukunft Asylanträge zu prüfen, wenn die Personen die "Voraussetzungen für die Einreise erfüllt haben".

Hier ist also noch viel Spielraum für Verhandlungen, die bei Partnern unterschiedlicher Stärke immer zu Lasten des Schwächeren gehen - die Geschichte des Zustandekommens des Abkommens ist dafür Beweis genug.

In einer Erklärung zu dem Abkommen versichert die BRD, daß sie unabhängig von ihren Rechten aus dem Schengener Abkommen Staatsangehörige von Drittstaaten unmittelbar in die Herkunftsländer oder in die Länder, aus denen sie stammen, zurückführen wird. Allerdings nur bei "übermäßiger Belastung" Polens ...

Hierher gehört auch das Zugeständnis der BRD an Polen, im ersten Jahr nicht mehr als 10.000 Menschen, die über den "sicheren Drittstaat" Polen eingereist sind, nach Polen zurückzuschicken. Für die Zeit danach gibt es keine Vereinbarung; bis dahin muß Polen dann gefälligst selbst dafür gesorgt haben, daß sowas nicht mehr passiert. Diese Regelung betrifft nicht diejenigen, die an der Grenze direkt zurückgewiesen werden ...

Es ist ein kaum verhülltes (grenz-) polizeiliches Ausstattungsabkommen zur Abwehr derjenigen, die via Ukraine, Belorußland oder Rumänien einreisen; nicht um Grenzkontrolle, sondern um Grenzsicherung geht es.

Dabei hatte Polen schon vor formellem Abschluß des Abkommens Konsequenzen aus dem deutschen Druck gezogen. Auf Verlangen der BRD wurde für die Staaten der ehemaligen Sowjetunion die Visumpflicht in verschärfter Form wiedereingeführt: Neben individuellen Einladungen polnischer BürgerInnen soll auch deren finanzielle Situation registriert werden. Ebenfalls aufgrund deutscher Forderungen (Spiegel 52/92) hat Polen die militärische Überwachung der Ostgrenze intensiviert. Rumänische StaatsbürgerInnen müssen ab dem 1. Mai bei der Einreise nach Polen 20 Dollar pro Aufenthaltstag, mindestens jedoch 100 Dollar vorzeigen (SZ, 8.4.93).

Gestoppt, bzw. herausgefiltert werden sollen so die "illegalen Grenzgänger" Richtung BRD (im übrigen ist das auch ein Hinweis auf die sagenhaften Reichtümer der Rumänen, über die hierzulande soviel erzählt wird ...)

Auf drei internationalen Konferenzen zur Verhinderung "unkontrollierter Wanderungen" wurde das Konzept gegen Flüchtlings- und Wanderungsbewegungen vereinheitlicht. Die Konferenzen in Wien (Januar '91), Berlin (Oktober '91) und Budapest (Februar '93) erhöhten bei wachsendem Teilnehmerkreis gleichzeitig den Druck auf die "Reformstaaten" im Osten und Südosten, sich diesem System zwei- oder mehrseitiger Rückübernahme- und Durchbeförderungsabkommen nach dem Vorbild Schengen-Polen einzugliedern.

Notwendiger Unterbau

Die Zusammenarbeit gegen "organisierte Kriminalität" bildet den ganz praktischen und politisch relativ unproblematischen Unterbau. Inzwischen sind die Grundlagen dieser Kooperation in einer langen Reihe von bilateralen Abkommen festgeklopft: Ungarn (1991), der damaligen Sowjetunion(1991), Polen (1991), Bulgarien (1992), CSFR (1992).

In allen Abkommen wird unter "organisierter Kriminalität" und Drogenkriminalität auch die illegale oder unerlaubte Einschleusung von Personen, gelegentlich auch noch Terrorismus genannt.

Fast gleichlautend vereinbaren diese Abkommen den Austausch auch personenbezogener Daten, regelmäßige Konsultationen auf zentraler Ebene nicht nur im politischen Bereich, sondern auch zwischen den Kriminalpolizeien, dem Zoll und den Grenzpolizeien und die Bildung gemeinsamer Arbeitsgruppen für Analyse und Gegenmaßnahmen gegen Schleuser(organisationen).

Auch diese polizeiliche Arbeit im engeren Sinne wird durch internationale Treffen auf verschiedenen Ebenen koordiniert.

Zwei Beispiele: 1. Die Dublin-Gruppe, ein Zusammenschluß der EG-Staaten mit Australien, Kanada, Schweden, Japan und den USA, beriet im September '92 auf Anregung der BRD die Verbesserung und Koordinierung der Hilfe zum Aufbau der Polizeien Ost- und Südosteuropas. Die genannten bilateralen

Abkommen der BRD haben dabei Vorbildcharakter, geplant wurden zum damaligen Zeitpunkt Folgeabkommen mit den baltischen Staaten, Rußland, Weißrußland und der Ukraine. Als Gesamtvolumen der Ausstattungs- und Ausbildungshilfe wurden bis 1994 ca. 36 Millionen Mark angegeben. (Innere Sicherheit 4/92)

2. Am 11./12.3.93 nahmen Vertreter aus Polen, der Tschechischen Republik, Rußland und Ungarn an der bundesdeutschen Innenministerkonferenz in Frankfurt/Oder zum Thema "grenzüberschreitende Bekämpfung der organisierten Kriminalität" teil (SZ, 10.3.93). Der brandenburgische Innenminister Ziel (SPD) kündigte häufiger wechselnde Kontrollen an den Grenzübergängen, Hubschraubereinsätze und Überwachungen bis tief ins Landesinnere an.(Berliner Zeitung, 10.3.93)

Seiters, der mehr und mehr in die Rolle des Formulierungshelfers für Osteuropa hineingewachsen ist, meint: "Die aus dem Osten drohende Kriminalität sei ein Problem aller Europäer. Dies gelte vor allem für die massenhafte illegale Zuwanderung" (Seiters, nach Welt vom 25.8.92).

Die Gleichsetzung und Gleichbehandlung illegaler Einwanderung und Kriminalität gehört inzwischen zu den Standards aller internationaler Treffen und findet in die "Empfehlungen" der Budapester Konferenz (s.u.) folgendermaßen Eingang: "(Die zuständigen Minister) stellen fest, daß die illegale Einwanderung eine Bedrohung der öffentlichen Sicherheit und Stabilität darstellt und die Kriminalität sowie die illegale Beschäftigung fördert ..." "... Bekräftigen die Verantwortung aller Staaten zur Verhinderung illegaler Wanderungsbewegungen."

Und so gehen rund ein Drittel aller bundesdeutschen Ausrüstungs- und Ausstattungshilfen der Polizei an die "osteuropäischen Reformstaaten" (im einzelnen: Heiner Busch, Cilip 3/91).

Außerhalb der Abkommen zur Zusammenarbeit gibt es weitere Gelder. Zusätzlich in den Genuß kommen Lettland, Estland, Litauen. Diese Zahlungen dienen "als außenpolitisches Instrument ... dazu, die demokratische und rechtsstaatliche Entwicklung in den Empfängerländern durch Hilfeleistungen bei der Befriedigung staatlicher Grundbedürfnisse auf dem Gebiet der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu fördern." (Antwort auf eine Kleine Anfrage der PDS/LL im Bundestag).

Die Budapester Konferenz

Auf der Budapester Konferenz vom 15./16. Februar 1993 hatten sich zur "Bewältigung unkontrollierter Wanderungsbewegungen" 34 Staaten Europas, Argentinien und Kanada als Beobachter und sieben internationale Organisationen versammelt. Es wurden ohne Änderung die Ergebnisse einer auf der Berliner Konferenz eingesetzten Arbeitsgruppe verabschiedet. Sie bedeuten die Systematisierung der oben kurz angerissenen, praktisch schon vereinbarten Maßnahmen zur Grenzsicherung und zur Zusammenarbeit der (Grenz-)Polizeien.

Im einzelnen ging es um: Strafbarkeit der Schleusertätigkeit, Rechtshilfe in Strafsachen zur Bekämpfung der Schleusertätigkeit, Einrichtung spezieller Einheiten zur Bekämpfung der Schleusertätigkeit, Informationsaustausch über illegale Wanderungsbewegungen, Verfahren und Standard zur Verbesserung der Personengrenzkontrolle, Rückübernahmeabkommen, Sicherung der Grenzen außerhalb zugelassener Grenzübergänge und Verpflichtung der Verkehrsunternehmen zur Verhinderung der illegalen Einreise.

Gescheitert ist auf dieser Konferenz der Antrag Österreichs, eine europäische Wanderungskonvention für eine gemeinsame Migrationspolitik zu schaffen. V.a. die EG-Mitgliedsstaaten lehnten dieses Ansinnen ab.

Als nächste Stufe der Zusammenarbeit schlug die BRD zwei neue Gremien vor.

Einerseits soll in einem "geeigneten Gremium" ein gesamteuropäischer Ausgleich für "finanzielle Ungleichgewichte" als Folge der Ab- und Zurückschiebemaßnahmen weiter geprüft werden.

Die zweite Arbeitsgruppe, bestehend aus sieben Teilnehmerländern unter dem Vorsitz Ungarns, soll die Umsetzung der Empfehlungen der Konferenz "begleiten" und die notwendigen multi- oder bilateralen Rückübernahmeabkommen vorbereiten. Mitglieder - und hier zeigt es sich, auf welchen Wegen die europäische Harmonisierung tatsächlich praktisch vorangebracht werden soll - sollen auf jeden Fall die Präsidentschaften der EG, der EFTA und der Schengener Vertragsstaaten sein.

Innerstaatliche Folgen

Im Falle Rumäniens und des Rückübernahmeabkommens mit Rumänien vom Sommer '92 drängt sich der Verdacht auf, daß die rumänischen Ausreisebestimmungen, bzw. die Strafen für illegalen Grenzübertritt von rumänischer Seite aus verschärft worden sind in unmittelbarem Zusammenhang mit den deutsch-rumänischen Abkommensverhandlungen.

Pressemeldungen zufolge wurden die Strafen für illegalen Grenzübertritt in Rumänien im Sommer '92, zur Zeit als auch über das Rückübernahmeabkommen verhandelt worden ist, drastisch verschärft. Im Gesetzestext selbst wird beispielsweise der Grenzübertritt "in Gruppen" gleichgestellt mit "bewaffnetem Grenzübertritt". Und Flüchtlinge aus Rumänien machen sich ja nun selten individuell auf den Weg ...

Noch einmal Budapest

Liest man unter diesem Gesichtspunkt die Empfehlungen der Budapester Konferenz, so ergibt sich v.a. folgendes:

Die Deliktbereiche, auf die sich innerstaatliche Strafverfolgung und Ausrichtung der Polizeien konzentrieren sollen, werden gemeinsam festgelegt. Die Umsetzung wird von einer von den Deutschen initiierten Arbeitsgruppe "begleitet", sprich kontrolliert und modifiziert.

"Empfohlen wird", daß die vollendete und versuchte Schleusertätigkeit einschließlich der Anstiftung und Beihilfe dazu eine strafbare Handlung ist; daß die auf Gewinn gerichtete und organisierte Schleusertätigkeit besonders behandelt wird; daß die durch Schleusertätigkeit erzielten direkten oder indirekten Einnahmen für konfisziert erklärt werden können; ... daß solche Transportmittel wie zum Beispiel Kraftfahrzeuge, Schiffe oder Luftfahrzeuge, die Schleusern oder ihren Mittätern gehören (!!) oder (!!) für Schleusertätigkeit genützt werden, eingezogen werden können ...

Hier lugen aus allen Ecken und Enden die Formulierungen gegen organisierte Kriminalität aus der deutschen Gesetzgebung durch. Und es ist doch sehr die Frage, ob für Polen oder Rumänien beispielsweise die Schleusertätigkeit derartige unmittelbare volkswirtschaftliche Schäden hat, "die mit denen vergleichbar sind, die die Sklaverei hatte" (Schlußempfehlung Budapester Konferenz). Doch nun sind alle Teilnehmerstaaten gezwungen, Gesetze diesen Inhaltes zu erlassen und entsprechend zu handeln.

Weiter werden Maßnahmen gefordert "zur Bekämpfung der Beschäftigung von Fremden, von denen bekannt ist, daß sie illegal eingereist oder geblieben sind oder die zur Arbeitsaufnahme nicht berechtigt sind ..."

Aufgefordert wird, europäischen Übereinkommen, z.B. zur Auslieferung oder Rechtshilfe in Strafsachen beizutreten. Sollte dies nicht geschehen, sollten diese Staaten "zweiseitige Verträge abschließen, oder solche innerstaatlichen Maßnahmen treffen, die es ihnen erlauben, auf der Grundlage der Gegenseitigkeit die Gewährung der notwendigen Rechtshilfe zur Verfolgung der Schleusertätigkeit zu gewähren."

Die in Budapest beschlossenen "speziellen Einheiten zur Bekämpfung der Schleusertätigkeit" bekommen gleich umfassend ihren Status und die Grundzüge der Organisationsstruktur sowie einen Verfolgungskatalog vorgeschrieben: In enger Zusammenarbeit mit allen Einheiten der Polizei und mit anderen zuständigen Behörden, sollen sie "Personen oder Organisationen, die zur illegalen Wanderung anstiften oder Beihilfe leisten, Vergehen im Zusammenhang mit der illegalen Beschäftigung oder rechtswidrigen Anwerbung von Arbeitskräften und strafbare Handlungen im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung der oben erwähnten strafbaren Handlungen insbesondere die Verfälschung von Urkunden verfolgen."

Nach einer kleinen Verbeugung vor der immerhin noch zugestandenen nationalen Souveränität ("obwohl die Entscheidung ... den nationalen Regierungen obliegt, wäre es wünschenswert") werden für ganz Europa ähnliche Strukturen und Taktiken gefordert. "Operative Taktiken, die der besonderen Vorgangsweise der Rechtsbrecher entsprechen und die insbesondere zur Bekämpfung der organisierten Verbrechen entwickelt wurden ..."

Empfehlungen, deren Umsetzung durch eine Arbeitsgruppe überprüft und modifiziert werden kann, werden ausgesprochen für den Austausch personenbezogener Daten, für den Informationsaustausch über illegale Wanderungsbewegungen, zur Ausbildung des Personals der Grenztruppen, der Personengrenzkontrolle (z.B. Nachweis des Besitzes der notwendigen Mittel für den vorgesehenen Aufenthalt und für die Rückreise, politische Überprüfung - "ob die Person eine Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit darstellt", bis

hin zur Kontrolle der Hotelreservierungen, Rückreisefahrkarten, Kurnachweise, Veranstaltungseinladungen usw. usf.

Die notwendige verstärkte Grenzüberwachung außerhalb der Grenzübergänge wird ebenfalls vorgegeben. Gefordert werden mobile Überwachungseinheiten, die nicht präventiv, sondern gezielt zugreifen sollen. Sie sollen rund um die Uhr im Dienst sein und grenzüberschreitend arbeitsteilig zusammenarbeiten.

Empfohlen wird dann schließlich noch die Zusammenarbeit der "Einwanderungsbehörden" mit den Luftfahrtunternehmen, z.B. bei der Ausbildung des Check-In-Personals.

Alle Empfehlungen erfordern umfassende innerstaatliche Regelungen organisatorischer und gesetzlicher Art, um den Auftrag des Westens optimal zu erfüllen und Polizei und Justiz kompatibel zu machen.

Vorbild Schengen-Polen

Im Ergebnispapier der Budapester Konferenz wird noch einmal ausdrücklich auf das vorbildliche Rückübernahmeabkommen hingewiesen, das mit dem Schengen-Polen-Vertrag vorliege.

Vorgeschlagen werden standardisierte Übereinkommen, die sich daran orientieren sollen. Hauptziel ist die Festlegung, daß rückübernommene "illegale Einwanderer" "ohne Verzug" in ihr Ursprungsland oder in das Land, in dem sie ihre Reise begonnen haben, zurückzuführen sind.

Dabei ging es, kommentiert Staatssekretär Vöcking diesen Teil der Verhandlungen, um Transportkapazitäten, Unterbringung, verwaltungsmäßige Hilfe bei der Abwicklung der Zurückführung ...

Und hier wird sich der Kreis schließen. Je größer die Zahl der in dieses System eingebauten Staaten sein wird, desto größer wird der Druck werden, schon die Ausreise in den jeweiligen Ländern zu verhindern (siehe Beispiel Rumänien). Und was im Zentrum Europas als Asyldebatte geführt wurde, wird im entfernteren Osten enden in der Verhinderung der Freizügigkeit und dem Festhalten der Menschen in Elend, Krise und Kriegen.

Wie weiter?

Eine Fortsetzung der Budapester Konferenz hat Großbritannien abgelehnt, und auch andere EG-Staaten scheinen wenig Interesse zu haben. Die Ablehnung der oben genannten europäischen Wanderungskonvention, die Österreich ins Spiel gebracht hat, geht wohl auf diese Widerstände zurück. Das deutsche Modell einer europäischen Quotenregelung nach dem Vorbild des deutschen AsylbewerberInnen-Verteilungsverfahrens ist für die anderen westeuropäischen Staaten erst dann sinnvoll, wenn der repressive Unterbau fertig ist. Für die BRD spielt der Hinweis darauf auch eher eine propagandistische Rolle. Sie konzentriert sich ganz darauf, durch bilaterale Rückführungsabkommen ihren Osten zu organisieren.

Ähnlich wie im Falle Polens haben alle Partnerländer, einschließlich Österreichs und der Schweiz, schon jede Menge Vorleistungen im Sinne der Grenzsicherung erbracht.

Vorleistungen allerorten

oder: wer gehört zu Europa?

Ungarn beispielsweise, das lange Zeit eine der Hauptlasten des Krieges im ehemaligen Jugoslawien trug und auch Transitland für Rumänien ist, mußte die Grenzen durch die Blockadepolitik der Westeuropäer schließen. "Auf dem 286 Kilometer langen Grenzabschnitt zu Serbien und Rumänien gehen die grünen Barette mit scharfen Hunden und sowjetischer Waffentechnik auf Kopfjagd. Als Prämie gibt es Sonderurlaub. Die Motivation der nahkampferprobten Truppe ist hoch: man rettet Westeuropa vor noch mehr Einwanderermassen. Westeuropa aber zeigt sich, wie der Kommandeur sagt, nicht sehr dankbar." (Berliner Zeitung, 18.2.93)

"Es handelt sich dabei" - begründet der tschechische Innenminister Ruml die praktischen Schritte gegen "Asylmißbrauch", d.h. die verschärfte Grenzsicherung - "um die Frage, wer eigentlich zu Europa gehört" (TAZ, 17.2.93)

Seit Monaten ist der Traum der Tschechischen und Slowakischen Republiken, ohne eine gesicherte Grenze auszukommen, ausgeträumt. Grenzstreitigkeiten zwischen den beiden neuen Republiken sind unmittelbare

Folge der Abschottung an ihren Westgrenzen. "Das lockere Regime" an ihrer Grenze soll beendet werden. Sondereinheiten für Schlepperjagd und schärfere Strafen für Schlepper sowie Asylverfahren direkt an der Grenze sind geplant. Mit der Einführung der Visumpflicht für "Ostländer" wird gedroht. (ND, 1.3.93)

Und schon vor Abschluß des deutsch-polnischen Abkommens schloß Polen mit der Slowakischen Republik in den letzten Märztagen diesen Jahres ein gesondertes Rückführungsabkommen gegen illegale Grenzgänger und Zuwanderer sowie den Transit von Ausländern, die von Drittstaaten in ihre Herkunftsländer zurückgeschoben werden (FAZ, 1.4.93). Dieses Abkommen soll der Auftakt sein zu einem ganzen Netz von bilateralen Abkommen zwischen den osteuropäischen Staaten. Dieser Weg ist eine Folge des Scheiterns der tschechischen Position, die zunächst multilaterale Abkommen der "Ostländer" untereinander und dann erst Nachvollzug der deutschen Forderungen vertreten hatte. Dieser Versuch war auf der Prager Konferenz am 16. März - Teilnehmer: Österreich, Ungarn, Polen, Slowakische und Tschechische Republik - endgültig gescheitert.(s.u.)

Offen wird von VertreterInnen der östlichen Nachbarstaaten erklärt, es gehe ihnen nicht um die Durchführung von Asylverfahren auf eigenem Boden, sondern um die Zurückschiebung in die Herkunftsländer. Einer steht hier für viele. Walesa erklärt: "Wenn wir alle Beteiligten einbeziehen, werden die Menschen nicht nach Polen zurückgeschickt, sondern in ihre Herkunftsländer Rumänien, Bulgarien und so weiter ..." (Spiegel, 22.2.93)

Auf der Prager Konferenz der Transitstaaten am 16.3.93 wurde schließlich beschlossen, bilaterale Verhandlungen über Rückübernahmeabkommen zu führen. Teilnehmer waren Österreich, Polen, Ungarn, Slowenien, Tschechische und Slowakische Republik. Multilaterale Abkommen mit der BRD scheiterten v.a. an der Ablehnung der Slowakei und Ungarns. Ungarn habe "die humanitären Aspekte einer Rückführung der Flüchtlinge nicht für gewährleistet gehalten". Die Slowakische Republik fordert die Ausweitung der beteiligten Länder auf die Herkunftsländer. Insbesondere sei die Ukraine bisher nicht beteiligt. Als Rahmen soll die KSZE genutzt werden.

Einigkeit bestand in Prag darin, daß die beteiligten Länder jede Verantwortung für die "Altfälle" der BRD ablehnen. Einigkeit bestand auch in der Befürchtung, daß die beteiligten Länder von Transit- zu Zielländern werden könnten. Daher rührt wohl auch die grundsätzliche Bereitschaft, die "Rücküberstellung von Ausländern in ihre Ursprungsländer" zu prüfen. Eine Bedingung ist - und das zielt Richtung BRD -, daß der "ersuchende Staat die rechtlichen Regelungen" für die Abschiebung in die Ursprungsländer sicherstellt.

Das bedeutet noch einen, allerdings äußerst schwachen Riegel für das Konzept der BRD, das Problem einfach an die Nachbarn abzuschieben und sich damit aller humanitären und internationalen Verpflichtungen zu entziehen.

Keine Rede ist mehr davon, daß hierzulande zurückgeschobene Flüchtlinge oder AsylbewerberInnen irgendwo anders in den sicheren Nachbardrittstaaten ein ordentliches Asylverfahren erhalten sollen. Erklärtermaßen aber ging es bei den Gesprächen nur noch um Rückführung eigener StaatsbürgerInnen und "Durchschiebung" von "Drittausländern" in die Herkunftsländer, wobei die Bundesregierung Unterstützung bei der "Rückführung von Drittausländern" signalisiert hat.

Die Tschechische Republik ist bereit, auf administrativer Ebene über die Verhinderung der illegalen Weiterwanderung von Drittausländern auch ohne formelles Abkommen zu reden. Vorleistungen in diesem Sinne gibt es ja schon überall.

Fast unbemerkt geblieben ist bisher die Ausdehnung des Abschiebe- und Zurückhaltenetzwerks auf die nord-östliche Region. Genutzt wird hierzu der "Ostseerat", ein Außenministergremium zwischen Dänemark, Bundesrepublik Deutschland, Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Norwegen, Schweden und der Kommission der EG. Dieser Ostseerat hat die schwedische Initiative abgesegnet, die eine "konstituierende Sitzung zum Thema" - na was wohl? - "Unkontrollierte Wanderungsbewegungen im Ostseeraum" einberufen hat.

Am 26./27.4.93 wurde bei dieser Sitzung die Einrichtung zweier Arbeitsgruppen beschlossen zu den Themen:

- Statusfeststellung und Aufnahme von Asylbewerbern und Flüchtlingen, Einreise- und Grenzkontrollen, Visa

- rechtliche Fragen einschließlich Rückübernahmeabkommen.

Anfang Mai beschäftigte sich der Ausschuß Hoher Beamter des Ostseerates mit dem Vorschlag Estlands, eine Bestandsaufnahme der Situation in dieser Region vorzunehmen. Themen der entsprechenden Arbeitsgruppe u.a.

- Verhinderung illegaler Wanderungen

- Bekämpfung internationaler Kriminalität und des Drogenhandels.

Lange kann es nicht mehr dauern, bis die oben aufgezählten Abkommen in den Ostseeraumsprachen vorliegen und dann auch diese Region kompatibel gemacht ist für das Flüchtlings- und Migrationsabwehrsystem made in germany.

Das nämlich ist aus dem alten Asylgrundrecht geworden: ein Flüchtlings- und Migrationsabwehrmechanismus, ein Instrument der Bevölkerungspolitik, mit dem die in den letzten 40 Jahren mühsam geschaffenen Völkerrechtsnormen und internationalen humanitären Grundsätze unterlaufen und außer Kraft gesetzt werden können.

Das auf dem Höhepunkt der deutschen Asyldebatte geprägte Schlagwort vom "Asylprotekorat Polen" u.a. greift zu kurz. Es handelt sich eher um klassische Protektorate, in denen die neue internationale soziale Frage entsorgt werden soll.

Albrecht Maurer, Ulla Jelpke

PDS/Linke Liste

10. Chronologie rassistischer Anschläge (24.4.30.5.93)

und der bundesdeutschen rassistischen und antisemitischen Alltäglichkeit

Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak355/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:355:10

In Strausberg kam ein Asylbewerber mit einer Schußverletzung im Fuß ins Krankenhaus. Nach seinen Angaben, und denen seiner zwei rumänischen Begleiter, war der Schuß aus einer Gruppe von Skinheads abgegeben worden. Die Kripo bezweifelt diese Angaben, ohne dafür aber Gründe anführen zu können. (Berliner Zeitung (BZ), 27.4.93)

25.4.

In Obhausen in Sachsen-Anhalt überfielen 50 vermummte Skinheads eine Diskothek. Bei dem Überfall wurden vier Menschen verletzt, von denen einer am Montag im Krankenhaus verstarb. Von den derzeit 15 namentlich bekannten Tatverdächtigen seien sechs in Untersuchungshaft. Gegen einen der mutmaßlichen Täter wurde Haftbefehl wegen Mordes erlassen. (taz, 28.4.93)

26.4.

In Hamburg entstand bei einem Brand in einer Unterkunft für AsylbewerberInnen ein Sachschaden von mehreren Millionen Mark. Alle 28 BewohnerInnen des reetgedeckten Fachwerkhauses, unter ihnen einige Kinder, konnten sich rechtzeitig in Sicherheit bringen. Die Ursache des Brandes ist unbekannt. Eine Person erlitt einen Schwächeanfall. (BZ und FAZ, 27.4.93)

28.4.

In Bonn antwortete die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der PDS/LL, daß dem Bundeskriminalamt im Monat März 403 fremdenfeindliche Straftaten gemeldet worden sind. Dabei kam ein 56jähriger Türke ums Leben, 66 Personen wurden verletzt. Zu den Straftaten gehörten 21 Brandanschläge, ein Sprengstoffanschlag sowie 59 Angriffe gegen Personen. Dem BKA wurden 212 Tatverdächtige gemeldet. 68 Tatverdächtige seien vorläufig festgenommen worden, gegen 16 wurde Haftbefehl erlassen. (BZ, 5.5.93 und SZ, 6.5.93)

29.4.

In Berlin-Marzahn sind ausländische Schüler einer Hauptschule auf offener Straße von Neofaschisten überfallen worden. Zwei der Schüler seien verletzt worden, einem türkischen Lehrer sei ein Zahn abgebrochen worden. Die Angreifer hätten Hunde bei sich gehabt und seien mit Ketten bewaffnet gewesen. (Welt, 30.4.93 und SZ, 3.5.93)

In Herford hat die Polizei beim stellvertretenden Kreisvorsitzenden der "Republikaner", Peter Schulz, ein umfangreiches Waffenarsenal beschlagnahmt. (Junge Welt, 30.4.93)

30.4.

In Oschersleben in Sachsen-Anhalt haben 30 neofaschistisch orientierte Jugendliche drei Polizisten angegriffen und schwer verletzt. (BZ, 3.5.93)

In Berlin wurde ein 49jähriger ZDF-Journalist von dem 18jährigen Neonazi Stefan Schmidt überfallen. Der Nazi stach dreimal mit einem Messer auf den Journalisten ein - auch in den Bauch. Der Journalist trug nach eigenen Angaben keine lebensgefährlichen Verletzungen davon, weil er "einen etwas dicken Bauch" habe. (taz, 3.5.93)

In Dresden überfiel eine große Gruppe von Skinheads einen Äthiopier und verletzte ihn. Das Opfer erlitt Kopfverletzungen und Prellungen am Knie. Die Polizei nahm 18 Skinheads vorläufig fest. Bei in diesem Zusammenhang im Mai vorgenommenen Hausdurchsuchungen von 13 Wohnungen in Dresden, Freital und Riesa sind Brandflaschen, Kampfmesser, Munition und große Mengen von nationalsozialistischem und neofaschistischem Propagandamaterial gefunden worden. Einer der Beschuldigten sei Mitglied der verbotenen "Deutschen Alternative" gewesen. (taz und BZ, 3.5.93; FAZ und Welt, 13.5.93)

1.5.

In Kirchmöser im Kreis Brandenburg sind neofaschistische Jugendliche gewaltsam gegen ein Fernsehteam des Ostdeutschen Rundfunks Brandenburg vorgegangen, das in einer Gaststätte eine Geburtstagsfeier filmen wollte. Ein Redakteur erlitt durch einen Stein Verletzungen am Kopf. Eine Kamera wurde zu Boden geworfen, wobei ein Sachschaden von rund 100.000 D-Mark entstand. Die Gaststätte "Onkel Tobis Hütte" wird überwiegend von neofaschistischen Jugendlichen besucht. (BZ, 3.5.93)

In Berlin-Friedrichshain rotteten sich Anhänger der FAP zu einer Demonstration unter dem Motto "1. Mai chaotenfrei" zusammen. Die Demonstration der Nazis wurde von der Polizei geschützt. Im Laufe der Demonstration kam es zu mehreren Schlägereien zwischen den Neofaschisten und Antifaschisten. (taz, 3.5.93)

In München führte der neofaschistische "Nationale Block" einen Fackelzug durch. Die Polizei schützte den Aufmarsch der 50 Neofaschisten. Sieben der 300 antifaschistischen GegendemonstrantInnen wurden von der Polizei festgenommen, nach dem die Polizei mit Schlagstöcken gegen die AntifaschistInnen vorgegangen war. Die Polizei nahm auch einen Neofaschisten fest. (SZ und taz, 3.5.93)

2.5.

In Stockdorf bei München sind drei Mitglieder einer türkischen Familie bei einem Brandanschlag schwer verletzt worden. Nach Angaben der Polizei schütteten Unbekannte Brandbeschleuniger vor die Haustür eines überwiegend von Türken bewohnten Hauses aus und entzündeten ihn. Dabei gerieten Türstock, Haustür und Eingangsbereich in Brand, Treppenhaus und Wohnungen wurden stark verqualmt. (FAZ, 3.5.93)

In Berlin sangen Beamte des Bundesgrenzschutzes während ihres Einsatzes in den frühen Morgenstunden gegen die 1. Mai-Demonstration das "Horst-Wessel-Lied". Anwohnerinnen haben gesehen und gehört, wie etwa zwei Dutzend BGS-Beamte blockartig formiert über die Oranienstraße zogen und das Nazi-Lied sangen. Die Polizei ermittelt von Amts wegen. Die BGS-Führung hat Befragungen unter seinen Angehörigern begonnen, die, wie es heißt, die Vorwürfe nicht bestätigen. (FAZ und BZ, 5.5.93)

4.5.

In Rostock griffen 50 neofaschistisch orientierte Jugendliche ein Jugendzentrum und das benachbarte Frauenhaus an. Die Neofaschisten gingen mit Schlagstöcken, Steinen und Rauchbomben gegen das Gebäude vor. Im Frauenhaus hielten sich zum Zeitpunkt des Überfalls über 20 Frauen und Kinder auf, die durch ein Fenster ins Freie flüchteten. Die Polizei hatte einen Tip bekommen, daß mehrere rechte Gruppen diesen Überfall planten. Sie standen mit 40 bis 50 Beamten in Stellung - ohne aber den Angriff zu verhindern. Später wurde die Polizei mit über 200 Mann verstärkt und nahm 44 Neofaschisten fest. Laut Rostocker Polizei habe dieser Überfall mit Politik nichts zu tun. (taz und BZ, 6.5.93)

6.5.

In Bremen wurde ein Brandanschlag auf ein von AusländerInnen bewohntes Haus verübt. Dabei wurden zwei 15 und 18 Jahre alte Türken verletzt. Bei dem Anschlag wurde ein Brandbeschleuniger benutzt. Die beiden Türken hatten sich mit Sprüngen aus dem Fenster in Sicherheit gebracht. Der Sachschaden an dem Haus wurde auf 500.000 Mark beziffert. (Welt und BZ, 8.5.93)

7.5.

In Greifswald haben 30 neofaschistische Jugendliche eine Unterkunft für Flüchtlinge angegriffen und einige Fensterscheiben zerschlagen. (FAZ, 10.5.93)

8.5.

In Schwerin haben Unbekannte einen 22jährigen Ausländer erstochen und einen 33jährigen Landsmann schwer verletzt. Die beiden aus Osteuropa stammenden Personen seien auf offener Straße in einem Neubauviertel angegriffen worden. Die Polizei behauptet, daß bei der Tat Ausländerfeindlichkeit keine Rolle gespielt habe. Die Staatsangehörigkeit der Opfer wollte die Kriminalpolizei mit Hinweis "auf laufende Ermittlungen" nicht preisgeben. Laut "BZ" soll es sich bei den Toten um einen Angehörigen der GUS-Streitkräfte handeln. (taz und BZ, 10.5.93)

In Aurich in Ostfriesland versuchten 100 Neofaschisten eine vorwiegend von Ausländern besuchte Kulturveranstaltung in dem als "Antifa"-Treffpunkt bekannten Jugendzentrum zu stürmen. Die Neofaschisten, die Parolen wie "Ausländer raus", "Deutschland den Deutschen" und "Tod der Antifa" gröhlten, waren mit Totschlägern, gefüllten Plastikbeuteln und Gaspistolen bewaffnet. Sie bewarfen das Jugendzentrum mit Steinen und Flaschen und beschossen es mit Leuchtspurmunition. Ein Besucher des Jugendzentrums wurde verletzt. Obwohl die Polizei die zum größten Teil aus Oldenburg angereisten Neonazis, die hier eine Veranstaltung der "Nationalen Liste" besucht hatten, den ganzen Weg über observierte, verhinderten sie nicht den Angriff auf das Jugendzentrum. Die Polizei unterließ es auch, die BesucherInnen des Jugendzentrums zu warnen. Nur der entschlossenen Gegenwehr der BesucherInnen des Jugendzentrums war es zu verdanken, daß nichts Schlimmeres passierte. (taz und FAZ, 10.5.93 und SAT 1, Niedersachsen regional)

In Bremen wurde ein Brandanschlag auf eine Unterkunft für AsylbewerberInnen verübt. Von den 70 BewohnerInnen wurde niemand verletzt. (Welt, 10.5.93)

9.5.

In Schwerin stürzten auf dem Ehrenfriedhof unbekannte Täter am Platz der Opfer des Faschismus insgesamt 81 Grabsteine um und richteten weitere Verwüstungen an. (taz, 10.5.93)

In Teterow wurde ein Brandanschlag auf eine Unterkunft für Asylsuchende verübt. Die Brandflasche durchschlug ein Fenster, zündete aber nicht. Es entstand geringer Sachschaden. Die Polizei ging von der Tat eines "Einzelnen" aus. (taz und FAZ, 10.5.93)

10.5.

In Herne hat das nordrheinwestfälische Sozialministerium eine Überprüfung der größten deutschen Vertriebenen-Bibliothek angeordnet. Nach einem Bericht des ARD-Fernsehmagazins "Report" sind Schriften von NS-Größen oder von Autoren, die vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft werden, in der Bibliothek frei zugänglich. Auch in anderen Vertriebenen-Bibliotheken finden sich laut "Report" Bücher, die den Krieg verherrlichen und den Holocaust leugnen. (SZ und taz, 11.5.93)

11.5.

In Berlin wurde ein 26jähriger Polizeiobermeister wegen des Singens des "Horst-Wessel-Liedes" zu einer Geldstrafe verurteilt. Der Vorfall hatte sich bereits im August 1992 in einer Laubenkolonie ereignet, wo der Beamte mit Kollegen eine Gartenparty feierte. (BZ, 12.5.93)

Wie erst jetzt bekannt wurde, haben Berliner Polizeibeamte am 27.3.92 in Dachau in einer Gaststätte randaliert und einen ausländischen Türsteher mit "Kanake" und "türkische Sau" beschimpft. Der Vorfall sei der Berliner Polizeibehörde bekannt gewesen und geprüft worden. Die betroffenen Beamten hätten den Zwischenfall bestätigt und seien daraufhin gemaßregelt worden. Von einem Disziplinarverfahren habe man abgesehen. (BZ, 12.5.93)

12.5.

In Diekholzen haben zwei Unbekannte die Unterkunft einer asylsuchenden Familie mit einem Luftgewehr beschossen. Das türkische Ehepaar wurde durch klirrende Geräusche geweckt. Im Wohnzimmer war die äußere der beiden Fensterscheiben aus Isolierglas zerstört worden. Die Polizei stellte zwei Einschüsse fest. (Hildesheimer Allgemeine Zeitung, 14.5.93)

13.5.

In Templin hat die Polizei vier Neofaschisten wegen Landfriedensbruch, Bedrohung und versuchten Diebstahl vorläufig festgenommen. Sie haben am Lübbesee Parolen wie "Sieg Heil" und "Heil Hitler" skandiert und einen Kioskbesitzer bedroht. (taz, 14.5.93)

14.5.

In Geislingen wollen Bürger mit einer Unterschriftensammlung den Bau eines Minaretts verhindern. Ein örtlicher türkischer Kultur- und Sportverein will dort neben der vor einem Jahr gegründeten Moschee einen begehbaren Turm mit spitzen Giebel und Morgenstern als optisches religiöses Wahrzeichen bauen.

Gebetsrufe eines Muezzins oder ihre Übermittlung per Lautsprecher seien nicht vorgesehen, versicherten die Muslime. (SZ, 15.5.93)

15.5.

In Roringen bei Göttingen wurde ein 18jähriger von mehreren Neofaschisten umringt und mit Knüppeln bedroht. Auf einem Baseballschläger habe "Hier regiert die FAP" gestanden. Der 18jährige wurde bei der Flucht in eine Gaststätte an Kopf und Arm getroffen. (Göttinger Tageblatt, 18.5.93)

In Parchim in Mecklenburg-Vorpommern kam es zu einer schweren Auseinandersetzung zwischen Neofaschisten und AntifaschistInnen. (taz, 17.5.93)

16.5.

In Teterow in Mecklenburg-Vorpommern griffen mehrere Neofaschisten eine Unterkunft für AsylbewerberInnen mit Steinen und anderen Wurfgeschossen an. Mehrere Fensterscheiben wurden zertrümmert. (SZ, 17.5.93)

17.5.

In Sundern im Sauerland ist ein Asylbewerber bei einem Überfall auf eine Unterkunft für Flüchtlinge lebensgefährlich verletzt und ein weiterer erheblich verwundet worden. Vier bis acht Personen hatten die Unterkunft überfallen. Augenzeugen beschrieben die Täter als schwarzgekleidete Deutsche. Ging die Staatsanwaltschaft zuerst von Skinheads als Tätern aus, so wurde später mit "an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit" die Täterschaft von Neofaschisten durch die Polizei ausgeschlossen. (taz, 18.5.93, 19.5.93 und 21.5.93)

In Mühlhausen in Thüringen hat ein 45jähriger Deutscher wegen Diebstahls einer Zeitung aus seinem Briefkasten einem algerischen Asylbewerber ins Gesicht geschossen. Der Grundstückseigentümer holte sein zur Schreckschußwaffe umgebautes Jagdgewehr und postierte sich mit der Waffe im Anschlag vor dem Haus. Dort habe er sich von einem der an dem Diebstahl beteiligten Asylbewerber bedroht gefühlt und geschossen. (SZ und Junge Welt, 18.5.93)

18.5.

In Weißwasser wurde ein Brandsatz aus einer Kleingartenkolonie in Richtung Flüchtlings-Containerdorf geworfen. Anschließend gab es eine Schlägerei zwischen 20 Kleingärtnern und etwa 60 Asylsuchenden. Die Kleingärtner drohen mit "Rostocker Verhältnissen", weil neben ihrer Laubenkolonie eine Flüchtlingsunterkunft errichtet worden ist. (taz, 26.5.93)

In Aschaffenburg wird einer Altpapierfirma die Feuerversicherung durch die Münchner Thuringia-Versicherung gekündigt, weil der Versicherung das Risiko durch ein benachbartes Heim für AsylbewerberInnen zu hoch geworden ist. (taz, 19.5.93 und Welt, 21.5.93)

19.5.

In Weißwasser werden drei Asylbewerber von Jugendlichen überfallen, geschlagen und getreten, weil sie um eine Zigarette gebeten wollten. (taz, 26.5.93)

In Thale und Magdeburg hat die Polizei mehrere Waffenlager ausgehoben und acht Männer festgenommen. (Welt, 22.5.93)

20.5.

In Fürstenwalde fuhren alkoholisierte Deutsche vor eine Unterkunft für Flüchtlinge, gröhlten rassistische Parolen und warfen Steine in Richtung der Unterkunft. Die Asylbewerber bewaffneten sich daraufhin mit Äxten und Eisenstangen. (BZ, 22.5.93)

In Rathenow griffen neofaschistische Jugendliche ein besetztes Haus an. Erst nach Stunden gelang es der Polizei, die Gruppen zu trennen. Die Polizei nutzte die Gelegenheit und räumte das besetzte Haus. Anschließend sammelten sich in der Innenstadt mehrere hundert Personen - Neofaschisten und Schaulustige. Es kam erneut zu Zusammenstößen mit der Polizei. Insgesamt nahm die Polizei 17 Personen fest. (BZ, 22.5.93)

In Hann. Münden haben fünf Neofaschisten drei Kinder auf einem Grillplatz verletzt. Die Skinheads gehörten zu einer Gruppe von insgesamt 90 Anhängern der neofaschistischen "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP), die aus ganz Norddeutschland zu einem Treffen nach Hann. Münden gekommen waren. Unter den Neofaschisten befand sich auch der niedersächsische FAP-Landesvorsitzende Thorsten Heise (23). Bei ihm fand die Polizei ein großes bajonettartiges Messer. Gegen Heise wurde deshalb ein Strafverfahren eingeleitet. Gegen die Zusammenrottung der Nazis demonstrierten rund 100 AntifaschistInnen. (Göttinger Tageblatt, 21.5.93)

In Berlin kommt es auf dem Müggelsee auf einem Ausflugsdampfer zu einer Schlägerei zwischen 90 rassistisch verhetzten Deutschen mit ausländischen Fahrgästen. Zwei Personen wurden verletzt, einer ging über Bord. 92 Menschen wurden festgenommen. (FR, 22.5.93)

In Coburg wurde bei einem Brandanschlag auf ein Wohnhaus ein Mensch getötet und vier weitere verletzt. Laut Pressesprecher der Stadt Coburg sei ein politischer Hintergrund nicht auszuschließen. In dem Haus wohnten zwei türkische und eine deutsche Familie. Das Opfer sei ein Deutscher gewesen. Das Feuer wurde im Flur gelegt. Der Anschlag wurde zuerst der Öffentlichkeit verschwiegen und erst nach über einer Woche der Presse bekannt. Offenbar sollte durch die Nachrichtensperre das Treffen des neofaschistisch durchsetzten Coburger Convent, eines Dachverbandes von Studentenverbindungen, vor antifaschistischen Protesten geschützt werden. (FR, 29.5.93)

21.5.

In Berlin-Treptow kam es zwischen deutschen und türkischen Jugendlichen zu einer schweren Auseinandersetzung. (BZ, 22.5.93)

22.5.

In Berlin ist erneut ein Fall von neofaschistischer Gesinnung bei der Polizei bekannt geworden. Zwei Polizeischüler haben aus einem Zimmer ihrer Unterkunft in Ruhleben neofaschistische Parolen, u.a. "Ein Volk, ein Reich, ein Führer", gegröhlt. Laut Polizeivizepräsident Dieter Schenk werde ermittelt. (BZ, 25.5.93)

23.5.

In Falkensee im Kreis Nauen haben unbekannte Täter Hakenkreuze, SS-Runen und "Sieg Heil"-Sprüche an die Wände eines Schulhortes geschmiert. Die Täter waren in das Haus eingebrochen, hatten die Einrichtung verwüstet und 10.000 D-Mark Sachschaden angerichtet. (BZ, 25.5.93)

24.5.

In Sigmaringen-Laiz haben unbekannte Täter drei Schüsse auf eine Unterkunft für Flüchtlinge abgegeben. Dabei wurde ein Jugoslawe durch splitterndes Glas leicht verletzt. Die Staatsanwaltschaft leitete ein Ermittlungsverfahren wegen versuchten Mordes ein. (taz, 26.5.93)

25.5.

In Eberswalde-Finow wurde ein 17jähriges russisches Mädchen von einem Unbekannten niedergestochen. Das Opfer wurde mit Lungenverletzungen in ein Krankenhaus gebracht. Das Mädchen habe sich mit einer Freundin auf dem Heimweg aus der Schule befunden, als ein "unbekannter deutscher Bürger" 200 Meter vom Kontrollpunkt der russischen Garnision entfernt beide angriff. Die 17jährige wurde durch mehrere Messerstiche in den Brustkorb lebensgefährlich verletzt. Wenige Tage später konnte der Täter festgenommen werden. (BZ, 27.5.93 und 28.5.93)

In Niedersachsen haben die "Unabhängigen Wählergemeinschaften Niedersachsen" (UWN) den Antisemiten Gerd Koch aus Leer zu einem ihrer Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 1994 nominiert, offenbar um so Stimmen aus dem neofaschistischen Lager gewinnen zu können. Koch hatte sich über Bettler in der Fußgängerzone wie folgt geäußert: "Bei den Bettlern handelt es sich ausschließlich um vagabundierendes Gesindel, mit dem man kurzen Prozeß machen sollte, und zwar unabhängig davon, ob die Bettelei erlaubt ist oder nicht". Als Koch deswegen von einem Journalisten kritisiert wurde, antwortete er dem: "Ihre Einstellung läßt entweder darauf schließen, daß Sie ein unbelehrbarer Betonkopf sind oder jüdische Vorfahren haben." Dem Vorsitzenden der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit schrieb Koch, er habe "kein

Schuldgefühl bezüglich der Kriegsverbrechen. (...) Wie ich die Juden allerdings einschätze, werden sie auch im nächsten Jahrtausend noch die Hand aufhalten". (taz, 26.5.93)

26.5.

In Gera ist ein Mosambikaner von neofaschistischen Jugendlichen zusammengeschlagen und schwer verletzt worden. Die drei Jugendlichen griffen den Mann vor einer Gaststätte mit Holzknüppeln an. Außerdem wurde er mit Stahlnägeln und Stahlkappen besetzten Schuhen getreten. Das Opfer mußte in eine Klinik eingeliefert werden. Die Täter konnten gefaßt werden. Als Tatmotiv gaben sie gegenüber der Polizei Ausländerhaß an. (Welt, 27.5.93)

In Heppenheim sind bei einem Brand in einer Unterkunft für AsylbewerberInnen drei Kinder ums Leben gekommen. Das Feuer brach um 11 Uhr aus. Die Kinder haben sich allein in der Wohnung aufgehalten, da der Vater bei der Arbeit und die Mutter außer Haus zu einem Arztbesuch war. Bei Ausbruch des Brandes seien noch andere Flüchtlinge im Haus gewesen, die sich jedoch hätten retten können. Spezialisten aus dem Landeskriminalamt in Wiesbaden versuchten, die Brandursache zu klären. Für die Polizei gab es jedoch schon vor den eigentlichen Ermittlungen keinen Hinweis auf einen Anschlag. (SZ und FAZ, 27.5.93)

27.5.

In Düsseldorf haben die Präsidenten der Oberlandesgerichte (OLG) vor einem wachsenden Organisationsgrad unter rechtsextremistischen und ausländerfeindlichen Straftätern gewarnt. Rund 70 Prozent der Täter seien Jugendliche, die "in erheblichem Umfang" aus geordneten Verhältnissen stammten und über einen Arbeitsplatz verfügten. (SZ, 28.5.93)

In Essen haben zwei Unbekannte die Decke eines schlafenden Obdachlosen mit Spiritus übergossen und angezündet. Der 54jährige Mann, der den Brand sofort bemerkte, blieb unverletzt. Die beiden Täter konnten unerkannt entkommen. (FAZ, 28.5.93)

In Rheinland-Pfalz ist die Zahl der Ermittlungsverfahren wegen rechtsextremistischer Straftaten wie Volksverhetzung gestiegen. Im ersten Quartal 1993 wurde mit 220 die Anzahl aller im Vorjahr eingeleiteten Verfahren übertroffen. (Welt, 28.5.93)

28.5.

In Fuldatal-Ihringshausen haben Unbekannte eine Scheibe des Heims für AsylbewerberInnen durchschossen. Verletzte hat es nicht gegeben. (taz, 29.5.93)

Auf den Seelower Höhen wurde eine Gedenkstätte für deutsche und russische Soldaten geschändet. Drei Grabsteine wurden umgekippt. (BZ, 1.6.93)

29.5.

In Solingen verüben Neofaschisten einen Brandanschlag auf ein von Türken bewohntes Haus. Bei diesem Anschlag werden zwei Frauen und drei Mädchen getötet. Drei weitere Kinder werden lebensgefährlich verletzt. Die Polizei konnte einen 16jährigen als einen der mutmaßlichen Täter festnehmen. Der Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof erließ einen Haftbefehl. Der Festgenommene sitzt in U-Haft. (BZ, 1.6.93)

In München-Schwabing haben Unbekannte einen Brandanschlag auf ein vornehmlich von AusländerInnen bewohntes fünfstöckiges Haus verübt. Die 13 BewohnerInnen konnten von der Feuerwehr gerettet werden, sie erlitten leichte Rauchvergiftungen. Das Feuer war an mehreren Stellen im Keller gelegt worden. Die Polizei schließt politische Motive nicht aus. (BZ, 1.6.93)

Am Schweriner See überfielen 30 neofaschistisch orientierte Jugendliche einen Zeltplatz. Mehrere Camper wurden verletzt. Bei der Durchsuchung von Verdächtigen fand die Polizei Messer, Fackeln und eine Reichskriegsflagge. (BZ, 1.6.93)

In Nörten-Hardenberg bei Göttingen vertrieben rund 40 Anhänger der FAP eine Schulklasse von einem Grillplatz. In Absprache mit der Polizei verlegten Lehrer und Abschlußklasse ihre Feier schließlich an einen anderen Ort. Der FAP-Landesvorsitzende, Thorsten Heise, hatte sich die Aktion legalisieren lassen: "Es sei

besser, wenn seine Leute auf dem Grillplatz blieben, anstatt durch die Stadt zu ziehen." (Göttinger Tageblatt, 1.6.93)

In Greifswald griffen Unbekannte eine Unterkunft für Asylsuchende an. Das Gebäude wurde mit Steinen beworfen. (BZ, 1.6.93)

Auf der Insel Poel zerstörten 30 Skinheads aus Ärger über den verwehrten Eintritt in eine Diskothek mit Zaunlatten, Flaschen und Steinen fast die gesamte Einrichtung einer Gaststätte. (BZ, 1.6.93)

Auf den Seelower Höhen in Brandenburg wurde wieder die Gedenkstätte geschändet. An der Gedenkstätte wurden Gedenktafeln für russische Soldaten abgerissen. (BZ, 1.6.93)

In Friedersdorf im Kreis Königs Wusterhausen wurde auf dem Dorfplatz das sowjetische Ehrenmal geschändet. Grabsteine und Stelen wurden mit Hakenkreuzen, SS-Runen und Nazi-Parolen beschmiert. (BZ, 1.6.93)

In Wolfsburg griffen Neofaschisten rumänische Asylbewerber an und bedrohten sie mit einem Messer und einer Pistole. Ein Rumäne wurde verletzt. (BZ, 1.6.93)

In Berlin-Lichtenberg wurde ein Brandanschlag auf eine Unterkunft für Flüchtlinge und Obdachlose verübt. 400 AsylbewerberInnen und Obdachlose mußten evakuiert werden. Auch wenn die Brandursache noch nicht endgültig geklärt ist, ging die Polizei zunächst davon aus, daß der Brand durch einen Hausbewohner verursacht worden ist, der im Keller des Hauses geraucht haben soll und dann vermutlich eingeschlafen sei. Kurze Zeit später mußte die Polizei einräumen, daß es sich um einen Anschlag gehandelt habe. 16 BewohnerInnen wurden verletzt und mußten in einem Krankenhaus behandelt werden. (BZ, 1.6.93 und 2.6.93)

In Dösingen im Ostallgäu randalierten 450 Skinheads aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Italien, die zu einem Konzert von vier Skinhead-Bands gekommen waren. Vor und nach dem Konzert wurden Dorfbewohner und Polizisten angepöbelt und Nazi-Parolen gegröhlt. 200 Polizisten konnten nicht verhindern, daß die Nazis anschließend nach Kaufbeuren fuhren und dort junge Türken zum Teil mit Eisenstangen verprügelten. (SZ, 2.6.93)

30.5.

In Friesack im Kreis Nauen schändeten Unbekannte einen Friedhof. Sie stießen 39 Grabsteine um und ließen am Tatort in den Sand geritzte Hakenkreuze zurück. (BZ, 1.6.93)

In einem Wald bei Otzberg im Kreis Darmstadt führten jugendliche Neofaschisten ein Zeltlager durch, das von der Polizei aufgelöst worden ist. Die zehn Männer und drei Frauen seien bei Übungen und dem Hissen von Fahnen beobachtet worden. (SZ, 2.6.93)

In Dahlwitz-Hoppegarten wurde ein britischer Staatsbürger von rechten Jugendlichen grundlos brutal zusammengeschlagen. Die Täter warfen den Briten zu Boden, drückten sein Gesicht auf den Gehweg und schlugen ihn mehrmals mit Baseballschlägern auf den Kopf. (BZ, 1.6.93)

In Geyer am Greifenbachstauweiler versammelten sich rund 200 Skinheads und andere Mitglieder der neofaschistischen Szene zu einem Pfingsttreffen. Sie griffen Camper mit Baseballschlägern an und spielten Lieder und Reden mit neofaschistischen Inhalt über eine mitgebrachte Lautsprecheranlage ab. Außerdem g röhlten sie Nazi-Parolen wie "Sieg Heil". (BZ, 1.6.93)

In Syke warfen Neofaschisten eine Flasche auf das Auto einer türkischen Familie. Daraufhin hätten sich etwa 50 Türken vor einer Wohnung versammelt, in der sich zehn Skinheads aufhielten, die sich mit einer Reichskriegsflagge auf dem Balkon zeigten. Die Polizei habe eine Stürmung der Wohnung verhindert und die Skins zum Verlassen des Hauses bewegen können. Nach Abzug der Polizei wurde die Wohnung der Nazis demoliert. (Göttinger Tageblatt, 1.6.93)

In Stade wurde ein Brandanschlag auf eine Unterkunft für rumänische AsylbewerberInnen verübt. Verletzt wurde niemand. (taz, 1.6.93)

In Dresden rotteten sich 100 Neofaschisten - trotz Verbot - zu einer Demonstration zusammen. Die Polizei löste die Demonstration auf. Dennoch bekamen die Neofaschisten reichlich Gelegenheit, sich als

paramilitärische Demonstration darzustellen. Führungskader traten in SA-Uniformen auf, bei denen verbotene Embleme durch solche der FAP ausgetauscht worden waren. Ungehindert konnten T-Shirts mit der Aufschrift "Blut und Ehre" und einem abgewandelten Hakenkreuz getragen werden. Gegen eine Person ist ein Ermittlungsverfahren wegen des Tragens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen eröffnet worden. (taz, 1.6.93)

Bürokollektiv

Ulla Jelpke, PDS/Linke Liste

11. Fußball und Rassismus (Buchvorstellung)

Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus; Sport; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak355/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:355:09

Wenn es um Fußball geht, verlieren auch Linke immer wieder den Verstand. Jüngstes nachlesbares Beispiel ist die Rezension des Buches "Der gezähmte Fußball" von Dietrich Schulze-Marmeling in der Mai-Ausgabe von konkret. Unter der leider nicht selbstkritisch gemeinten Überschrift "Ballaballa" unterstellt Frieder Kern dem Autor nicht weniger als die Verharmlosung nazistischen Bekenntnisses.

Über die "zeitliche Parallelität von Schalker Erfolgsära und Nazi-Herrschaft" hatte Schulze-Marmeling geschrieben: "Inwieweit die Spieler selbst dem NS-Regime und seiner Ideologie huldigten oder sich ihre Vereinnahmung durch die Politik lediglich mehr oder weniger widerwillig gefallen ließen, kann nicht zur völligen Zufriedenheit geklärt werden. Die Bilder von einer den rechten Arm zum Hitlergruß gestreckten Schalker Mannschaft im von den Nazis erbauten monumentalen Berliner Olympiastadion reichen zur Beantwortung dieser Frage sicherlich nicht aus." Für die konkret-Redaktion schon: Sie bebilderte Kerns Verriß mit dem entsprechenden Foto - Endspiel um die deutsche Fußballmeisterschaft 1938, 22 Spieler von Hannover 96 und Schalke 04 recken den Arm; Bildunterschrift: "Es ist ja bloß der Arm und nicht das gestreckte Bein".

Während bei konkret die Profis des geschriebenen Wortes auf eigenem Platz durch grobe und dumme Fouls auffielen, wurde - ebenfalls nachlesbar - der Beweis erbracht, daß einige professionelle Fußballer entgegen dem landläufigen Vorurteil auch dort bestehen können, wo intellektuelle Leistungen gefragt sind. Anlaß für die unentgeltliche journalistische Nebentätigkeit von Dietmar Beiersdorfer (Werder Bremen), Richard Golz (Hamburger Sportverein), Alfred Nijhuis (MSV Duisburg) und Souleyman Sané (Wattenscheid 09) war der Plan des Göttinger Werkstatt-Verlages, ein Buch zum Thema "Fußball und Rassismus" herauszubringen. Das Ergebnis liegt seit Anfang Mai in den Buchhandlungen.

HSV-Torhüter Richard Golz legt sich in seinem Eingangsbeitrag auch mit dem eigenen Verein an: "Rechtsradikalismus, Rassismus und die damit verbundene Gewalt werden auf die leichte Schulter genommen: ‚Schließlich bezahlen die auch für ihren Platz.` Und wie oft habe ich persönlich schon von Vereinsseite gehört, daß diese Leute schon von klein auf treue Anhänger des Vereins seien." Um einiges schärfer sind die Töne in dem weiter hinten abgedruckten Wortlaut eines Round-Table-Gesprächs, an dem neben Beiersdorfer, Golz und Schulze-Marmeling auch noch Marco Bode und Uwe Harttgen (beide Werder Bremen) teilnahmen. Insbesondere der vom Deutschen Fußballbund (DFB) veranstaltete Aktionstag "Friedlich miteinander - mein Freund ist Ausländer" wird als reine Alibiaktion kritisiert: Am 12. Dezember letzten Jahres trugen die Kicker aller Bundesligamannschaften statt der üblichen Werbung den obigen Spruch auf ihren Trikots. Richard Golz: "Ich denke, der HSV war ganz froh, daß der DFB doch noch eine Aktion startete, an die er sich ranhängen konnte, er nichts selbst unternehmen mußte und am 12.12. zu einem Auswärtsspiel fahren konnte."

Vor allem zwei Beiträge des Buches können auch Menschen zur Lektüre empfohlen werden, die dem Fußballsport gleichgültig oder ablehnend gegenüberstehen: ",Neger raus` gegen ‚Zeugen Yeboahs`", ein sehr informativer Aufsatz über Fußball und Rassismus in Deutschland von Katrin Weber-Klüver, und der Beitrag von Dietrich Schulze-Marmeling "Wie glaubwürdig ist der deutsche Fußball", der im ersten Teil die braunen Traditionen des DFB thematisiert.

Katrin Weber-Klüver belegt die Erkenntnis, daß der Rassismus "aus der Mitte der Gesellschaft" kommt, auch mit der zuweilen unüberhörbaren Übereinstimmung von Naziskin und bürgerlichem Anzugträger: "Was an Fremdenhaß in der guten Stube nur hinter vorgehaltener Hand geflüstert wird, das wird auf den Stadionrängen offen und provokativ herausgelassen. Der stillen Billigung ihres kalkulierten Tabubruchs durch manch braven Bürger können sich die Fans sicher sein." Wo der "Tabubruch" auf offene Ablehnung durch Spieler, Vereinsführung oder andere Fangruppen stieß, wurden die Haßgesänge mitunter erstaunlich schnell leiser. Vor allem in dem Beitrag von Andreas Skrypietz über die Situation in England werden dafür eindrucksvolle Beispiele geschildert.

Die bruchlose Entwicklung des DFB seit 1933 ist Thema einer ebenso faktenreichen wie wohltuend polemischen Abrechnung mit dem auch international einflußreichen Verband - "Der DFB spricht selbst davon,

daß sich zwischen 1933 und 1945 lediglich der Briefkopf geändert habe." Insbesondere die DFB-Präsidenten Bauwens (1949 bis 1962) und Neuberger (1975 bis 1992) hielten sich konsequent an das im November 1933 gewählte Motto "An nationaler Hingabe soll uns niemand übertreffen". Während Bauwens 1954 nach dem Gewinn der Weltmeisterschaft durch die "Helden von Bern" die "welsche Mißgunst" der Veranstalter geißelte und großdeutsche Ansprüche gegenüber Österreich geltend machte, formulierte Neuberger in den 80er Jahre programmatisch: "Es ist eine Identitätsfrage des Fußballsports, daß er überwiegend von Angehörigen der eigenen Nation ausgeübt und präsentiert wird. (...) Er erhält seine Eigenart und damit seine Akzeptanz gerade durch das ausschließliche oder stark überwiegende nationale Element." Nach der "Wende" von 1982 wurde der DFB zur "Avantgarde einer neuen nationalistischen und chauvinistischen Welle".

Nicht ganz zufriedenstellend ist das Kapitel zum Antisemitismus im europäischen Fußball. Am besten kennen sich die Autoren, Michael John und Dietrich Schulze-Marmeling, in den Niederlanden aus. Der gegen den Spitzenverein Ajax Amsterdam, seit Mitte der 70er Jahre mit dem Image des "jodenclub" versehen, gerichtete Antisemitismus hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Es gab Bombendrohungen und Hakenkreuzschmierereien, in Flugblättern wurde zur Judenjagd aufgerufen, Fans aus Den Haag "imitierten das zischende Geräusch ausströmenden Gases". Mißglückt scheint mir in dem Beitrag der Versuch, eine Rangfolge des Antisemitismus in den EG-Ländern zu belegen. Ganz vorn sind nach Ansicht der Autoren Deutschland und Italien; die Aussagen über Italien stützen sie aber auf falsche Zahlen - ein Fehler, der bei genauerer Lektüre dieser Zeitung (ak 349, 16.12.92) hätte vermieden werden können.

Die übrigen Teile des Buches können hier nur stichpunktartig erwähnt werden: ein Beitrag zu Fußball und Rassismus in den Niederlanden, Informationen über antirassistische Aktionen von Vereinen und Fan-Initiativen, die Chronik der Bewegung "St.-Pauli-Fans gegen rechts". Den Schlußpunkt (vor dem Anhang mit Adressen und Statistiken) setzt taz-Sportredakteur Matti Lieske mit seiner Satire "Dr. Livingstone, I presume": Der Afrikaforscher wird auf einer seiner Expeditionen wegen seiner kräftigen Waden für die Fußballmannschaft der "Leoparden von Kakongo" zwangsverpflichtet, von den Fans als "weiße Sau" beschimpft und mit aufgebrühten Teebeuteln beworfen. "Jedesmal, wenn der wackere Schotte an den Ball kam, ahmte das Publikum die Geräusche von Verkehrslärm nach." Als Livingstone aus diesem Alptraum erwachte, "schwor (er), nie wieder ein Match irgendeiner europäischen Fußball-Liga zu besuchen."

Js.

Fußball und Rassismus. Mit Beiträgen von Dietmar Beiersdorfer u.a., Göttingen (Verlag Die Werkstatt) 1993, 272 Seiten, DM 24,-

Foto: Marily Stroux

12. Karlsruher Pfingstbotschaft. Zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts

Barbara Ritter zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts

Autor: Barbara Ritter · Rubrik: Frauen und der § 218 · CD-Datei: daten/aksuche/ak355/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:355:29

Ein gewaltiges Brausen fuhr aus den roten Roben und erfüllte das ganze Haus mit Paragraphen. Als die Jüngeren und Älteren das hörten, ging ihnen ein Schrecken durchs Herz. Doch die Verfassungs-Apostel antworteten ihnen: "Bereuet Eure Sünden und ändert Euren Sinn! Dann werdet auch Ihr empfangen die Gabe des Heiligen Geistes!"

Diejenigen aber, die eine leibliche Empfängnis nicht hatten verhüten können, sollen für die Folgen ihres sündigen Tuns büßen. Und so lautete denn das Urteil: "Das grundsätzliche Verbot des Schwangerschaftsabbruchs und die grundsätzliche Pflicht zum Austragen des Kindes sind zwei untrennbar verbundene Elemente des verfassungsrechtlich gebotenen Schutzes". Marktgerecht wird Reue und Bewußtseinswandel über Sozialstrafrecht und Geldbeutel eingefordert.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 28.05.93, das den neuen § 218 in weiten Teilen als mit dem Grundgesetz unvereinbar und nichtig erklärt hat, kam nicht unerwartet. Überraschend ist schon eher, wie offen das Gericht sich anmaßt, bis auf weiteres quasi ein eigenes Gesetz für die ganze Republik ab dem 15.6.93 zu erlassen. Die Anordnung ist wegweisend für den Bundestag, der jetzt prompt wieder seinen auf Eis gelegten Sonderausschuß "Schutz des ungeborenen Lebens" auftaut.

Nach der neuen "Rechtslage" sind Schwangerschaftsabbrüche grundsätzlich verboten; sie sind auch innerhalb der ersten 12 Wochen nach dem Durchlaufen eines verschärften Beratungsverfahrens immer noch rechtswidrig und dürfen deshalb nicht über die gesetzlichen Krankenkassen bezahlt werden. Sie werden nur nicht strafrechtlich verfolgt. "Grundrechte der Frau tragen nicht so weit, daß die Rechtspflicht zum Austragen des Kindes - auch nur für eine bestimmte Zeit - generell aufgehoben wäre" (2) heißt es in den Leitsätzen des Urteils.

Die Anordnung reglementiert die Beratung als vollständig zielgerichtet auf den "Schutz des ungeborenen Lebens". Die Frau muß die Gründe für den Abbruch offenlegen. Die Beratungsstelle soll prüfen, ob sie Dritte, "insbesondere den Vater sowie nahe Angehörige beider Eltern des Ungeborenen" (16), hinzuzieht - "im Einvernehmen mit der schwangeren Frau" - und ob sie die Frau zu einem weiteren Termin bestellt. Über die Beratung muß ein "anonymes" Protokoll geführt werden: es enthält Alter, Familienstand, Staatsangehörigkeit, Zahl der Kinder, der vorherigen Abbrüche, die vorgebrachten Gründe, die zugezogenen Personen und die Hilfsangebote. Den "Schein" gibt es erst, wenn die Beratungsstelle das für richtig hält: "Solange der Beraterin oder dem Berater die Möglichkeiten einer Konfliktlösung - gegebenenfalls unter Einbeziehung dritter Personen - nicht ausgeschöpft erscheinen, darf die Beratungsbescheinigung, die den Abschluß der Beratung dokumentiert, nicht ausgestellt werden." (143)

Der solchermaßen "beratene Abbruch" darf nicht etwa als eine "Gewissensentscheidung" der Frau qualifiziert werden, sondern höchstens als "gewissenhaft zustande gekommene und in diesem Sinne achtenswerte Entscheidung", damit "die Frau, die sich nach Beratung zum Abbruch entschließt, für die damit einhergehende Tötung des Ungeborenen" nicht womöglich den Grundgesetzartikel über Gewissensfreiheit in Anspruch nehmen kann. (112)

Die Beratungsstellen selbst werden laufend überwacht, ihre zeitlich befristete Anerkennung ist streng zu reglementieren, jährlich sind Rechenschaftsberichte vorzulegen, denn "die Beratung ist eine Aufgabe des Staates", die er "seiner Aufsicht nicht entgleiten lassen" darf. Beobachtet werden "Grundeinstellung zum Schutz des ungeborenen Lebens" bis hin zu "öffentliche Verlautbarungen". (116) Wir brauchen uns nicht wundern, wenn nur noch "Abratungsstellen" der Lebensschützer oder der katholischen Kirche übrig bleiben. Die Beratungsstellen dürfen bis längstens zu 31.12.94 nach dieser Vorschrift arbeiten - übrigens das einzige Enddatum in dieser BVG-Anordnung.

Eine spezielle Vorschrift richtet sich gezielt gegen Familienplanungszentren vor allem der Pro Familia, in denen bisher sowohl die Beratung als auch der Abbruch stattfindet. "Beratungsstellen dürfen mit Einrichtungen, in denen Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen werden, nicht derart organisatorisch oder durch wirtschaftliche Interessen verbunden sein, daß hiernach ein materielles Interesse der Beratungseinrichtung an der Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen nicht auszuschließen ist." (17, 117)

Bei der Beratung sollen nach den Anforderungen des Verfassungsgerichts auch "Personen aus dem familiären oder weiteren sozialen Umfeld der Schwangeren" in die Pflicht genommen werden, "dabei kann die Strafbarkeit davon abhängig gemacht werden, daß es zum Abbruch der Schwangerschaft gekommen ist". (131)

Auch der abbrechende Arzt "darf nicht unbesehen an einem Schwangerschaftsabbruch mitwirken" (120), heißt es weiterhin in der Urteilsbegründung, besonders nicht, wenn kein "Rechtfertigungsgrund" für den Abbruch vorliegt und sie damit rechtswidrig bleibt. Schon seinem "Berufsethos" nach müsse er, "ein hinreichendes Wissen davon vermitteln und zur Sprache bringen, daß der Schwangerschaftsabbruch menschliches Leben zerstört" (122). Die Frau muß erneut "die Gründe für ihr Abbruchverlangen darlegen" (124), Ärzte müssen für die "Anforderungen der erweiterten Aufklärungs- und Beratungspflicht" entsprechend ausgebildet werden (126). Dagegen soll die praktische Durchführung eines Abbruchs nicht zu den Erfordernissen der fachärztlichen Ausbildung gehören (127).

Entgegen anderslautender Meldungen können Abbrüche nicht nur in spezialisierten privaten Einrichtungen, sondern auch in öffentlichen Kliniken durchgeführt werden. Es könnte aber durchaus eine "Begrenzung der Zahl der Abbrüche auf einen bestimmten Anteil der insgesamt vorgenommene ärztlichen Verrichtungen" verlangt werden. (127)

Die Verpflichtung der "obersten Landesbehörden" zur Sicherstellung eines ausreichenden Angebots von entsprechenden Einrichtungen wurde als Übergriff in die Kompetenzen des Landes moniert. Abbrucheinrichtungen müßten für Frauen innerhalb eines Tages erreichbar sein, denn sie sollten vor einem Abbruch noch einmal zur "Beratung" bestellt werden können. Überhaupt haben die Länder "zusätzliche Maßnahmen zu unterlassen, wenn sich diese als aktive Förderung des Schwangerschaftsabbruchs auswirken". (178) Es wird sich also nichts am Zwang zum Abbruch-"Tourismus" ändern.

Sollte sich unter diesen Bedingungen doch noch ein Arzt oder ein Ärztin bereit finden, einen Schwangerschaftsabbruch vorzunehmen, dann "nur aufgrund eines wirksamen Vertrags..., der ihre Rechte, insbesondere den Entgeltanspruch, sichert, ebenso aber auch ihre Pflichten regelt."(128) Auch die Lohnfortzahlung als Arbeitgeberpflicht soll bei straffreien Abbrüchen durch einen Arzt fortbestehen. In diesem Punkten konnte sich der Gutachter des Gerichts, Lebensrechtler Stürner, nicht durchsetzen.

"Beratene" Schwangerschaftsabbrüche müssen ab 15.06.93 grundsätzlich privat bezahlt werden. Auch private Krankenversicherungen dürften dieses Risiko nicht abdecken, "Verträge dieses Inhalts wären unwirksam" (156). Bisherige Preise schwanken bei komplikationslosen ambulanten Abbrüchen um 400-500 DM bei stationären 1200-2000 DM. Der Ärztinnenbund vermutet einen raschen Preisanstieg. Großzügig fabulieren die Verfassungsrichter: "Soweit die Frauen allerdings nicht über hinreichendes eigenes Einkommen oder Vermögen verfügen, kann der Staat nach den Grundsätzen des Sozialhilferechts auch hier ihren Bedarf decken", es dürfe aber nicht auf "etwaige Unterhaltsansprüche gegen die Eltern oder den Ehemann verwiesen" werden (155).

"Komplikationsbedingte Folgeerscheinungen" des Abbruchs können dann wieder von der Kasse bezahlt werden (160). Vertreter von Krankenkassen befürchten, daß nicht wenige Frauen aus finanzieller Not selbst Hand an sich legen werden, um einen Abbruch einzuleiten.

Begründet wird die Verweigerung der Kassenfinanzierung mit dem angeblich erzieherischen Effekt und der Bewußtseinsbildung über den Unrechtsgehalt des Schwangerschaftsabbruchs. Aber auch mit einem fundamentalen Leitsatz: "Der Rechtsstaat darf eine Tötungshandlung nur zum Gegenstand seiner Finanzierung machen, wenn sie rechtmäßig ist und der Staat sich der Rechtmäßigkeit mit rechtsstaatlicher Verläßlichkeit vergewissert hat" (153). So könnte auch Krieg, Todesstrafe und Euthanasie begründet werden.

Tatsächlich sind damit die Indikationen gemeint, die zur Kassenfinanzierung führen. Sie müssen "so schwer und außergewöhnlich" sein, daß sie "die zumutbare Opfergrenze" übersteigen. (97) Diesen "Ausnahmetatbeständen" kann nur dann "rechtfertigende Wirkung" zukommen, wenn sie festgestellt wurden, "sei es durch die Gerichte, sei es durch Dritte, denen der Staat kraft ihrer besonderen Pflichtenstellung vertrauen darf und deren Entscheidung nicht jeder staatlichen Überprüfung entzogen ist". (100)

Unter "rechtfertigende Ausnahmetatbestände" fällt nach Ansicht des Gerichts die "hergebrachte medizinische Indikation" (77), d.h. wenn "Leib und Leben" der Schwangeren gefährdet ist. Der Erlangener Fall hat allerdings gezeigt, was unter der Parole "Schutz des ungeborenen Lebens" selbst einer Toten zugemutet werden kann.

Als "rechtmäßige Tötungshandlung" stuft das Gericht fraglos auch " - ihre hinreichend genaue Umgrenzung vorausgesetzt - die embryopathische Indikation" (77) ein. Was nach einer Wortschöpfung aus "Embryo" und "sympathisch" klingt, ist tatsächlich eine beschönigende Bezeichnung für "eugenische Indikation".

Um bei einer Vergewaltigung einen kassenfinanzierten Abbruch durchführen zu lassen, muß die Frau das gesamte Beratungsverfahren durchlaufen und einen Antrag bei der Krankenkasse stellen, deren Amts- oder Vertrauensarzt seine Erkenntnisse über die Tat bescheinigen muß und der dazu Auskunft bei der Staatsanwaltschaft einholen kann. (19)

Im Prinzip läßt das Gericht auch eine "allgemeine Notlagenindikation" als kassenfinanzierbare Ausnahme gelten:

" ‚Nicht rechtswidrig` in diesem Sinne ist auch ein Schwangerschaftsabbruch bei - festgestelltem - Vorliegen der allgemeinen Notlagenindikation" (166). An diesen Punkt des Urteils knüpfen denn auch prompt verschiedene PolitikerInnen ihre Hoffnung, daß in dem neu zu formulierenden Gesetz die Kassenfinanzierung per alter verschärfter Indikationen doch noch teilweise zu retten sei.

Der Bundestag erhält nun noch einmal Gelegenheit zur "Nachbesserung" des Schwangeren- und Familien-Hilfe-Gesetzes durch jede Menge Sonderregelungen im Straf-, Sozial-, und Zivilrecht, die vermutlich längeren Bestand haben werden als die vielgepriesenen "sozialen Hilfen", die sich binnen Jahresfrist als Manöveriermasse der Sparpolitik erwiesen haben.

SPD und FDP können sich damit schmücken, den Frauen im vereinten Deutschland wenigstens "die Fristen" gerettet zu haben, wenn sie ihnen sonst schon keine Zumutung ersparen.

Die CDU/CSU und die bayerische Landesregierung haben mit Hilfe von organisierten "Lebensrechts-Juristen" ihre politische Niederlage vom Juni letzten Jahres endlich in einen Etappen-Sieg umgewandelt. Ihr Zeter-und-Mordio-Geschrei wird nicht aufhören. Höchstens vorübergehend werden jene selbsternannten "Lebensschützer" zufriedengestellt sein, die den "Volkstod der Deutschen" als Folge des "Kindermassenmordes" und der "Asylantenflut" fürchten. Nicht nur in zeitlicher Hinsicht steht dieses Verfassungsgerichtsurteil in engem Zusammenhang mit der Grundgesetz-Änderung zum Asylrecht: zynische Umsetzung einer rassistischen und patriarchalen Bevölkerungspolitik.

Anmerkung

Zahlenangaben beziehen sich auf das Urteil in der vom BVG herausgegebenen maschinegeschrieben Version (d.h. in der später veröffentlichten Entscheidungssammlung werden andere Seiten gelten).

13. Paragraph 218: Ein Sieg fürs Patriarchat

Rubrik: Frauen und der § 218 · CD-Datei: daten/aksuche/ak355/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:355:37

Viele haben es geahnt, doch die meisten haben es nicht so recht glauben wollen, daß das höchste Männergericht in diesem Lande wieder einmal Frauenrechte für null und nichtig erklärt. Mit ihrem Urteilsspruch haben die Verfassungsrichter in den kardinalsroten Roben ein zweites Mal bewiesen, hier ist man(n) weit zurück in Sachen Frauenfrage. Hier wird minimalstes Recht im Zuge des neuen Wertkonservatismus den Rechten geopfert.

Während die herrschende Klasse zwei Tage zuvor mit der Abschaffung des Asylrechts ihre Inhumanität und Menschenfeindlichkeit gegenüber AusländerInnen bewiesen hat, wird ungeborenen deutschen Embryonen gegen jede Vernunft und Aufklärung ein "Lebensrecht" bescheinigt. Und Abtreibung soll auch am Ausgang des zwanzigsten Jahrhunderts weiterhin mit dem Stigma der Illegalität, des Rechtswidrigen, des Verbotenen und Schmuddeligen behaftet sein. Die Frau im Westen soll dafür zwar nicht mehr bestraft werden, denn an Memmingen will man nicht erinnern. Dafür muß sie - und ihre Schwestern aus der ehemaligen DDR bekommen es gleich doppelt verpaßt - durch die Mühle einer Zwangsberatung, die nur noch als "Gehirnwäsche" bezeichnet werden kann und sie muß für den Abbruch in die eigene Tasche greifen, vorausgesetzt sie kann es sich leisten - etwa keine Strafe? All diejenigen Frauen, die keine 500 bis 1000 DM auf den Tisch legen können, und denen der abbröckelnde "Sozialstaat" eine Absage erteilt, werden, wie in alten Zeiten, wieder zu Stricknadel und Seifenlauge greifen müssen. Eine wahrlich "lebensbejahende Entscheidung", bei der die Frau nur leider die Verliererin ist.

Nach diesem Urteil noch von einem "Teilerfolg" zu sprechen, so Uta Würfel, Frauenpolitische Sprecherin der FDP, ist mehr als frech. Frau Würfel, die für den eh schon faulen Kompromiß eines Abtreibungsgesetzes, der im Bundestag mit großer Mehrheit verabschiedete wurde, mitverantwortlich ist, betreibt jetzt eine Verschleierungspolitik, um die Gemüter zu beruhigen und den Protesten das Wasser abzugraben. Und wahrscheinlich wird es ihr gelingen. Es wird nicht lange dauern, und die PolitikerInnen-Riege von CDU bis SPD wird sich auf eine "kompromißfähige", an der Entscheidung des Bundesverfassungsgericht orientierte, Ausgestaltung des neuen Abtreibungsgesetzes einigen. Annäherung ist das neue Schlagwort. So denken schon Frauen in allen Bundestagsfraktionen über ein "Schwangerschafts-Folgen-Haftungsgesetz" nach, das die Kosten für eine Abtreibung den Männern übertragen soll. Das hört sich wieder besonders "feministisch" an. Schlecht nur für die Frauen, die gemeinsame Kasse mit ihrem Mann haben und wo auch der Lohn des Mannes nicht reicht oder wo der Verursacher abgehauen ist. Vielleicht kommen die Damen ja noch auf die Idee, den Frauen Versicherungen für ungewollte Schwangerschaften aufzuschwatzen.

Aber auch einigen Feministinnen scheint offenbar der Blick für die Realität abhanden gekommen zu sein. So behauptet Frau Schwarzer doch tatsächlich, "der Karlsruher Spruch ist eine Verbesserung der westlichen Indikationslösung" (taz vom 29.5.93). Und für die Hamburger Rechtsanwältin Helga Wullweber sei ein wichtiger "Etappensieg" erreicht, weil der Schwangerschaftsabbruch nach dem Urteil zwar rechtswidrig sei, aber bis zur zwölften Woche nicht mehr bestraft werden könne. Das richterliche Menetekel "ihr tut Unrecht" stelle ein letztes Auftrumpfen dar, dem von Rumpelstilzchen vergleichbar, ehe es abtrete, so Frau Wullweber. Den Frauen, die sich darüber entrüsten, daß ihr privates Verhalten als rechtswidrig deklariert wird, hält sie entgegen, daß es "ehrenwert" sei, in unserer noch immer vielfältigen patriarchalischen Ordnung als Rebellinnen zu gelten. Der Preis von 400 - 500 DM für einen Abbruch sei die Privatsache wert. Sie schlägt vor, ein Spendenkonto für die Frauen einzurichten, die sich den Abbruch finanziell nicht leisten können (taz, 29.5.93). Na wunderbar - jetzt kann in dieser Ellenbogengesellschaft, wo fast jeder nur noch an sich selbst denkt und das Überleben zunehmend zur Privatangelegenheit jedes Einzelnen wird, Frau darauf hoffen, großzügige GeldspenderInnen zu finden, wenn sie in Bedrängnis gerät. Daß von den Resten der noch existierenden Frauenbewegung jetzt natürlich alles getan werden muß, um den betroffenen Frauen zu helfen um das Schlimmste abzuwenden, ist selbstverständlich. Das hat aber mit einem "Etappensieg" nicht das Geringste zu tun.

Auch die Behauptung von PolitikerInnen, daß die Frauen nun die letzte Entscheidung allein treffen können, täuscht nicht darüber hinweg, daß 80 Prozent der Abbrüche jetzt nicht mehr bezahlt werden und das dies vor allem ärmere Frauen besonders trifft. 80 Prozent deshalb, weil nach der alten Regelung die meisten Abbrüche

nach der Notlagenindikation vorgenommen wurden. Wir können außerdem davon ausgehen, daß unter dem Gesetz des "freien Marktes" einige Ärzte ordentlich zulangen und die Preise für den Abbruch hochschnellen werden.

Die Tatsache, daß das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil auf die Strafverfolgung verzichtet hat (vorausgesetzt die Frau hat sich vorher die Torturen der Zwangsberatung gefallen lassen) kann nur so gewertet werden, daß das Gericht der Stimmung in der Bevölkerung ein Stück weit Rechnung tragen mußte. Umfragen in den letzten Jahren haben immer wieder ergeben, daß sich die Bevölkerungsmehrheit für eine Straffreiheit beim § 218 aussprach. Und man(n) wollte sich wahrscheinlich nicht der Kritik aussetzten, Memmingen noch einmal möglich zu machen. Ohnehin war Memmingen ein Ausnahme. Strafverfolgungen nach dem § 218 hatte es in den letzten 17 Jahren, seit Bestehen der Indikationsregelung im Westen, kaum noch gegeben. Memmingen war ein Testballon für eine Verschärfung der Notlagenindikation, und der war für die Herrschenden geplatzt. Also mußte man sich etwas anderes überlegen. Und da gab es noch die Zwangsberatung und die Krankenkassenfinanzierung. Wer die Auseinandersetzung um den § 218 verfolgt hat, weiß, daß die Abtreibungsgegner seit zehn Jahren versuchten, die Abtreibungsbedingungen zu verschärfen. Bei der Zwangsberatung wurde die Niederlage von 1987 (Ablehnung des Beratungsgesetzes) nun in einen Erfolg umgemünzt und die Krankenkassenfinanzierung - seit langem das Thema von "Lebensschützern" und Abtreibungsgegner - wurde "nun endlich" gekippt. So äußern sich die Konservativen ja auch alle zufrieden über das Urteil. Da noch von einem "Etappensieg" zu sprechen ist mehr als naiv und zeugt davon, daß einige Mittelklasse-Damen vielleicht juristische Expertinnen sein wollen, aber von politischer Einschätzung keine Ahnung haben. Interessant wäre auch mal zu erfahren, was all diejenigen zum Urteil zu sagen haben, die dem Bundesverfassungsgericht in den letzten Jahren immerzu "frauenfreundlichere Entscheidungen" zutrauten.

In der Beurteilung des Urteils wird ein anderer Aspekt von vielen außerdem völlig unterbewertet. Die Tatsache nämlich, daß der Abbruch als unrechtmäßig verfassungsrechtlich verankert bleibt und der Staat verpflichtet wird, das "Ungeboren" gegenüber der Frau zu schützen, wird die selbsternannten "Lebensschützer" dazu ermutigen, so weiterzumachen wie bisher. Wir dürfen uns schon darauf gefaßt machen, daß sich die AbtreibungsgegnerInnen zur Durchsetzung des "Lebensschutzes des Ungeborene" noch so einiges einfallen lassen werden.

Ein weiterer Aspekt ist die psychologische Auswirkung dieses Urteils. Frauen und ÄrztInnen, die den Abbruch durchführen stehen am Rande der Illegalität. Das mögen einige vielleicht besonders revolutionär finden - es wird aber die meisten Frauen dennoch nicht trösten oder gar ermutigen. Die Frauen werden wieder einmal nicht ernst genommen, müssen sich demütigenden Fragen und Bevormundung aussetzten und zusehen, wie sie das Geld für einen Abbruch zusammenkratzen. Da kommt zwar Wut hoch, aber auch Resignation. Besonders wird dies die Frauen der ehemaligen DDR treffen, die ja seit rund zwanzig Jahren mit einer weitgehend liberalen Fristenregelung gelebt haben. Aber auch für die Frauen im Westen ist dieses Urteil eine Katastrophe.

Wir sind nach wie vor weit davon entfernt, daß Frauen selbstbewußt und ohne Schuldgefühle über eine ungewollte Schwangerschaft entscheiden können, solange der Abbruch rechtswidrig bleibt und der Staat mit Zwangsmaßnahmen in das Leben von Frauen eingreift. Die Antwort auf das Urteil muß also jetzt erst recht lauten: Ersatzlose Streichung des § 218 - für das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht der Frau.

Sy.

14. Das häßliche Ende des Modells Deutschland. "Potemkins Rückkehr" von Robert Kurz (Buchbesprechung)

Rubrik: Theorie; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak355/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:355:27

Claus Jäger, langjähriger CDU-Bundestags-Abgeordneter aus Göppingen und Sprecher des Rechtsaußen-CDU-Vereins "Deutschland-Forum", sieht sich allerorten von der Stasi verfolgt: immer noch würden "Stasi-Desinformationen als seriöse Nachrichten getarnt in Deutschland verbreitet"! Das 1991 erschienene, von der Bundesweiten Koordination Frauen gegen den § 218 herausgegebene Buch "Vorsicht Lebensschützer - die Macht der organisierten Abtreibungsgegner" sei "in weiten Teilen wörtlich aus einem Braunbuch der Stasi entnommen", das in den 70er Jahren aus der damaligen DDR "zu Desinformationszwecken in die Bundesrepublik Deutschland eingeschleust worden war".

Jäger hat allerdings weder das eine Buch noch das obskure andere gelesen, sondern schlicht die rechtsradikale Zeitschrift "Junge Freiheit". Deren Meldung "Abtreibungslobby von der Stasi gelenkt" auf der Titelseite vom April 93 nahm er nun wirklich "in weiten Teilen wörtlich" zur Vorlage für eine entsprechende offizielle parlamentarische Anfrage an die Bundesregierung.

Die "Junge Freiheit" beendete ihre exponierte Buchbesprechung mit der Klage, daß "Konservative als Extremisten" verdächtigt würden. Tatsächlich sind in dem Buch "Vorsicht Lebensschützer" die einschlägigen Kontakte von sich als christlich-konservativ gebenden Abtreibungsgegnern bis in die rechtsextreme Szene aufgezeigt. Die Autorinnen mußten sich allerdings die Mühe der Recherchen schon deshalb selbst machen, weil die allermeisten Organisationen der Abtreibungsgegner erst nach 1980 gegründet wurden, wie z.B. die "Christdemokraten für das Leben". Als deren Vorstandsmitglied ist Claus Jäger in dem Buch "Vorsicht Lebensschützer!" erwähnt und sogar im Personen-Register aufgeführt.

Aber auch die Verfasser der Meldung in der "Jungen Freiheit" haben nicht selbst recherchiert, sondern ihre "Informationen eingeschleust": Sie hatten wohl die "Kolumne" im Münchner Merkur vom 2.2.93 benutzt, in der Christa Meves die "rufmörderischen Verleumdungen" des Buches "Vorsicht Lebensschützer!" anprangert. Merkwürdig nur: sie hat sich noch nie mit einer Unterlassungsklage gegen die Herausgeberinnen des Buches gewandt, die der extrem konservativen Psychologin immerhin drei Seiten gewidmet haben. Eines "dieser Desinformationsbücher gegen Westler aus den siebziger Jahren" sei "in der Tat die Originalquelle" für eine der angeblich "16 Falschaussagen" zu ihrer Person. Jetzt kommen wir also endlich zur Sache: Es handelt sich dabei um ihre Referententätigkeit über den "Geburtenschwund aus psychologischer Sicht" bei der "Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung" im Jahr 1975. Der Vorsitzende dieser Gesellschaft, der schon damals als rechtsextrem bekannte und einschlägig vorbestrafte Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger, trat noch vor kurzem als Redner für die inzwischen verbotene "Nationalistischen Front" auf. Die obskure rassistische Gesellschaft bestätigte Meves' Referententätigkeit 1992 auf Anfrage. Auch Meves leugnet ihren Auftritt nicht und möglicherweise ist er auch der Stasi aufgefallen. Aber "Stasi-Methode" sei es eben, daß jetzt "aus der Mottenkiste" geholt und als "Verdächtigung neu ausgestreut" werde, was sie vor fast 20 Jahren an "ganz frischen Erkenntnissen auf diesem Gebiet referiert" habe, jammert Meves im Münchner Merkur.

"In der Tat", so weit braucht man gar nicht zurückgreifen: Frau Meves hat noch Ende 1985 der "Deutschen National Zeitung" bereitwillig Antwort auf "16 Fragen an bedeutende und bekannte Persönlichkeiten" gegeben und ist heute Kuratoriumsmitglied beim neurechten "Förderverein für Konservative Kultur und Bildung", zusammen mit CDU-Rechtsaußen Gerhard Löwenthal und Karl Steinbuch, tätig auch im rassistischen "Schutzbund für das Deutsche Volk" und Autor der Zeitung "Der Republikaner".

Es sollte nicht verwunden, wenn Christa Meves demnächst eine Kolumne in der "Jungen Freiheit" selbst schreibt (seit die Stasi nicht mehr zuverlässig arbeitet, ist schwer zu beurteilen, ob sie es nicht schon getan hat), ist das Monatsblatt doch das derzeit erfolgreichste publizistische Projekt der Neuen Rechten. 1986 mit einer Erstauflage von 300 Exemplaren als Organ der Nachwuchsorganisation der Rep-Abspaltung "Freiheitliche Volkspartei" begonnen, liegt die monatlich Auflage inzwischen bei 35.000 Exemplaren.

Zielpublikum ist die jung-akademische Leserschaft, die sich von Geifer der "deutschen National-Zeitung" nicht angesprochen fühlt. Vielmehr steht der Brückenschlag zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus im Vordergrund. Zur den RedakteurInnen, AutorInnen und InterviewpartnerInnen gehören Funktionäre und Mitglieder vor allem der REP, aber auch der DSU, der FPÖ Haiders, NPD und der CDU/CSU. In der "Jungen Freiheit" werben dezidiert rechtsradikale Verlage, Burschenschaften, der Bund Heimattreuer Jugend und der Schutzbund für das Deutsche Volk.

Die "Junge Freiheit" und der "Münchner Merkur" werden wohl eine Unterlassungserklärung unterzeichnen sowie einen Widerruf abdrucken müssen und der Abgeordnete Jäger wird mit der Antwort der Bundesregierung nicht zufrieden sein: sie sieht das Überprüfen von Quellen "grundsätzlich nicht als ihre Aufgabe an" und wußte auch nicht, "auf welches Schriftwerk sich Ihre Anfrage bezog".

Barbara Ritter

15. HIV-Positive werden im Knast denunziert. Initiative für einen Knaststreik

Autor: Thomas Krämer · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak355/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:355:04

"unterschreiben sie diesen zettel" wurde einem drogenabhängigen durch den wärter mitgeteilt, als dieser auf eine andere zelle umgeschlossen werden wollte. die knastleitung "müsse sich absichern" hieß es seitens des wärters, und er schob dem gefangen einen vordruck vor, auf dem es hieß: "eilt, von hand zu hand weitergeben".

liest mensch diesen zettel genauer, wird deutlich, daß menschen mit einer hiv-infizierung diskriminiert und denunziert werden sollen. obwohl auch in den knästen die datenschutzgesetze gelten, sind diese hier außer kraft gesetzt worden, da abteilungsbeamte aus der krankenakte wissen, daß eine infizierung des gefangenen vorliegt.

das ist panikmache! aids, früher wie heute immer noch ein wort mit stigmatisierendem beigeschmack, wird auf diese art und weise mit neuem leben ausgestattet. mitgefangene erfahren so, daß der oder die gefangene infiziert ist. die knastleitung nimmt so fahrlässig in kauf, daß panik entsteht. jeder/jede weiß, daß aids nicht bei sozialen kontakten übertragen werden kann.

mit der sog. zettelinitiative des knastes willich wird panik geschürt. mitgefangene gehen nun davon aus, daß es sich bei dem umschlußpartner um einen "gefährlich infizierten" handelt, den mensch lieber meiden sollte. auf diese art und weise werden die eh schmalen sozialen kontakte in den knästen weiter beschnitten.

wird der aids-zettel nicht unterschrieben, gibt es keinen umschluß mehr. der insasse wird also in iso-haft genommen und abgesondert. (...) es muß schluß sein, daß hiv-infizierte weiterhin in den knästen verrecken.

wenn die humanität nicht ganz zur auflösung kommen soll, müssen wir jetzt handeln. die aktion der roten armee fraktion in weiterstadt hat hier ein bereits positives zeichen gesetzt, daß auch antiknastarbeit möglich ist.

knastrevolution?

wenn antiknastarbeit auch außerhalb der mauern läuft, muß diese auch in den knästen wurzeln schlagen. antiknastarbeit wird für uns gefangene gemacht! viele fragen sich wohl, was sie denn machen können, um im knast andere verhältnisse zu schaffen. ich sage, daß das angebot sehr groß ist. wir wollen keine militanten anschläge innerhalb der knäste machen, wir wollen keine gefangenenrevolten initiieren, wir wollen es mit dem legitimen mittel des streiks machen. daher soll unsere arbeit in folgendem liegen: legt die arbeit in den knästen nieder, geht in den zivilen ungehorsam, verweigert euch und fordert dann eure rechte.

arbeitsniederlegung ist möglich

in den nato-knästen der brd sind derzeit in ost und west circa 70.000 menschen hinter mauern. von diesen 70.000 menschen sind eine große zahl politischer menschen, die für ihre ideale inhaftiert wurden. insgesamt arbeiten ca. 60 % aller inhaftierten. diese hohe arbeitsquote dürfte demnach ein gewinn in einer zweistelligen millionenhöhe für den staat bedeuten. hier werden beispielhaft menschen ausgebeutet, indem ihre produktionskraft unter den tariflöhnen vergütet wird. eine vergütung von etwa 130,- dm im monat ist weiß gott keine vergütung für menschen, die täglich acht stunden arbeiten. es handelt sich hier um moderne sklavenarbeit. (...) gefangene die nicht zur arbeit gehen wollen, werden dazu gezwungen. zwangsmaßnahmen von der einkaufsperre bis zum arrest sind an der tagesordnung. (...)

mit der arbeitsniederlegung können wir den staat in die knie zwingen. der staat ist immer angreifbar, wenn es um dessen kapitalinteressen geht. sobald der staat merkt, daß sich die gefangenen nicht weiter versklaven lassen, wird er seine haltung ändern müssen.

durch streiks, die bundesweit koordiniert werden, können wir unsere forderungen durchsetzen.

die forderungen heißen:

- freiheit für alle politischen gefangenen!

- freiheit für alle hiv-infizierten!

- freiheit für alle haftunfähigen!

- freie arztwahl in den knästen und aufnahme in die krankenkassen!

- tariflöhne für die knastarbeit!

- freie und unzensierte kommunikation in wort und schrift wie es das grundgesetz vorschreibt!

- abschaffung der isolationstrakte, in denen leute verrecken!

dies ist ein teil des forderungskataloges, den es heißt zu erweiteren. habt also den mut und schließt euch den aktionsvorbereitungen an. nur in der masse werden wir den staat in die knie zwingen können. es muß schluß sein mit der ausbeutung von menschen, bei der deren persönliche interessen keine beachtung finden. es heißt zeichen zu setzen, damit die ausbeutung nicht weiter betrieben werden kann. habt den mut und schließt euch den streiks an.

wir müssen uns jetzt solidarisieren und den kampf formieren, den kampf endlich beginnen. wenn wir alle solidarisch zusammen halten wird es der staat nicht schaffen, diese einheit zu sprengen. unser potential von 70.000 gefangenen ist zu stark. die menschen von draußen werden sich uns anschließen. laßt uns den kampf gegen die reaktionären kapitalistischen kräfte führen.

proletarier aller knäste vereinigt euch!

thomas kraemer jva willich 2

gefangener aus dem politischen widerstand

kontakt über: gefangeneninitiative e.v. Z.hd. manfred jämlich (stichwort knaststreik)

düppelstrasse 35, 4630 bochum

oder direkt an: th. kraemer, postfach 1204, 4156 willich 2

Text von der Redaktion gekürzt.

16. Ein neuer Atomkonsens? Demo gegen das AKW Brunsbüttel am 26.6.1993

Demo gegen das AKW Brunsbüttel am 26. Juni 1993

Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak355/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:355:03

In den letzten Jahren ist es ruhig in der Anti-AKW-Bewegung geworden. Die Zeiten der Massendemos und -aktionen (Brokdorf, Gorleben, Wackersdorf) sind vorbei. Nur in wenigen Gegenden wie im Wendland gibt es noch starke BIs. Das liegt u.a. an der Patt-Situation in der AKW-Frage. Die Bewegung war stark genug, um weitere AKWs zu verhindern und einige technologische Entwicklungen der Atomindustrie (Schneller Brüter, WAA, HTR) aus dem Atomprogramm zu kippen. Andererseits gelang es nicht, auch die bereits laufenden Anlagen (z.Zt. bundesweit 20 AKWs) wieder stillgelegt zu bekommen. Viele Menschen aus der Bewegung wandten sich anderen brisanten Themen zu. Der Super-GAU von Tschernobyl ist im Bewußtsein jedenfalls schon wieder sehr weit weg.

Diese Patt-Situation stört jedoch nicht nur uns, sondern auch die Gegenseite. Denn für profitträchtige Investitionen in zukünftige Kraftwerke braucht die Atomindustrie gesicherte Verhältnisse. Vor diesem Hintergrund haben zwei Energieversorgungsunternehmen (EVU) die Initiative ergriffen und Bewegung in die Diskussion gebracht.

Das Konsenspapier

Die beiden größten AKW-Betreiber der BRD sind die Energiekonzerne VEBA (über ihre Tochtergesellschaft Preussen-Elektra, u.a. Stade, Brokdorf, Brunsbüttel und Krümmel) und RWE (z.B. Biblis, Gundremmingen). Deren Vorsitzende Piltz und Gieske haben mit Niedersachsens SPD-Ministerpräsidenten Schröder ein sogenanntes Konsenspapier ausgekungelt. Darin erklären sich die Atomstromer bereit, die ältesten AKW abzuschalten, wenn dafür die neueren AKW politisch abgesichert noch jahrzehntelang weiterlaufen können. Gleichzeitig wollen sie sich auch die Option auf eine neuartige AKW-Generation offen halten, wohlwissend, daß neue AKW heute noch nicht wieder durchsetzbar wären.

Und als drittes wollen sie mit dem angestrebten Konsens ihre Atommüllprobleme loswerden. Denn niemand weiß bis heute, wo der lang strahlende Atommüll sicher endgelagert werden kann. In der BRD sind derzeit zwei Endlager in Bau: Gorleben für hochradioaktiven Müll und Schacht Konrad (bei Salzgitter) für schwach- bis mittelaktiven Müll. (Die Zukunft vom Endlager Morsleben als DDR-Hinterlassenschaft ist noch offen.) Beide Endlager haben sich bereits als untauglich erwiesen, mangels Alternativen wird jedoch weiter "erkundet". Die Endlagerprojekte liegen beide in Niedersachsen. Deren rot-grüne Landesregierung hat sich dem Ausstieg verschrieben. Sie tun zwar nicht viel dafür, aber aufgrund der Untauglichkeit der Endlager und des Widerstandes vor Ort ist die Genehmigung der Anlagen mehr als fraglich.

Die Atomkonzerne bieten an, auf die Wiederaufarbeitung im Ausland und das Endlager Gorleben zu verzichten, wenn dafür das Endlager Schacht Konrad zügig in Betrieb genommen wird. Als Ersatz für Gorleben würde die Atomindustrie auch international nach anderen Standorten für hochradioaktiven Atommüll suchen. Dahinter stehen Planungen, die vor einem Jahr bekannt wurden. Da wurde vom "Äquivalententausch" von Atommüll auf europäischer Ebene gesprochen, was heißen soll, daß größere Mengen schwach- und mittelaktiven Mülls gegen kleinere Mengen hochradioaktiven Mülls getauscht werden. Möglicherweise beabsichtigt die Atomindustrie, ihren hochradioaktiven Müll im Ausland unterzubringen und dafür dann schwachaktiven Müll aus dem Ausland zusätzlich zum eigenen in Schacht Konrad oder Morsleben zu lagern. Schacht Konrad würde damit zum europäischen Endlager werden, passend zur Schaffung des EG-Binnenmarktes.

Die Interessen von Atomindustrie und Parteien

Bewirkt hat das "Konsenspapier" vor allem, daß die Diskussion über die Zukunft der Atomenergie wieder in den Massenmedien ist und die Widersprüche in Wirtschaft und Politik deutlich geworden sind. Von der Atomindustrie wurde VEBA-Chef Piltz (er ist am 12.4.93 gestorben) in dieser Frage zunehmend isoliert. Viele

Atommanager finden es geradezu skandalös, die Atomenergie auch nur ein Stück weit in Frage zu stellen. Vor allem die süddeutschen EVU machen gegen das "Konsenspapier" mobil.

Hinter diesem Streit stehen unterschiedliche ökonomische Interessen der EVU. VEBA/RWE können einen Teilausstieg aus der Atomenergie ökonomisch besser verkraften als die süddeutschen EVU und darüber sogar Konkurrenzvorteile erlangen. Denn RWE kann die Stromerzeugung auf kostengünstiger Braunkohlebasis noch ausweiten (RWE hat den Braunkohleabbau in der Ex-DDR übernommen), während VEBA sich aufgrund der Küstennähe ihrer Versorgungsgebiete in Schleswig-Holstein und Niedersachsen billige Import-Steinkohle einkaufen kann. Die Süddeutschen dagegen haben keine Braunkohle und müßten für Importkohle zusätzlich die Inlands-Transportkosten zahlen.

Auf der politischen Ebene haben es VEBA und RWE mit SPD-geführten Landesregierungen zu tun, die zumindest verbal aus der Atomenergie rauswollen und deswegen hier und da über die Atomaufsicht Schwierigkeiten machen. Dagegen genießen v.a. die Bayernwerke volle politische Rückendeckung durch die CSU.

AKW-Bauer Siemens bleibt natürlich auf Atomlinie, da sich mit dem Bau von AKWs eben viel mehr Geld verdienen läßt als mit dem Bau von Steinkohle- oder Gaskraftwerken.

Die Positionen der etablierten Parteien sind nicht überraschend: CDU/CSU und FDP bleiben dabei, daß Atomenergie unverzichtbar sei. In der SPD gibt es verschiedene Meinungen: Ein Teil würde gerne das vorgelegte Papier so beschließen (mit garantierten AKW-Laufzeiten), um wenigstens die Stillegung einzelner Anlagen als Erfolg für die nächsten Wahlen vorweisen zu können. Der andere Teil will nach wie vor an einem mittelfristigen Gesamt-Ausstieg festhalten. Allerdings läßt sich erwarten, daß sich das erste Lager um Schröder durchsetzt. Gleiches hat uns die SPD schon in Sachen Out-of-area-Einsätze und Asylrechtsänderungen vorgemacht. Die Grünen erhoffen sich das Kippen von Teilen des Atomprogramms und würden da durchaus Kompromisse eingehen, wenn sich auf der Gegenseite was bewegt.

Die Gespräche - die ersten fanden Mitte März und Mitte April statt - werden auf zwei Ebenen nach dem Modell "Runder Tisch" geführt. Zum einen sitzen 16 Parteienvertreter zusammen (6 Union, 6 SPD, 2 Grüne, 2 FDP), zum anderen 16 Vertreter gesellschaftlicher Verbände (je 4 aus Atomindustrie, Unternehmensverbänden, Gewerkschaften und Umweltschutzverbänden).

Grundlage der Diskussion ist jedoch gar nicht mehr das "Konsenspapier" von VEBA/RWE und Schröder, sondern eine Vorlage vom Bundesverband der Deutschen Industrie, die von den Bundesministerien für Wirtschaft und für Umwelt übernommen wurde. Es ist pro Atomenergie und fällt hinter das "Konsenspapier" zurück, in dem immerhin einige Atomanlagen in Frage gestellt werden. Das erste Gespräch hat lediglich gebracht, daß sich die Beteiligten ihrer gegensätzlichen Positionen versichert haben.

Die Umweltschutzverbände (BUND, Greenpeace, IPPNW) beteiligen sich an den Gesprächen mit der Position, daß die weitere Nutzung der Atomenergie nicht verhandelbar sei. Über die Frage der Atomkraftnutzung hinausgehend wollen sie die energiepolitischen Rahmenbedingungen thematisieren. Denn es gehe nicht nur um den Sofortausstieg, sondern auch um die Durchsetzung einer Energiewende: Energieeinsparung, regenerative Energien und rationeller Energieverwendung (KWK), um die drohende Klimakatastrophe abzuwenden.

ROBIN WOOD boykottiert die Gespräche, eben weil nicht die Stillegung, sondern die weitere Nutzung der Atomanlagen Gesprächsgrundlage ist.

Bei den EVU denken VEBA und RWE im Sinne ihrer Profitinteressen am weitesten nach vorne. Durch die drohende Klimakatastrophe (hauptsächlich verursacht durch die CO2-Emissionen) kommt noch viel stärker die Frage auf den Tisch, wie die energiewirtschaftlichen Strukturen aussehen müßten. Denn die richtige Antwort auf das Klimaproblem (Energiesparen, dezentrale, regenerative Energieerzeugung und KWK) stellt die Monopolposition der EVU bei der Stromversorgung in Frage. Deren Geschäftspolitik beruht auf großen Kraftwerkseinheiten und einer Steigerung des Stromverbrauchs über Billigpreise an Großkunden, also auf dem Gegenteil von dem, was erforderlich wäre.

Die Auswirkungen des Treibhauseffektes auf das Klima werden in den nächsten Jahren deutlicher werden, und damit wird der Druck auf die EVU wachsen, ihre Geschäftspolitik zu ändern. Unter diesem Blickwinkel macht

es für VEBA und RWE Sinn, jetzt öffentlich an das Ende einiger Atomanlagen zu denken, um dafür als Ersatz fossile Großkraftwerke genehmigt zu bekommen, die ihre Monopolposition für die nächsten Jahrzehnte festschreiben. Dies ist Bestandteil des Konsensvorschlages. Schröder hat in diesem Rahmen der VEBA zugesichert, in Wilhelmshaven ein 3.000 MW Steinkohlekraftwerke bauen zu können. Und in Stade wird ebenfalls ein Gaskraftwerk gebaut, das nach SPD-Vorstellungen das AKW ersetzen soll.

Späte Erfolge

Aber dennoch: die Zugeständnisse einiger EVU, das Teile des Atomprogramms überflüssig sind und einige Atomanlagen durchaus abgeschaltet werden können, sind ein später Erfolg der Anti-AKW-Bewegung. Durch ihre Aktivitäten und nach dem Atomunfall in Tschernobyl hat sich in der Bevölkerung meinungsmäßig eine Mehrheit gegen die Atomkraftwerke herausgebildet. Das hat den Konsens von Wirtschaft und etablierten Parteien über den Ausbau des Atomprogramms aus den siebziger Jahren zerbrochen. Dies war möglich, weil zum einen weite Teile der Bevölkerung überzeugt werden konnten, und zum anderen die Bewegung durch die sehr unterschiedlichen Aktionen auch handlungsfähig war und damit den normalen Ablauf in der Atomwirtschaft störte. U.a. spaltete die Anti-AKW-Bewegung die SPD in der Atomfrage und ermöglichte die Herausbildung einer parlamentarischen Opposition, den Grünen. Mangels politischer Akzeptanz sind neue AKW für die EVU heute zu einem untragbaren Investitionsrisiko geworden.

Das "Konsenspapier" zeigt, daß die Spaltung in der Atomfrage jetzt nicht nur (wie in den Achtzigern) durch die etablierten Parteien geht, sondern auch in der Atomindustrie selber existent ist - entlang unterschiedlicher ökonomischer Interessenslinien.

Gleichzeitig besteht allerdings die Gefahr, daß sich ganz im Sinne des vorgelegten Papiers ein neuer Konsens zwischen Atomwirtschaft und Parteien herausbildet, der eine unhaltbare energiewirtschaftliche Struktur auf Jahrzehnte stabilisiert.

Gründe gibt es also genug, als Anti-AKW-Bewegung (bzw. deren Rest) mit der Forderung nach sofortiger Stillegung aller Anlagen wieder in die Offensive zu kommen. Zum einen, um einen erneuten "Konsens" mit wiederhergestellter AKW- Akzeptanz und fossilen Großkraftwerken zu verhindern. Und zum anderen, um bei den Zugeständnis der Atomwirtschaft, daß einzelne Atomanlagen durchaus verzichtbar seien, einzuhaken, um wenigstens Teile des Atomprogramms und einzelne AKW schon jetzt kippen zu können.

Demo in Brunsbüttel

Deswegen haben einige Gruppen und Initiativen auf einer norddeutschen Anti-AKW-Konferenz beschlossen, am 26. Juni zur Demonstration am AKW Brunsbüttel aufzurufen.

Die Demo soll dazu dienen:

- die Forderung nach sofortiger Stillegung aller Atomanlagen wieder in die Öffentlichkeit zu bringen;

- im Rahmen der "Konsens"-Debatte auch an die bestehenden Anlagen ranzugehen;

- anläßlich der Rißfunde im AKW und der Leukämietoten zu verhindern, daß Brunsbüttel wieder ans Netz geht.

Das AKW Brunsbüttel gehört zu zwei Dritteln der Hamburgischen Elektrizitäts-Werke AG (HEW). Der Rest gehört der VEBA. Sein Atomstrom wird ins Hamburger Netz gespeist. Momentan ist das AKW allerdings abgeschaltet, weil bei Routineuntersuchungen eher zufällig entdeckt wurde, daß von 1.000 untersuchten Rohren 250 Risse aufweisen. Dabei sollte der verwendete Stahl Austenit angeblich absolut rißfest sein.

Genau wie beim AKW Krümmel gibt es auch in der Umgebung Brunsbüttels mehrere Leukämietote. Als Ursache kommt vor allem radioaktive Strahlung in Frage, was aber - wie immer - vom Betreiber HEW abgestritten wird.

Um zu verhindern, daß das AKW wieder ans Netz geht:

Demonstration am Samstag, 26.6.93. Beginn 11 Uhr, auf dem Marktplatz in Brunsbüttel. Von dort aus geht es durch die Innenstadt über den Nord-Ostsee-Kanal zum Atomkraftwerk, mit Redebeiträgen, Musik und Theater. Ab Hamburg werden Busse fahren.

Die Demonstration wird von 40 Organisationen und Gruppen unterstützt.

- Sofortige Stillegung des AKW Brunsbüttel

- Stillegung aller Atomanlagen - sofort!

- Für eine Energiewende: Einsparung und rationelle Verwendung von Energie, Einsatz von Wind- und Sonnenenergie

Kontakt, Infos und Fahrkarten:

Gewaltfreies Aktionsbündnis, Nernstweg 32, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/3909222

Robin Wood, Nernstweg 32, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/3909556

17. Recycling der "politischen Klasse": Von Engholm zu Steinkühler zu ..

Autor: Martin Rheinlaender · Rubrik: SPD; DGB und Einzelgewerkschaften; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak355/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:355:34

Im Stahlarbeiterstreik 1978/1979 demonstrierten oppositionelle Stahlarbeiter gegen ihren Verhandlungsführer Kurt Herb mit dem Transparent: "Steinkühler nach Essen - dann können wir Kurt Herb vergessen!" Damals umgab Steinkühler noch das Flair des militanten Gewerkschaftsführers, des Zöglings Willy Bleichers und kämpferisch-sozialistischer Traditionen. Besser Informierte warnten schon damals vor der Illusion, mit einer anderen Person eine andere Politik durchsetzen zu können. Die linken Attitüden Steinkühlers waren bereits in diesen Jahren nur ein Trick auf dem Weg nach oben. Seitdem bewies er immer wieder eine erstaunliche Fähigkeit, auf unterschiedlichem Parkett wahlweise mit Aktienscheinen oder roten Fahnen winken zu können. Die Warnung von 1978/1979, daß mit der Person nicht die Politik verschwindet, ist heute wieder angebracht: Steinkühler geht, aber die Gewerkschaftspolitik, die er repräsentierte (und als "Steinkühler-Linie" fast alle DGB-Gewerkschaften durchzog), bleibt. Sie hat ihn nun selber aus dem Feld geschlagen.

Das "Timing" der Presseenthüllung ist gewiß nicht zufällig. Aber wer darin nur den Angriff auf die streikenden Metallarbeiter in Ostdeutschland zu erkennen glaubt, übersieht auch die weitergehenden Gründe. Denn Steinkühlers Rücktritt ist nur das beiläufige Produkt der Legitimationskrise der "politischen Klasse" - ein "Gefallener" unter anderen. Aus deren Kreisen wird auf die Medien verwiesen, aber auch das ist nur die halbe Wahrheit. Sicherlich herrscht in den Massenmedien ein Hunger nach Skandalen (war das vorher anders?), und die Verschärfung der Konkurrenz im Medienmarkt (wenn "Focus" kommt, feuern "Spiegel" und "Stern" ihre Geschütze ab) stachelt diesen Hunger in den Meinungsmarkt-Kämpfen noch an. Aber waren es nicht dieselben Politiker, die eben diese Medienausbreitung forderten und förderten? Und waren es nicht dieselben, die in der Vergangenheit die Meute der Affärenjäger auf jeden Mann und jede Frau hetzten, die im Wege zu stehen schienen? Erinnert sich vielleicht noch jemand an Heinrich Bölls "Katharina Blum", an die denunzierten und gehetzten Linken ("Juso beißt Hund")? Und was ist mit der Stasi-Jagd, mit den "Enthüllungen" und Denunziationen, der Schädigung von Menschen, die keine "private Pressekonferenz" abhalten konnten, weil sie noch dort von der Meute verschlungen worden wären?

Die Meute hat sich überfressen, und der alte Feind scheint verschlungen. Und das Verschwinden des Feindes, der "Systemfeinde im Innern" und der "kommunistischen Aggression von Osten", ist das Geheimnis dieser Legitimationskrise. Im Warenhunger nach Skandalen und Affairen wenden sich die Methoden der Meinungsindustrie gegen diejenigen, die sich einbildeten, sie seien Herren der Lage. Dabei ändert sich an den Machtverhältnissen nichts, das "Bauernopfern" wird selber zur spektakulären Inszenierung angeblicher politischer Moral. In diesem Recycling der herrschenden Klasse bewahrt die Macht ihren Platz. Die Personen werden von den Schweinereien, mit denen sie groß wurden, getrennt; die Schweinereien bleiben, und der rechtzeitige Rücktritt sichert vielleicht sogar noch das spätere come-back. (Möllemann kommt wieder!) Noch im Abgang überziehen sich die geschassten oder gegangenen Damen und Herren mit einer öligen Schicht von "Moral". Engholm ist ein Meister dieser Kunst gewesen: Sein Rücktritt diene dem Schutz seiner Familie. Dabei war er es ja selbst, der sich nach US-Manier mit Kindern und Frau im Fernsehen in Szene setzte. Man will nach US-Manier Karriere machen, aber in deutscher Biedermännlichkeit in Ruhe gelassen werden. Zu dieser inszenierten Moralität gehört auch die bis zum Ende beherrschte Floskelsprache, bei Engholm ebenso wie bei Steinkühler, der sich "geschädigt" nannte. Dieses ganze Gerede, in dem die offenbaren Flachheiten eines Helmut Kohl mit feinsinnigen "Petitessen" nur garniert und damit überdeckt werden, zeugt vom moralischen Gehalt der Sache: Ein glaubwürdiges Zeichen von Scham wäre immer noch Schweigen.

Engholm und Steinkühler verbindet, außer der Parteimitgliedschaft, das rastlose Bemühen um modernes Image, um "Akzeptanz" bei den sogenannten neuen Mittelschichten bzw. der "technischen Intelligenz". Engholm versank in der von ihm herbeigeredeten "politischen Kultur", Steinkühler versackte in der von ihm forcierten Dienstleistungs-Gewerkschaft. Dazu wollte Steinkühler die Gewerkschaften machen, sie sollten Dienstleistungsunternehmen für die Mitglieder, in erster Linie aber für Betriebsräte werden. Stand sein Name in den 70er Jahren noch für den Ruf, aus den DGB-Gewerkschaften "wieder Kampforganisationen" zu machen,

so wurde dann später aus dem Witz, die Gewerkschaften seien auch nichts anderes als der ADAC oder die AOK, in der "Steinkühler-Linie" regelrecht Ernst.

Dafür wurde er, von der Presse ebenso wie vom Unternehmerlager, ausdrücklich gerühmt, und seine Nadelstreifenanzüge und Jet-Set-Allüren wurden augenzwinkernd als deutliche Zeichen der "Modernisierung" anerkannt. Zum heutigen Geschäft des Recyclings gehört die Gnadenlosigkeit, mit der die Argumente ausgetauscht werden: So klagt man Steinkühler heute des Arbeiterverrats an und man spürt einen Hauch von Klassenkampf, wenn Steinkühler vorgehalten wird, er könne nicht Geschäfte mit dem Unternehmen machen, dessen Arbeiter er im Aufsichtsrat vertrete. Der längst vergessen geglaubte Antagonismus scheint da wieder durch, nur diesmal von der Gegenseite vorgebracht.

Wieso plötzlich vom Klassengegensatz sprechen, zumal im Aufsichtsrat? 64.000 oder 100.000 DM cash sollen der Klassenmoral entgegenstehen, aber was ist mit der jahrzehntelangen Kooperation von Gewerkschaftsvertretern in westdeutschen Aufsichtsräten? Was wird denn in Aufsichtsräten getan und worüber wird nach außen (gesetzlich geschützt) geschwiegen? Der Unterschied zwischen einem korrupten und einem nicht-korrupten Aufsichtsratsmitglied soll also darin bestehen, daß der eine für den Job noch Geld 'rausschlägt, der andere aber gratis Unternehmenspolitik betreibt. Das ist nicht einzusehen in einer Dienstleistungsgewerkschaft: Dort soll der Funktionär "funktionieren" als Vermittler der Ware Arbeitskraft. Er ist im banalen Sinne dieser Funktion nur ein Makler. Dienstleistung hat ihren Preis.

Die Wut der Metallarbeiter ist nicht nur verständlich, sondern auch gerechtfertigt. Sie kann sich aber nicht rechtfertigen, wenn sie nur ein Grollen im Untergrund bleibt. Das wäre nicht mehr als die Begleitmusik zur Wachablösung. Das Grollen alleine treibt nur das Recycling der "politischen Klasse" an, aber es zerstört den Mechanismus nicht. Vielmehr ist zu befürchten, daß der Reigen von Affären und Skandalen denen Auftrieb gibt, die nach "sauberen Verhältnissen" und "durchgreifenden Maßnahmen" rufen.

Martin Rheinlaender

18. Der Skandal als politisches Schlafmittel

Rubrik: Kommentare zu aktuellen Geschehen; Varia - Verschiedenes · CD-Datei: daten/aksuche/ak355/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:355:18

"Wer die Ereignisse des politischen Lebens in den letzten Jahren aufmerksam verfolgte, konnte leicht den Eindruck bekommen, Politik löse sich langsam, aber stetig in eine Abfolge von Skandalen auf", schreiben Rolf Ebbighausen und Sighard Neckel in der Einleitung der von ihnen herausgegebenen Aufsatzsammlung "Anatomie des politischen Skandals". (1: S.7) Als Beispiele werden u.a. genannt: Irangate, Waldheims braune Vergangenheit, die Neue Heimat, das Celler Loch, der Hamburger Kessel, Flicks Pflege der politischen Landschaft und Werner Höfers nazistische Frühschriften. "Jeder Skandal für sich gesehen mag schnell vergessen sein - der Eindruck jedoch, daß wir insgesamt in skandalträchtigen Zeiten leben, hat sich im öffentlichen Bewußtsein längst festgesetzt." Fertiggestellt wurde das Buch im Dezember 1988, Anlaß für sein Erscheinen war vermutlich die Barschel-Affäre.

Nur viereinhalb Jahre später muß der Zeitung lesende Mensch feststellen, daß die oben genannten Skandale - verglichen mit dem, was uns im Jahre 1993 fast Tag für Tag geboten wird - doch immerhin ein gewisses Niveau hatten, Empörung herausforderten und für politische Kampagnen von links nutzbar waren. Heute kann es sich selbst die taz erlauben, mehrmals pro Woche Krauses private Vermögensbildung als zentralen Aufmacher zu bringen und - nach dessen Rücktritt - sich sogleich auf Steinkühler einzuschießen.

Auch die übrigen in der Presse breitgetretenen Affären sind überwiegend Fälle keineswegs illegaler persönlicher Bereicherung (Pfarr, Lafontaine) oder Vetternwirtschaft in ziemlich bescheidenem Umfang (Möllemann). Nicht nur im internationalen Vergleich - siehe Italien und Japan - sind das Lappalien, denen nichtsdestotrotz ähnliche Brisanz zugeschrieben wird wie der Geschäftspartnerschaft der Herren Streibl und Grob: Kostenlose Fernreisen für den Ministerpräsidenten, der sich im Gegenzug massiv für das Militärflugzeugprojekt "Lapas" seines Freundes einsetzte - früher wurden solche Geschäfte auf Gegenseitigkeit Korruption genannt. Dennoch scheiterte Streibl, wie Theo Sommer in der Zeit (21.5.) richtig schreibt, vor allem "an mangelnder Einsicht: Hätte er weniger Hoffart und mehr Zerknirschung an den Tag gelegt, so hätte er den Rumpler wohl aussitzen können."

Daß Streibls gezielte Wirtschaftsförderung zugunsten Grobs und die mit Steuermitteln bezahlte Renovierung einer Dienstwohnung, die den Rücktritt der hessischen Ministerin Pfarr nach sich zog, Fälle mit nicht vergleichbaren Dimensionen sind, gerät im Knäuel der Skandale aus dem Blick. "Wenn Skandale als staatsbürgerliche Lektionen über ‚die Verhältnisse` - wie sie sind und wie sie genutzt werden - eingeordnet werden können, so erweisen sie sich ihrerseits als recht nützlich für die Charakterisierung eben dieser Verhältnisse." (2:18) Die "Skandalkultur" der BRD verweist vor allem auf das Fehlen von Opposition. Die Antwort auf die von den Sozialwissenschaftlern untersuchte Frage - "Was muß passieren, daß aus einem ‚Ärgernis`, einem ‚Fall`, einer ‚Affäre`, ein ‚Skandal` wird?" (2:12) - lautet heute: fast nichts. Oder andersherum: "Es ist ein Skandal, daß ein Politiker wegen 6000 Mark zurücktreten muß, einem anderen aber nichts passiert, wenn er eine ‚asylantenfreie Zone` fordert" (Ulla Jelpke, Die Woche, 19.5.).

Auf dem Gebiet der "Asylpolitik" scheinen PolitikerInnen überhaupt vor den sonst so eifrigen Skandalierern sicher. Auch nach ihrem Drängen auf die Einrichtung eines Abschiebelagers am Frankfurter Flughafen bleibt Heidemarie Wieczorek-Zeul weiterhin eine sozialdemokratische "Hoffnungsträgerin". Ihr Vorwurf an die Bundesregierung, "bisher habe Innenminister Seiters ein Aufnahmelager am Flughafen verhindert" (FR,3.5.), wird nicht als skandalös, sondern als bedenkenswerter Sachbeitrag empfunden. Fast ohne öffentliche Erregung wird auch ein Vorgang zur Kenntnis genommen, der in Skandinavien als "ein deutscher Skandal" (Artikelüberschrift der Frankfurter Rundschau, 21.5.93) gilt: Die vom Berliner Kammergericht abgelehnte Wiederaufnahme des Verfahrens, in dem Carl von Ossietzky 1931 wegen Landesverrats verurteilt worden war.

Schaupolitik und Verblödung

Was im einzelnen mit dem Vermarktungsinteresse der jeweiligen Enthüllungsorgane erklärt werden kann - jede kleine Gaunerei wird zur Staatsaffäre aufgebauscht -, hat in der Summe verheerende Konsequenzen für das Massenbewußtsein. Die auch im nicht-skandalösen politischen Alltag betriebene Personalisierung und Dramatisierung der Politik, die Typisierung der auftretenden Personen in Gute und Böse, Skrupellose und

Moralisten, wird im Skandal auf die Spitze getrieben. Was für Bild ebenso lebenswichtig ist wie für Spiegel oder Stern - die theatralische Präsentation von Schurken und Helden -, trägt wesentlich dazu bei, daß durchaus intelligente Menschen in politischen Fragen nur über einen "reduzierten Wirklichkeitssinn" verfügen, wie Joseph Schumpeter schreibt: "So fällt der typische Bürger auf eine tiefere Stufe der gedanklichen Leistung, sobald er das politische Gebiet betritt. Er argumentiert und analysiert auf eine Weise, die er innerhalb der Sphäre seiner wirklichen Interessen bereitwillig als infantil anerkennen würde. Er wird wieder zum Primitiven. Sein Denken wird assoziativ und affektmäßig." (2:59)

Der an Waschmittelwerbung erinnernde Wahlkampf der großen Parteien, die Reduzierung komplexer Vorgänge auf Formeln wie "Rentenbetrug", "Staatsverschuldung" oder "Asylmißbrauch", die Ein-Mann-Show mit dem Kandidaten ("Kanzler für Deutschland") sind praktische Anwendungen dieser Erkenntnis, ihre Umsetzung in "Schaupolitik" (im Unterschied zur "Entscheidungspolitik", die nach Möglichkeit nicht-öffentlich betrieben wird).

Auch Politologen und Kommunikationswissenschaftler, die - wie der Hamburger Soziologe Dirk Käsler - prinzipiell von der "Nützlichkeit und Notwendigkeit der Schaupolitik" überzeugt sind, warnen vor Übertreibungen: "Die zu große Diskrepanz zwischen der unablässig verkündeten Doktrin vom ‚mündigen Bürger` und der tatsächlichen Abspeisung dieses Bürgers mit politisch völlig entleerten Parolen, ritualisierten Routine-Inszenierungen oder künstlich aufgebauschten ‚Dramen` führt entweder zu zynischer Politik-Apathie und politischem Analphabetismus, idealen Voraussetzungen für die Anfälligkeit gegenüber totalitären ‚Angeboten`, oder zu einem fundamentalen politischen Dissens, der kaum re-integrierbar ist und sich schon jetzt häufig genug in einer Art Totalmißtrauen der Politik gegenüber zeigt, welches hinter allem und jedem schlimme Machenschaften, Manipulation und Unterwerfungsabsicht wittert." (2:58) Derselbe Autor fordert in einen taz-Kommentar (18.5.) denn auch die Skandalschreier zur Mäßigung auf: "Überlegt Euch, Ihr Skandalierer, welch Personal Ihr durch diese rigorosen Rübe-ab-Parolen auf die Bühne ruft! Das Regime der Saubermänner und Sauberfrauen könnte grausamer werden als das der kleinen Spesenritter."

Auftritt der Volkspädagogen

Als Saubermänner präsentieren sich derzeit vor allem Leute, die selbst keine Ambitionen auf politische Ämter (mehr) haben, aber dafür als um so strengere "Volkspädagogen" wirken möchten. Ein wesentliches Organ zur Förderung der geistig-moralischen Wende ist die Hamburger Wochenzeitung Die Zeit. Die Lehren, die aus der Skandalflut zu ziehen seien - aber bitte von "uns allen" -, hat ihr Chefredakteur Theo Sommer in einem programmatischen Leitartikel zusammengefaßt: "Politiker sind Menschen - fehlsam, anfällig, irrend wie wir alle. (...) Politiker sind Fleisch von unserem Fleische, Geist von unserem Geiste. Wenn wir sie anders haben wollen, müssen wir uns erst einmal selber ändern." (21.5.)

Was folgt, erinnert an ein besonders platt geratenes "Wort zum Sonntag". Alle ohne Ansehen der Person und des Einkommens sind zur Umkehr und Läuterung aufgerufen: "Schwarzarbeiter", "Spesentrickser", "Krankfeierer", "Subventionsgoldgräber", "Wohngeldschwindler", "Blaumacher". Eine besondere Verantwortung tragen die ehemals linken Intellektuellen: "Die intellektuelle Steuerhinterziehung - ‚Verweigert dem Kaiser, was des Kaisers ist!` - war nicht minder gravierend als die finanzielle." Wer sich dieses schweren Vergehens schuldig gemacht hat, soll künftig für einen "neuen Gemeinsinn" werben: Die "neuen Herausforderungen... werden sich nur bewältigen lassen, wenn wir uns von der Egozentrik des zurückliegenden Vierteljahrhunderts verabschieden - von der moralischen Eigenbrötelei der Achtundsechziger-Rebellen ebenso wie von der unmoralischen Selbstsucht der Achtziger-Yuppies."

Was bei Theo Sommer hoffnungslos altmodisch, ja "fundamentalistisch" klingt, wird von Zeit-Herausgeber Helmut Schmidt ins Realpolitische übersetzt. Seine Politikerschelte gipfelt in einem "Aufruf zur Solidarität der Deutschen mit sich selbst". Vonnöten seien Geduld im Osten und Verzicht im Westen: "Wenn die Leute bei uns bei ihrem Standard von 1989 bleiben bis zum Jahr 2000, dann kann es was werden." (Hamburger Abendblatt, 1.4.) Von dieser Position aus kann die Politik der Kohl-Regierung nur noch als zu lasch und inkonsequent kritisiert werden; eine sozial verbrämte Polemik in Einzelfragen, etwa gegen die geplante Einführung von Karenztagen, schließt das nicht aus.

Eine Inszenierung der Bourgeoisie?

Georg Fülberth hat den naheliegenden Verdacht formuliert, "die Reinigungs-Exerzitien der Obrigkeiten (dienten) der Vorbereitung der Volksmassen auf härtere Zeiten, in denen sie sich mehr am Riemen reißen sollen." (Freitag, 21.5.) Fülberth weiter: "Und auch dann gilt die Frage: Wozu?" Für Hermann L. Gremliza ist das keine Frage. Vorteile von der "Moralisierung der Politik" erwarte "die Bourgeoisie (...), weil sie erkannt hat, daß die Moralisierung der Politik ihr in der Stunde der Not das so lange entbehrte Mittel, mit dem das nicht mehr verwertbare Kapital entsorgt werden kann, zurückzugeben verspricht: den Krieg." (konkret 5/93) - "... wenn also moralische Aufrüstung den Politikern jene ‚Glaubwürdigkeit` gäbe, nach der die Bürgerpresse verlangt, könnte auch Größeres in Angriff genommen werden." Gremlizas Kommentar, geschrieben noch vor Krauses Rücktritt, endet mit dem Satz: "Solange er (Krause; Anm. Js.) durchhält, ragt er wie ein Fels der Aufklärung aus der Schlammflut öffentlicher Moral." Stilistisch ist das eine hübsche Wendung, politisch aber eine Ungeschicklichkeit, die dazu führt, daß das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird.

In der Konsequenz trifft Gremliza sich mit den um unser Gemeinwesen besorgten Kommentatoren, die auf Seite 10 der taz gegen den sich weiter vorn austobenden Enthüllungswahn anschreiben. Mit dem Unterschied, daß Gremliza höchste Anerkennung zollt, wo jene nur für Milde plädieren: Gegen "nationalen Selbsthaß" und "Sonthofen-Journalismus" eifert Bernd Ulrich (30.1.), Horst Meier verteidigt den Parteienstaat, "diese für die Massendemokratie unverzichtbare Einrichtung" (13.5.), und Dirk Käsler tut es leid um den gezielten Abschuß "politischer Talente": "Wer will denn diesen Job überhaupt noch machen?" (18.5.)

Zum schonenden Umgang mit der "politischen Klasse" aufzurufen, wäre nicht nur falsches Mitleid, sondern auch völlig sinnlos. Bernd Ulrichs Appell an die "fortschrittlichen" Journalisten (Anführungszeichen B.U.), "das eigene Handwerkszeug kritisch zu überprüfen", wird in den Redaktionsräumen der taz ungehört verhallen. Die oppositionelle Presse, die diesen Namen verdient und die im Wettlauf um die nächste möglichst exklusiv zu enthüllende Schweinerei ohnehin nicht mithalten kann, müßte sich der Aufgabe stellen, in dem breiten Angebot der Skandale und Affären die Spreu vom Weizen zu trennen. Analysen handfester Korruptionsfälle können - über die Verurteilung der Politik der Herrschenden hinaus - deutlich machen, auf welchem Wege und mit welchen Mitteln diese Politik durchgesetzt wird. In diesem Sinne wäre die These vom Skandal als einem politischen Schlafmittel zu relativieren.

Js.

Quellen:

1) Rolf Ebbighausen und Sighard Neckel (Hrsg.): Anatomie des politischen Skandals, Frankfurt am Main (Suhrkamp) 1989

2) Dirk Käsler u.a.: Der politische Skandal. Zur symbolischen und dramaturgischen Qualität von Politik, Opladen (Westdeutscher Verlag) 1991

19. Was bleibt nach dem Streik? (Metallerstreik in Ostdeutschland)

Rubrik: DDR-Anschlußfolgen; DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak355/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:355:28

Zeitweise befanden sich mehr als 60.000 MetallerInnen in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und im ostdeutschen Stahlbereich im Streik gegen den Vertragsbruch der Unternehmer. Die IG Metall ging mit drei wesentlichen Forderungen in den Streik:

1. Inkraftsetzen des vereinbarten Stufentarifvertrages, verbunden mit einer Erklärung der Arbeitgeber, außerordentliche Kündigungen des Tarifvertrages zukünftig zu unterlassen;

2. Verzicht auf Öffnungsklauseln für betriebliche Verschlechterungen der Tarifnormen;

3. Festschreiben eines Stufenplanes, der den Zeitpunkt für die 100%ige Angleichung der Löhne und Gehälter an das Westniveau bestimmt.

Steinkühler ließ verlauten, daß es keinen "billigen Kompromiß" geben werde. Wie schon vor Streikbeginn gab es auch während des Streiks konkrete Unterstützung aus der gesamten Bundesrepublik. Am 10. Mai gab es bei Daimler in Sindelfingen, Untertürkheim und Gaggenau einen Solidaritätsstreik von 24.000 Beschäftigten. Am bundesweiten Aktionstag, dem 12. Mai, beteiligten sich ca. 300.000 MetallerInnen an Warnstreiks und Demonstrationen.

Wie schon zuvor in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen sprachen sich bei den Urabstimmungen große Mehrheiten für Streik aus: 81,9% im Tarifgebiet Berlin-Brandenburg, 84,9% in Thüringen und 85,6% in Sachsen-Anhalt. Ab 17.5. sollte der Streik auf Ostberlin und Thüringen ausgeweitet werden, einen Tag später sollten die KollegInnen in Sachsen-Anhalt folgen. Nachdem sich Steinkühler noch vehement dagegen verwahrt hatte, "daß permanente Gerüchte von angeblich unmittelbar bevorstehenden Lösungen gezielt zur Verunsicherung der Streikenden eingesetzt werden" (FR, 14.5.), lag wenige Stunden später die Einigung der Tarifparteien in der sächsischen Metallindustrie vor.

Der Abschluß

Die Forderung nach Rücknahme des Rechtsbruches durch die Arbeitgeber, die Kündigung des Stufentarifvertrages, wurde auf äußerst "elegante" Art und Weise "erfüllt". Der alte Vertrag wurde bis zum 15.4.93 wieder in Kraft gesetzt, d.h. inclusive der 26%igen Lohnerhöhung, um ihn anschließend zu revidieren.

Zusätzlich unterschrieb Gesamtmetall eine Erklärung, in der es heißt, daß die Vertragskündigung eine "unumgängliche Notmaßnahme" gewesen sei. "Die außerordentliche Kündigung von Tarifverträgen ist grundsätzlich kein geeignetes Mittel zur Lösung von Tarifkonflikten." (Handelsblatt, 17.5.) Grundsätzlich zwar nicht, aber bekanntermaßen bestätigen Ausnahmen die Regel.

Das sächsische Ergebnis, das als Pilotabschluß für die anderen Tarifbezirke genommen wurde, sieht damit folgende Regelungen vor: Bis zum 31.5. sollen die laufenden Tarife gelten. Ab dem 1.6.93 werden die Löhne und Gehälter auf 75%, ab 1.9.93 auf 77% und ab 1.12.93 auf 80% des Niveaus der Tariflöhne in der bayrischen Metallindustrie angehoben. Ab 1.7.94 sollen 87%, ab 1.7.95 94% und ab 1.7.96 100% des bayrischen Niveaus erreicht sein. Zusätzlich können die Tarifparteien 8 Monate vor dem 1.7.96 über eine Verkürzung oder Verlängerung dieses Datums um 6 Monate verhandeln. D. h. der sächsische Tarifkompromiß beinhaltet eine Verschiebung der Anpassung der Ost-Tariflöhne an das Westniveau um zwei Jahre, wenn es schlecht läuft, gar um zweieinhalb Jahre gegenüber dem 91er Stufentarifvertrag. Es muß dabei immer wieder darauf hingewiesen werden, daß diese angebliche 100%-Lohngleicheit in der Realität immer noch eine Lohndifferenz von etwa 20% bedeutet, da es in den östlichen Tarifbezirken kein Urlaubsgeld, geringere Leistungszulagen, keine vermögenswirksamen Leistungen, geringere Jahressonderzahlungen, keine außertariflichen Zahlungen, dafür aber längere Wochenarbeitszeiten und kürzeren Urlaub gibt.

Der neue Stufentarifvertrag enthält eine Härteklausel, durch die es dem Arbeitgeber oder dem Betriebsrat (!) ermöglicht wird,

- zur Abwendung drohender Insolvenzen,

- zur Sicherung von Arbeitsplätzen, insbesondere zur Vermeidung drohender Entlassungen,

- zur Verbesserung der Sanierungschancen aufgrund eines vorgelegten Sanierungsplanes bei den Tarifvertragsparteien eine tarifliche Härtefallregelung zu beantragen. "Der Antrag ist schriftlich an beide Tarifvertragsparteien zu richten und hat Tatsachen mit den dafür erforderlichen Unterlagen anzugeben, die das Vorliegen eines Härtefalles begründen." (FAZ, 15.5.)

Ein wesentliches Ziel der Kapitalisten war es, allgemeine Öffnungsklauseln im Tarifvertrag unterzubringen und diese "Härtefallregelungen" auf betrieblicher Ebene auszuhandeln. Mit der vorliegenden Regelung konnte dieser Versuch zwar zurückgewiesen werden. Ob es deswegen aber nur "in wenigen klar umrissenen Härtefällen" (Steinkühler) Sonderregelungen geben wird, kann zumindest angezweifelt werden. Der Verhandlungsführer der sächsischen Metallarbeitgeber, Münter, rechnet damit, daß mindestens 50% der sächsischen Metallbetriebe die Härteklausel in Anspruch nehmen wollen.

Der Druck auf die Betriebsräte wird erheblich werden und - vermittels der Betriebsräte - der Druck auf die Tarifvertragspartei IG Metall. Erfahrungsgemäß werden solche betrieblichen Abkommen in aller Stille und ohne große Medienbegleitmusik durchgezogen. Nur bei einem totalen Lohndumpingversuch wird eine außerbetriebliche Öffentlichkeit von diesen Vorgängen erfahren. Von der ursprünglichen IG-Metall-Forderung nach Offenlegung aller Unterlagen bzw. nach einer verbindlichen Zusage der Arbeitgeber, bei Lohndumping die Arbeitsplätze zu erhalten, ist im Paragraph 4 des sächsischen Tarifvertrages nur die schwammige Formulierung "mit den dafür erforderlichen Unterlagen" übriggeblieben. Der Versuch der IGM, auf die Härtefallregelung einen gewissen Mitbestimmungseinfluß zu erhalten, kann mit dieser Formulierung als gescheitert gelten. Der Vorstand von Gesamtmetall feierte die Härteklausel als "tarifpolitische Neuerung ersten Ranges." (FR, 17.5.)

Wie schon bei der Tarifauseinandersetzung selbst betreibt die Treuhandanstalt bei der Anwendung der Härteklausel aktive Politik. In einem Brief des Treuhand-Vizepräsidenten Brahms werden die Geschäftsleitungen der Treuhand-Betriebe gebeten, "alles zu unterlassen, was die Anwendung der Härteklausel behindern könnte." (Handelsblatt, 28.5.) Bei einer Negativrendite von 10% des Umsatzes und einem 20%-Anteil der Personalkosten an den Gesamtkosten will die Treuhand die Härteklausel zur Anwendung bringen. Daß die Tarifauseinandersetzung im Osten, trotz aller gegenteiligen Beteuerungen von Kapitalistenseite, ein Testballon für weitere Auseinandersetzungen ist, machte Gesamtmetall-Geschäftsführer Kirchner deutlich, der diese "neue Dimension in der Tarifpolitik" auch im Westen zur Anwendung bringen möchte, falls sie sich im Osten bewährt.

Angesichts des sächsischen Abschlusses, der als Pilotabschluß auch für die anderen Tarifbezirke zur Anwendung kommt, kam bei den GewerkschaftskollegInnen nicht nur Freude auf. Insbesondere im ostdeutschen Stahlbereich und im Tarifbezirk Berlin-Brandenburg gab es erheblichen Widerspruch gegen den Abschluß. Der designierte Nachfolger von Steinkühler und momentan noch 2. Vorsitzende der IGM, Zwickel, hatte nichts Besseres zu tun, als die ostdeutschen MetallerInnen vor Erwartungen auf einen besseren Abschluß als in Sachsen zu warnen. "Es ist unheimlich schwierig, wenn nicht gar unmöglich, auf den Sachsen-Kompromiß draufzusatteln." (FR, 18.5.) Ein unmißverständliches Zeichen in Richtung Arbeitgeber: Nachgekartet wird von der IGM nicht; und ein deutliches Signal an kampfbereite KollegInnen: Weitergehende Forderungen werden gedeckelt.

Insbesondere im Stahlbereich, wo sich die Ostlöhne am niedrigeren NRW-Tarif orientieren, gab es erheblichen Unmut gegen den Abschluß. Da in einigen Betrieben klar ist, daß Ende 1994 die Produktion eingestellt wird, bedeutet die zeitliche Streckung des Stufentarifvertages um zwei Jahre eine geringere Bemessungsgrundlage für das Arbeitslosengeld. Schlußendlich wurde bei Stahl die 100%-Anpassung an das Westniveau um drei Monate auf den 1.4.96 vorgezogen, allerdings ist bei einer schlechten wirtschaftlichen Entwicklung eine zeitliche Streckung um neun Monate möglich.

Im Tarifbezirk Berlin-Brandenburg fiel das Abstimmungsergebnis in der Tarifkommission mit 38 zu 29 Stimmen für den Kompromiß schon denkbar knapp aus. Bei der Urabstimmung stimmten die KollegInnen mehrheitlich gegen das Ergebnis. 46,18% Zustimmung reichten jedoch, da satzungsgemäß nur 25%-Zustimmung erforderlich ist. In Sachsen stimmten 77,8% zu, in den anderen Tarifbezirken jeweils knapp über 60%.

Was bleibt?

Der Streik hatte für die KollegInnen im Osten eine immense Bedeutung. Trotz Kahlschlagpolitik und trotz Häme aus dem Kapitalistenlager stimmten sie mit überwältigender Mehrheit für den Streik, und zeitweise befanden sich über 60.000 im Ausstand. Die Streikbereitschaft ist um so beachtlicher,als es pro Streikwoche nur knapp 250 DM Streikunterstützung gab.

Schaut man sich das Streikergebnis an, so muß allerdings festgestellt werden, daß die Kapitalisten einen Punktsieg erreicht haben. Die Laufzeit des Tarifvertrages wurde um zwei Jahre gestreckt, und vor allem fand die "Härteklausel" Einzug in das Tarifsystem. Damit kann ein flächendeckender Tarifvertrag im "Notfall" unterschritten werden, auch wenn eine gewerkschaftliche Zustimmung erforderlich ist. Der Druck auf die Betriebsräte und über diesen Umweg auf die IGM wird immens sein. Eine Spaltung in Betriebsrat (betrieblich) und Gewerkschaft (außerbetrieblich) ist damit vorgezeichnet. Sie ließe sich nur durch kampfstarke Belegschaften oder anpassungsbereite Bezirksleitungen vermeiden. Angesichts der Ängste um die Arbeitsplätze ist unschwer zu vermuten, daß von Gewerkschaftsseite klammheimlich zurückgesteckt wird.

Sicher ist - ohne diesen Streik wäre die Sache wesentlich negativer ausgegangen. Denn von Kapitalistenseite war angestrebt worden keine "Kalenderautomatik", also keinen Zeitpunkt der 100%igen Tarifangleichung festzuschreiben. Angeboten wurden lediglich 9% Lohnerhöhung. Diese Marge wurde auch überschritten. Und verlangt war eine allgemeine Öffnungsklausel, bei der Arbeitgeber und Betriebsrat über Unterschreitung des Tariflohnes verhandeln. In dieser Form konnten sich die Kapitalisten nicht durchsetzen.

Die Stimmung der KollegInnen, insbesondere aus Berlin-Brandenburg, wird von einem AEG-Betriebsrat auf den Punkt gebracht: "Wir sind eindeutig gegen den Kompromiß. Die Arbeitgeber haben ihr Ziel erreicht, da ist es leicht, die Kündigung zurückzunehmen. Wie kann man das als Erfolg feiern? Und zweieinhalb Jahre länger warten auf die Tarifangleichung ist unakzeptabel." (ND, 18.5.)

Es wird viel davon abhängen inwieweit die gezeigte Kampfbereitschaft bei Auseinandersetzungen auf betrieblicher Ebene um die Anwendung der "Härteklausel" aufrecht erhalten werden kann. Bei Gegenmaßnahmen gegen die geplanten Deregulierungsmaßnahmen - Kürzung der Kündigungsfristen, Einführung von Karenztagen, Senkung der Sozialhilfe etc. - könnten die gemachten Erfahrungen dieses Arbeitskampfes eine wertvolle Stütze sein.

gg.

20. Klammheimliche Tolerierung. "Gewöhnung" an die Reps in hessischen Kommunalparlamenten

Rubrik: Wahlen; Republikaner · CD-Datei: daten/aksuche/ak355/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:355:17

Über den Umgang der CDU mit den Reps und ihren Sympathisanten in den eigenen Reihen gibt es widersprüchliche Signale. Gegen Rudolf Karl Krause, MdB aus Sachsen-Anhalt, war im April ein Parteiausschlußverfahren eingeleitet worden. "Schönhubers Marionette" (Frankfurter Rundschau), als polternder Nationalist gern gesehener Talkshow-Gast, vollzog daraufhin den lange geplanten Übertritt zu den Reps, als deren "Vorhut" (Schönhuber) er jetzt im Bundestag sitzt.

Anders taktiert die CDU im Fall ihres Berliner Rechtsauslegers Heinrich Lummer, ebenfalls Mitglied des Bundestages. Das nicht nur wegen seiner "vielen Verdienste" (der Berliner CDU-Generalsekretär Kierey), erworben in 40jähriger CDU-Mitgliedschaft, sondern vor allem aus Rücksicht auf seine bedeutende Berliner Hausmacht: Wenn Lummer gehen müßte, würden viele CDU-Mitglieder mit ihm gehen.

Neben diesem innerparteilichen Gezerre setzt die CDU in Hessen im Umgang mit den Reps auf Kooperation. In Kassel, wo die Reps bei der Kommunalwahl auf 5,4% kamen, gab es jetzt erstmals Abstimmungskoalitionen von CDU, FDP und Reps. In der Stadtverordnetenversammlung stehen 34 Abgeordneten von CDU und FDP 33 Parlamentarier von SPD und Grünen gegenüber; dazu kommen vier Abgeordnete der Reps, die am 10. Mai zwei Sachanträgen von CDU und FDP zur Mehrheit verhalfen. Zwar ging es dabei um rein lokale Fragen - Verkehrsberuhigung und Umgestaltung des Königsplatzes - ein "Sündenfall" (FR) bleibt die Stimmgemeinschaft doch: "So wertet man die Rechten auf und verhindert ihre politische Isolation." (FR, 13.5.) Für die Kasseler Grünen ist eine "Tolerierung faktisch gegeben"; sie forderten die CDU - bisher vergeblich - auf, sich von "beleidigenden und hetzerischen Äußerungen des Rep-Chefs Kauer" zu distanzieren.

Die Vertreter von CDU und FDP auf Landesebene, die das Vorgehen ihrer Kasseler Parteifreunde voll und ganz unterstützten, bemühten sich, die klammheimliche Tolerierung als "völlig unproblematisch" (CDU-Sprecher Metz) herunterzuspielen. Sie warnten vor "Selbstblockade" des Kasseler Stadtparlaments. Die Kasseler FDP kündigte an, auch in Zukunft "wichtige Themen für unsere Stadt zur Entscheidung" zu bringen.

Anders verteilt sind die Karten im Kreistag des Vogelsbergkreises. Hier wurde am 28. Mai der hauptamtliche Kreisbeigeordnete Neumann (FDP) mit den Stimmen von Reps, CDU, Freier Wählergemeinschaft und drei der vier Grünen abgewählt. Für die drei Grünen, gegen die ein Parteiausschlußverfahren eingeleitet wurde, war auch nach mehreren Interventionen des Landesvorstands ihr Abstimmungsverhalten konsequente Umsetzung des "Wählerauftrags": Seit der Kommunalwahl ist Neumanns Partei, die FDP, nicht mehr im Kreistag vertreten. Die sechs Kreistagsabgeordneten der Reps sahen die Verbreiterung ihres Bündnisspektrums mit stiller Genugtuung. Ihr Sprecher: "Wenn wir erst mal im Landtag und im Bundestag sitzen, dann werden sich die anderen Parteien an uns schon gewöhnen." In den hessischen Kommunalparlamenten hat der Gewöhnungsprozeß bereits eingesetzt.

Js.

21. Öffentliches Gelöbnis der Saarland-Brigade verhindert

Autor: Winfried Meyer · Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; Aktionen / Veranstaltungen; Friedensbewegung, Aktionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak355/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:355:42

Ob es in der Geschichte der Bundesrepublik einmalig ist, sei dahingestellt, aber Seltenheitswert hat es allemal, wenn deutsche Militärs vor einer Handvoll Zivilisten das Weite suchen. Für den 18. Mai hatte die Saarlandbrigade (Fallschirmjäger-Einheit der Luftlandebrigade 26), die neben ihren saarländischen Standorten in Merzig, Saarlouis und Lebach noch in Koblenz vertreten ist, zu einem öffentlichen Gelöbnis in den Stadtpark Merzig (1) eingeladen.

Nachdem die "Aktion 3. Welt Merzig-Wadern" (2) eine öffentliche Protestkundgebung vor dem Stadtpark angekündigt hatte, wurde das Gelöbnis postwendend zurück in die Kaserne "Auf der Ell" außerhalb von Merzig verlegt. Im Ergebnis fanden beide Veranstaltungen - Gelöbnis wie Gegenkundgebung - statt.

Über diese tagesaktuellen Ereignisse hinaus bleiben Fragen nach dem Zeitpunkt für das Gelöbnis, der regionalen wie militärischen Bedeutung der Saarlandbrigade und der Möglichkeit einer kritischen Diskussion über das Gebärden deutscher Militärs im Hinterland.

Das deutsche Afrikakorps macht mobil

Auffällig war das zeitliche Zusammenfallen des öffentlich geplanten Militärspektakels mit der herausragenden Rolle, die die Saarlandbrigade beim Somaliaeinsatz der Bundeswehr spielt. Immerhin wird der Bundeswehr-Unterstützungsverband in Somalia vom Chef der Saarlandbrigade, Oberst Helmut Harff, angeführt werden.

Dies paßt zur Logik der Bundeswehrumstrukturierung. Die Saarlandbrigade, die jetzt schon teilweise zur NATO- Feuerwehr AMF (Allied Command Europe Mobil Force - Land) gehört, wird eine von sechs Bundeswehrbrigaden sein, die zukünftig als "Krisenreaktionskräfte" (KRK) fungieren und laut Planung innerhalb kürzester Zeit an jedem beliebigen Ort der Welt einsetzbar sind.

Sie spielt also im militärischen Bereich beileibe keine untergeordnete Rolle beim politisch-ökonomischen Ringen der BRD um eine führende Stellung im Rahmen der neuen Weltordnung und letztlich dem Zugriff auf die strategischen Rohstoffe.

Und ein öffentliches Gelöbnis mit Militärkapelle und vielen Schaulustigen hat nun einmal die Funktion, für diese geostrategischen Überlegungen und Optionen sowohl bei den Soldaten selber als auch in der Öffentlichkeit Akzeptanz zu schaffen und ein Zugehörigkeitsgefühl zu vermitteln.

Durchs wilde Kurdistan

Im Rahmen ihrer bisherigen Zugehörigkeit zur NATO-Feuerwehr AMF fahren insbesondere die Soldaten der Merziger Kaserne "Auf der Ell" seit Jahren relativ regelmäßig zu Übungen in die Türkei und Türkisch-Kurdistan.

Sie sind ein Teil der deutsch-türkischen Militärkumpanei, die nicht nur aus Waffen- und Finanzhilfe besteht, sondern auf NATO-Ebene auch jede Menge logistischer Unterstützung enthält. Ob es um den Militärputsch 1980 oder die militärische Unterdrückung der KurdInnen in der Türkei geht, die BRD ist hier in der Tat bei mancher Schweinerei dabei.

Nach Hause gekommen, präsentieren sie gegenüber der örtlichen Presse stolz ihre Leistungen zum wiederholten Gewinn des Militärwettkampfes "Challenge Cup". Deutsche Fallschirmjäger haben offensichtlich nichts von ihrer Schlagkraft verlernt. "Schon im Zweiten Weltkrieg waren die Fallschirmjäger der Deutschen Wehrmacht eine besondere Truppe - ihre Waffentaten am Fort Emael, auf Kreta oder am Monte Casino sind Legende geworden", heißt es etwa heute noch in der PR-Broschüre der Saarlandbrigade.

Als Tüpfelchen auf dem i lud die Kaserne "Auf der Ell" im Dezember '92 dann medienwirksam türkische Familien zum Weihnachtsessen ein. Es gelte, so hieß es, die deutsch-türkische Freundschaft zu pflegen.

"Klein unser Häuflein, wild unser Blut"

In welcher Tradition sich die Saarlandbrigade bei ihren zukünftigen Aufgaben selber sieht, wird bei einem Blick auf ihr offizielles Liedgut deutlich. Das Lied der Fallschirmjäger "Rot scheint die Sonne" stammt aus der Nazizeit. Während es bei der Saarlandbrigade nach wie vor gesungen und zur Eigenwerbung in Hochglanzbroschüren verbreitet wird, ist es BRD-weit offiziell auf keinem Tonträger (LP, CD, MC) zu erhalten. Die einzige Aufnahme befindet sich im deutschen Rundfunkarchiv in Frankfurt. Sie stammt vom 27.2.1940, Berlin. In diesem Lied heißt es u.a. :

"(...) Werft an die Motoren, schiebt Vollgas hinein. (...)

Wir wissen nur eines, wenn Deutschland in Not,

zu kämpfen , zu siegen, zu sterben den Tod. (...)"

Genau dieses Lied sorgte Ende April im bayrischen Altenstadt für einen Skandal, als es dort anläßlich der Umbenennung einer Kaserne in Franz-Josef-Strauß-Kaserne gesungen wurde. SPD, Grüne und FDP nannten laut dpa-Meldung den Vorfall unerhört und distanzierten sich.

Das Hinterland ist ruhig

Bisher war es nicht üblich, daß die Saarlandbrigade öffentlich kritisiert und angegriffen wurde. Regional betreibt sie seit Jahren eine breit angelegte Imagepflege.

Neben Vorträgen der "Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e.V." zu geostrategischen Fragen, "Kreta-Gedenkfeiern", Schülerferien in der Kaserne, Behördenschießen (aus Dankbarkeit für die Mühe, die sie sich machen, werden Behördenvertreter und Jäger zu Schießübungen in die Kaserne eingeladen) und diversen regionalen Manövern - keine Bewegung und kein Rülpser, die nicht von der Presse breit und ausführlich in Wort und Bild wiedergegeben werden; Verlautbarungsjournalismus pur.

Als besonderes Bonbon in Sachen Imagepflege und Fremdenverkehr rangiert der ehemalige Berufssoldat und Ausbilder mit Einzelkämpferausbildung, Werner Freund, unter der Rubrik "Wolfsforscher" und "Abenteurer". Sein Wolfsgehege ist nicht nur Publikums- und Medienmagnet, sondern vermittelt auch noch ganz nebenbei den richtigen Eindruck der verwegenen und tollkühnen Fallschirmjägertruppe.

Insgesamt eine über Jahre aufgebaute und vor allem fein verästelte regionale Verankerung, gegen die es schwerfällt, Kritik anzubringen. Wer hier aus der Reihe tanzt, läuft Gefahr, sich alsbald außerhalb der Gesellschaft wiederzufinden. Gerade jenseits großstädtischer Regionen fehlt der Schutz der Anonymität.

"Hoch die internationale Solidarität" in Merzig

Mit Knalleffekt wurden diese gegenseitigen Selbstbeweihräucherungen am 23. Januar '93 unterbrochen. Auf einer regionalen Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit ("Wir Merziger gegen Haß und Gewalt"), die von CDU, FDP, SPD, Grünen, Kirchen, Schulen usw. getragen wurde, gab es einen Redebeitrag der "Aktion 3. Welt Merzig-Wadern" (3). Das Ganze hatte Symbolcharakter. Von der Treppe des Rathauses wurde für diese Region Ungeheuerliches gesagt:

"Für viele Fluchtursachen sind wir selber verantwortlich. Denken wir nur an Rüstungsexporte und die militärische Zusammenarbeit mit der Türkei. Wer nicht verblendet ist, weiß, daß die türkische Regierung und Armee seit Jahren eine brutale Ausrottungspolitik gegenüber Kurden und Kurdinnen betreiben. Hier muß der Mantel des Schweigens gelüftet werden. Hier darf es keine Tabus geben. Es ist ein Skandal, wenn weiterhin von Jahr zu Jahr Soldaten der Kaserne ‚Auf der Ell` zu Militärübungen in die Türkei fahren. Die .Aktion 3. Welt Merzig-Wadern` fordert die sofortige Beendigung der militärischen Kumpanei zwischen der Bundesrepublik und der Türkei."

Hinzu kamen noch Aussagen über die Brandstifter in der Asyldebatte und das Wechselspiel zwischen denen, die die Gesetze verschärfen und dem Mob, der zuschlägt. (Der saarländische Finanzminister und Sozialdemokrat, Hans Kasper, und der Merziger Oberbürgermeister und Christdemokrat, Walter Anton, zogen während der ganzen Rede ein Gesicht, als hätte sie den Mund voller Galle. Während solcher Veranstaltungen steht eine bestimmte Gruppe von Menschen penetrant um das RednerInnenpult und blickt staatsmännisch in die Kameraobjektive.) Kurzum: die geplante Show der Selbstbeweihräucherung nahm einen anderen als den geplanten Verlauf.

Obwohl bzw. weil die Rede insgesamt sechsmal von breitem Zwischenbeifall unterbrochen wurde - der Oberbürgermeister bekam lediglich am Schluß den obligatorischen Anstandsapplaus - mußte der offensichtlich gewordenen Popularität bisher verfemter Inhalte vorgebeugt werden.

Es hagelte zunächst Kritik im Zeitungskommentar eines Journalisten ("Thema verfehlt - setzen"), eines CDUlers ("sozialistisch-revolutionäre Wortwahl"), des ehemaligen saarländischen ÖDP-Vorsitzenden ("Agitationsunfug", rhetorischer Überfall auf unvorbereitete Schüler), eines Bundeswehroffiziers (Soldaten nehmen im Rahmen von Verträgen an Auslandsübungen teil) - aber die Rechnung wurde ohne den Wirt gemacht. Denn damit war die Diskussion eröffnet und der Bazillus der Kritik breitete sich aus. In zahlreichen Leserbriefen kam Unterstützung zum Ausdruck. Zum erstenmal äußerten sich auch Mitglieder des "Kurdischen Kulturvereins" und bestätigten den beanstandeten Redepassus. Bemerkenswert, daß die Grünen vollkommen auf Tauchstation gingen und einige SozialdemokratInnen - allerdings nur hinter vorgehaltener Hand - Zustimmung äußerten. Soweit zur Vorgeschichte der Kundgebung gegen das Gelöbnis.

Die Kundgebung fand nicht nur wie geplant statt, sondern war für die "Aktion 3. Welt Merzig-Wadern" ein voller Erfolg. Trotz einer extrem kurzen Mobilisierungszeit von einer Woche und der Verwirrung, die die von der Presse bekanntgegebene Verlegung des Gelöbnisses gestiftet hatte, kamen 150 Menschen, darunter auch eine Gruppe KurdInnen. Im Anschluß gab es noch eine Spontandemonstration durch die Fußgängerzone und das Kneipenviertel dieser saarländischen Stadt. Teilweise hatte es Züge einer gelungenen Komödie mit hohem politischen Unterhaltungswert in dieser beschaulichen Kleinstadt-Atmosphäre Parolen wie "Hopp, hopp, hopp - Türkeihilfe stop", "Hoch die Internationale Solidarität", "Gestern Vietnam heute Kurdistan" oder "AMF raus aus Kurdistan" zu hören.

Die Resonanz in den Medien war ambivalent: Während vom Gelöbnis großartig berichtet wurde, fiel die Gegenveranstaltung zumindest in den Spalten der "Saarbrücker Zeitung" einer inneren oder äußeren Zensur zum Opfer. Allerdings war die Vorankündigung dort relativ deutlich plaziert. nach Beiträgen über das Gelöbnis und die Kreta-Feierlichkeit wurden kritische LeserInnenbriefe ungekürzt abgedruckt.

Was hat's gebracht

1. Zum erstenmal ist es in Merzig gelungen, das selbstgefällige Gebaren der Saarlandbrigade öffentlich in Zweifel zu ziehen und die Produktion von Fluchtursachen seitens der BRD regional greifbar zu machen. Zwischenzeitlich gab es nach der Skandalrede eine gut besuchte Informationsveranstaltung "Kritische Bestandsaufnahme der Saarlandbrigade".

2. Die Saarlandbrigade geht zur Zeit noch jeder öffentlichen Diskussion aus dem Wege. Als Grund für die Verlegung des Gelöbnisses zurück in die Kaserne gab sie den nach ihrer Meinung in einigen Medien erzeugten Eindruck an, das Gelöbnis sei eine Werbeveranstaltung für den Somaliaeinsatz. Der Urheber der Verlegung wurde zwar geflissentlich nicht erwähnt, jedoch so präzise umschrieben, daß das Ganze zu einer aus Bundeswehrsicht unerwünschten Werbung für die KritikerInnen wurde.

3. Es gibt keine stringente Medienblockade. Teilweise ist es möglich, kritische Inhalte und Standpunkte abgedruckt und gesendet zu bekommen.

4. Das Spektrum der BündnispartnerInnen hat sich verschoben. Während vor 8-10 Jahren noch Menschen aus den Kirchen, der SPD und Grünbewegte Schlange gestanden hätten, um reden zu dürfen, hatten sie diesmal mit allerhand privaten Problemen, mangelnden Informationen und anderen Terminen zu kämpfen. (Bye, bye macht's gut.) Die meisten TeilnehmerInnen waren nicht nur individuell unorganisiert, sondern auch keiner der traditionellen Organisationen zuzurechnen.

5. Die "Aktion 3. Welt Merzig-Wadern" war überrascht über ihre eigene Mobilisierungsfähigkeit und rechnete für die Protestkundgebung mit 50 Menschen. Daß es dreimal so viel wurde, freut um so mehr. Ebenfalls überraschend war der Rückzug der Militärs aus dem öffentlichen Raum in die Kaserne.

Winfried Meyer

Anmerkungen:

1) Merzig ist die Kreisstadt des Landkreises Merzig-Wadern. Dieser liegt im nördlichen Saarland im Dreiländereck Luxemburg/Frankreich/BRD.

2) Die "Aktion 3. Welt Merzig-Wadern" ist Trägerverein und Dachverband von acht Projekten: Anti-Rassismus-Büro Saar, Beratungsstellen für Flüchtlinge und Kriegsdienstverweigerer, Medienzentrum, zwei 3. Welt Läden sowie Anlaufstelle für die "Koordination saarländischer 3. Welt Gruppen" und dem "BUKO Arbeitsschwerpunkt Rassismus".

3) Aufgrund der politischen wie personellen Verankerung in dieser Region - vor allem aber dem öffentliche Ansehen und Kompetenz in Fragen der Asyl- und Flüchtlingspolitik - mußten die Parteivertreter der 3. Welt Organisation einen Redebeitrag zugestehen. Alles andere hätte bereits im Vorfeld zu einem Eklat geführt. Ansonsten sprachen noch der Oberbürgermeister und ein Vertreter des Ausländerbeirates.

22. Engel und AIDS. Bundeswehr in Kambodscha

Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; Interventionspolitik und Kriege; Kambodscha · CD-Datei: daten/aksuche/ak355/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:355:11

"Die Engel von Phnom Penh" überschreibt die Bundeswehr eine großformatige PR-Anzeige, in der die Wohltaten von 150 deutschen Sanitätssoldaten für die "notleidende Bevölkerung" Kambodschas gefeiert werden - verbunden mit dem dezenten Hinweis, "in Zukunft" müßten weltweite Ausland"hilfs"einsätze der Bundeswehr "eine immer größere Rolle spielen".

Etwas anders sieht es die betroffene Bevölkerung: "Die UN-Soldaten", zitiert die FAZ (13.2.93) eine vertrauliche Umfrage, "werden als ‚Söldner` beschimpft, die nur viel Geld verdienen wollten, sich aufführten wie eine Besatzungsmacht und immer wieder durch brutale sexuelle Belästigungen und Trunkenheit auffielen."

"So billig wie hier ist es nirgends", erfuhr der taz-Korrespondent von zwei grinsenden Bundeswehrsoldaten, die eben zwei Prostituierte an ihren Tisch gewunken hatten. Für jedes Mitglied der UN-Truppe wird (neben seinem regulären Sold) eine Zulage von 150 US-Dollar pro Tag gezahlt - ebensoviel, wie die meisten Kambodschaner in einem ganzen Jahr verdienen. Die Invasion von 22.000 Mann UN-Personal hat ein Heer von (wie die "Zeit" bereits im August letzten Jahres schätzte: zehn- bis zwanzigtausend) Prostituierten in Billig-Bordellen, getarnten "Teestuben" und Nachtklubs rund um die Stationierungsorte nach sich gezogen. "Gut organisierte Menschenhändler-Kartelle liefern ‚frische` Frauen und minderjährige Mädchen aus Vietnam. Die dunkelhäutigeren Kambodschanerinnen haben geringeren ‚Marktwert`." (Hamburger Abendblatt, 10.2.93)

Durch rassistische Schönheitsbegriffe der Möchtegern-Weltpolizisten sind die Kambodschanerinnen aber keineswegs vor Übergriffen gefeit. Schon im letzten Herbst protestierten 175 Frauen in einem offenen Brief gegen sexuelle Belästigungen durch Mitglieder der UNO-Streitmacht. Die UNTAC (Übergangsverwaltung der UN für Kambodscha) beklagte hingegen vor allem das gehäufte Auftreten von Geschlechtskrankheiten unter ihrem Personal. "UNTAC-Vertreter räumen aber ein, daß es sich angesichts tausender junger Männer, die getrennt von ihren Familien in der Fremde lebten, um eine unvermeidliche Erscheinung handle." (FR, 10.10.92) Weil das eben so ist, importierte die UNTAC 800.000 Kondome allein im zweiten Halbjahr 92 - ohne großen Erfolg übrigens: Die Geschlechtskranken, die sich in langen Schlangen vor dem Bundeswehrlazarett sammeln, bilden mit täglich 40 Fällen die zahlenmäßig umfangreichste UN-Klientel der bundesdeutschen Militärärzte. (Spiegel 44/92)

Wenig Wind wird auch um eine ganz andere, in aller Regel aus der kambodschanischen Zivilbevölkerung stammenden Gruppe von PatientInnen gemacht: die zahlreichen Opfer von Verkehrsunfällen, die durch UN-Fahrzeuge verursacht wurden. Die Blauhelme kamen mit 5.000 nagelneuen Jeeps und großen geländegängigen Personenwagen, mit denen sie oft rücksichtslos und mehr oder weniger angetrunken durch die vorher kaum von Kraftfahrzeugen frequentierten Straßen rasen. In Phnom Penh heißt es, mehr als 40 Menschen seien bisher von UNTAC-Vehikeln überfahren worden. "Das klingt glaubhaft", meint der Spiegel (44/92), und schildert einen gerade aktuellen Fall, in dem zwei UN-Soldaten einen Jungen überfuhren, der am Straßenrand gespielt hatte. "Die UNO-Kämpfer, die zwei Prostituierte im Schlepp hatten, ließen als Schmerzensgeld eine Hundertdollarnote zurück."

Der Öffentlichkeit in plakativen Farbbildern präsentiert werden dagegen vorzugsweise Minenopfer, die in der Klinik wieder zusammengeflickt wurden. Daß ihnen durch zivile Hilfsorganisationen genausogut oder besser geholfen werden könnte, daß die Bundesregierung die früher von der DDR geleistete Hilfe für Kambodscha durch Medikamente und medizinisches Personal eingestellt hat - davon in den Berichten natürlich kein Wort. Auch die politischen Verwicklungen um den Piloteinsatz der Bundeswehr tauchen höchstens am Rande auf. Diplomatischen Kreisen zufolge soll es keineswegs so gewesen sein, daß die Bundesregierung einfach von UNO-Generalsekretär Butros Ghali um den Sanitätereinsatz gebeten wurde. "Vielmehr soll sie zuvor ausdrücklich um diese Bitte ersucht haben." (taz, 6.8.92) Für böses Blut bei der UNO sorgte dann die Tatsache, daß die propagandistisch für weltweite Bundeswehreinsätze ausgeschlachtete (Mit-) Versorgung der Zivilbevölkerung gar nicht zu den Aufgaben des UN-Lazaretts gehört, aber wie selbstverständlich aus den knappen UNO-Mitteln finanziert wurde. Erst nach "monatelangen Streitereien" versprach Bonn, zusätzlich Geld und Medikamente zu spenden. "Denn für das Verteidigungsministerium geht es darum, das Etikett ‚humanitäre Hilfe`, unter dem die Bundeswehraktion läuft, nicht zu beschädigen." (GEO 2/93) Ist doch der

Kambodscha-Einsatz für Kriegsminister Rühe die wohlkalkulierte "Vorstufe für ‚generelle Blauhelm-Missionen` der Bundeswehr". (Welt, 27.11.92)

Die Kehrseite der "humanitären Hilfe" durch Militär wird von der Bundeswehr verschwiegen: Auch ganz ohne Besatzerattitüden der Blauhelme würde die Macht des einströmenden Kapitals für sich allein genommen ausreichen, um die soziale Struktur des Landes schwer zu schädigen. Zwei Milliarden US-Dollar soll der Einsatz kosten, jeden Tag werden nach Angaben des UNTAC-Hauptquartiers von der Friedenstruppe 300.000 US-Dollar ausgegeben. Damit wurde eine Goldgräberkonjunktur ohnegleichen angeheizt, "vor allem im Baugewerbe und in allen anderen Wirtschaftszweigen, die von der Anwesenheit der UNO profitieren, wie Hotels, Restaurants, Nachtclubs und Geschäfte für importierte Konsumgüter. Bodenspekulation und unglaubliche Korruption bis hinauf zur Ministerebene stehen in voller Blüte." (Tagesspiegel, 15.11.92) Die taz (5.2.93) illustriert mit einem Beispiel: gerade habe der Gesundheitsminister das städtische Amt für Wasserhygiene verkauft. Dagegen seien produktive Investitionen bisher völlig ausgeblieben.

Von dem Boom profitieren nur einige wenige. "Die Unterschiede zwischen arm und reich sind enorm und wachsen täglich. (...) Allein 1992 sind die Verbraucherpreise in Phnom Penh um über 150 Prozent gestiegen. Der Preis für Benzin und Schweinefleisch hat sich innerhalb von drei Monaten verdoppelt, und der Preis für Reis (ein wichtiger politischer Indikator) stieg um die Hälfte." Die Mieten in der Hauptstadt wurden um das Zehn- bis Fünfzigfache erhöht. (Tagesspiegel, ebd; GEO 2/93)

Die Pseudokonjunktur wird an dem Tag zusammenbrechen, an dem die UN-Mission in Kambodscha endet. Wenn - wie geplant - im August 93 die Blauhelme samt dem Bundeswehrlazarett abziehen, wird neben der verwüsteten Sozialstruktur ein Geschenk von Bundeswehr und anderen "Engeln" dem Land auf lange Zeit bleiben: die bis vor drei Jahren in Kambodscha unbekannte Immunschwächekrankheit Aids. Inzwischen, so heißt es in einer offiziellen Stellungnahme, habe die Zahl der HIV-Infizierten "Notstandsniveau" erreicht. "Bei 75% aller Blutspender sei eine Verseuchung mit dem Virus festgestellt worden." (Dt. Allg. Sonntagsblatt, 25.12.92)

Ein Genosse der anti-rep-Kommission

23. Erste Arbeitskonferenz der Internationalen Landminen-Kampagne in Bonn

Rubrik: Kriege · CD-Datei: daten/aksuche/ak355/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:355:16

Millionen von Landminen (1) töten und verkrüppeln die Zivilbevölkerung in vielen Teilen der Welt, von Somalia bis Ex-Jugoslawien, von El Salvador bis Kambodscha. 100 bis 120 Millionen Landminen liegen nach Schätzung der UN auf den Kriegsschauplätzen der letzten Zeit und sorgen dafür, daß nicht nur im Krieg, sondern auch nach einem Friedensschluß ein normales Leben nicht mehr möglich ist. Wenn die Militärs längst abgezogen sind, führen die Minen den Krieg fort. Bewegungen von Menschen werden kontrolliert und verhindert. Für Flüchtlinge wird die Rückkehr schlimmer als die Flucht. Ein Wiederaufbau alter/neuer Wirtschaftsstrukturen wird unmöglich, da oft die fruchtbarsten Landesteile vermint sind. So sind z.B. in Afrika über 10 Millionen m (4-fache Größe der EG) extrem von Verminung betroffen. Die Kosten für die Räumung, soweit sie überhaupt technisch machbar wäre, sind von den meisten Ländern überhaupt nicht aufzubringen. Folge sind größere Hungerkatastrophen und stärkere Abhängigkeit von der Mildtätigkeit internationaler Hilfsorganisationen.

Diese Situation versucht eine Internationale Landminen-Kampagne in das Bewußtsein der Öffentlichkeit zu bringen und erhebt als zentrale Forderung den weltweiten Stopp der Produktion, des Exportes und der Anwendung von Landminen. Diese Kampagne, die in diesem Jahr in vielen Ländern ihren Auftakt hat, ist das Ergebnis einer internationalen Diskussion von Menschenrechts- und Anti-Kriegs-Organisationen: Vietnam Veterans of America Foundation (USA), Human Rights Watch (USA), Mines Advisery Group (England), Physicians for Human Rights (USA), Handicap International (Frankreich), European Network Against Armtrade. In der Bundesrepublik wird die Kampagne getragen von medico international, Deutsche IPPNW, BUKO Kampagne "Stoppt den Rüstungsexport", RIB BaWÜ, Kampagne "Produzieren für das Leben - Rüstungsexporte stoppen" und der AG Landminenkampagne im Netzwerk Friedenskooperative getragen.

Auf der 1. Bundesdeutschen Arbeitskonferenz der Kampagne (2) am 20. Mai 93 in Bonn wurde versucht, umfassend über die Problematik zu informieren und Perspektiven für diese Kampagne zu diskutieren. Konkreter Ansatzpunkt ist die UN-Konvention von 1981 "zum Verbot oder der Einschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßige Verletzungen verursachen oder unterschiedslos wirken". "Die UN-Konvention", so die Resolution der 1. Bundesdeutschen Arbeitskonferenz, "versucht den Einsatz von Landminen zu regeln, verbietet aber nur den direkten Einsatz gegen Zivilisten. Dies hat noch niemanden an der Anwendung gehindert. Von 1994 an besteht die Chance, auf einer Überprüfungskonferenz die Konvention so zu verbessern, daß sie greift".

Wichtig ist hierbei, die grundsätzliche und ausnahmslose Ächtung aller Minen zu erreichen. Während konventionelle Minen-Typen mittlerweile auch in den Nicht-Industrieländern hergestellt werden, produzieren die USA und die BRD neue Generationen von Minen, die in kürzester Zeit maschinell verlegt werden können und die elektronisch kontrolliert einsetzbar sind. Da sie selektiv aktiviert und nach Bedarf wieder entschärft werden können, werden sie von den Produzenten auch gerne als "humane" Minen bezeichnet. Hierzu die Initiatoren der Kampagne: "Die neue 3. Generation der Mine ermöglicht unendliche Variationen der Neueingliederung der Gebiete der Erde als Sicherheitsterritorien. Ihre ‚intelligenten' Möglichkeiten werden den Weg der Menschen und ihre Verhältnisse untereinander bestimmen. Selektiv und per Fernsteuerung von entfernten Zentralen am Bildschirm ausgelöst, können sie Areale eingrenzen, abschneiden und unzugänglich machen; ganz oder teilweise. In Wirkung & Brisanz unterschiedlich konstruiert, können sie Soldaten töten, zivile Personen nur verletzen, Flüchtlingsbewegungen kanalisieren, einzelne Flüchtende lediglich mit Farbe kennzeichnen, mit Blendschock oder Ton identifizieren, bedrohen und verjagen. Die Sensorik gestattet Selbstauslösung wie kontrollierten Einsatz bei künftiger Sicherung reicher Kolonien gegen die Armen. Ihre Funktion bedeutet grundlegende Veränderung der Weltverhältnisse, der Routen und Bezüge der Menschen, Klassifikation der Terrains & soziale Einteilung, zentral lenkbar - und deshalb auch ‚entsorgungsfreundlicher'".

Der offizielle Start der Kampagne in der BRD soll auf dem diesjährigen Kirchentag stattfinden, wo zum ersten Mal ein wichtiges Aktionsmittel der Kampagne vorgestellt werden wird: ein künstlicher Minenteppich, der anschließend in der verschiedensten Städten der BRD einen Eindruck davon vermitteln soll, was es bedeutet, sich in vermintem Gelände zu bewegen.

Ein Schwerpunkt der Kampagne soll sich gegen die Minen-Produzenten richten. Gerade bei der Entwicklung immer perverserer Minen-Technologien spielen BRD-Unternehmen eine große Rolle, wenn auch bisher kein direkter Nachweis erbracht werden konnte, daß aus der BRD Minen in Krisengebiete exportiert wurden. Wesentliche Firmen sind hier die Dynamit Nobel (Troisdorf), die Firmengruppe Diehl (Nürnberg) und die Deutsche Aerospace (DASA) des Daimler-Benz-Konzerns, die die vier Tochtergesellschaften Dornier (Friedrichshafen), MBB (Ottobrunn), MTU (Friedrichshafen), Telefunken Systemtechnik (Ulm) umfaßt. Dazu gesellen sich noch ca. ein Dutzend weitere Firmen.

Die BRD verfolgt in der Minenfrage eine doppelbödige Politik. Zwar gehörte sich zu den ersten Unterzeichnern der UN-"Minen"-Konvention (April '81), ließ sich jedoch bis zum April 1992 Zeit, die Konvention zu ratifizieren. Ein einjähriges Moratorium des US-Senats zur Frage des Exports von Landminen wurde von der BRD-Regierung zwar begrüßt, Handlungsbedarf bzw. Beteiligung daran wird allerdings zurückgewiesen.

10 Jahre nach Inkrafttreten der "UN-Konvention gegen wahllos wirkende Waffen" besteht die Möglichkeit, die Einberufung einer europäischen Überprüfungskonferenz zu beantragen, um Unzulänglichkeiten des Vertragswerkes aufgrund neuer technischer Entwicklungen auszuräumen. Frankreich hat sich hierzu bereits positiv geäußert. Eine breit getragene Anti-Minen-Kampagne könnte Druck auf die BRD-Regierung ausüben, sich hieran zu beteiligen.

Die Forderungen der Kampagne in Kürze

Die 1.Bundesdeutsche Arbeiterkonferenz fordert in einer Resolution:

Internationales Verbot von Entwicklung, Produktion, Verkauf und Anwendung von Landminen.

Beseitigung der Altlasten durch effektive Räumung vorhandener Minenfelder unter Federführung der UN; Entwicklung rationeller Technologien der Minenräumung; Bereitstellung von finanziellen Mitteln durch die Verursacher, d.h. die minenproduzierenden Länder bzw. Unternehmen.

Entschädigung der Opfer durch physische und psychische Rehabilitierung der Überlebenden, wirtschaftliche Konsolidierung der Hinterbliebenden, Reparationszahlungen an die betroffenen Gesellschaften und Bereitstellung von finanziellen Mitteln durch die Verursacher (s.o.).

hp, Bonn

Anmerkungen:

(1) "Jeder Munition, die unter oder auf dem Erdboden oder einer anderen Oberfläche installiert wird mit dem Zweck, durch Anwesenheit, Nähe oder Kontakt einer Person oder eines Fahrzeuges zu explodieren."

(2) Im Anschluß fand vom 24.-26. Mai 93 in London eine internationale Arbeitskonferenz des internationalen Trägerkreises statt, an der VertreterInnen von 50 NGO's teilnahmen.

Anfang Juni 1993 wird eine Broschüre zur Thematik beim Trägerkreis der Landminen-Kampagen erhältlich sein.

24. Zerfall der Sowjetunion - Chance oder " Jugoslawisierung"?

Von Kai Ehlers

Autor: Kai Ehlers · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak355/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:355:12

Seit fast zehn Jahren befindet sich die ehemalige Sowjetunion im nunmehr offenen Zerfall. Das erste sichtbare Ergebnis war ihre Umwandlung in die "Gemeinschaft unabhängiger Staaten" (GUS). Inzwischen führt die Privatisierung zur sozialen Differenzierung zwischen Gewinnern und Verlierern. Im Streben der einzelnen Republiken und darin der einzelnen Völker und Regionen nach Unabhängigkeit vom ehemaligen Moskauer Zentrum setzt sich diese Entwicklung fort. Das gilt vor allem für die russische Föderation als Haupterbin des Imperiums. Mit der nationalen und sozialen Differenzierung wächst auch die politische Polarisierung, die sich um die Frage pro und contra Imperium zu konzentrieren beginnt. In dieser Auseinandersetzung machen die neo-imperialen Kräfte zunehmend von sich reden.

Am 1. Mai 1993, eine Woche nachdem Boris Jelzin sich die Legitimation für die Fortsetzung seines Reformkurses vom Volk neu bestätigen lassen konnte, kam es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen der Polizei, stellvertretend für die Regierung, und den Teilen der Opposition, in denen sich patriotische und neo-kommunistische Kräfte zur "Front der nationalen Rettung" zusammengefunden haben. Ist das der Beginn des Bürgerkriegs? Besteht die Gefahr, daß die "Rot-Braunen" eine Entwicklung nehmen wie seinerzeit Hitlers NSDAP aus den Münchner Kellern? In vielen hitzigen Kommentaren kann man diese Ansicht jetzt hören. Aber kann in der ehemaligen Sowjetunion, dem Land, in dem "Antifaschismus" Bestandteil der Staatsideologie war, überhaupt so etwas wie Faschismus entstehen? Und wäre "Faschismus" das richtige Wort, um zu beschreiben, was da auf uns zukommen könnte? Was ist angesichts dieser Aussichten zu tun?

Von "Pamjat"

zur "Nationalen Rettungsfront"

Seit Anfang 1988 hat sich aus der diffusen Dissidenten- und Oppositionsbewegung Anfang der achtziger Jahre, also der frühen Perestroikazeit, unter dem Namen "Pamjat" (Erinnerung) eine politische Strömung herausgebildet, die es ablehnte, am Aufbau demokratischer Strukturen mitzuwirken. Statt dessen provozierte sie die Öffentlichkeit mit antisemitischen, neo-imperialen und zum Teil offen an nationalsozialistische Vorbilder anknüpfenden Auftritten. Die Bewegung ging von radikalisierten Schichten der Intelligenzija aus und hatte ihre Hochburg im russischen Schriftstellerverband, vor allem bei den Vertretern der ehemaligen Dorfschriftsteller, die sich seit Anfang der siebziger Jahre für die Wiederherstellung russischen Volkstums eingesetzt hatten.

Im Sommer 1988 fanden die Auftritte der "Pamjat"-Gruppen in Leningrad und Moskau ihre ersten provokatorischen Höhepunkte. Sie riefen öffentlich zur Verfolgung der Juden, zur Wiederherstellung des Imperiums in den Grenzen des Zarenreichs auf.

Nachdem die Behörden auf Druck des aufgeschreckten Auslandes einzelne Aktivisten vor Gericht gezogen hatten, verlegten die "Pamjat"-Aktivisten ihre Aktivität seit Mitte 1989 unter einer Vielzahl neuer, unverfänglicher Namen von offen provokatorischen Auftritten auf die Entwicklung einer langfristig angelegten Sammlungsbewegung in kulturkritischen Zirkeln, militär-patriotischen Vereinen, Wehrsportgruppen usw. Im Sommer 1990 war unter dem Dach "Otetschestwo" (Vaterland) eine große - in einem westlichen Begriff gesagt - außerparlamentarische Bewegung entstanden. Seit Anfang 1991 verfügten diese Kräfte mit der Gruppe "Sojus", in der sich Vertreter der zentralen Apparate, einschließlich KGB und Militär mit großrussischen Nationalisten zusammenfanden, auch im Obersten Sowjet über eine wirkungsvolle Vertretung.

Mit dem Einzug der demokratischen Opposition in den Kreml und die Rathäuser entstand im August 1991 eine neue Situation: Von jetzt ab standen nicht mehr Demokraten und Patrioten in Opposition zur Kommunistischen Partei. Statt dessen übernahmen die Demokraten die Rolle der herrschenden Macht, während Alt-Kommunisten und Patrioten von den früheren verdeckten Berührungen nun zu einer offenen gemeinsamen Front gegen die Demokraten zusammenfanden, die sehr schnell zu einer breiten Bewegung anwuchs.

Im Sommer 1992 wagte die Bewegung ihre erste Kraftprobe mit der neuen herrschenden Macht, als sie mit einem Zeltlager auf dem Ostankino den Zugang zum staatlichen Fernsehen blockierte. Sie wollte damit mehr Sendezeiten für das eigene politische Lager, generell aber einfach mehr öffentliche Aufmerksamkeit für sich erzwingen. Die gewaltsame Räumung des Zeltdorfes durch Sondertruppen der Regierung, bei der es ein gutes Dutzend Schwerverletzte gab, brachte sie in den Genuß einer politischen Märtyrerrolle. Das gab der Bewegung weiteren Zulauf. Drei Monate später war daraus die "Front der nationalen Rettung" hervorgegangen. Die "Sojus"-Gruppe des Obersten Sowjet hatte sich mit neo-kommunistischen Abgeordneten zur Gruppe "Einheit" gefunden. Sie kann heute gut ein Drittel der Abgeordneten zu den ihren zählen.

Gegner der "Rot-Braunen" bezeichnen die Bewegung als faschistisch und ihren Kampf dagegen als antifaschistisch. Ja, die Ideologen der nationalen Bewegung nehmen den Terminus "Faschismus" selbst für sich in Anspruch, "allerdings ohne Rassismus", wie einer der Führer der "Nationalen Rettungsfront", Alexander Prochanow, Herausgeber des Bewegungsblattes "Djen", betont. Gleichzeitig marschieren sie unter den Losungen und den Liedern des klassischen sowjetischen Antifaschismus: So führte die Marschroute der "rot-braunen" Demonstration, gut 30.000 Menschen, zur Feier des Tages der Revolution am 7.11.1992 zum Denkmal für Georgi Dimitrow. Dort wurde ein Kranz niedergelegt, und man gedachte mit einer Schweigeminute des "großen Begründers der großen Tradition des Antifaschismus". Anschließend zog man unter den Klängen international bekannter antifaschistischer Lieder wie "bella ciao", "Moorsoldaten", Ernst Busch-Gesängen und Sprechchören wie "Tod dem Faschismus" weiter. Die blutigen Zusammenstöße am 1. Mai 1993 hinderten die Anhänger der Bewegung nicht, sich nur eine Woche später, zum "Tag des Sieges über den Faschismus", erneut in großer Zahl und unter antifaschistischen Losungen zu versammeln.

Hier wird das Problem sichtbar: Es verfällt nicht nur das sowjetische Imperium. Es zerfallen auch die mit seiner Geschichte verbundenen Begriffe. Georgi Dimitrow definierte den Faschismus auf dem 7. Weltkongreß der Komintern 1935 als terroristische Herrschaft der aggressivsten Teile des Monopolkapitals über die Arbeiterklasse. Noch zur Weimarer Zeit und während des zweiten Weltkriegs wurden viele Differenzierungen an diesen Thesen vorgenommen.

Nach dem Sieg über den Faschismus gewannen vor allem westliche Theoretiker differenziertere Einsichten in das Wesen des Faschismus. Politisch jedoch wurde der Kampf gegen den Faschismus unter der Losung "Sowjetunion - Vaterland des Sozialismus" gleichbedeutend mit Prosowjetismus. In der Sowjetunion selbst verschmolzen Antifaschismus und Prosowjetismus unter der Parole des "großen vaterländischen Krieges" ununterscheidbar mit imperial gefärbtem Patriotismus.

Aus westlicher Sicht ist diese Einheit für viele schon lange brüchig geworden. Die System-Konfrontation der Zeit des "kalten Krieges" und ihre Nachwehen hielt die alten Parteilinien dennoch selbst bei Kritikern des sowjetischen Sozialismus am Leben. Erst mit dem realen Zerfall der Sowjetunion beginnt sie sich tatsächlich aufzulösen - bei vielen allerdings nur soweit, daß nun die unter dem Prosowjetismus liegende Einheit zwischen Antifaschismus und Patriotismus aktiviert wird. Nicht wenige aber sind selbst von einer solchen Differenzierung ihres früheren Weltbildes so erschreckt, daß sie um so heftiger die Einheit von Antifaschismus, Prosowjetismus und Patriotismus beschwören.

In der ehemaligen Sowjetunion sind die Begriffe "Faschismus" oder "Antifaschismus" unter diesen Umständen zu beliebigen Vokabeln geworden, die nichts mehr über den politischen Standort derer aussagen, die sie verwenden. Mehr noch: Auch die theoretische Definition Georgi Dimitrows ist auf die Wirklichkeit der heutigen Entwicklung in der ehemaligen Sowjetunion vordergründig nicht "anwendbar". Die Weimarer Zeit, besonders die Jahre des zweiten Weltkrieges waren von staatlich forcierter Kapital-Konzentration charakterisiert; im Bereich der ehemaligen Sowjetunion aber zerfallen die staatsmonopolistischen Strukturen.

Was also wäre vergleichbar? Was kann uns veranlassen, heute von einer drohenden faschistischen Gefahr in der ehemaligen Sowjetunion zu reden? Was wären die Elemente, aus denen so etwas wie Faschismus wachsen könnte? Ist der Begriff "Faschismus" überhaupt geeignet, die befürchtete Entwicklung zu beschreiben? Ist er darüberhinaus geeignet für den Dialog oder engt er die Frage unzulässig und unfruchtbar auf überholte Vorstellungen ein?

Antisemitismus?

Von den Vertretern der russischen Organisationen wie "antifaschistisches Komitee Moskau", "Memorial", der Schriftstellervereinigung "April", der St. Petersburger Redaktion des "antifaschistischen Journals", "Barriere" und auch in der westlichen Presse wird, wenn von faschistischer Gefahr in der ehemaligen Sowjetunion die Rede ist, immer wieder der Antisemitismus der "Rot-Braunen" genannt, der seine Fortsetzung bzw. auch seine Wurzeln in der täglichen Diskriminierung der Juden habe.

Zweifellos, Antisemitismus war Bestandteil der nationalsozialistischen Herrschaft, und die antisemitischen Hetzschriften der "Rot-Braunen", die sich offen auf Höss, Hitler, Goebbels, und auf die "Protokolle der Weisen von Zion" beziehen, sind nicht zu übersehen. "Patrioten" und Neo-Kommunisten entwickeln gleichermaßen widerwärtige antisemitische Aktivitäten, wenn die Perestroika als jüdisch-kapitalistische Weltverschwörung gegen das große Rußland, wenn heute Boris Jelzin als Baruch Elzer beschimpft wird. Nicht zu übersehen ist auch das antisemitische Erbe aus der Zeit der sowjetischen Herrschaft.

Aber Antisemitismus ist nicht identisch mit Faschismus. Der italienische Faschismus war nicht antisemitisch. Das Spanien des 14. Jahrhunderts hat eines der größten antisemitischen Pogrome seit Rom inszeniert. Keinem würde es einfallen, die spanische Herrschaft jener Zeit deswegen faschistisch zu nennen. Die Mehrzahl der arabischen Länder ist heute von einer antijüdischen Grundhaltung geprägt. Handelt es sich bei ihnen deswegen schon um faschistische Gesellschaften?

Mehr noch: Chauvinismus und Rassismus, die sich gegenwärtig in der ehemaligen Sowjetunion zeigen, sind mit "Antisemitismus" keineswegs ausreichend beschrieben. Hauptangriffsziel sind nicht die Juden, sondern die zentralasiatischen und sibirischen Völker, die Kaukasusvölker und schließlich die Nachkommen der Hunnen und der Mongolen an der mittleren Wolga. Sie alle gelten dem russischen Durchschnittschauvinisten als "Tschornie", "Schwarze". Es gibt wieder Pogrome im Bereich der ehemaligen Sowjetunion, aber ihre Opfer sind nicht Juden, sondern "Tschornie". Es gibt Terror, aber auch er richtet sich physisch nicht gegen die Juden.

Übereinstimmend, auch von jüdischer Seite, wird betont, daß es den Juden mehrheitlich materiell besser gehe als vor Beginn der Perestroika. Unter Michail Gorbatschow erhielten sie - wie alle anderen - Organisationsfreiheit. Anders als andere waren die Juden auf Grund der aus ihrer langen Diaspora gewachsenen Überlebensfähigkeit und Verbindungen aber sofort in der Lage, sie zu nutzen. Sie erhielten zudem als einzige Bevölkerungsgruppe neben den Deutschen das Recht zur Auswanderung. In einer Wirklichkeit, in der trotz aller demokratischen Neuerungen nach wie vor das Propusk-System, das heißt das System der kontrollierten Zuzugsregelung, also die begrenzte Freizügigkeit gilt, ist das ein bedeutendes Privileg.

Der Antisemitismus, so erklärt Jefgeni Proschtschetschin vom "antifaschistischen Zentrum" diese Tatsachen, sei bei ihnen nicht biologisch, sondern politisch. In der Tat: Jude ist in den Augen der "Braun-Roten" jeder und jede, der oder die sich gegen das "große Rußland", wahlweise die "große Sowjetunion", jedenfalls das russische Imperium stellt. In dieser Sichtweise verschwimmen die Bilder vom "Juden" und das des "Tschornie" zu einem allgemeineren Feindbild, das besser mit imperialem Chauvinismus, als nur mit Antisemitismus beschrieben ist.

Keime zukünftiger Ordnung...

Zweifellos ist Antisemitismus Bestandteil der heutigen bedrohlichen Tendenzen in der ehemaligen Sowjetunion. Aber um die Dynamik, das heißt die Möglichkeiten wie andererseits auch die Gefahren, richtig verstehen zu können, die aus den Veränderungen im Bereich der ehemaligen UdSSR erwachsen, muß man von der Gesamtentwicklung ausgehen. Sie ist gekennzeichnet durch die Überlagerung zweier Prozesse:

- das Scheitern des Staatssozialismus als Fortschrittsmodell der Menschheit,

- den Zerfall des russischen, bzw. staatssozialistischen Imperiums.

Im Westen wird dieser Prozeß - nach kurzer Siegeseuphorie - heute als Bedrohung verstanden, als Entwicklung, die man aufhalten müsse. Eine allgemeine Jugoslawisierung wird befürchtet. Zweifellos, diese Gefahr besteht und es gibt keinen Grund, sie herabzuspielen. Aber es gibt auch nichts aufzuhalten, es gibt etwas zu steuern. Es gilt, Geburtshilfe für die neue Lebensweise, für die neue Ordnung zu leisten, die sich in dem Zusammenbruch ankündigt.

Der Zerfall des sowjetischen Imperiums war historisch überfällig, unumgänglich. Eine Fortsetzung der klassischen russischen imperialen Politik, soziale Konflikte durch territoriale Ausdehnung zu lösen, war nicht mehr möglich: Ein Sechstel der Erde umfaßte die Sowjetunion selbst als territoriale Einheit, bevor sie sich in die GUS auflöste; die Hälfte des Globus hatte sie darüberhinaus in ihre Ordnung eingebunden. Die Grenzen der Expansion waren erreicht. Ein weiteres Aufblähen des Ballons konnte nur noch zu seiner Überdehnung und zum Platzen führen. Innere Entwicklung statt Expansion wurde zum Gebot der Stunde. Von unten allerdings konnte der Impuls dafür nicht mehr ausgehen: Der über drei Generationen entwickelte Kommandosozialismus hatte auch die letzten Reste persönlicher Initiative und Erneuerungsbereitschaft dieser Gesellschaft im Keim, das heißt nicht nur ökonomisch, sondern im Herzen jedes einzelnen Menschen erstickt.

So kann der Zerfall des staatssozialistischen Zentralismus jetzt eine Chance sein, indem er die Initiative der einzelnen Menschen, einzelner Gruppen und diversen euro-asiatischen Völker, generell die Kraft der Vielfalt befreit und damit einen ungeheuren Reichtum freisetzt. Weil es kein Zurück zum staatssozialistischen Modell gibt, andererseits aber auch neo-liberalistische Modelle aus dem Westen nicht einfach an dessen Stelle gesetzt werden können, eröffnet sich die Notwendigkeit, einen Weg zu suchen, der über die beiden Extreme des verstaatlichten Kollektivismus auf der einen Seite und eines hirn- und rücksichtslosen Neo-Liberalismus auf der anderen Seite zu selbstbestimmten und kooperativen Formen des kollektiven Lebens führt.

Was wir ausgehend vom Zerfall des ehemaligen sowjetischen Kolosses zur Zeit erleben, ist somit die konkrete Gestalt des Paradigmenwechsels, von dem im Westen schon so lange gesprochen wird. Die ersten Züge einer grundlegenden Umwälzung der Lebensorganisation auf unserem Planeten werden erkennbar. Hier muß zugepackt werden! Hier ist die Chance, von einem bloß technisch verstandenen zum moralischen Fortschritt überzugehen - wenn die alten Mächte und wenn das alte Bewußtsein es zulassen.

Wenn sie es zulassen - das bedeutet:

- wenn die zentralistischen Kräfte der alten Sowjetunion und Rußlands, salopp Moskaus, es zulassen,

- wenn das autoritäre, nicht erst seit sieben Jahrzehnten, sondern seit Jahrhunderten an Kommandos aus Moskau gewöhnte autoritäre Bewußtsein der russischen und der von ihnen kolonisierten euro- asiatischen Völker es zuläßt,

- wenn die West-Zentren Moskau nicht wieder als Ordnungsmacht aufzubauen versuchen, diesmal im Rahmen der NATO, um die euro-amerikanozentrische Weltordnung gegen den Osten und den Süden, wie überhaupt gegen jede multizentrale Neugestaltung des Globus zu halten.

Wenn die Kräfte des Zentralismus überwiegen, dann ist eine Jugoslawisierung des euro-asiatischen Raums, bzw. sind gewaltsame Stabilisierungsversuche unter dem Vorwand, einer drohenden Jugoslawisierung zuvorkommen zu müssen, in der Tat absehbar. Was dies bedeutet, muß ich nicht weiter ausführen.

... und Elemente

ihrer Zerstörung

Im Einzelnen sind heute folgende Elemente erkennbar, die zu einer solchen zerstörerischen Wendung der Krise zusammenfließen können:

Erstens: Widerstand gegen die De-Monopolisierung. Der Privatisierungskurs der Regierung hat bisher keineswegs zu einer Entmachtung der Staatsmonopole geführt, sondern im Gegenteil zu einer Entbindung von der früheren politischen Kontrolle, in weiten Teilen sogar einer Mafianisierung der Verbindungen, vor allem auch zwischen Produzenten und Konsumenten. Die Entstehung von konkurrierendem Privat- und Kleinkapital hat dagegen bisher fast keine Chance. Das bedeutet, daß die wenigen Neu-Unternehmer sich entweder Staatsmonopole zu verschaffen versuchen oder sich nolens volens sofort mit anderen zu neuen Monopolen zusammenschließen. Aus all dem folgt Druck gegen Initiativen von unten - seien es private Unternehmer, industrielle oder landwirtschaftliche Arbeiterschaft, die auf Selbstverwaltung drängt, sowie gegen die Bestrebungen nach ökonomischer Unabhängigkeit in der GUS. In den einzelnen russischen Republiken, Provinzen oder auch Städten setzt dieser Druck sich fort.

Die Alternative wäre eine kontrollierte Privatisierung, um zu einem kontrollierten Kapitalismus zu kommen. Dies aber wird von den internationalen Beratern der Jelzin-Regierung aus IWF und Weltbank-Institutionen als Rückfall in die Planwirtschaft abgelehnt.

Zweitens: Die korporative Grundstruktur des Landes. Die Gesellschaft im post-sowjetischen Raum ist in ihrer Grundstruktur nicht durch Verträge zwischen Individuen, sondern zwischen Kollektiven organisiert. Nach oben gilt das Prinzip der Gefolgschaft, nach unten das der patriarchalischen Fürsorge. Auch diese Struktur hat ihre Wurzeln nicht etwa nur in den siebzig Jahren sowjetischer Herrschaft, sondern in der langen Geschichte Rußlands. Die Bolschewiki haben das gewachsene Prinzip lediglich verstaatlicht.

Konkret bedeutet das: Die Angehörigen der einen Bauerngemeinde, später der einen Sowchose oder des einen Betriebskollektivs, tauschen ihre Interessen mit den Angehörigen anderer Kollektive nicht horizontal, nicht unmittelbar, nicht in direkter Verantwortung von Person zu Person, sondern über den Clan-Führer, über die Dorfältesten, über die Sowchosenleitung, das Bezirks-Zentrum, bildlich und in vielen Fällen sogar konkret gesprochen über Moskau aus.

Innerhalb des Kollektivs aber bilden Fürsorge von oben und Einordnung von unten ein gemeinsames Interesse, das sich stärker gegen das nächste Kollektiv als gegen eine herrschende Schicht oder herrschende Klasse und deren Staat abgrenzt. In seinem Wesen ist dies eine durch und durch volksgemeinschaftliche Grundstruktur, die paradoxerweise gerade durch die Propaganda vom sozialistischen Klassenstaat zur endgültigen Leugnung der Klassenunterschiede geführt wurde, indem die Parteiführer beispielsweise einfach zu "Parteiarbeitern" umdefiniert wurden. Wenn diese Struktur jetzt zerschlagen wird, ohne einen lebensfähigen Ersatz an ihrer Stelle aufbauen zu können, wenn das Ergebnis vielmehr Produktionsstillstand, Zusammenbruch der sozialen Infrastrukturen, Arbeitslosigkeit, moralische Verelendung für die Mehrheit der Menschen und drohende Hungerkatastrophen nach sich zieht, dann ist absehbar, daß sich Direktoren und Arbeiterschaft im Ruf nach einem diktatorischen Arbeitsregime zur Rettung des Vaterlandes verbinden. Ein Hitler hätte sich die Finger nach solchen Voraussetzungen geleckt. Er versuchte sie mit großem Einsatz und mit Gewalt künstlich zu schaffen.

Drittens: Die neo-imperiale Ideologie der russischen Eliten. Aus langer imperialer Geschichte heraus sind die russischen Eliten herrschaftsgewohnt. Und nicht nur das: Aus siebzigjähriger Geschichte der Sowjetunion sind sie zudem weltherrschaftsgewohnt. Ein Mann wie Alexander Prochanow zum Beispiel kennt keine Scheu zu erklären, er sei klassischer Imperialist. Aber natürlich trete er für ein Euro-Asien vieler Völker ein, in dem jedes Volk nach seiner Weise leben könne, wenn es nur die russische Oberherrschaft anerkenne. Russen sind für ihn das Herrschervolk. Sie seien "einfach kommunikativer" und damit basta.

Andere wie der in allen politischen Kreisen vielbeachtete Chef eines Moskauer "Entwicklungsbüros", Sergei Kurgenjan, der sich selbst der politischen Mitte zurechnet, sprechen dunkler davon, daß Rußland sich in einem "Korridor zwischen Asien und Europa" entwickeln, wieder zur "Brücke" zwischen Ost und West, zwischen den Kontinenten werden müsse. Gemeint ist dasselbe: Moskau soll seine alte Funktion als Zentrum Euro-Asiens wieder übernehmen. Was schließlich hat es zu bedeuten, wenn der Außenminister der jetzigen Regierung, unterstützt von Beschlüssen und politischen Äußerungen seines Präsidenten, bei der NATO den Raum der ehemaligen Sowjetunion als Einflußzone Rußlands und die Öffnung der Weltmärkte für russische Waffenlieferungen einklagt? Was hat man davon zu halten, wenn der russische Präsident den Kosaken im Sommer 1992 per Ukas das Recht zur Gründung von Wehr-Dörfern einräumt und sie jetzt zwei Tage vor dem Referendum zu einer besonderen Abteilung des Heeres ernennt? Immerhin haben die Kosaken sich die Erhaltung des Imperiums in den Grenzen von 1917 zum Ziel gesetzt!

Großrussischer Chauvinismus, das zeigen gerade die Äußerungen eines Extremisten wie Alexander Prochanow, ist kein einfacher Rassismus, genausowenig wie sein Antisemitismus einfach biologisch wäre. Es ist imperialer Missionarismus: Moskau als das "dritte Rom", das der irrenden lateinischen Welt die spirituelle Erlösung und der asiatischen die notwendige Ordnung bringt, das ist der Kerngedanke des Euro-Asiatismus, wie er in den Zeitschriften "Elemente", der Zeitung "Djen" und vielen anderen kleineren Organen heute in hoher Auflage Woche für Woche verbreitet wird.

Kehrseite des Missionarismus ist die Konstruktion einer internationalen Verschwörung, in der Kosmopoliten, Freimaurer, Juden, Kapitalisten und alle anderen Gegner der historischen Rolle Rußlands sich im Namen des

Bösen immer wieder zusammenfinden, um die Russen an ihrer Mission zu hindern. Rußland als Märtyrer der Geschichte - das deckt sich fatal mit den konkreten Erfahrungen der Menschen aus den letzten beiden Weltkriegen. Dies ist der Stoff, aus dem die neo-imperialen Mythen entstehen können.

Viertens: Das autoritär-anarchische Massenbewußtsein. Die russische Geschichte kennt keine Renaissance mit deren Rückbesinnung auf das Individuum, keine Reformation mit ihrem individuellen Arbeitsethos, keine Aufklärung mit ihrer rationalen Verantwortungsethik; sie kennt keine Spaltung von kirchlicher und weltlicher Macht, in der sich diese beiden Mächte zum Vorteil der Freiheit des Einzelnen gegenseitig begrenzten. Sie kennt keine entwickelten Lehensstrukturen, keine allmähliche Entwicklung städtischen Bürgertums innerhalb der feudalen Ordnung und keine bürgerliche Revolution.

Die russische Geschichte hat sich in der Einheit von Staat und Kirche, im Extrem zwischen despotischem Zentralismus und sich selbst überlassenen Tributkolonien entwickelt. Die Entstehung eines sozialen Mittelfeldes wurde in den Kämpfen des Zentrums zur Unterwerfung der Peripherien immer aufs Neue zerstört. Als Ergebnis steht ein extremer Zentralismus einem ebenso extremen Anarchismus im russischen politischen Leben ohne politische Vermittlung gegenüber.

Die Februarrevolution von 1917 zeigte, daß nach einer Phase rasanter nachholender Kapitalisierung am Ende des 19. Jahrhunderts keine ausreichenden Voraussetzungen für eine demokratische Gesellschaft nach westlichem Typ vorhanden waren. Die siebzig Jahre sowjetischer Kommando- Kollektivismus, die der bolschewistischen Revolution folgten, haben auch die wenigen Ansätze dazu vollkommen eliminiert.

Wenn jetzt auch noch die Räte in den Kollektiven liquidiert werden, ohne daß demokratische Strukturen - selbstbestimme Kollektive, Initiativen, Vereine, Parteien - an deren Stelle treten könnten, sind die Menschen der Manipulation von oben, auch noch dieses Restes von Schutz beraubt, total ausgesetzt.

Fünftens: Die imperiale Politik des Westens. Mit vierundzwanzig Milliarden Dollar honorierten IWF und Weltbank 1991 die Bereitschaft Boris Jelzins, den zögerlichen Michail Gorbatschow mit entschiedenen "marktwirtschaftlichen Reformen" abzulösen. Fünfzig Milliarden versprachen sie jetzt, um Boris Jelzin über die Klippe des Referendums zu bringen. Mit wachsender Krise, scheint es, wachsen auch die Kreditangebote. Aber nicht Hilfe zur Selbsthilfe, nicht produktive Unterstützung bei der Eingliederung in den Weltmarkt, sondern steigende Verschuldung, das heißt wachsende Abhängigkeit Moskaus vom Westen sowie der ehemaligen Teile der Union vom Moskauer Zentrum sind das Ergebnis dieser Politik.

Das ist kein Zufall: Nach wie vor sind die Kredite des IWF an die Bedingung gebunden, daß die alten Produktions-, Verteiler- und Sozialstrukturen zerschlagen werden. Ihre Forderung nach Aufrechterhaltung eines einheitlichen Rubelraums dagegen zielt auf die Erhaltung des alten Zentrums, statt mit technischer Ausrüstung, Personal und Know How eine kooperative Unterstützung beim Aufbau dezentraler Strukturen zu leisten.

Außerdem schotten sich die westlichen Staaten mit protektionistischen Maßnahmen gegen Importe aus den ehemals sozialistischen Ländern ab. Statt als gleichberechtigte Partner auf dem Weltmarkt angenommen zu werden, sehen sich die Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion in die Kategorie von Ländern der sog. Dritten Welt und die nicht- russischen nach wie vor unter die Vorherrschaft Moskaus gedrückt.

Niemand muß sich wundern, wenn die gegenwärtige West-Begeisterung unter solchen Umständen anti-westliche, insbesondere anti-amerikanische Stimmungen unter den Menschen der ehemaligen Sowjetunion hervorbringt, in denen sich die Enttäuschung der noch schneller als vor der Westöffnung verelendenden Mehrheit der Bevölkerung mit dem Machtanspruch der russischen Eliten zu der gefährlichen Illusion zu verbinden beginnen, die Krise doch noch einmal mit imperialer Politik lösen zu können.

In dieser Welle können die oben genannten Elemente, also der Widerstand gegen die De-Monopolisierung, die korporative Grundstruktur des Landes, die neo-imperiale Ideologie der Eliten und das autoritäre Massenbewußtseins zu einer mächtigen Bewegung zusammenfließen, die Zwang von oben und Gewaltbereitschaft von unten zu einem Regime zusammenführt, für das die Bezeichnung "faschistisch" nicht ausreichen würde. Vielmehr wäre dies eine Entwicklung, die das negative Erbe des Sozialismus und die negativen Seiten der kapitalistischen Welt, also die Trümmer autoritärer Strukturen auf der einen und die Brutalität des entfesselten Kapitals auf der anderen zu einer Realität verbindet, auf die nur der Begriff der

totalen Gesellschaft und des totalen Staates paßt - einfach schon deswegen, weil sie keine Alternative und keine Zukunft mehr zuläßt. Der Faschismus enthielt doch immerhin den Sozialismus noch als sein Gegenmodell, dem auch eine Realität entsprach - in seinem Herrschaftsbereich als Widerstand, im Weltmaßstab als Anti-Hitler-Koalition und schließlich in Gestalt der Sowjetunion selbst. Ein neo-imperiales Rußland unter dem Diktat des internationalen Kapitals dagegen wäre eine alternativlose Totalität.

Nicht minder gefährlich ist es, wenn sich angesichts der NATO-Einbindung Moskaus in den zentralasiatisch-sibirischen, in den kaukasischen und in den zentralrussischen Teilen der ehemaligen Union eine Front der nicht-russischen Völker gegen Moskau als Statthalter des westlichen Imperialismus bildet. Insofern kriegerische Verwicklungen an den südlichen und östlichen Rändern der ehemaligen Sowjetunion den neo-imperialen Kräften lediglich den Vorwand zum Eingreifen liefern, sie diese Vorwände möglicherweise selber anheizen, wäre dies nur ein Umweg in der oben beschriebenen Entwicklung.

Die eine wie die andere Variante aber hätte keine Zukunft. Die Zeit des russisch-sowjetischen Zentralismus ist endgültig vorbei. Seine gewaltsame Wiedererrichtung, gleich ob mit oder ohne Zutun der NATO, wäre nur Auftakt einer Eskalation, an deren Ende die alte zentralistische Ordnung zerstört, aber die Chance für den Aufbau einer neuen föderalen Ordnung vertan wäre. Diese Entwicklung wäre für uns alle tödlich.

Alternativen

Fragmentarisch wie diese Übersicht zur Lage müssen auch meine Anmerkungen zu der Frage bleiben, was man tun kann. Keinem Zweifel aber unterliegt: Der Begriff "Antifaschismus" als Bezeichnung der Alternative gegen die befürchtete Entwicklung greift ebenso zu kurz wie die Definition von "Faschismus" für die Entwicklungen selbst. Schon generell muß sich eine Alternative ja nicht nur aus dem Kampf gegen, sondern auch durch den Einsatz für etwas bestimmen. Aber unter den heute gegebenen Bedingungen geht es nicht nur darum, den "Anti"-Forderungen eine Zielsetzung voranzustellen. Die Situation der System-Transformation ist historisch ohne Parallele. Es gibt kein Rezept. Es gibt niemanden irgendwo auf der Welt, der von den Entwicklungen nicht betroffen wäre. Vieles kann nur auf dem Weg von "Versuch und Irrtum" gefunden werden. Die Geschichte hat sich als begrenzt planbar erwiesen. Es geht nicht darum, neue Modelle zu finden, es geht darum, den Zerfall des staatssozialistischen Fortschrittsmodells als Ausdruck des generellen Wandels zu begreifen, dem unsere heutige industrielle Welt unterliegt. Diese ungewöhnliche Situation verlangt eine ungewöhnliche, über das bisherige Maß hinausgehende Bereitschaft zum Dialog. Ein Dreischritt ist nötig: Dialog, Aufbau, Abwehr. Diese drei Schritte gehören zusammen. Keiner von ihnen kann ausgelassen werden, ihre Reihenfolge allerdings folgt klaren Prioritäten.

"Dialog statt Bürgerkrieg" lautet die Grundlinie. Nicht nur passive Toleranz, mehr noch: Anerkennung, ja aktive Förderung geistiger, staatlicher und ökonomischer Vielfalt ist nötig. Darüberhinaus geht es um die Erarbeitung von neuen Mechanismen der Konfliktregelung, wo sie durch die imperiale Geschichte zerstört oder durch staatssozialistische Gleichmacherei nicht entwickelt sind.

Mit dem Dialog unmittelbar verknüpft ist das Bemühen um die Entwicklung demokratischer Infrastrukturen und föderaler Beziehungen. Dies wird aber nicht durch bloße Liquidation der bisherigen Strukturen bewirkt, sondern indem nach Möglichkeiten gesucht wird, an ihnen anzuknüpfen.

Drei Ebenen sind zu unterscheiden. Das ist erstens die Schaffung einer differenzierten sozio-ökonomischen und personellen Basis: Statt die bisherigen Strukturen schematisch zu zerschlagen, muß nach alternativen Wegen der Privatisierung gesucht werden, die kollektive und private Bewirtschaftungsformen miteinander verbinden. In diesem Zusammenhang sind Konzepte wie die der Osteuropabank bemerkenswert, die dem Motto "Systemtransformation ist Systemtransplantation", nach dem IWF und Weltbank handeln, das der "Hilfe zur Selbsthilfe" und der Zentrums-Fixiertheit des IWF das Prinzip der dezentralen technischen Hilfe und Kooperation vor Ort entgegenstellen.

Zweitens die Schaffung demokratischer Organisationsstrukturen. Auch hier kann es nicht darum gehen, die bisherigen staatskollektivistischen Strukturen einfach zu zerschlagen, den bisherigen Staatskollektivismus durch unkontrollierte Privatisierung zu ersetzen. Es geht vielmehr darum, den Übergang von der Fremdbestimmung zur Selbstbestimmung, von staatlich kontrollierten zu selbstbestimmten Kollektiven zu ermöglichen - also die kollektivistische und korporativistische Tradition aufzunehmen, aber durch Initiative von unten und aus den Peripherien in Interessensverbände zu verwandeln. Dies sind Kooperativen, Vereine,

Parteien, Verbände, die sich auf gemeinsame Interessen von unten oder außen gründen. Erst durch eine solche auf den eigenen Interessen gegründete Rückeroberung des Kollektivs von unten kann eine tatsächliche demokratische Struktur entstehen.

Drittens die Entwicklung des föderativen Dialogs, insbesondere auch die Schaffung föderativer Mechanismen der Konfliktregelung zwischen den Teilen der ehemaligen Union, innerhalb der heutigen russischen Föderation und zwischen den ethnischen Mehr- und Minderheiten innerhalb dieser neuen Konstellationen.

Nur auf Grundlage des Dialogs und legitimiert vom aktiven Einsatz für alternative Entwicklungsmöglichkeiten macht der dritte Schritt, die Abwehr, einen Sinn, denn nur wenn Alternativen klar werden, wird auch klar, wer gegen sie auftritt und wogegen man sich zu wenden hat. Zuallererst gilt es, den Demagogen entgegenzutreten, die den Verlust der Geborgenheit, der für viele Menschen mit dem Zusammenbruch des Versorgungsstaats und dem Ende des von oben gehaltenen Kollektivismus verbunden ist, dafür nutzen, um die Menschen auf kurzschlüssigen Abwegen in Ersatzkollektive und Ersatzgeborgenheit zu treiben, wie es Nationalismus, Rassismus und Chauvinismus sind.

Desweiteren müssen provokative Standpunkte, Positionen, Machenschaften, die den Dialog und den Aufbau demokratischer und föderaler Strukturen hintertreiben, vor der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden. "Antifaschismus" bedeutet so genauer Kampf gegen Rassismus, gegen Chauvinismus, gegen neo- imperiale Positionen, gleich ob von Russen oder Nicht-Russen, von "Demokraten" oder von Patrioten vertreten, Kampf auch gegen fundamentalistische und missionaristische Ideologien, die die Menschen erneut unter Totalitäts-Vorstellungen sammeln wollen. Er bedeutet, den Staat in die Pflicht zu nehmen, neue Mechanismen der Konfliktregelung nicht nur aufzubauen, sondern auch zu nutzen. Erst am alleräußersten Ende dieser Kette steht, wenn gar nicht anders möglich, der Einsatz physischer Gewalt.

Für die Westler heißt dies alles, sich aktiv für einen Ost-West-Dialog einzusetzen, der den antikolonialen und anti-imperialen Grundimpuls der gegenwärtigen Entwicklung im ehemaligen sowjetischen Raum und die darin liegenden Chancen deutlich macht. Es heißt, sich dafür einzusetzen, daß westliche Regierungen nicht nur die Grenzen, sondern den Markt gegenüber den ehemaligen sozialistischen Ländern öffnen, statt sich weiter abzuschotten. Es heißt weiterhin, sich an der Entwicklung selbstorganisierter demokratischer Infrastrukturen vor Ort zu beteiligen. Vor allem anderen aber heißt es, sich aktiv gegen eine Politik westlicher Regierungen einzusetzen, die Rußland erneut zur Ordnungsmacht, diesmal von NATOs Gnaden und als Bollwerk der westlichen Zentren gegen den Süden und den Osten, aufzubauen versuchen.

Die Schaffung einer deutsch-russischen Zeitung, die sich in den Dienst des anti-imperialen und föderalen Dialogs stellt, sowie die Entwicklung eines Netzes für den Austausch, über das theoretische und praktische Hilfe zur Selbstorganisation und gegenseitige (Vortrags)-Rundreisen organisiert werden, wären die konkreten Ansätze, mit der Umsetzung dieser Perspektiven zu beginnen.

(Nachträgliche schriftliche Fassung eines Referats, gehalten bei der Veranstaltung: "Faschismus und Antisemitismus in der ehemaligen Sowjetunion" am 6.5. in Berlin)

25. Betrifft:"antifaschistische Wochenzeitung" in der ehemaligen UdSSR. Dritter Rundbrief (Dokumentation)

Rubrik: Antifaschistischer Kampf; Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak355/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:355:13

Dokumentation: Dritter Rundbrief

Betrifft: "antifaschistische Wochenzeitung" in der ehemaligen UdSSR

Hamburg, 9.5. 93

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,

Liebe Freundin, lieber Freund,

es ist soweit, daß ich mich mit neuen Informationen und erweiterter Perspektive in dieser Sache an Sie wenden kann.

Am 6.5. und am 8.5. haben die im zweiten Rundbrief angekündigte Veranstaltung und das Seminar zum Thema "Faschismus und Antisemitismus in Rußland", zu der ich Sie im letzten Rundbrief eingeladen hatte, in Berlin wie geplant unter reger Beteiligung der örtlichen Öffentlichkeit und in den Fragen engagierter Organisationen stattgefunden. An der Veranstaltung nahmen ca. 100 Personen teil, davon die Mehrheit aus dem Ostteil der Stadt. Am Seminar beteiligten sich gut vierzig Menschen, die meisten davon aus Berlin und Umgebung. Bei dem Seminar waren die meisten bis auf Ausnahmen als Vertreterin oder Vertreter einer Organisation oder Initiative anwesend. (...)

Von den Organisatoren wurde die Beteiligung als Erfolg gewertet. Ich schließe mich an, wenn ich auch anmerken möchte, daß aus dem großen Kreis derer, die mir ihr Interesse an der Initiative für eine "antifaschistische Zeitung" mitgeteilt und dafür seit Anfang des Jahres insgesamt 1800,- DM gespendet hatten, nur sehr wenige dabei waren. Ich führe das auf die Tatsache zurück, daß den meisten weder inhaltlich noch praktisch klar war, wie die Sache konkret angepackt werden sollte. Außerdem lag der Termin für Leute, die von außerhalb Berlins anreisen mußten, sehr schlecht.

Veranstalter waren (...) die "Liga für Menschenrechte, Sektion Berlin" zusammen mit dem "Bildungswerk für Demokratie und Umweltschutz" sowie dem "Deutsch-russischen Austausch."

Jefgeni Proschtschetschin vom "Antifaschistischen Komitee in Moskau" gab einen Abriß der "rot-braunen" Sammlungsbewegung, aktuell ergänzt durch Video-Aufnahmen von den Auseinandersetzungen zum 1. Mai. Sodann schilderte er die Entstehungsgeschichte des "Antifaschistischen Zentrums Moskau". Seine Darstellung konzentrierte sich erwartungsgemäß auf den antisemitischen Aspekt rechter Umtriebigkeiten. Zur Begründung der Bezeichnung "antifaschistisch" im Namen seines Komitees gab er an, das Komitee betrachte jede Form totalitärer Herrschaft als faschistisch, gleich unter welcher Fahne, und dagegen wolle man den Widerstand organisieren. Mit den Gruppen "Memorial", dem Schriftstellerverband "April", der Zeitung "Moskowskaja tribuna" und Einzelpersonen hat man sich zu diesem Ziel in einer "Antifaschistischen Front" verbunden. Viele der Mitglieder dieser "Front" seien auch Mitglied der "Bewegung demokratisches Rußland", also der Bewegung, aus der die jetzige Regierung hervorgegangen ist. Nach Boris Jelzins Antritt als Präsident wurde die vormalige oppositionelle Bewegung zur Unterstützerpartei für die Regierung. Die "Front" vertrete allerdings, wie Jefgeni Proschtschetschin erläuterte, eine Position der kritischen Unterstützung. So kritisiere man Boris Jelzin z.B., wenn er die antisemitischen oder rassistischen Umtriebe der Rechten öffentlich herunterspiele.

Während des Seminars wurde deutlich, daß die "Antifaschistische Front" von der Regierung nicht einen Pfennig Unterstützung bekommt. Das gilt übrigens genauso für die Gruppe in St. Petersburg, die dort die Broschüre "Barriere" herausgibt, wie auch für verschiedene Bürgerrechts- oder Antifaschismus-Initiativen in anderen Städten der russischen Föderation. Jelzin sei kein Demokrat, erklärte Jefgeni Proschtschetschin zur Begründung, sondern ein "Proto-Demokrat", also der Vorläufer eines Demokraten.

Vadim Radetzky, ebenfalls Mitglied des "Moskauer antifaschistischen Komitee", referierte auf dem Seminar über den Antisemitismus. Boris Pustinzew, Mit-Vorsitzender der St. Petersburger Gruppe "Memorial",

informierte über die Nachlässigkeit der russischen Behörden bei der Verfolgung nationalistischer und antisemitischer Hetze. Zudem reiche das gesetzliche Instrumentarium nicht aus. Er plädierte dafür, daß mit der Verabschiedung einer neuen Verfassung die strafrechtliche Verfolgung der verschiedenen Delikte der Volksverhetzung neu geregelt werden müsse.

Erwartungsgemäß stand in den Beiträgen der russischen Gäste der antisemitische wie auch der antikommunistische Aspekt stark im Vordergrund. In dem auf deutsch vorliegenden Aufruf zur Unterstützung von "Memorial"/St. Petersburg sowie auch im mündlichen Beitrag von Boris Pustinzew wurde jedoch bereits klar und deutlich die Notwendigkeit formuliert, dem Chauvinismus, dem Nationalismus und der Xenophobie, zusammengefaßt der neo-imperialen Reaktion, entgegenzutreten.

Mein Beitrag lag, wie im zweiten Rundbrief angekündigt, im Prinzip auf dieser Linie. Schneller und weitergehend als von mir erwartet ergab sich aber schon während der Veranstaltung, mehr noch während des Seminars Übereinstimmung in der Ansicht, daß der Aufruf zum Kampf gegen Antisemitismus als Basis für einen Widerstand gegen die in der post-sowjetischen Entwicklung drohenden Gefahren nicht ausreicht.

Man war sich erstens einig, daß der Antisemitismus zwar ein Element des deutschen Nationalsozialismus war, nicht aber des italienischen Faschismus. Zweitens besteht Übereinstimmung, daß das bloße Benennen als potentiell "faschistisch" die jetzige Entwicklung der Post-Sowjetunion nicht ausreichend beschreibt. Entsprechend vage bleibt, was "Antifaschismus" bedeutet, wenn man bedenkt, daß sich die "braun-rote"-Sammlungs-Bewegung in der post-Union als "antifaschistisch" definiert und Faschismus darüberhinaus heute - nicht nur in der ehemaligen Union - schlichtweg zu einem politischen Schimpfwort ohne klare Bedeutung verkommen ist.

Am Ende des Seminars stand der Konsens, daß die Gefahr in der russischen Föderation besser mit Begriffen wie "chauvinistisch", "xenophobisch", "nationalistisch", zusammenfassend: "neo-imperial" beschrieben wird, die kleinste gemeinsame Basis dagegen dementsprechend Anti-Chauvinismus, Anti-Rassismus und Widerstand gegen neo-imperiales Denken ist. Positiv gewendet - wenn man sich nicht nur aus dem "Anti" definieren möchte - geht es darum, sich für den Aufbau demokratischer Infrastrukturen, für kulturelle und ethnische Toleranz, für Völkervielfalt und Souveränität, für den föderativen Dialog einzusetzen, bzw. für die Unterstützung solcher Bestrebungen. Salopp formuliert lautet das Motto: "Dialog statt Bürgerkrieg".

Praktisch hat das zu der Übereinstimmung geführt, daß die Initiative zur Entwicklung und Unterstützung einer "antifaschistischen Zeitung" konzeptionell in diesem Sinne erweitert, ich neige dazu, zu sagen: präzisiert werden muß und soll. Beschlüsse zur praktischen Umsetzung der Initiative bildeten den Abschluß des Seminars.

Ergebnisse der Beratungen

1. Es wird ein Dialog um die konzeptionelle Erweiterung des bisherigen "antifaschistischen" Ansatzes der Zeitungs-Initiative entwickelt. Als Basis eines Minimalkonsenses gilt der Kampf gegen die neo-imperiale Reaktion, das heißt gegen Chauvinismus, Nationalismus und Rassismus; darin ist Antisemitismus und auch Antifaschismus mit eingeschlossen. Es gilt, für den Aufbau demokratischer Infrastruktur und den föderativen Dialog auf gleichberechtigter Basis, für politische, kulturelle und ethnische und religiöse Toleranz einzutreten. Der Dialog um diese konzeptionelle Erweiterung ist nach Ansicht aller Beteiligten des Seminars Voraussetzung aller weiteren gemeinsamen Schritte. Das erklärten die russischen Gäste nicht anders als die deutschen Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Seminars.

2. Es werden Schritte zur praktischen Präzisierung des Konzeptes unternommen. Auf dem Seminar selbst gliederte sich die bisherige Initiative für eine "antifaschistische Wochenzeitung" in drei voneinander trennbare Projekte, die zwar zusammenhängen, aber doch einzeln zu bearbeiten sind:

- Die Förderung und den weiteren Ausbau des in St. Petersburg erscheinenden Journals "Barriere" ("challenge"). Ausländische Unterstützer des Journals sind neben einheimischen wie der "jüdischen Gemeinschaft St. Petersburgs" die englische Zeitung "searchlight", sowie ein internationaler Fond "Kultur-Initiative". Die Schwierigkeiten dieses Journals werden sichtbar, wenn man bedenkt, daß innerhalb von anderthalb Jahren bisher zwei Ausgaben erschienen sind, die zudem noch einen recht unprofessionellen Charakter tragen und in ihrer Thematik eng auf die antisemitische Problematik beschränkt sind.

- Den Aufbau einer Wochenzeitung von Moskau aus. Potentieller Trägerkreis dafür sind die Organisationen und Mitglieder, die sich in der "Antifaschistischen Front" in Moskau zusammengetan haben. Dazu kommen Einzelpersonen aus dem Einzugsbereich "demokratisches Rußland" sowie anarchistischer und reformlinker Kreise. Die Initiative soll zudem im Dialog mit dem Herausgeberkreis der St. Petersburger "Barriere" und "antifaschistischen Komitees" und Bürgerrechtszirkeln in anderen Städten der russischen Föderation entwickelt werden.

- Die Schaffung einer Informations-Agentur zur Verbreitung antifaschistischer (West)-Literatur in Rußland.

Eine Vertreterin des "Fördervereins Memorial" warf die Frage auf, ob es nicht realistischer sei, den Ansatz der "Barriere" auszubauen, statt sich in neue Projekte zu stürzen. Diese Vorstellung gewann keine Zustimmung, weder bei den russischen Gästen noch bei den deutschen Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Seminars. Das Konzept eines Journals und das einer Wochenzeitung stünden nicht in Konkurrenz zueinander, erklärten die russischen Gäste übereinstimmend, könnten sich sogar eher gegenseitig ergänzen. Diese Ansicht wurde von der großen Mehrheit der deutschen Anwesenden geteilt, aus deren Reihen mit Blick auf den dritten Vorschlag zudem noch darauf hingewiesen wurde, daß es sowohl politisch als auch für die Gewinnung von materieller Unterstützung durchaus angebracht sei, verschiedene Projekte möglicherweise an verschiedenen Orten zu entwickeln, statt alles über einen Leisten zu ziehen. Die Diskussion darum hat aber mit Sicherheit erst begonnen, sowohl hier als auch in Rußland.

3. Die russischen Gäste erklärten sich bereit, zuhause sofort in Gespräche über Konkretisierung der Projekte einzusteigen. Das betrifft zunächst die konzeptionelle Erweiterung. Bis Mitte, spätestens Ende Juni des Jahres wollen sie dann konkrete Projektbeschreibungen zur Verfügung stellen, die als Grundlage für eine Förderungsbeschaffung, für die Entwicklung der konkreten Formen der Kooperation und der breiteren Unterstützungstätigkeit hier dienen können. Diese Papiere werden wir nach Eintreffen übersetzen und an diejenigen verschicken, die sich aktiv in die weitere Entwicklung des Projektes einklinken wollen. Auf Grundlage dieser Vorbereitung wird beim Treffen am 4./5.9. daran gearbeitet werden können, die einzelnen Teile des Projektes auch formal bis zur Unterstützungsreife durch entsprechende Stiftungen, Behörden und Fonds zu bringen. Hier sind selbstverständlich alle Interessierten gebeten, ihre eigenen Fäden zur Gewinnung von politischer und materieller Unterstützung zu ziehen, so daß das alles bei dem Arbeitstreffen zusammengetragen werden kann.

Verantwortung für die Durchführung dieser Beschlüsse haben übernommen: "Memorial/St. Petersburg", "Antifaschistisches Zentrum Moskau" (auch für die Organisationen "Memorial", "Moskowskaja Tribuna", Schriftstellerverband "April"), "Liga für Menschenrechte, Sektion Berlin", "Förderverein Memorial", "Deutsch-russischer Austausch/Berlin" und ich. (Ich werde mich bemühen, in Hamburg einen eigenen Initiativkreis zusammenzurufen).

Zur Unterstützung haben sich bereit erklärt: "Antirassistisch-interkulturelles Informationszentrum Berlin", "Stiftung Umverteilen", "Bildungswerk für Demokratie und Umweltschutz", Video- Gruppe "Neue linke Opposition in Moskau", "BI- Lebensqualität/München". Die übrigen Anwesenden des Seminars haben ihre Sympathie für die gefaßten Beschlüsse erklärt, allerdings ohne konkrete Arbeitszusagen zu machen.

Noch ein Wort zu den Finanzen: Auf Grund meiner ersten beiden Rundbriefe sind 1800.- DM Spenden auf meinem Konto eingegangen. Für bisher nicht steuerabzugsfähige Spenden ist das kein schlechtes Ergebnis. Ich habe davon für meine eigene Arbeit in Sachen dieser Initiative 770. - DM verbraucht. 1030.- DM habe ich jetzt Jewgeni Proschtschetschin für die Arbeit in Moskau übergeben. Nun werden neuen Kosten entstehen, es beginnt bereits mit diesem Rundbrief; weitere werden folgen. Ich bitte Sie/Euch also um weitere persönliche Spenden, falls möglich auch die Organisation von Sammlungen. (Mit der Schaffung eines Hamburger Initiativkreises hoffe ich dann auch bald eine steuerabzugsfähige Adresse anbieten zu können. Bis dahin bleibt es bei meiner persönlichen Kontonummer).

Anders als beim zweiten Rundbrief bitte ich diesmal um Rückmeldung derer, die sich in die Arbeit konkret einklinken wollen, damit das notwendige Material gezielt verschickt werden kann. (...)

Mit freundlichen Grüßen

Kai Ehlers

2000 Hamburg 1, Koppel 22

Tel: 040/246953, FAX: 040/24 34 23

Kto: 1230/455980, BLZ: 20050550

26. Der Pakt. Die Rechten und der Staat. (Buchbesprechung)

Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Rechtsradikale, Neonazis; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak355/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:355:20

Nein, in diesem Buch geht es nicht um das Verhältnis der Rechten zum Staat, sondern umgekehrt: Gegenstand der verschiedenen Kapitel, die sich unter äußerst verschiedenen Gesichtspunkten dem Gegenstand annähern, ist das Verhältnis des Staates und seiner Institutionen zu den Rechten oder noch genauer: in der Beschäftigung mit den Rechten zu sich selbst. Wie die Autoren, Charlotte Wiedemann, Bernd Siegler und Oliver Tolmein, in ihrem Vorwort schreiben, liegt dabei "das Schwergewicht ... nicht auf den Rechten selbst, sondern auf ihrer Wahrnehmung und Behandlung durch den Staat und die bürgerliche Öffentlichkeit - eine notwendige Erweiterung und Korrektur der sonst üblichen Sichtweise". Das Buch liefert keine geschlossene politische Theorie, wie der Titel vielleicht vermuten ließe, sondern die Autoren spüren in ihrem Buch Elemente eines "Paktes" auf "zwischen den Rechten und der bürgerlich-liberalen Mitte, nicht im Sinne eines bewußten, zweckgerichteten Zusammenwirkens, aber doch im Sinne eines unausgesprochenen, gegenseitigen Einverständnisses: nämlich in vielerlei Hinsicht mit den gleichen oder aber nachvollziehbaren Problemen konfrontiert zu sein - 'Asylantenflut', soziale Misere, Gefährdung der inneren Sicherheit". Den Elementen dieses Paktes wird dabei im wesentlichen unter drei Gesichtspunkten nachgespürt: dem des Apparates, d.h. Justiz und Polizei; dem der Parteien und dem der Medien.

Den größten Teil des Buches (etwa 100 Seiten) nimmt dabei Bernd Sieglers Kapitel über den Umgang staatlicher Ordnungshüter mit Rassismus und Neofaschismus ein. Der Leser wird darin mit einer Unmenge von Fakten, Urteilen, Freisprüchen, rechtfertigenden Argumentationsmustern konfrontiert, die in dieser Dichte kaum anderswo zu finden sind und die den Autor als einen profunden Kenner des Themas ausweisen. Leider, und das ist ein Manko an diesem Kapitel, werden überhaupt keine Quellen genannt. Nun könnte mensch ja argumentieren, dies sei bei einer solchen Zusammenstellung nicht nötig, das meiste habe ja schon in der taz gestanden (Bernd Siegler veröffentlicht dort regelmäßig). Leider aber enthält dieser Text eine ganze Reihe von Fehlern bzw. tendenziösen Aussagen, die den Gebrauchswert des Kapitels mindern.

So habe (S. 61) Werner Reisz seine Nazi-Karriere wie Kühnen bei der FAP begonnen; schlichter Nonsens, was Kühnen anbelangt.

So seien (S.75) angeblich mehr Gegendemonstranten in Rostock festgenommen worden als eigentliche Randalierer; begründet wird dies mit der polizeilichen Behauptung, man habe nach Auswertung von 272 Personendaten (von über 370 Festnahmen) in 27 Fällen Linksextremisten und 44 Personen mit Erkenntnissen im Bereich allgemeiner Delikte und Staatsschutzdelikte (aber nicht rechts) festgestellt, gegenüber nur zwei polizeilich bekannten Rechtsextremisten. Selbstverständlich kann der Polizei der Vorwurf gemacht werden, daß sie die nach Zeugenaussagen initiativ tätigen in Rostock anwesenden Nazis nicht gezielt festgenommen hat. Daß die 200 von der Polizei nicht zugeordneten Personen aber - so die implizite Behauptung in dem Buch - keine "eigentlichen Randalierer" gewesen seien, wird in dem Buch an anderer Stelle selbst widerlegt, wo das Strafmaß der bislang wegen Rostock vor Gericht gestandenen völlig zu Recht kritisiert wird.

Oder auf Seite 60: Da stellt der Bundesgerichtshof das Verfahren (immerhin Aberkennung von Grundrechten) gegen den nach Ägypten abgehauenen Altnazi Otto-Ernst Remer im Jahre 1960 ein, weil von ihm keine aktuelle Gefährdung mehr ausgehe; "weit gefehlt" - so der Kommentar, und suggeriert eine unmittelbare Fortsetzung nazistischer Agitation durch Remer. Wann Remer in die BRD zurückkehrte (wo er 1992, also 32 Jahre später, wegen Volksverhetzung verurteilt wurde) wird im Buch nicht dokumentiert. Auch bei der Nichtverurteilung des Nazis Gerhard Freys 1974 (Entzug des Grundrechts auf Pressefreiheit) wird nur die Tatsache erwähnt, daß die Bundesregierung kein weiteres Material mehr nachgereicht habe; verschwiegen wird aber, daß das BVG auch betonte, die Drohung der Aberkennung habe Freys rechtsradikale Hetze auf ein gerade noch erträgliches Maß abgemildert.

Mensch kann natürlich der Ansicht sein, das seien Banalitäten und täten der Grundaussage keinen Abbruch. Dies mag stimmen und in der Tat sind die wesentlichen Aussagen des Buches auch für den Rezensenten nachvollziehbar. Als antifaschistisches Arbeitsbuch im Sinne einer verläßlichen Quellensammlung taugt es

aber nur eingeschränkt. Dazu ist das Kapitel zu sehr mit der journalistischen heißen Nadel gestrickt. Und dennoch: Eine bessere Zusammenstellung von Fakten zu diesem Thema gibt es bisher noch nicht.

Im zweiten Teil des Buches ("Die Parteien und die Rechten") liefert dann Charlotte Wiedemann scharfsinnige Anmerkungen und Analysen zur inneren Ausrichtung der Bonner Parteien. Rechtsradikalismus. Parteienverdrossenheit, Antisemitismus, Nationalismus und Asyldebatte sind dabei in ihren Beiträgen wesentliche Hebel einer Rechtswendung des politischen Systems spätestens seit der Wiedervereinigung, die die Autorin zu folgender Einschätzung veranlaßt: "Staatliche Politik und Massenstimmung können sich gegenseitig hochschaukeln zur Lebensbedrohung für relevante Minderheiten hier lebender Menschen. Möglich ist dies, weil das Parteiensystem der Bundesrepublik über keinen demokratischen Kern verfügt, der das unheilvolle Wechselspiel von Volk und Elite hemmen könnte."

Im dritten Teil des Buches analysiert Oliver Tolmein die tendenziöse Berichterstattung in den Medien, die im wesentlichen dem offiziellen Tenor folgen: Die Asylantenflut, die Überforderung der deutschen Bevölkerung durch die Ausländer - all diese die Opfer zu Tätern stempelnden und "die Deutschen" zu den wahren Opfern erklärenden Stereotypen finden sich in den Medien wieder bzw. werden durch sie ja auch erst propagiert und eingeübt. Ob es lokale Zeitungen in Rostock oder Mannheim sind, oder überregionale Meinungsblätter wie Spiegel, Zeit oder FAZ bis hin zur taz, sie alle wirken "als PR-Agenturen des Zeit-(Un)geistes - und sie verstehen sich auch so. Angesichts einer zusehends rassistischer sich gebärdender Öffentlichkeit setzen sie kein entschiedenes Gegensignal, geschweige raffen sie sich auf, Gegen-Öffentlichkeit herzustellen."

Viel Hoffnung, daß an diesen Verhältnissen etwas noch zum besseren zu verändern sei, bleibt angesichts dieser Analysen nicht. Der antifaschistischen Politik, die in den ersten drei Kapiteln gar nicht reflektiert wurde, widmen sich im letzten Teile dann Calamity Jane und die abgestürzten Flugblattsammler (Name eines autonomen AutorInnenkollektivs aus Hamburg). Hier reduziert sich dann der diskutierte Teil des antifaschistischen Lagers auf die Autonomen, die ihrerseits eben auch von den "Entlastungs- und Verharmlosungsstrategien, die wir bei PDS, Grünen, Alternativen Listen, im linkssozialdemokratischen Lager und bei sozialistischen Gruppierungen und Fraktionierungen aller Art akribisch nachweisen" betroffen ist. Kritisch wird sich in diesem Text mit verschiedenen Tendenzen der autonomen Antifa-Politik beschäftigt, die von platter Übernahme der Dimitroffschen Thesen bis hin zu Appellen an den Mob reichen, sich doch gegen die Herrschenden zu richten (so geschehen auf einem Autonomenplakat - S. 219f). Doch außer dem Hinweis, daß Antifa-Politik immer Solidarisierung mit denen sein muß, die als Sündenböcke ins Visier genommen werden, bleibt auch in diesem Beitrag eher Ratlosigkeit zurück.

Insgesamt also ein Buch, das in seinem ersten Teil sehr anschauliches Material liefert, das in dieser Form - trotz mancher Kritik - für die letzten Jahre noch nicht zusammengestellt worden ist. Auch die weiteren Teile - wennauch mit Sicherheit nicht so umfassend wie der erste und vielfach erst Versatzstücke - liefern zumindest für die Diskussion und die eigene Sensibilisierung genügend Ansatzpunkte.

ES, Hamburg

Der Pakt - Die Rechten und der Staat von Bernd Siegler, Oliver Tolmein, Charlotte Wiedemann. Verlag Die Werkstatt. 256 Seiten, Paperback, Preis: 28,- DM. ISBN 3-923478-72-0.

27. Jugoslawien, zwei Jahre danach

Rubrik: Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak355/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:355:24

Mit den Unabhängigkeitserklärungen Sloweniens und Kroatiens Ende Juni 1991 trat der Zerfall Jugoslawiens in sein akutes Stadium ein. Der Versuch der Belgrader Zentralregierung, die "Separatisten" mit schneller militärischer Gewalt zu unterwerfen, konnte sich auf die stillschweigende Sympathie der meisten Großmächte stützen, die zuvor versucht hatten, mit massivem wirtschaftlichen Druck den Zusammenhalt Jugoslawiens zu erzwingen. Nur ein einheitliches Jugoslawien, so lautete das vielstimmig vorgetragene Hauptargument, könne weiterhin mit Krediten oder mit kulanter Behandlung seiner riesigen Schuldenlast rechnen. Angesichts des faktischen Bankrotts der jugoslawischen Finanzen und der totalen Abhängigkeit Belgrads von IWF, Weltbank und internationalen Großbanken war an der Schlagkraft dieses Arguments nicht zu zweifeln.

Eine konsequente Panzeraktion im Stil von Budapest 1956, Prag 1968, Warschau 1981 hätte wahrscheinlich trotzdem ein internationales Konzert diplomatischer Proteste hervorgerufen, wäre aber im Fall ihres Erfolgs nach kurzer Anstandsfrist als realpolitisch gerechtfertigt allgemein akzeptiert worden. Alles schien für genau diesen relativ unproblematischen (und unblutigen) Ablauf der Dinge zu sprechen, als die jugoslawische Bundesarmee zwei Tage nach den Unabhängigkeitserklärungen gegen Slowenien vorging, während sie sich in Kroatien noch zurückhielt. Eine Armee wie die jugoslawische, die in vergleichenden Analysen oft als eine der stärksten Europas eingeordnet worden war, hätte eigentlich dem "Unabhängigkeitsspuk" in wenigen Tagen ein Ende setzen können. So jedenfalls die vorherrschende Annahme. Nicht sehr schön, nicht sehr demokratisch - immerhin hatten sich kurz zuvor fast 90 Prozent der Slowenen in einem Referendum für die Unabhängigkeit ausgesprochen -, aber realpolitisch zweckmäßig, also richtig.

Die Armee-Intervention in Slowenien scheiterte innerhalb von zwei, höchstens drei Tagen. Die Niederlage der Bundesarmee war nicht wirklich militärischer Art, denn sicher wäre bei entsprechendem Einsatz sämtlicher Mittel und längerer Kriegsdauer der slowenische Widerstand zu überwinden gewesen. Die Armee scheiterte aber politisch, weil sie nicht in der Lage war, den Sieg über die "Separatisten" in der notwendigen Schnelligkeit und Unblutigkeit zu liefern, die im allgemeinen Bewußtsein eine respektable Polizei-Aktion von einem häßlichen Krieg unterscheidet. Die Kämpfe um Zollstationen, Straßenkreuzungen und Kasernen zogen sich unerwartet und ungehörig in die Länge. Damit war auch die Hoffnung dahin, mit einem raschen Erfolg in Slowenien die kroatische Regierung soweit unter Druck zu setzen und zu isolieren, daß sie schließlich "freiwillig" kapituliert hätte, ohne daß Belgrad genötigt gewesen wäre, in Kroatien die Bundestruppen im großen Umfang einsetzen zu müssen.

Was als überschaubare Polizei-Aktion mit scheinbarer Erfolgsgarantie begonnen hatte, eskalierte zu einem "Bürgerkrieg", der in der Nachkriegsgeschichte Europas absolut einmalig ist und über dessen Ende immer noch keine auch nur halbwegs gesicherten Prognosen möglich sind. Die Voraussage, daß mit dem absehbaren militärischen und administrativen Zusammenbruch der bosnischen Muslime der Krieg vielleicht schon in diesem Herbst zum Abschluß kommen könnte, scheint ebenso plausibel zu sein wie die Gegenthese, daß es im ehemaligen Jugoslawien noch mehrere Jahre lang einen Krieg "jeder gegen jeden" geben wird, der sich auf andere Staaten der Region auszuweiten droht.

Die Legende von der "vorschnellen Anerkennung"

In diesem Zusammenhang macht das immer noch zu vernehmende Argument, der Krieg in Jugoslawien sei durch die europäische, in erster Linie selbstverständlich die deutsche Außenpolitik, nämlich durch die "vorschnelle" Anerkennung Sloweniens und Kroatiens, ausgelöst oder wenigstens angeheizt worden, absolut keinen Sinn. Man sollte meinen, daß auf diesen Gedanken eigentlich nur Leute kommen können, die sich kaum mit der engeren Vorgeschichte der Auflösung Jugoslawiens beschäftigt haben, die mindestens bis zur Mitte der achtziger Jahre zurückreicht.

Die Anerkennung der beiden Republiken durch die EG-Staaten, wobei die BRD am Ende tatsächlich ein Stück weit die anderen unter Zugzwang setzte, erfolgte erst im Dezember 1991. Damals war seit Beginn der Kämpfe schon ein halbes Jahr vergangen. Die Serben in Kroatien hatten, von der Bundesarmee ausgerüstet und unterstützt, sämtliche Gebiete fest unter ihre Kontrolle gebracht, in denen sie die Bevölkerungsmehrheit waren. Die Konfliktparteien näherten sich zum Zeitpunkt der Anerkennung Kroatiens gerade einem von der UNO

überwachten Waffenstillstand, der kurz darauf wirklich zustande kam und seither im großen und ganzen stabil geblieben ist. Die damals von vielen Anerkennungsgegnern vorgetragene Befürchtung, die diplomatische Aufwertung Kroatiens werde die Kämpfe erneut anheizen, bewahrheitete sich insoweit nicht.

Mit dem Scheitern der beabsichtigten schnellen Armee-Intervention im Juni 1991 und der Eskalation zum allgemeinen Krieg war jeder diplomatischen Strategie, die sich ausschließlich auf den Erhalt des jugoslawischen Bundesstaats fixierte, die materielle Basis entzogen. Vor den Kämpfen in Slowenien war es vielleicht noch realpolitisch zu rechtfertigen, im Eingreifen der Armee einen zwar undemokratischen und problematischen Schritt, aber doch vergleichsweise das kleinstmögliche Übel zu sehen. Denn selbstverständlich waren die ökonomischen und sozialen Probleme Jugoslawiens durch eine Auflösung des Bundesstaats nicht zu lösen, sondern mußten sich eher noch vergrößern. Auch der Hinweis, daß aufgrund der komplizierten ethnischen Situation ein friedlicher, einvernehmlicher Zerfall Jugoslawiens in nationale Einzelstaaten praktisch unmöglich gewesen wäre, hatte seine Berechtigung.

Andererseits muß man sich nur einen Moment lang vorstellen, die Bundesarmee wäre Ende Juni/Anfang Juli 1991 in Slowenien erfolgreich gewesen. Wie wäre es danach weitergegangen? Hätten dann nicht Slowenien und Kroatien, wo es große demokratische Mehrheiten für die Unabhängigkeit gab, zumindest mehrere Jahre lang mit Mitteln des Kriegsrechts verwaltet werden müssen? Hatte nicht kurz zuvor der Zusammenbruch der osteuropäischen Gesellschaften die Perspektivlosigkeit und Kontraproduktivität der gewaltsamen, diktatorischen Krisenverwaltung und -verlängerung demonstriert?

Nach dem offensichtlichen Scheitern des Versuchs, die Situation mit einer schnellen militärischen Polizei-Aktion zu "bereinigen", hätte aber auch den engagiertesten Befürwortern der Einheit Jugoslawiens - und eigentlich gerade diesen! - klar sein müssen, daß die Fortsetzung des Kriegs auf gar keinen Fall das "kleinere Übel" sein konnte, sondern zwangsläufig alles nur noch sehr viel schlimmer machte. Im Bürgerkrieg zerbrach Jugoslawien nicht nur vollständig, sondern auch eine kooperative Koexistenz seiner Völker und Nachfolgestaaten wurde enorm erschwert, wenn nicht sogar auf mehrere Jahre nahezu unvorstellbar gemacht.

Welchen Sinn hätte es unter diesen Umständen noch haben können, Slowenien und Kroatien weiterhin die diplomatische Anerkennung zu verweigern? Sinnvoll konnte das nur sein im Rahmen einer außenpolitischen Strategie, die den Erhalt oder die Wiederherstellung des jugoslawischen Bundesstaats anstrebte und auch für durchsetzbar hielt. Das war zumindest nach der Eskalation des Kriegs in Kroatien im Sommer/Herbst 1991 illusorisch.

Niemand wird glaubwürdig erklären können, wieso die BRD in der Lage gewesen sein soll, sämtlichen EG- und NATO-Staaten, einschließlich sogar der USA, in der Anerkennungsfrage ihre eigene Politik zu "diktieren", wie gelegentlich immer noch zu lesen ist. So mächtig ist die BRD wohl in den Träumen deutschnationaler Politiker, aber nicht in Wirklichkeit.

Die Ursachen für das "plötzliche Einschwenken" der übrigen Regierungen auf "Genschers Linie" waren praktischer Art: Die Politik der Nicht-Anerkennung war im Herbst-Winter 1991 offensichtlich sinnlos und sogar kontraproduktiv geworden. Der Startvorteil der deutschen Großmachtpolitik bestand allerdings darin, daß sie sich auf diese Realität früher als andere eingestellt hatte. Dadurch schien sie zeitweise tatsächlich eine Führungsposition einzunehmen, während vor allem Frankreich und Großbritannien eine mehr trotzige als zweckmäßige Gegenposition bezogen, die schließlich rational nicht mehr zu erklären und realpolitisch einfach nicht zu halten war.

Das totale Versagen des "Krisenmanagements"

Erst im Frühjahr 1992 "erfaßte" der Krieg auch Bosnien-Hercegovina. Mit ungefähr 45 Prozent Muslimen, 31 Prozent Serben und 17 Prozent Kroaten war es die ethnisch heterogenste Republik Jugoslawiens. Zugleich war es auch, nach der nordserbischen Provinz Vojvodina, die Region des Staates, in der am meisten "jugoslawisch", statt völkisch-partikularistisch, gefühlt und gedacht wurde.

Im Konflikt zwischen Slowenien und Kroatien einerseits, Zentralstaat andererseits, hatte Bosnien-Hercegovina lange Zeit und noch bis in den Sommer 1991 hinein den Versuch der Erhaltung Jugoslawiens, auch um den Preis einer Druckausübung auf die "Separatisten", unterstützt. Für die muslimische Mehrheitsbevölkerung der Republik enthielt die drohende Auflösung des Bundesstaats ausschließlich Nachteile und Risiken, und nicht

die geringste positive Entwicklungschance. Ein Krieg zwischen Serben und Kroaten, einmal begonnen, mußte sich fast zwangsläufig auf Bosnien-Hercegovina ausdehnen und drohte dann, zur Aufteilung der Republik unter die beiden Konfliktseiten zu führen. Die nationalistische Idee eines eigenen Staates, für viele Völker im zusammengebrochenen Ostblock offensichtlich sehr attraktiv, konnte selbst irrationalen Fanatikern unter den bosnischen Muslimen keinesfalls kommen: Die Bezirke, wo sie tatsächlich zahlenmäßig die Mehrheit bildeten, waren schon vor dem Krieg zersplittert und nicht als einheitliches Territorium zusammenzufassen.

Es war daher natürlich, daß sich im Herbst 1991 in Bosnien-Hercegovina, vor allem in Sarajevo, die größte Antikriegsbewegung Jugoslawiens, vielleicht sogar die einzige mit Masseneinfluß, entwickelte. In vielen Äußerungen, auch von maßgeblichen Politikern der Republik, wurden die Gefahren beschworen, die sich bei einem "Übergreifen" des Kriegs ergeben würden: Zweifellos sei der Krieg in Kroatien schlimm, aber er würde bei weitem übertroffen werden, falls es in Bosnien-Hercegovina zum bewaffneten Konflikt zwischen den ethnischen und religiösen Gruppen kommen sollte. Ein solcher Krieg würden dann "von Haustür zu Haustür" und mit maßloser Verbitterung geführt werden, sagte man damals voraus. Alles das ist seit Frühjahr 1992 vollständig und in der schlimmsten Weise eingetroffen.

Die Großmächte hätten zumindest nach Beginn des serbisch-kroatischen Kriegs noch ein gutes halbes Jahr Zeit gehabt, um im Rahmen der UNO und der KSZE ein "Krisenmanagement" zu entwickeln und einer Ausdehnung des Bürgerkriegs auf Bosnien-Hercegovina größtmögliche Hindernisse in den Weg zu legen. Politische Verhandlungen zwischen den ethnischen Gruppen um die Neugestaltung der Republikstrukturen - heute nur ein zynischer Poker um Zeitgewinn und taktische Vorteile - hätten damals vielleicht noch eine Chance gehabt. Präventive Schritte, wie sie inzwischen mit Blick auf Makedonien und Kosovo praktiziert werden, um eine weitere Ausdehnung des Krieges nach Möglichkeit zu verhindern, wurden damals überhaupt nicht unternommen. Mehr noch, sie wurden international nicht einmal erwogen und diskutiert.

So hätte etwa die Stationierung einer UNO-Friedenstruppe oder vielleicht auch nur von internationalen Beobachtern in Bosnien-Hercegovina eventuell nützlich und erfolgreich sein können. Statt dessen wurden UNO-Truppen erst dorthin geschickt, als der Krieg bereits in vollem Gang war und außer der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Medikamenten kaum noch etwas Positives zu bewirken war.

In Bosnien-Hercegovina wiederholte sich in verschärfter Form und mit noch katastrophaleren Folgen das totale Versagen der Großmachtsdiplomatie im Fall der Lostrennung von Slowenien und Kroatien. Selten war ein sich entwickelnder Konflikt so sehr wie der jugoslawische schon seit mehreren Jahren absehbar, ohne daß die diplomatischen Möglichkeiten des frühzeitigen und präventiven vermittelnden Eingreifens, beispielsweise im Rahmen der KSZE, auch nur im geringsten genutzt worden wären. Die starke finanzielle Abhängigkeit Jugoslawiens wurde jahrelang einseitig dazu instrumentalisiert, den Erhalt des Einheitsstaats um jeden Preis erzwingen zu wollen, auch als die Entwicklung in Slowenien und Kroatien bereits eindeutig in eine andere Richtung wies. Es fehlte völlig die einfache Einsicht und Voraussicht, daß es tatsächlich noch etwas weit schlimmeres geben konnte als die Auflösung des jugoslawischen Bundesstaats: nämlich seinen totalen Zerfall und Ruin in einem allgemeinen Bürgerkrieg.

Wer den vollständigen Untergang Jugoslawiens, die totale Zerstörung dieses Experiments multinationalen Zusammenlebens herbeiführen wollte, konnte im Sommer 1991 Belgrad überhaupt keinen klügeren Ratschlag geben als den Einsatz des Militärs gegen Slowenien und Kroatien. Man muß sich nur einmal vorstellen, die sowjetische Armee hätte nach dem gleichen Muster versucht, den Zerfall der Sowjetunion durch Interventionen gegen die baltischen Republiken, gegen die Ukraine, gegen die Kaukasusvölker usw. aufzuhalten: Es gäbe dann heute wahrscheinlich nicht einmal mehr die kooperativen Zusammenhänge im Rahmen der GUS, sondern allgemeinen Bürgerkrieg und Militärdiktatur.

Der Muslim-Widerstand vor dem Zusammenbruch

Die größte Bevölkerungsgruppe von Bosnien-Hercegovina, die Muslime, sind die Hauptverlierer des jugoslawischen Kriegs. Schon im April/Mai 1992 ging der größte Teil der ostbosnischen Bezirke mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit an die serbischen Truppen verloren. Verbunden war deren Vormarsch mit einer einsetzenden Praxis der "ethnischen Säuberungen", d.h. der "Entmischung" der komplizierten ethnischen Situation der Republik durch Massenvertreibungen. Da traditionell die bosnischen Muslime vor allem Stadtbevölkerung gewesen waren, entstanden mehrere Kessel, die durch serbische Truppen eingekreist und

vom Nachschub abgeschnitten sind. Ihre Versorgung hängt von der UNO ab, die ihrerseits ganz auf den Willen der serbischen Kommandanten angewiesen ist.

Einige der seit Monaten belagerten Städte, wie Konjevic Polje, Srebrenica und Cerska in Nordostbosnien, wurden im März und April dieses Jahres von den Serben eingenommen. Die Bewohner, darunter viele 1992 schon einmal Vertriebene, flüchteten fast ausnahmslos. Die UNO-Friedenstruppe half bei der "Evakuierung", tatsächlich Vertreibung, und nahm die Entwaffnung der muslimischen Soldaten vor.

Als nächstes und anscheinend sehr bald ist die Kapitulation von Gorazde, wohl der letzten noch von den Muslimen gehaltenen Stadt in Ostbosnien, zu erwarten. Auch die Kessel um die Städte Tuzla (nördlich von Sarajevo) und Bihac (im äußersten Nordwesten Bosniens) werden immer enger gezogen. Sämtliche Versuche der bosnischen Regierung, Gegenoffensiven zu starten, Verbindungslinien zu eingeschlossenen Städten zu öffnen oder durch allgemeinen Druck auf die serbischen Truppen bestimmte gefährdete Fronten etwas zu entlasten, sind gescheitert.

Zur katastrophalen Situation der bosnischen Muslime trägt wesentlich bei, daß die kroatische Seite ein äußerst eigennütziger und fragwürdiger Bündnispartner ist. Praktisch beteiligt sie sich an der Aufteilung der Republik zwischen Serbien und Kroatien. Die beiden Bezirke der westlichen Hercegovina, mit Mostar als Hauptstadt, die im UNO-"Friedensplan" als kroatisch dominiert vorgesehen sind, sind seit längerem weitgehend der Herrschaft Sarajevos entzogen und statt dessen in vielerlei Hinsicht an Kroatien angeschlossen worden. So gilt dort beispielsweise die kroatische Währung statt der bosnischen; an die Stelle des Staatssymbols von Bosnien-Hercegovina hat man das weiß-rote Schachbrettmuster Kroatiens gesetzt; es gibt eigene Autokennzeichen, Personaldokumente usw.

Der kroatische Kommandostab in Bosnien-Hercegovina, HVO, hat bereits im Januar die muslimischen Milizen dieser Region ultimativ aufgefordert, sich seiner Befehlsgewalt, statt der von Sarajevo, zu unterstellen. Kämpfe zwischen Muslimen und Kroaten gibt es vor allem in Mostar (das vor dem Krieg eine muslimische Mehrheit hatte), sowie um Orte wie Gornij Vakuf, Vitez und Travnik. Die Mehrheit der Bevölkerung ist dort muslimisch, aber der UNO-"Friedensplan" ordnet sie den kroatisch dominierten Provinzen zu. Der HVO will diese Angliederung nun mit Gewalt vollziehen. In letzter Zeit haben auch Berichte über die massenhafte Vertreibung von Muslimen aus dieser Region zugenommen.

Die Regierung in Zagreb behauptet, ähnlich wie die serbische, auf die Politik und Praxis ihrer Landsleute in Bosnien-Hercegovina keinen maßgeblichen Einfluß zu haben. Präsident Tudjman selbst, vom deutschen Außenminister Kinkel herrisch zurechtgewiesen ("Bringen Sie das in Ordnung!"), stellt sich als oberster Vermittler zwischen den Muslimen und Kroaten dar, deren örtliche Führer sich leider allzu oft der Kontrolle und den Anweisungen Zagrebs entzögen. In Wirklichkeit hat gerade Tudjman schon lange und immer wieder mit deutlichen Äußerungen die Aufteilung Bosnien-Hercegovinas und den Anschluß bestimmter Gebiete an Kroatien ins Spiel gebracht.

Es kommt hinzu, daß die Muslime mit ihrem militärischen Nachschub praktisch vollständig auf Kroatien angewiesen sind. Selbst die Verteidigung Sarajevos würde wahrscheinlich schnell zusammenbrechen, wenn die Lieferungen aus Kroatien, die über die westliche Hercegovina laufen, ganz ausbleiben würden. Mit dem partiell von Zeit zu Zeit eingesetzten Mittel, "den Hahn zuzudrehen", also den Nachschub zu stoppen, hat Zagreb (und der HVO) ein perfektes Druckmittel in der Hand. Daß dieses Mittel so extrem wirkungsvoll ist, hängt engstens mit dem von der UNO verhängten Waffenboykott zusammen. Denn nur dieser macht die Muslime so vollständig vom wechselnden guten oder schlechten Willen der Kroaten abhängig.

Das jüngste Produkt der Großmachtdiplomatie trägt den Namen "Schutzzonen". Die USA, Rußland, Frankreich, Großbritannien sowie Spanien als fünftes Rad am Wagen haben es im Alleingang entwickelt - sehr zum Verdruß Bonns und einiger anderer Regierungen, die sich nun übergangen fühlen. Vorgeschlagen wird, für die Muslime sechs "Schutzzonen" einzurichten, die die letzten ihnen noch verbliebenen, voneinander abgeschnittenen Gebiete umfassen sollen.

Das Konzept sagt erstens absolut nichts über eine Friedensregelung mehr aus und fällt insofern sogar noch hinter den für die Muslime auch nicht sehr vorteilhaften Vance-Owen-Plan (den die Serben abgelehnt haben) weit zurück. Zweitens ist aus dem Vorschlag überhaupt nicht ersichtlich, wie sich die Befürworter die Errichtung und Sicherung der "Schutzzonen" eigentlich vorstellen. Wenn man einerseits die militärischen

Analysen kennt, die für einen UNO-Einsatz in Jugoslawien mindestens 100.000 Mann veranschlagten, und andererseits Spekulationen liest, daß für das "Schutzzonen"-Konzept 40.000 Mann, vielleicht aber auch nur 20.000, ausreichen sollen, ist der Irrealismus offensichtlich.

Vollends widersinnig ist, daß der UNO-Sicherheitsrat genau diese sechs Städte mit ihrer Umgebung schon Anfang Mai durch förmlichen Beschluß zu "Schutzzonen" erklärt hat, ohne daß sich selbstverständlich an ihrer Situation auch nur das geringste änderte. Wenn man der Meinung ist, daß eine internationale Intervention in Bosnien-Hercegovina mit Boden-Kampftruppen auf gar keinen Fall in Frage kommt - und darin sind sich die Urheber des "Schutzzonen"-Konzepts völlig einig -, dann kann eben auch von Schutz nicht die Rede sein.

Was man sich unter dem schönklingenden Wort in der Praxis bestenfalls vorzustellen hätte, zeigt das Beispiel von Srebrenica, wo UNO-Truppen die Evakuierung der Bewohner und die Entwaffnung der Muslim-Soldaten durchführten. Das "Schutzzonen"-Konzept bedeutet tatsächlich nichts anderes, als einen halbwegs geordneten Ablauf der militärischen und politischen Kapitulation der Muslime zu gewährleisten. Es mag sein, daß diese von dem Punkt, an dem sie von dem großzügigen Angebot der Großmächte Gebrauch machen müssen, wirklich nicht mehr weit entfernt sind.

Wie geht es weiter?

Mit dem wahrscheinlich bevorstehenden oder absehbaren Zusammenbruch des militärischen Widerstands der Muslime könnte es günstigstenfalls zu einem weitgehenden Abschluß des jugoslawischen Krieges kommen. Daß die noch bestehenden serbisch-kroatischen Differenzen, soweit es die künftige Aufteilung von Bosnien-Hercegovina angeht, nicht unüberwindlich sind, haben Politiker beider Seiten oft genug ausgesprochen oder angedeutet. Schon im Herbst 1991 gab es Spekulationen, daß sich Tudjman und Milosevic insgeheim über diese Frage verständigt hätten. Das mag vielleicht "zu gradlinig" gedacht gewesen sein und unterschätzte wohl die Schärfe des serbisch-kroatischen Konflikts, aber es war doch zumindest ganz in der Nähe der realen Möglichkeiten angesiedelt.

Serbien hat in Kroatien durch den Krieg von 1991 im wesentlichen sämtliche Ziele erreicht. Mit einer Ausnahme, falls dies denn überhaupt ein angestrebtes Ziel war: die Lostrennung Kroatiens und die Auflösung Jugoslawiens waren nicht mehr rückgängig zu machen.

Auf der anderen Seite hat Tudjman und seine Regierungspartei HDZ, die sämtliche Medien gleichgeschaltet haben, immer wieder beteuert, daß man sich mit der entstandenen Lage nicht abfinden werde, sondern daß man nicht ruhen werde, bis der gesamte "heilige Boden" Kroatiens wieder "befreit" ist. Wenn nicht mit Hilfe der Diplomatie und der UNO, dann eben aus eigener militärischer Kraft.

Das ist erwiesenermaßen militärisch unrealistisch. Kroatien könnte bei einer zweiten Runde des serbisch-kroatischen Kriegs nur erneut den kürzeren ziehen. Es ist außerdem vermutlich nicht ernstgemeint. Für diese These spricht der Umstand, daß der im Frühjahr 1992 geschlossene Waffenstillstand in Kroatien an allen Fronten fast ausnahmslos stabil ist. Die kroatische Offensive im Raum Zadar im Januar 1993 widerspricht dieser These nicht wirklich, sondern bestätigt sie eher. Zum einen war das kroatische Vorgehen räumlich und zeitlich eng begrenzt, vor allem auf ein konkretes Ziel gerichtet: die Wiedereröffnung der Nord-Süd-Verbindung und die Sicherung des Flughafens von Zadar sowie der Energieversorgung Dalmatiens durch den Peruca-Staudamm. Zweitens war die Reaktion der Regierung in Belgrad rein verbal und praktisch extrem zurückhaltend. Drittens endete der kroatische Vorstoß mit einem neuen Waffenstillstand, der seither zu halten scheint, sowie mit einem Rückzug auf die alten Linien und dem Nachrücken von UNO-Blauhelmen.

Ein Gegenargument gegen diese relativ positive Prognose könnte sein, daß die irrationalen Kräfte auf beiden Seiten stark sind und daß die wirtschaftliche Zerrüttung aller Kriegsparteien auch dazu führen könnte, daß noch einmal das Mittel der militärischen Ablenkung von sozialen Konflikten eingesetzt wird. Wahrscheinlich würde eine Beendigung des Krieges die herrschenden totalitären Kräfte in Kroatien wie in Serbien in ihrer Machterhaltung gefährden. Methoden der Herrschaft und Manipulation, die heute noch als kriegsbedingt hingenommen werden oder sich sogar auf Massenkonsens stützen können, würden sich nach einem Ende der Kämpfe nicht mehr legitimieren können. Insofern besteht ein gewisses Interesse der Machthaber und der militärischen Führung, den Krieg nicht einfach in einen Friedensschluß übergehen zu lassen, sondern ein kontrollierbares, also nicht sehr hohes, Niveau von militärischen Spannungen und kleineren Konfrontationen aufrechtzuerhalten.

Auf jeden Fall hat der Krieg zu einer nationalistischen Radikalisierung auf allen Seiten geführt, was sich in Serbien etwa darin zeigt, daß die dem Namen nach immer noch sozialistische Partei von Milosevic nur noch mit Hilfe der Abgeordneten der faschistoiden Radikalen Partei regieren kann. Eine makabre Bündniskonstellation, die ein denkbares russisches Szenario vorwegnimmt?

Ergebnis des Krieges ist auch der Niedergang staatlicher Strukturen, ein ungeheures Anwachsen der Kriminalität, und die Verfestigung regionaler und cliquenmäßiger Sonderinteressen. Alles das würde auch nach einem Ende des Krieges, sogar im Fall eines formalen Friedensschlußes, einer Rückkehr zur "Normalität" im Wege stehen. Gerade für die Sonderinteressen, die sich in vielen Fällen auf den Rückhalt eigener bewaffneter Verbände stützen können, wäre bei Fortfall der großen Konfliktlinie und des gemeinsamen Feindes sogar eine Verschärfung zu erwarten. So wäre es beispielsweise vermutlich schwierig, die vier räumlich voneinander getrennten serbischen Regionen in Kroatien mit ihren jeweiligen Machtclans unter einen Hut zu bringen. Gleiches gilt wohl für die Serben in Bosnien-Hercegovina. Erst recht würde es gelten für den Versuch, alle diese Regionen zusammenzuschließen oder sie gar in enger Form an das verkleinerte Jugoslawien anzuschließen.

Entsprechend kann man Konflikte auch für das Verhältnis zwischen Zagreb und den kroatischen Provinzen von Bosnien-Hercegovina erwarten. Selbst im eigentlichen Kroatien gibt es starke Regionalismen. Das zeigte sich, als bei den Regional- und Gemeindewahlen die autonomistische Partei auf der Halbinsel Istrien rund zwei Drittel der Stimmen gewann. Insgesamt ist die Regierungspartei HDZ an der ganzen dalmatinischen Küste mit nur einem Drittel der Stimmen auffallend schwach.

Kaum zu vermeiden wird in absehbarer Zeit eine Zuspitzung des Konflikts um die zu annähernd 90 Prozent von Albanern bewohnte serbische Provinz Kosovo sein. Auf der einen Seite gibt es allerdings ein klares Signal der Großmächte, in erster Linie und am wichtigsten der USA, daß eine Ausweitung des Krieges über den bisherigen Rahmen hinaus - gemeint sind das Kosovo und Makedonien - zu qualitativ anderen Reaktionen gegen Serbien bzw. Neu-Jugoslawien führen würden. Das scheint, gerade wegen der Differenzierung zur militärischen Zurückhaltung im bisherigen Konflikt, eine ernstgemeinte Drohung zu sein. Andererseits steht Milosevic unter starkem Druck seiner eigenen chauvinistischen Parolen gegen die Kosovo-Albaner, sowie der Radikalen Partei, die offen die Lösung des Problems durch Massenvertreibung proklamiert. Hinter dieser Drohung steht die reale Macht der Waffen, über die die serbische Minderheit im Kosovo reichlich verfügt. Eine Explosion der Verhältnisse ist also, unabhängig vom Willen und den Entscheidungen der Belgrader Regierung, durch chauvinistische Fanatiker provozierbar.

Alternativ zu Krieg und Vertreibung wäre die nationale Konfrontation im Kosovo nur durch eine Demokratisierung, das heißt durch eine weitgehende Wiederherstellung der Autonomie der Provinz, wie in der jugoslawischen Verfassung von 1974 vorgesehen und unter Milosevic abgeschafft, zu entschärfen. Das würde jedoch eine völlige Veränderung der politischen Verhältnisse, Stimmungen und Strukturen in Serbien voraussetzen, die nicht in Sicht ist.

Kt.

28. KP Griechenlands: Eins teilt sich in drei

Rubrik: Griechenland · CD-Datei: daten/aksuche/ak355/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:355:26

Drei Jahre nach der Aufspaltung der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE) in drei Strömungen setzt sich die Krise der Linken und in Erweiterung dessen, die der Oppositionsbewegungen fort. Dies und der Zusammenbruch des realen Sozialismus dürften die Hauptgründe dafür sein, daß sich fast 40 Prozent der organisierten Basis der Linken ins Privatleben zurückgezogen haben. Im folgenden ein kursorischer Überblick.

Die Erneuerer

Die der KKE entstammende Erneuererströmung (Ananeotiki), die mit den Eurokommunisten (früher einmal, zu Zeiten der Militärdiktatur von 1967 bis 1974: KKE-"Inland") und anderen reformistischen Gruppen nach dem Austritt der KKE im Sommer 1991 im Linksbündnis (Sinaspismos) zurückblieb, bildet ein Sammelsurium von verschiedenen Tendenzen. Ihre Differenzen lassen sich darauf reduzieren, wann und unter welchen Bedingungen sie in die Sozialistische Partei (PASOK) eintreten werden.

Die Erneuerer durchlaufen eine Krise; ein großer Teil ihrer Anhängerschaft hat resigniert und sich ins Privatleben zurückgezogen. Den bisherigen Höhepunkt markiert der Austritt von Androulakis, einer der wichtigsten Vertreter der Erneuerer, nach der Veröffentlichung seines Buches "Danach", in dem er dem Marxismus abschwört. Vor der Spaltung der KKE war er deren "Nr. 2" und eine der wichtigsten Persönlichkeiten der Erneuerer. Es ist zu erwarten, daß er bei den nächsten Wahlen für die PASOK kandidieren wird.

Trotz der enormen Unterstützung der Erneuerer durch die Massenmedien hat es Sinaspismos nicht geschafft, sich als Hauptkraft unter den Linken durchzusetzen, im Gegenteil, die Auflösungstendenzen werden immer stärker.

Die Kommunistische Partei (KKE)

Der innerhalb der KKE dominierende traditionalistische Flügel der Partei gibt sich, nachdem er sich der Erneuerer und der linken Opposition entledigt hat, "linker" als in der Zeit vor der Spaltung.

Auf der einen Seite versucht die KKE, sich propagandistisch von den übrigen Parteien abzusetzen, gleichzeitig gibt sie jedoch auf der anderen Seite dem politischen Establishment zu verstehen, daß sie eine verantwortungsvolle Opposition darstellt. Der Hintergrund für diese Doppelstrategie ist darin zu sehen, daß die KKE ein Sammelsurium von Positionen in sich vereinigt - von klassenkämpferischen, aktionsorientierten Kräften über solche, die die Neuformierung einer kommunistischen Internationalen, in der die KP Chinas, die KP Frankreichs u.a. vertreten sein sollen, anstreben bis zu den pragmatisch-bürokratischen Mentalitäten des Apparats.

Zweifelsohne gibt es an der Basis der kommunistischen Partei sowie in der mittleren Funktionsebene sehr viele radikale AktivistInnen. Mit ihrer Politik versucht die KKE, Kontinuität zu demonstrieren; trotz ihrer Spaltung hat sie es geschafft, die Loyalität eines großen Teils ihrer Basis aufrechtzuerhalten. Dabei steht außer Frage, daß sie den größten Teil ihrer Anhängerschaft lediglich aus Parteipatriotismus zusammenhalten kann.

Die KKE befindet sich jedoch in einer Verfassung, der ihre Krise reproduzieren muß: Die linke Propaganda der Partei weckt Erwartungen, die die Parteiführung und der Apparat nicht einzulösen gewillt sind. Kommende Spaltungen sind vorprogrammiert. Zudem gibt es immer noch Mitglieder, die politisch-ideologisch eher mit den Positionen der linken Opposition und solche, die eher mit denen der Erneuerer übereinstimmen.

Die "Neue Linke Strömung"

Die Neue Linke Strömung (Neo Aristero Reuma), die 1989 u.a. aus der Jugendorganisation der KKE hervorging (vgl. ak 315, 5.2.90), hat es nicht nur entgegen allen Prognosen geschafft, sich zu stabilisieren, sondern sie hat sich darüber hinaus zum Hauptpol der nicht-etablierten Linken entwickelt. Mit ihrer Politik und ihren politisch-ideologischen Positionen (z.B. eindeutige Ablehnung der Marktwirtschaft, Kritik des Stalinismus als konterrevolutionär, Ablehnung der EG mit - im Unterschied zur KKE - antikapitalistischer und internationalistischer Begründung) gelang es ihr, eine neue Anhängerschaft, insbesondere unter der Jugend zu gewinnen.

Ihr kurzfristiges strategisches Ziel ist es, eine linke radikale Strömung innerhalb der sozialen Bewegungen wie den Gewerkschaften und den Studenten zu schaffen. Langfristig soll dadurch ein politischer Block einer neuen unabhängigen Linken entstehen.

Ein großer Teil der AktivistInnen der Neuen Linken Strömung gehört einer Generation an, die nicht aus der KP-Tradition kommt, sondern sich in den sozialen Kämpfen der letzten drei Jahre politisiert hat.

Die Neue Linke Strömung hat es einerseits geschafft, sich als die "andere Linke" bei den Gewerkschaften und unter den Studenten darzustellen. Sie ist in einer Zeit der allgemeinen Desorientierung der Linken einigermaßen in der Lage, eine Strategie zu entwickeln und für die Theorie wichtige Beiträge zu liefern. Es existiert eine ihr nahestehende Wochenzeitung ("Prin") mit einer Auflage von ca. 8000 Exemplaren.

Andererseits ist sie von ihrem mittelfristigen Ziel, an die 3% der Bevölkerung für sich zu gewinnen und darüber hinaus zu einem großen Teil der Bevölkerung zu sprechen und Positionen zu verbreitern, weit entfernt. Sie hat es - abgesehen von den Bereichen, wo die Linke traditionell eine dominante Rolle spielte: so in der Jugend- und Studentenbewegung, in einigen Gewerkschaften und in den Intellektuellen-Kreisen - nicht geschafft, auf sich aufmerksam zu machen und wird in der übrigen Gesellschaft bestenfalls als eine weitere Gruppe der außerparlamentarischen Linken betrachtet.

Ergebnisse der Wahlen

zu den Studentenvertretungen

Ein Blick auf die Ergebnisse der Studentenwahlen im April ist insofern nicht uninteressant, da diese in Griechenland selbst allgemeine Beachtung finden und Thema in der Öffentlichkeit sind, da die Stimmung in der Studentenschaft als politische Trendaussage, insbesondere für die Tendenzen unter der Jugend gewertet wird. Danach hat die konservative Studentenorganisation (DAP), trotz der kontinuierlichen Verluste von 10 Prozent in den letzten drei Jahren, bewiesen, daß sie in der Studentenbewegung tief verwurzelt ist und mit ihr die Ideologie des Neo-Liberalismus. Sie erhielt immer noch 37 Prozent der Stimmen.

Eine weitere Tatsache ist, daß sich die Studentenbewegung der Sozialistischen Partei unter der Studentenschaft nach der Kapitulation und Marginalisierung der etablierten Linken als einzige parlamentarischen Alternative zu den Konservativen darstellt. Bei den Wahlen erhielt sie geringen Zuwachs und kamen auf 34% der Stimmen. Aber ihre Wählerschaft ist eine stumme Strömung ohne Leidenschaft und politischer Perspektive. Angesichts dessen, daß die ideologischen Positionen der Sozialdemokratie sich immer mehr dem Neo-Liberalismus annähern, ist es die Motivation des "kleineren Übels", die diese Leute zur Sozialistischen Partei treibt.

Die diesjährigen Studentenwahlen im April zeigten, daß die etablierte Linke ihre endgültige Scheidung von der Jugendbewegung vollzogen hat, insbesondere von deren radikalem Teil. Die KKE-Liste, einzige Repräsentantin der etablierten Linken in der Studentenschaft, kam bei den Wahlen nur auf 3 Prozent.

Die radikale Linke um die Neue Linke Strömung, die als "Unabhängig kämpfende linke Bewegung" kandidierte, hat zum dritten Mal nach der Spaltung 89/90 bewiesen, daß sie die dominante Kraft der Linken in der Studentenbewegung ist; sie erhielt 11 Prozent der Stimmen. Sie stellt den Gegenpol zu den anderen politischen Parteien in der Studentenbewegung dar. Dieser Pol zeichnet sich dadurch aus, daß seine Anhänger in wesentlich größerem Grad politisiert sind und daß sie gesamtgesellschaftliche Ambitionen haben. Wesentliches Merkmal dieser Bewegung ist ihr Stigma des Umsturzes und ihre völlige Ablehnung des Machbaren, der Realpolitik.

Wenngleich sich die griechische Gesellschaft heute in einer anderen Situation befindet, gibt es Parallelen zur Situation Anfang der 70er Jahre: Während der Militärdiktatur war es eine Minderheit von Studenten und Jugendlichen, die die Gesellschaft aus der allgemeinen Lethargie und Resignation herausriß und nicht nur den Kampf gegen die Diktatur forcierte, sondern darüber hinaus eine Volksbewegung inspirierte, die über zwei Jahrzehnte das bürgerliche System in Griechenland in Atem hielt. Inwiefern die neue Radikalisierung der Jugend und Studenten, die noch in den Kinderschuhen steckt, eine ähnliche Funktion spielen kann, wird sich zeigen. Tatsache ist, daß die linken Parteien, die in den 70er und 80er Jahren die Radikalisierung kanalisiert und in die Gesellschaft integriert haben, heute kaum noch Einfluß haben.

W./Westberlin

29. Israel/Palästina. Abriegelung und wirtschaftliche Folgen

Von Adel Samara

Autor: Adel Samara · Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak355/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:355:35

Wiederum und bestimmt nicht zum letzten Mal hat die Besatzungsmacht die besetzten Gebiete abgeriegelt. Die jüngste Abriegelung hat nicht nur Auswirkungen auf die Sicherheit, sondern ebenso auf Wirtschaft und Politik. Wir werden uns auf die wirtschaftlichen Aspekte konzentrieren.

Mit der Proklamation der Abriegelung war die Westbank in drei Teile zerschnitten: das Zentrum (Jerusalem), den Süden (Bethlehem und Hebron) und den Norden (Ramallah, Nablus, Jenin und Tulkarem). Mit dieser Abriegelung wird so nicht nur das Betreten des Bereichs innerhalb der "Grünen Linie" (1) verboten, sondern sie bedeutet auch eine Aufteilung der West Bank in Kantone - wobei Gaza schon von jeher, seit 1948, ein Kanton war. Darüber hinaus hat der israelische Polizeiminister angekündigt, daß es palästinensischen Fahrzeugen auch nach Aufhebung der Abriegelung nicht erlaubt sein wird, nach Israel zu fahren. Bei fortgesetzten Gewaltakten wird es privaten palästinensischen Fahrzeugen auch verboten sein, sich innerhalb der besetzten Gebiete zu bewegen, wodurch die Menschen massenhaft gezwungen sind, öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen. Sozusagen nach dem Motto: "Bevor man tanzt, muß man sich aufwärmen." Das bedeutet, daß die Abriegelung lediglich der Anfang ist und das schlimmste noch kommt.

So lange die israelische Armee die besetzten Gebiete kontrolliert, ist Israel verpflichtet, für die Sicherheit und den Lebensunterhalt der dort unter der Besetzung lebenden zwei Millionen Palästinenser Sorge zu tragen. Dennoch sollte jeder, der der Meinung ist, Israel tue uns einen Gefallen, wenn es uns die Mittel zur Bestreitung des Lebensunterhalts stellt, dies überdenken.

Vor der Besetzung waren die palästinensischen Arbeitskräfte größtenteils innerhalb der besetzten Gebiete beschäftigt; einige, die dort keine Arbeit finden konnten, wurden von der jordanischen Regierung eingestellt und andere in anderen Teilen der arabischen Welt.

Abhängigkeit

Während der ganzen Besetzungsjahre war das Regime vorrangig bestrebt, die Wirtschaft der Gebiete zu unterwerfen und zu einem Schwanz zu machen, der mit der israelischen Wirtschaft wedelt. Dies wird an den folgenden Umständen deutlich:

- Beschäftigung von mehr als 110.000 Arbeitern aus den besetzten Gebieten in Israel;

- Abhängigkeit palästinensischer Unternehmer von Rohstoffen, die aus Israel stammen oder über Israel eingeführt werden;

- Abhängigkeit der besetzten Gebiete von israelischen Produkten oder Produkten, die über Israel eingeführt werden;

- Verknüpfung des Import/Export-Geschäfts der besetzten Gebiete mit Israel aus angeblichen Sicherheitserwägungen;

- sogar der Tourismus in den besetzten Gebieten wird durch Israel geleitet.

Parallel dazu wurde eine "relative" Abhängigkeit von Israel in den besetzten Gebieten in folgenden Bereichen geschaffen:

- im Baugewerbe, wo ein großer Prozentsatz palästinensischer Arbeiter tätig ist;

- in der Landwirtschaft, wo wiederum ein großer Anteil der Arbeiter im Obst-, Gemüse- und Blumenanbau Palästinenser sind;

- die Abhängigkeit von Zehntausenden von Soldaten, Offizieren und Shabak-Angestellten (2) von ihrem Dienst in den besetzten Gebieten - gäbe es die Besetzung nicht, wären sie arbeitslos;

- die Abhängigkeit einiger israelischer Unternehmer vom Markt in den besetzten Gebieten. Zum Beispiel stellen rund 75.000 israelische Arbeiter Waren her, die zum Verkauf in den besetzten Gebieten bestimmt sind;

- die Abhängigkeit einiger israelischer Importeure vom Import von Rohstoffen und Maschinen für die besetzten Gebiete.

Uns stehen daher wirtschaftliche Einbußen bevor, die zwar in allererster Linie die Palästinenser, aber auch einen Großteil der Israelis empfindlich treffen werden. Was die Palästinenser anbelangt, kann man schon jetzt das Ergebnis in jedem Haushalt sehen. Der durchschnittliche Tageslohn eines in Israel arbeitenden Palästinensers liegt bei rund 50 NIS (3) (ca. 20 Dollar), woraus sich leicht ein Gesamtverlust von gut zwei Millionen Dollar täglich errechnen läßt. Dies bedeutet jedoch nicht nur einen Einkommensverlust für über 100.000 Familien - rund 30% der Gesamtbevölkerung der besetzten Gebiete - sondern es macht ihnen darüber hinaus noch unmöglich, dieses Einkommen auf dem örtlichen Markt auszugeben, was zu einem plötzlichen und scharfen Rückgang der Nachfrage führt. Kann der Produzent seine Waren nicht verkaufen, kann er die Löhne seiner Arbeiter nicht bezahlen - wobei beide in den besetzten Gebieten leben und arbeiten.

Unter solchen Bedingungen kann und will der Produzent keine weiteren Rohstoffe kaufen, weil er die daraus hergestellten Waren nicht verkaufen kann. Selbst wenn einige wenige Unternehmer versuchen, weiter zu produzieren, reicht der Vorrat an Rohstoffen nur für die recht kurze Zeit von schätzungsweise ein paar Tagen. Ist dieser Vorrat erschöpft, kann er, selbst wenn er es möchte, aufgrund der Abriegelung keinen Nachschub mehr erhalten.

Der Mangel oder das Versiegen finanzieller Liquidität als Ergebnis des Beschäftigungsverbots palästinensischer Arbeiter innerhalb der "Grünen Linie" und der nach kurzer Zeit daraus resultierende Einkommensrückgang der Arbeiter in den besetzten Gebieten - und die Unmöglichkeit, palästinensische Produkte auf dem israelischen Markt zu verkaufen - wird im wesentlichen zu einer Zerstörung des Agrarsektors führen (unter normalen Bedingungen werden täglich Eier, Hühner, Fleisch und Zwiebeln im Werte von 950.000 Dollar nach Israel zum Verkauf eingeschmuggelt).

Der lokale Verbrauch wird ebenso sinken. Ein Teil der Produkte geht verloren, weil er verdorben ist, und was verkauft wird, kann die Kosten nicht decken. Das wiederum erhöht die Schuldenlast der Landwirte im folgenden Jahr, was dazu führen kann, daß diese ihr Land nicht mehr bestellen können, wodurch es der Beschlagnahme für israelische Siedlungen ausgesetzt ist. (4)

Wenn nun Eier, Fleisch und Milch nicht mehr verkauft werden können und demzufolge die kleinen Agrarbetriebe zusammenbrechen, weil sie es sich nicht mehr leisten können, Tierfutter zu kaufen, werden manche ihren Betrieb verlassen und ihren Bankrott erklären.

Wirtschaftskrise

Es muß darauf hingewiesen werden, daß die Abriegelung mit einer wirtschaftlichen Krise zusammentrifft, die schon seit einiger Zeit in den besetzten Gebieten herrscht, wovon die Universitäten und andere höhere Lehranstalten, Zeitungsredaktionen und Medien, kulturelle Einrichtungen und sogar der islamische Waqf (5), der seinen Angestellten in den vergangenen Monaten kein Gehalt gezahlt hat, betroffen sind. Daraus ergab sich eine Schrumpfung des örtlichen Markts, so daß die jüngste Maßnahme Israels - die Abriegelung - die bereits bestehende Krise nur noch verstärkt hat.

Als Teil des Besatzungskriegs gegen die Intifada kam es 1988 zu einem Schlag gegen den jordanischen Dinar (6), indem der Fluß des Schekels in die besetzten Gebiete eingedämmt wurde; das führte zu einer Wertsteigerung des Schekels und einer fünfzigprozentigen Abwertung des Dinars. Aufgrund des jetzigen Arbeitsverbots für Arbeiter in Israel und der wirtschaftlichen Paralyse besteht die große Gefahr, daß der Wechselkurs des Dinar erneut - nach seinem kürzlichen Anstieg von 2,5 NIS auf 4,0 NIS - fallen wird. In diesem Fall und bei andauernder Abriegelung werden viele Palästinenser ihre Dinarersparnisse verlieren. Dazu kommen noch diejenigen, die in Dinar bezahlt werden und somit vor einem noch größeren Problem stehen.

Wenn israelische Arbeitgeber - besonders die im Bau- und Agrarsektor - die Abriegelung scharf verurteilen, dann deshalb, weil palästinensische Arbeiter zum Billiglohn arbeiten. Aus diesem Grund und dem mangelnden

Sachverständnis israelischer Arbeiter (7) können diese nicht die Lücke füllen, die die Palästinenser hinterlassen.

Sicherlich wird dadurch ein gewisser Druck auf die israelischen Behörden ausgeübt, aber wir sollten uns nicht allzu sehr darauf verlassen. Uns reicht das Wissen, daß die Unternehmer in den traditionellen (nicht High-tech-)Industrien und in der Landwirtschaft größtenteils orientalische Juden sind und nicht aus dem fortschrittlichen kapitalistischen Sektor kommen. Um es genauer zu formulieren, besteht die herrschende Klasse in Israel aus aschkenasischen (8) Kapitalisten, die einerseits die israelischen Fabriken besitzen und andererseits durch transnationale Gesellschaften mit der internationalen kapitalistischen Finanzstruktur verbunden sind. Somit ist es der israelischen Regierung möglich, Druck auf traditionelle (d.h. kleine, im Besitz von Orientalen befindliche) kapitalistische Unternehmen wegen angeblicher Sicherheitserwägungen auszuüben. Hinzu kommt, daß einige der Neueinwanderer die Arbeiten übernehmen, die körperlichen Einsatz verlangen und wo Palästinenser arbeiten. Die hebräische Presse gab jüngst bekannt, daß rund 16% der Neueinwanderer im Baugewerbe untergekommen seien.

Sind die Verbindungen wirklich gekappt?

Einige behaupten, die Abriegelung der besetzten Gebiete sei eine Vorform der wirtschaftlichen Unabhängigkeit, was jedoch nicht zutrifft. Es gibt einen riesigen Unterschied zwischen dem Versuch, in den Anfängen der Intifada die Beziehungen zwischen den besetzten Gebieten und Israel abzubrechen - durch die palästinensischen Massen, die kühn den Entschluß ausführten, israelische Produkte zu boykottieren - und einem Abriegelungsbefehl von oben als eine Art von Bestrafung. Darüber hinaus ist wirtschaftliche Unabhängigkeit ohne politische Unabhängigkeit und ein Ende der Besetzung unmöglich.

Um darauf zurückzukommen, was zu Beginn des Artikels geäußert wurde: Die Besatzungsmacht ist verantwortlich für den Lebensunterhalt und die Sicherheit der Palästinenser. Aus diesem Grund muß Israel im Falle einer Abriegelung die Grenzen nach Jordanien öffnen, um so die Exporte in den arabischen Osten zu vereinfachen. So muß die Forderung der arabischen Delegation bei der UNO lauten.

Insbesondere die jüngste Entwicklung hat gezeigt, daß die Israeli, die von der Besetzung und der Ausbeutung der besetzten Gebiete und der palästinensischen Arbeiter bis zur Intifada profitierten, nunmehr erkennen, daß die Palästinenser nicht so ungebildetet sind, wie ihre (die israelischen - Anm. ak) Theoretiker glaubten. Ihnen ist bewußt geworden, daß arabische und palästinensische nationalistische politische Ziele im Zentrum der Bestrebungen der Menschen stehen, woraus zumindest zweieinhalb Wahrheiten folgen. Erstens wird eine Hebung des Lebensstandards das palästinensische Volk nicht dazu verleiten, unter der Besetzung zu bleiben; daher werden die Behörden versuchen, es bis zur Unterwerfung auszuhungern. Zweitens ist Koexistenz zwischen Unterdrückern und Unterdrückten unmöglich geworden. Mit der halben Wahrheit meine ich, daß Israel zu dem Schluß gekommen ist, daß Transfer eine schwierige Angelegenheit ist, aber diese Lösung noch nicht völlig aufgegeben hat.

Anmerkungen der Redaktion:

1) Israel in den Grenzen von Anfang Juni 1967 (vor dem sog. Sechs-Tage-Krieg)

2) israelischer Staatsschutz

3) Neue Israelische Schekel, Kurzform: Schekel

4) Eine der israelischen Methoden der Aneignung palästinensischen Landes besteht darin, vorgeblich oder tatsächlich (gegenwärtig) nicht genutztes Land zum "aufgegebenen Eigentum" zu erklären und zu enteignen.

5) Religiöse Stiftung bzw. deren Verwaltung, die das Einkommen aus den Stiftungen u.a. für religiöse, erzieherische oder soziale Zwecke einsetzt.

6) Neben israelischem Schekel (und US-Dollar) ist der jordanische Dinar noch aus der Zeit, als die Westbank Teil Jordaniens war, Zahlungsmittel in diesem Teil der besetzten Gebiete.

7) Israeli verweigern in aller Regel die körperlich harte und schlecht bezahlte Arbeit auf dem Bau und in der Landwirtschaft, zudem verfügen palästinensische Landarbeiter gemeinhin über die größere Belastbarkeit und Erfahrung beim Obst- und Blumenanbau.

8) Als "Aschkenas" wurde in der hebräischen Literatur des Mittelalters Deutschland bezeichnet. Heute werden darunter in Israel Juden europäischer und amerikanischer Herkunft verstanden. Die orientalischen Juden (meist falsch als "Sefardim" bezeichnet) stellen die Mehrheit der israelischen Juden.

Mit der Verbannung von über 400 Palästinensern, die als Aktivisten von Hamas und Dschihad bezeichnet wurden, sollte im Dezember vergangenen Jahres nach Darstellung der israelischen Regierung "der Terror beendet" und - rechtfertigten sich aberwitzig die "Tauben" im Regierungslager - die Position der PLO in den besetzten Gebieten verbessert werden. (S. ak 350, 351 u. 353) Voraussehbar trat das Gegenteil ein: Nachdem die Starrköpfigkeit der israelischen Seite in den sog. Friedensverhandlungen die Verhandlungslinie der PLO fortwährend diskreditiert und damit gleichzeitig die Islamisten gestärkt hatte, gewann Hamas durch die Verbannungen noch erheblich an Einfluß und Ansehen. Überdies wurden nun, ebenfalls vorhersehbar und selbst von Islamisten vorausgesagt, "die jungen Leute", ihrer geistigen und politischen Führer beraubt, unkontrollierbar. Der "Terror" hat nicht etwa abgenommen, zu keinem Zeitpunkt der Intifada sind soviele - und oft tödlich verlaufende - Angriffe auf israelische Soldaten und Zivilisten wie seit der Verbannung verübt worden.

Die israelische Regierung hat daraufhin - ein gleichsam offenes Eingeständnis, mit der Verbannung einen fatal falschen Schritt getan zu haben - Ende März Westbank und Gazastreifen total von Israel abgeriegelt und diese Maßnahme seit bisher zwei Monaten fast völlig aufrechterhalten. Der "Terror" wird zwar nun von Israel ferngehalten, gleichviel hat sich Israel (wie im Übrigen auch schon bei allen vorherigen lokalen Ausgangssperren oder vollständigen Abriegelungen) damit das nächste Dilemma beschert: Ohne palästinensische Arbeitskräfte brechen Bau- und Landwirtschaft in Israel zusammen. Denn ungeachtet der hohen Arbeitslosigkeit sind Israeli in der Regel nicht bereit, körperlich schwere und dazu sehr schlecht bezahlte Arbeiten zu übernehmen. Der Lohn palästinensischer Arbeiter liegt beträchtlich unter dem der Israeli, und sie sind auf Grund ihrer rechtlosen Situation in hohem Maße ausbeutbar. Der israelische Staat hat den Protesten aus Bau- und Landwirtschaft noch Anfang und Mitte April insofern Rechnung getragen, daß einige tausend sorgfältig vorsortierter Palästinenser (nicht unter 25 Jahren, verheiratet etc.) wieder nach Israel zur Arbeit einreisen durften. Ab Anfang Juni soll auch dieses "Sicherheitsrisiko" beseitigt werden: An den Übergängen von den besetzten Gebieten nach Israel werden Sammelpunkte eingerichtet, von denen aus die palästinensischen Arbeiter unter Begleitung von "Sicherheitskräften" zu ihren Arbeitsplätzen transportiert und am Abend auf die gleiche Weise zurückgeschafft werden sollen.

Der palästinensische Ökonom Dr. Adel Samara skizziert die wirtschaftliche Krise in den besetzten Gebieten, die durch die jetzige Abriegelung noch beträchtlich verschärft worden ist. Seine Darstellung erinnert an die Auffassung des ehemaligen stellvertretenden Bürgermeisters von Jerusalem und Leiters des "West Bank Data Project", Meron Benvenisti, daß nach zwei Jahrzehnten der Besetzung der "point of no return" erreicht sei, was heißen sollte: Israel und die besetzten Gebiete sind mittlerweile in so mannigfacher Hinsicht verflochten, daß eine Trennung nicht mehr möglich ist. Diese von unterschiedlichen Seiten kritisierte Auffassung ist von Benvenisti, der die Arbeit am "West Bank Data Project" nach Beginn der Intifada aufgab, m.W. nicht mehr wiederholt worden - wodurch seine Auffassung jedoch nicht unbedingt falsch wird. Adel Samara kommt auf Grund der neueren und neusten Entwicklung zu dem Ergebnis, daß die Ökonomien Israels und der besetzten Gebiete so stark voneinander abhängig sind, daß zumindest eine rasche Trennung (wie sie etwa von einigen israelischen Politikern für den Gazastreifen propagiert wird) nicht möglich sein wird.

Wir haben Adel Samaras Aufsatz der Zeitschrift des Jerusalemer Alternative Information Center News from Within vom Mai entnommen. Die Übersetzung aus dem Englischen besorgte P.A.

K., Hamburg

30. Eliezer Feiler 1921-1993

Autor: Jörn Böhme · Rubrik: Geschichte der Kommunisten; Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak355/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:355:33

Bekannt wurde Eliezer Feiler den meisten ak-LeserInnen erst als Mitglied der (israelischen) "Viererbande"; als einer der vier Friedensaktivisten, die wegen eines zuvor öffentlich bekanntgemachten Treffens mit PLO-Vertretern 1986 von israelischen Generalstaatsanwalt der "Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" angeklagt worden waren (s. ak 283 und 284). - Eliezer Feiler, 1921 in Düsseldorf geboren, 1938 nach Palästina emigriert, war seit Anfang der vierziger Jahre aktiv in der kommunistischen Bewegung Palästinas bzw. Israels. Jedoch durchaus nicht ständig in der selben Partei, er trennte sich stets von der Partei oder dem Parteiflügel, der seiner Auffassung nach eine nur jüdisch- oder nur arabisch- bzw. palästinensisch-nationalistische Richtung einschlug. Fast von Anbeginn seiner politischen Tätigkeit in Palästina war er der Überzeugung, daß beide in diesem Land lebenden Völker, Palästinenser wie Juden, das Recht auf Selbstbestimmung haben. Unter den gegenwärtigen politischen Bedingungen hieß das für ihn: Friedensverhandlungen unter Einschluß der PLO, Rückgabe aller besetzten Gebiete einschließlich des palästinensischen Teils Jerusalems, Schaffung eines eigenständigen Palästinenserstaats neben Israel.

Eliezer Feiler ist im April gestorben. Jörn Böhme, ehemaliger Israelreferent der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste in Berlin, hat seit 1979 regelmäßig Israel bereist und war mehrmals im Kibbuz Yad Hanna zu Gast, wo er und Eliezer Feiler Freunde wurden. Jörn Böhme hat auf unsere Bitte hin einen Nachruf geschrieben, in dem nicht in erster Linie der "offizielle" Politiker Feiler, sondern dessen tägliches Leben - verbracht in dem Bemühen, Anspruch und Wirklichkeit einander anzunähern - anschaulich wird.

Geht man im Kibbuz Yad Hanna zu dem kleinen Friedhof, der umringt von einigen Bäumen mitten in den Baumwollfeldern steht, kommt man vorbei an einem nicht mehr fahrtüchtigen hellgrünen Renault-16, Baujahr 1968.

1968, das Jahr, in dem Eliezer Feiler seine Funktionen in der kommunistischen Partei niederlegte, die Partei verließ und mit Freunden eine Gruppe mit dem Namen Israelische Kommunistische Opposition gründete. 1968, das Jahr in dem er mit seiner aus Polen stammenden Frau Pnina nach Yad Hanna zog, das Jahr des Prager Frühlings, mit dem sich für beide große Hoffnungen verbanden.

Ich erinnere mich, wie Eliezer mit seiner Tochter, die aus Schweden zu Besuch kam, und mit einigen Freunden am 24. Dezember 1987 in strömendem Regen mit diesem Wagen in die Stadt Lod fuhr. Dort stand er mit drei anderen Israelis vor Gericht, weil sie sich mit 25 anderen im Herbst 1986 in Rumänien mit PLO-VertreterInnen getroffen hatten. Eliezer stand da in dem kleinen Gerichtssaal in einer abgetragenen grünen Windjacke und Gummistiefeln und beantwortete geduldig die Fragen von Staatsanwalt und Richter. Darin kam die für ihn ganz selbstverständliche Verbindung von Kibbuzleben und Landwirtschaft und politischem Engagement zum Ausdruck. In der Pause stellte er dem Staatsanwalt seine Tochter vor. Dieser war sichtlich irritiert und flüchtete sich in Formalitäten.

Hydrokultur

Schaut man sich - vor dem Grab von Eliezer Feiler stehend - um, fallen drei Dinge ins Auge: der Kibbuz Yad Hanna, die palästinensische Stadt Tulkarem und das "Grünhaus", ein Gewächshaus des Kibbuz', in dem Grünpflanzen auf der Basis der Hydrokultur gezüchtet werden. Damit sind alle wesentlichen Bezugspunkte versammelt, die das Leben von Eliezer Feiler prägten: die Arbeit mit anorganischen Nährlösungen in der Pflanzenzucht und der Landwirtschaft, das Engagement innerhalb und außerhalb der kommunistischen Partei und der Versuch, die Theorien in Form des gemeinschaftlichen Lebens und Arbeitens umzusetzen und der Kampf für ein gleichberechtigtes Zusammenleben von Israelis und Palästinensern. (In zwei Interviews, die im ak 283 und 284 erschienen, hat Eliezer zu diesen Aspekten selbst viel gesagt.)

Hier soll deswegen die Rede sein von persönlichen Eindrücken und Erlebnissen, die vielleicht eine kleine Ahnung über diesen Menschen geben können.

Eliezer machte auf den ersten Blick einen zurückhaltenden, zuweilen fast schüchternen Eindruck, der sich allerdings im intensiven Gespräch verflüchtigte. Eliezer erwies sich als vielseitig informierter und interessierter Partner mit einer gehörigen Portion verschmitztem Humor.

So erging es mir bei einem meiner ersten Besuche in Yad Hanna. Als die Stunde des "heiligen" Mittagsschlafes gekommen war und ich sagte, ich sei nicht müde, ging Eliezer in sein winziges Arbeitszimmer, kam mit einem Stoß Papiere zurück und sagte: "Ich gebe Dir was zum lesen, das wird dich schon müde machen." Es waren die Protokolle des letzten Parteitages der KPdSU. Ich traute mich nicht zu widersprechen und Pnina war nicht zugegen, sonst hätte die Episode womöglich einen abrupten Abschluß gefunden.

Denn während Eliezer eher bedächtig und ruhig war und gerne verschmitzt mit Worten spielte, bringt Pnina in extrovertierter Weise die Dinge vehement auf den Punkt und dies schon mal in einer Mischung aus Deutsch, Hebräisch und Englisch, wenn eine Sprache nicht ausreicht, um dies in der ihr notwendig erscheinenden Deutlichkeit und Schnelligkeit zu tun. Und während Eliezer diszipliniert letztlich der kommunistischen Partei trotz aller Kritik und Enttäuschung die Treue hielt, war Pnina diese Partei zu dogmatisch und eng. Sie ersuchte nie um eine Wiederaufnahme.

Nachrichten

Nachrichten und Zeitungen waren immer wichtig. Nachrichten fast zu jeder Stunde, aber besonders die Abendnachrichten im Fernsehen. Während schon alle Kibbuznicks einen Farbfernseher besaßen, hatten Eliezer und Pnina immer noch ein kleines Schwarz-Weiß-Gerät. Erst als 1988 Eliezers Mutter im Kibbuz im Alter von 97 Jahren starb, übernahmen sie deren Farbfernsehgerät.

Wenn Eliezer die Zeitung las, dann sei er in einer anderen Welt gewesen, die Kinder hätten das Haus auf den Kopf stellen können und er hätte es nicht gemerkt, beschwerte sich Pnina einmal.

Eliezer und Pnina waren in ständiger angeregter Auseinandersetzung miteinander. Staunend erlebte das Publikum 1989 im Haus der Kirche in Berlin, wie Pnina während eines Vortrags von Eliezer ihn mit ihrem typischen langgezogenen "Elieeeezer" unterbrach und gleich fortfuhr: "Ich muß etwas sagen!" Ihr war seine Darstellung der politischen Situation in Israel und der Entwicklung des israelisch-palästinensischen Konfliktes zu optimistisch. Eliezer nahm es mit einer liebevoll spöttischen Bemerkung zur Kenntnis.

Während des gleichen Aufenthaltes erregte sich Pnina über die Berliner Mauer: Tagsüber in Ost-Berlin, abends im Westen mit riesigen Umwegen, das könne doch wohl nicht immer so bleiben. Wir anderen sahen dies als "typisch Pnina", als Teil ihrer temperamentvollen und leidenschaftlichen Art, und nahmen es nicht allzu ernst. "Siehst du!", sagte sie um sieben Uhr morgens am 10. November 1989, als beide in Berlin anriefen. Das Gespräch begann mit der Bemerkung von Eliezer: "Wir dachten, wir drücken unsere Solidarität am besten aus, wenn wir uns das was kosten lassen und euch anrufen."

Abschied

Im Juli 1992, nachdem die Krankheit ihn an den Rollstuhl band, schrieb er einen Abschiedsbrief an alle seine Freundinnen und Freunde. Obgleich es ein Abschiedsbrief war, äußerte er dennoch die Hoffnung, daß die Verschlechterung seines Gesundheitszustandes gestoppt oder wenigstens verlangsamt werden könnte. Seinen 72. Geburtstag am 20. März 1993 konnte er noch mit seiner Familie und Freunden feiern. Am 5. April starb er und wurde am 8. April in Yad Hanna unter großer Anteilnahme beigesetzt. Der Sarg war mit einem roten Tuch bedeckt, die Tochter Yael las aus seinen Tagebuchaufzeichnungen, in denen er beschrieb, wie er versuchte, trotz der Aussichtslosigkeit gegen seine Krankheit anzukämpfen. Der Sohn Dror, Free-Jazzer in Schweden, spielte auf dem Saxophon traditionelle jüdische Melodien. Ein Überlebender von Auschwitz verlas einige Gedanken, die ein Freund aufgeschrieben hatte, aber nicht selbst verlesen konnte. Zum Abschluß wurde die Internationale gesungen.

In seinem letzten Lebensjahr sortierte Eliezer Feiler seine Unterlagen und machte zahlreiche Aufzeichnungen zu den Dingen, die ihn in seinem Leben vorrangig beschäftigt haben. Aus den Aufzeichnungen, die er von März bis Dezember 1992 verfaßte, geht hervor, daß er sich zunächst dagegen gewehrt hat, Notizen zu machen, weil er dies als ein Zugeständnis an den Tod ansah. Doch dann kam er zu dem Ergebnis, daß das Schreiben, die intellektuelle Arbeit, ein wichtiger Teil im Kampf gegen die Krankheit sein könne.

Eliezer Feiler hat vieles geschrieben und gesagt, was seiner Zeit voraus war. Dazu gehört vor allem sein Einsatz für eine gleichberechtigte Selbstbestimmung des jüdisch-israelischen wie des arabisch-palästinensischen Volkes und seine Auseinandersetzung mit der Frage, welche theoretischen und praktisch-politischen Konsequenzen aus den technischen Entwicklungen und den daraus erwachsenen ökologischen Problemen zu ziehen seien. Eliezer hat immer versucht, eine Balance herzustellen zwischen der theoretischen und politischen Arbeit und der praktischen Arbeit im Bereich der Hydrokultur und in der Landwirtschaft. Aus dieser Balance heraus erwuchs sein Umgang mit Menschen, mit einzelnen wie mit Gruppen: eine Mischung aus Zurückhaltung, Verschmitzheit und genauer Auseinandersetzung in der Sache.

Sein Leben war geprägt von einer "zurückhaltenden Zivilcourage", einer Verbindung aus Hartnäckigkeit und jeckischer Genauigkeit, wie seine Frau Pnina in einem Nachruf schrieb.

Es bleibt zu hoffen, daß einiges von dem, was Eliezer schriftlich hinterließ, mit Hilfe von Pnina öffentlich zugänglich gemacht wird, damit auch Menschen, die nicht das Privileg besaßen, Eliezer zu kennen, etwas vom Leben und Denken dieses Menschen lernen können.

31. Dänische Autonome über die politischen Konstellationen vor dem Referendum

Rubrik: Dänemark · CD-Datei: daten/aksuche/ak355/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:355:01

Am 2. Juni 1992 stimmte die Mehrheit der dänischen Bevölkerung gegen den Maastricht-Vertrag, die EG-Union. Die amtierende Regierung und das kapitalistische Management waren enttäuscht und ziemlich schockiert über das Abstimmungsergebnis. Obwohl die Entscheidung für das Nein nur auf 40.000 Stimmen (0,4%) basierte, hatte niemand aus dem politischen Establishment in Dänemark ein solches Ergebnis erwartet. Für eine kurze Zeit waren die Herrschenden paralysiert, und die Opposition gegen die EG konnte sich in der Zeit nach dem Sieg des Nein stabilisieren und die Ablehnung verbreitern.

Inzwischen ist die Regierung ausgetauscht worden; damals war es eine konservativ-liberale, heute ist es eine sozialdemokratisch-liberale Koalition. Aber das Ziel dieser neuen Regierung ist dasselbe wie das der Regierung davor: die volle Integration Dänemarks in die Europäische Union sicher zu stellen.

Neue Abstimmung am 18. 5. `93

Am 18. Mai versuchen sie es noch einmal. Die Abstimmung geht um das Abkommen von Edinburgh, eine Art modifizierter Version des Maastricht-Vertrages. Kleinere Korrekturen und Zusätze wurden gemacht, um die Mehrheit der dänischen Bevölkerung zu bewegen, das EG-Projekt zu akzeptieren. Und das sind die "Konzessionen": keine dänische Beteiligung an einem gemeinsamen EG-Währungsprojekt, keine Beteiligung an einer EG-Armee und Beibehaltung der dänischen Staatsbürgerschaft (haha!). Jedenfalls keine gesetzlich bindenden Elemente. Es wurde beschlossen, schon 1996 das ganze EG-Union-Projekt auf einer Konferenz der Regierungen neu zu verhandeln. Tatsächlich hat sich die Situation gegenüber Juni 1992 also überhaupt nicht verändert. Tatsache ist, daß die Herrschenden es nicht akzeptieren, daß ihr politisch-ökonomisches Zukunftsprojekt von ihrer eigenen Legitimationsbasis niedergestimmt wird.

Die politische Konstellation: EG-Unterstützer

Neben den verschiedenen konservativen und liberalen Parteien ist die Sozialdemokratie die wichtigste Exponentin eines EG-Europa. Die Struktur der sozialdemokratischen Partei und ihr politisches Konzept (die Art der Entscheidungsprozesse) sind eine Mini-Version des politischen Managements der EG-Bürokratie. Die inner-sozialdemokratische EG-Opposition ist politisch profillos und organisatorisch marginalisiert. In Wirklichkeit hat sie die Funktion eines angeblich demokratischen innerparteilichen Alibis.

Eine ganz andere Funktion hat die linkssozialdemokratische Partei "Socialistisk Folkepartei" ("Sozialistische Volkspartei"/SF), die bei der ersten Maastricht-Abstimmung im Juni 1992 eine wichtige Rolle innerhalb der Nein-Fraktion spielte. Die Partei hat ihren Kurs geändert und ist heute eifriger Exponent einer Zustimmung zur Übereinkunft von Edinburgh. Ursache für diesen Schwenk der SF ist vor allem das Machtstreben des Parteikomitees. Die Socialistisk Folkepartei hat zusammen mit der Sozialdemokratie und einigen kleineren bürgerlichen Parteien eine Plattform verfaßt, den "nationalen Kompromiß", der später zur Übereinkunft von Edinburgh führte. Die SF hatte gehofft, nach einer Kursänderung in der EG-Frage an einer neuen Regierung mit der Sozialdemokratie teilnehmen zu dürfen. Die sozialdemokratischen Strategen ließen sie bis zum Abschluß der Übereinkunft von Edinburgh in diesem Glauben.

Der Regierungswechsel kam wenig später, aber ohne Beteiligung der SF. Ihr opportunistischer Kurswechsel war umsonst. Die SF ist die drittgrößte Partei in Dänemark, und zweifellos werden am 18. Mai viele ihrer Anhänger gemäß der Empfehlung des Parteikomitees abstimmen. Obwohl es in der Partei eine starke Opposition gibt, ist es ihr nicht gelungen, eigene Aktivitäten unabhängig vom politischen Konzept der Partei zu entwickeln.

Opponenten gegen die EG-Union

Die Opposition gegen die EG-Union besteht aus verschiedenen kleineren Parteien, Komitees und "Bewegungen". Die meisten von ihnen haben einen reformistischen, bürgerlichen oder nationalistischen Ansatz und überhaupt keine antikapitalistischen oder antiimperialistischen Absichten und Perspektiven.

Zur rechten Opposition gegen die EG-Union gehört neben einigen faschistischen oder rechtsextremen Minigruppen die relativ große Parlamentspartei "Fremdskridtspartiet" (Fortschrittspartei), die eine extrem rechtspopulistische, rassistische Basis hat und mit Deutschlands Republikanern und Frankreichs Front National vergleichbar ist. Die Fremdskridtspartiet ist die einzige Kraft der Opposition gegen die EG-Union, die im Parlament vertreten ist (mit etwa 5%).

Daneben existieren Anti-EG-Komitees, die den Kampf gegen das EG-Projekt als solches aufgegeben haben und nur aus nationalistischen oder sozialpolitischen Gründen gegen die EG-Union opponieren - ihre Argumente lauten: "Wir müssen den hohen Lebensstandard in Dänemark verteidigen" etc.

Die "Folkebevaegelsen mod EF" (Volksbewegung gegen die EG) ist wohl die wichtigste Kraft in der EG-Opposition. Ursprünglich war diese Bewegung ein klassisches, von der Dänischen Kommunistischen Partei (DKP) dominiertes Volksfrontbündnis gegen das Monopolkapital und mit nationalstaatlichen Positionen, einschließlich dänischer Fahne, dänischer Wiesen und Wälder und nationaler Lieder... Inzwischen hat die Folkebevaegelsen sich gespalten in EG-Anhänger, die gegen die Union sind, und Vertreter der ursprünglich mehr links orientierten Ablehnung der EG als ganzes.

Die linken Parteien

Die linken Parteien, oder besser: die gebliebenen Strukturen (Parteiapparat und ein paar Papiere, fast ohne Aktivisten) haben kein unabhängiges revolutionäres Profil. Sie alle haben eine parlamentarische Orientierung, reduziert auf die von den Herrschenden diktierte Tagesordnung: Statt für eine prinzipielle Ablehnung des ganzes EG-Projekts, des gemeinsamen imperialistischen Projekts des westeuropäischen Kapitals, zu agitieren und zu mobilisieren, konzentrieren sie sich einzig und allein auf ein Nein zur EG-Union... Das liegt innerhalb des schmalen parlamentarischen Konzepts.

Auf diese Weise unterscheidet sich die verbliebene Linke nur in ihren gut informierten Zirkeln vom nationalistischen kleinbürgerlichen Anti-Unions-Spektrum. ("Die Linke" meint vor allem eine gemeinsame Dachorganisationsstruktur namens "Enhedslisten" (Einheitsliste), die aus den Resten der DKP, den Linkssozialisten, Trotzkisten der 4. Internationale in der SAP (Sozialistische Arbeiterpartei) und den Ex-Maoisten der KAP (Kommunistische Arbeiterpartei) besteht - und unorganisierte Linke. Die Hauptaktivität dieser linken Allianz ist eine schmale parlamentarisch orientierte Politik ohne Orientierung auf Basismobilisierung.)

Aus: Autonomi - autonomt, anti-imperialistisk tidsskrift; c/o Internationalt Kulturforum, BBC box nr. 286, Vesterbrogade 208, DK-1800 Frederiksberg C.

Übersetzung aus dem Englischen: Js.

Der hier dokumentierte Text dänischer Autonomer erreichte uns wenige Tage vor dem Referendum über den Vertrag von Maastricht und das Zusatzabkommen von Edinburgh. Inzwischen hat das dänische Wahlvolk mit 56,8% Ja-Stimmen das Votum des ersten Referendums revidiert, bei dem im Juni vorigen Jahres 50,7 Prozent mit Nein gestimmt hatten. Dänemarks Ministerpräsident Rasmussen versicherte, daß seine Regierung die 43 Prozent Nein-Sager "nicht vergessen" werde - eine Zusage, die unmittelbar nach Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses auf blutige Weise eingelöst wurde: Kopenhagener Autonome, die sich demonstrativ in einer "EG-freien Zone" verbarrikadiert hatten, wurden von der Polizei "in äußerster Notwehr und Lebensgefahr" (die Einsatzleitung) beschossen. Elf Demonstranten erlitten Schußverletzungen, u.a. in Kiefer und Schulter, zwei mußten mit Bauchschüssen operiert werden.

32. Südafrika war im Besitz der Atombombe!

Rubrik: Atomrüstung (und Raketen); Südafrikanische Republik · CD-Datei: daten/aksuche/ak355/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:355:06

Nun ist es nach dem Eingeständnis von Südafrikas Staatspräsident de Klerk Ende März dieses Jahres sozusagen amtlich: Der Apartheidstaat verfügte in den siebziger und achtziger Jahren über mehrere Atombomben. De Klerk schwieg sich allerdings in seiner Erklärung vor dem Parlament und auf einer internationalen Pressekonferenz über entscheidende Fragen aus. Eine davon ist, welche ausländischen Mächte dem Rassistenstaat die Bombe bauen halfen; eine andere, ob Pretoria Atombombenversuche durchführte und den "praktischen" Einsatz plante (beides von de Klerk entschieden bestritten). Gerne hätte man auch gehört, wieso ausgerechnet Südafrika nach de Klerks Amtsantritt 1989 die nach seinen Worten "beispiellose" Entscheidung traf, seine nukleare Kapazität freiwillig abzuschaffen.

Eine "sensationelle Enthüllung" (FR, 25.3.93) war des Staatspräsidenten Bekenntnis im Grunde nur insofern, als die Rassisten die Entwicklung und den Besitz von Atombomben in den letzten anderthalb Jahrzehnten stets entschieden bestritten hatten. Hingegen konnte die Meldung gutinformierte Kreise, zu denen sich in diesem Fall einmal mehr auch die langjährigen Leserinnen und Leser des "ak" zählen können, kaum überraschen. Seitdem der ANC im September 1975 eine Dokumentation über die "nukleare Verschwörung" BRD-Südafrika vorgelegt hatte (eine weitere, "Nuclear Conspiracy Continued", folgte 1977), war die entscheidende Unterstützung des BRD-Imperialismus (Staat, Konzerne, Banken) bei der Entwicklung der südafrikanischen Atombombe immer wieder Thema des "Arbeiterkampf" (wie ak damals hieß).

Die deutsche Bombe -

made in Südafrika

Tatsächlich, so läßt sich heute abschließend feststellen, wäre der Aufstieg Südafrikas zur Atommacht ohne die sehr zielgerichtete und konsequente Hilfe seitens der BRD in den siebziger Jahren (es regierte eine SPD/FDP-Koalition) nicht möglich gewesen. (Die folgenden diesbezüglichen Informationen stammen alle, wenn nicht anders angegeben, aus ak 305, 3.4.89) Im Mittelpunkt der Zusammenarbeit stand das sogenannte Trenndüsenverfahren, ein Verfahren zur Anreicherung von Uran, das 1959 von Professor Becker im Kernforschungszentrum Karlsruhe erfunden wurde. (Dabei wird der Anteil des - spaltbaren - Urans 235, welcher in der Natur nur 0,7% beträgt, gegenüber dem vorherrschenden - nicht spaltbaren - Uran 238 schrittweise auf 3% für die zivile Nutzung bzw. auf über 90% für die militärische Nutzung der Atomkraft gesteigert.) Bei dieser Technik handelt es sich um eine Abart der sogenannten "Ultrazentrifuge", deren Erforschung in der BRD in den fünfziger Jahren unter Geheimschutzbestimmungen der USA stand, um einen deutschen Zugriff auf Atomwaffen zu verhindern.

Mit dem Trenndüsenverfahren, dessen Atomwaffentauglichkeit sich spätestens 1963 erwies, hatte die BRD die Fähigkeit zur Herstellung des Stoffs, aus dem die Bombe ist, trotzdem erworben. Nun galt es, einen Partner zu finden, mit dem zusammen die Forschungsergebnisse im Bereich der (militärisch interessanten) Hochanreicherung einer praktischen Nutzanwendung unterzogen werden konnten; dies unter deutscher Flagge und in der BRD selber voranzutreiben, war aus außenpolitischen Gründen nicht möglich.

Mit Südafrika fand der BRD-Imperialismus den idealen Komplizen. Zum einen war der Rassistenstaat zur Verteidigung seiner aggressiven und menschenverachtenden Politik dringend an der Entwicklung einer Atombombe interessiert, zum anderen bestanden zu Südafrika alte Verbindungen aus alten Zeiten: Etliche Nazi-Atomwissenschaftler hatten in Südafrika ihre zweite politische Heimat gefunden; eine ganze Reihe von in der BRD arbeitenden Atomwissenschaftlern leisteten Zuarbeit für Südafrika. (siehe ak 262, 23.9.85) Bereits der 1959 fertiggestellte Forschungsreaktor Safari I in Pelindaba war nur auf den ersten Blick ein amerikanisches Produkt - gebaut hatte ihn die Siemens-Tochterfirma Allis Chalmer. (ebd.)

Ab 1969/70 begannen mindestens vier südafrikanische Atomwissenschaftler eine Ausbildung im (zu 90% in Bundesbesitz befindlichen) Kernforschungszentrum Karlsruhe. Weitere arbeiteten in dieser Zeit bei der Essener STEAG (s.u.), unter ihnen der gegenwärtige Chef der südafrikanischen Atomenergiebehörde, Waldo Stumpf. (Africa Confidential, 2.4.93) Professor Becker selbst arbeitete im Jahre 1970 einige Zeit in Südafrika, wo er im Januar 1971 das Trenndüsenverfahren patentieren ließ. Schon am 20. Juli 1970 hatte

Premierminister Vorster verkündet, daß Südafrika ein neues Verfahren zur Urananreicherung entwickelt habe (Die Zeit, 2.4.93), und der Chef der südafrikanischen Atombehörde ergänzte im April 1971 in einem Rundfunkinterview, daß das Land nun zumindest theoretisch in der Lage sei, eigene Atomwaffen herzustellen. Scheinbar im Widerspruch dazu kam es jedoch im Jahre 1972 zu einem Vertrag zwischen der südafrikanischen Anreicherungsgesellschaft UCOR und der westdeutschen STEAG, die vom Kernforschungszentrum Karlsruhe mit der Vermarktung der Trenndüsenlizenz beauftragt worden war.

Für dieses Geschäft beantragte die STEAG subventionierte Exportkredite. Dieses Ansinnen war am 17. Oktober 1973 Gegenstand der Sitzung des Bundeskabinetts, wo es zwar die Zustimmung fast aller Bundesminister (so z.B. von Schmidt, Genscher, Vogel und Bahr) fand, jedoch bei Eppler und Maihofer auf Widerstand stieß (Kanzler Brandt soll ebenfalls Bedenken gehabt haben), so daß der Punkt verschoben wurde. STEAG zog daraufhin jedoch den Antrag zurück und änderte fortan die Sprachregelung: Nun sollte es nicht mehr um die Überlassung der Trenndüsenlizenz gehen, sondern um eine vergleichende Wirtschaftlichkeitsstudie zwischen dem Karlsruher und dem ominösen südafrikanischen Verfahren, das sich in der Folgezeit als eine weitgehend identische Variante des deutschen Verfahrens entpuppte.

Im Januar 1974 sendete das südafrikanische Fernsehen erstmals Bilder aus der neuentstandenen Anreicherungsanlage in Pelindaba, im März besichtigte unter militärischer Geheimhaltung Prof. Becker die Fabrik und im Oktober des Jahres besuchte der Bundeswehrgeneral Rall, zu diesem Zeitpunkt Vertreter der BRD beim Militärausschuß der NATO, Pelindaba sowie andere militärische Einrichtungen auf einer dreiwöchigen Rundreise unter falschem Namen. (ak 68, 21.10.75) Als dies trotz Geheimhaltungsmaßnahmen bekannt wurde, erklärte man das ganze Unternehmen kurzerhand zur Privatreise des Generals, von der SPD-Kriegsminister Leber rein gar nichts gewußt habe (das Gegenteil war der Fall), und bescherte Rall den vorgezogenen Ruhestand.

Bliebe hier nur zu erwähnen, daß die Liste bundesdeutscher Konzerne und Firmen, die in diesem Zusammenhang an Südafrika lieferten lang ist, desgleichen die Zahl der beteiligten deutschen Forschungsinstitute. (ak 116, 31.10.77) Die führenden deutschen Großbanken ermöglichten die Geschäfte durch Kredite und die Bundesregierung scheute sich nicht, das 1975 mit Südafrika geschlossene Doppelbesteuerungsabkommen (was den jeweils im anderen Land investierenden Firmen eine doppelte Besteuerung ersparen soll) auf zehn Jahre rückwirkend gelten zu lassen, um damit den in Südafrika engagierten BRD-Konzernen Millionen an Steuerzahlungen zurückerstatten zu können. (ak 262, 23.9.85)

Der Atombombenversuch

vom 22.9.1979

Im August 1977 ist es dann fast so weit. Mit Berufung auf die Bilder eines Nachrichtensatelliten meldete die sowjetische Nachrichtenagentur TASS am 21.8., daß Südafrika in der Kalahari-Wüste einen Atombombenversuch vorbereite. Daraufhin werden sämtliche führende westliche Staaten einschließlich der BRD in Pretoria vorstellig, um Südafrika vor einem solchen Test zu warnen. (vgl. ak 112, 5.9.77; Independent, 30.3.93) Doch die Rassisten ließen sich nicht so ohne weiteres einschüchtern. Premierminister Vorster konterte: "Es wird die Zeit kommen, in der Südafrika - so klein es auch ist - keine andere Möglichkeit haben wird als der Welt zu sagen: ‚Bis hierher und nicht weiter.`" Darauf schrillten in den westlichen Hauptstädten auch die restlichen Alarmglocken. US-Präsident Carter selber untersagte den Südafrikanern den Test, den die Rassisten daraufhin abbliesen. Das unterirdische Testgelände wurde verschlossen.

Doch der Apartheidstaat hatte für seinen Atombombenbau neben der BRD noch einen weiteren entscheidenden Partner. Als am 22.9.1979 ein amerikanischer Satellit im Bereich der zu Südafrika gehörenden, auf halber Strecke zwischen Südafrika und der Antarktis liegenden Prinz-Eduard-Inseln einen für eine Atombombenexplosion typischen doppelten Lichtblitz registrierte, blieben diplomatische Interventionen oder Proteste aus. Im Gegenteil: Die Genauigkeit der Satellitenaufnahmen wurde ebenso angezweifelt wie einen radioaktiven "fall-out" über Neuseeland registrierende Messungen. (vgl. ak 174, 24.3.80) Die offizielle Version lautet bis heute (und wurde auch von Präsident de Klerk auf seiner eingangs erwähnten Pressekonferenz erneut zum Besten gegeben), daß es sich um einen Zusammenstoß zweier Meteoriten gehandelt haben könnte. (Independent, 25.3.93)

Schon seinerzeit wurde vermutet, was heute als offenes Geheimnis gilt: Damals zündete dort Israel dank südafrikanischer Kooperationsbereitschaft eine Atombombe - natürlich nicht, ohne sich seinerseits für das zur Verfügung gestellte Testgelände und das wahrscheinlich aus Südafrika gelieferte Uran erkenntlich zu zeigen. Während die BRD den Rassisten dazu verhalf, die Atombombe herzustellen, verschaffte Israel Südafrika die notwendigen Trägerwaffen: Zum einen ist Südafrika inzwischen im Besitz weitreichender Trägerraketen (s.u.), zum anderen half Israel bei der Entwicklung der südafrikanischen G 5 und G 6-Artilleriegeschütze, indem israelische Agenten Unterlagen für dieses auf einem amerikanisch-kanadischen Modell aufbauende 155mm Geschütz aus der US-kanadischen Space Research Corporation entwendeten. (ak 311, 16.10.89)

Atombombeneinsatz

gegen Angola geplant

Diese Artilleriegeschütze waren auf den speziellen Bedarf der Rassisten zugeschnitten. Nach Angaben von Renfrew Christie, einem Atomwissenschaftler, der 1980 wegen Weitergabe nuklearer Geheimnisse an den ANC zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt worden war, hat Südafrika mit größter Wahrscheinlichkeit kleine Atomsprengköpfe von vergleichsweise geringer Sprengkraft entwickelt (entsprechend 2.000 Tonnen TNT), die von den G 5 und G 6 Haubitzen abgefeuert werden konnten und damit eine Reichweite von 42 km besaßen. "Dies war vermutlich", so Christie, "der tatsächliche Grund dafür, daß so viel Geld für die Entwicklung der G 5 und G 6-Geschütze ausgegeben wurde." (Weekly Mail, 26.3.93) Denn die südafrikanische Armee war damit in die Lage versetzt, Atomwaffen praktisch im Schlachtfeld einzusetzen: Die hohe Punktgenauigkeit der Artilleriegeschütze hätte die erwünschte totale Zerstörung im Bereich des Gegners erbracht und zugleich die Verluste auf der eigenen Seite stark begrenzt. Die USA waren über diese Entwicklung wie stets genau im Bilde. In einem internen US-Dokument, verfaßt im Januar 1985 vom für afrikanische Angelegenheiten zuständigen Staatssekretär Chester Crocker, wird beschrieben, daß in "taktischen Schlachtfeldsituationen" der Einsatz "relativ kleiner und sauberer atomarer Neutronensprengköpfe ... bereits ... zu Beginn der ersten Kampfphasen" geplant sei. (Vollständiger Abdruck des Papiers in WoZ, Zürich, 20.6.86, zit. nach ak 297, 22.8.88)

Doch die Rassisten wären keine Faschisten, wenn sie nicht auch das Äußerste in ihre Überlegungen miteinbezogen hätten. Während des Prozesses gegen Christie kam heraus, daß eine Studie existierte, die sich zum einen mit dem möglichen technischen Einsatz von kleinen Atomsprengköpfen - etwa beim Staudammbau zwecks Bewegung großer Erdmassen - befaßte, zugleich und hauptsächlich jedoch "eine Einschätzung der möglichen Effekte einer Nuklearexplosion in den ‚schwarzen` Gebieten des Landes" enthielt. (Weekly Mail, 26.3.93)

Den Finger am Abzug hatte das Apartheid-Regime dann im Herbst 1987. Die südafrikanischen Invasoren in Angola hatten in diesem Zeitraum einige äußerst empfindliche Niederlagen erlitten (in deren Folge Südafrika mit insgesamt 30.000 in Angola eingesetzten Soldaten noch einmal eine Gegenoffensive einleitete, um dann im Lauf des Sommers 1988 endgültig von den Kubanern und Angolanern geschlagen zu werden; vgl. ak 348), und die Rassisten befürchteten angolanisch-kubanische Luftangriffe auf ihr Territorium. So öffneten sie das unter dem Druck der westlichen Verbündeten 1977 geschlossene Atomtestgelände in der Kalahari, um möglicherweise mit Hilfe eines Atomwaffentests (FR, 14.5.93) ihre Atomwaffen - so jedenfalls skizzierte Präsident de Klerk den angeblichen Charakter des südafrikanischen Atombombenprogramms unabhängig von dem hier geschilderten Vorkommnis - "nur" als Druckmittel zu gebrauchen, um die Verbündeten zu einem direkten Eingreifen zu bewegen: "Die Strategie war, daß bei einer ernsthaften Verschlechterung der Lage in Südafrika ein vertraulicher Hinweis auf die Abschreckungskapazitäten an eine oder mehrere der Großmächte ein Versuch wäre, sie zu einer Intervention zu überreden." (Independent, 30.3.93) Was aber, wenn dieser Versuch nicht den erwarteten Erfolg gehabt hätte? Mehrere südafrikanische Atomexperten gehen offenbar davon aus, daß im Herbst 1987 auch erwogen wurde, eine Atombombe auf die angolanische Hauptstadt Luanda zu werfen! (Independent, 30.3.93)

Friedliebende Rassisten?

Was aber hat die Rassisten bewogen, sich aus gleichsam reißenden Raubtieren in friedliche Lämmer zu verwandeln? Nach den Angaben von Präsident de Klerk besaß Südafrika zum Zeitpunkt seines Amtsantritts im Jahr 1989 sechs Atombomben, die zu Beginn des Jahres 1990 zerstört worden seien. Geschlossen und

zerstört wurde im März 1990 auch die Anreicherungsanlage in Pelindaba und schließlich trat das Land im Juli 1991 auch dem Atomwaffensperrvertrag bei. (NZZ/Schweizer Ausgabe, 25.3.93) Die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) führte insgesamt 115 Inspektionsreisen nach Südafrika durch.

Die IAEA ist freilich die indiskrete Quelle verschiedener Schätzungen über die in Südafrika derzeit noch vorhandene Menge hochangereicherten Urans, eine offenbar ungeklärte Frage, die Anlaß zu Mißtrauen zwischen den USA und den südafrikanischen Rassisten gibt. So mußte sich Außenminister Botha bei seinem Besuch in Washington Mitte März des Vorwurfs erwehren, daß Pretoria einem UN-Inspektorenteam atomares Material oder entsprechende Technologien verheimlicht habe - ein Verdacht, den die US-Regierung und die IAEA offenbar hegen. (FR, 20.3.93) Eines der Hauptanliegen der USA bei Bothas Besuch war es jedenfalls, Südafrika zum Verkauf des dort noch vorhandenen bombenfähigen Urans an die USA zu veranlassen, dessen Menge auf 200 bis 350 Kilogramm geschätzt wird, genug für zwölf oder mehr Atomsprengköpfe.

Den massivsten Druck auf die südafrikanische Regierung üben die USA jedoch bei einem anderen, allerdings sehr verwandten Komplex aus. Denn Südafrika besaß wahrscheinlich nicht nur "Rucksack"-Atomsprengköpfe, sondern, so schätzt wiederum Renfrew Christie ein, auch größere Atombomben (Guardian, 26.3.93), die entweder mit Flugzeugen oder mit Hilfe weitreichender Trägerraketen ihrem Ziel hätten entgegengebracht werden müssen. Bei letzterem hatte wiederum Israel den Rassisten unter die Arme gegriffen. Im Jahr 1989 verfügten sie bereits über eine südafrikanische Version der israelischen Jericho II Rakete mit 1.300 km Reichweite, im selben Jahr startete Israel von Südafrika eine Testrakete des Typs Jericho III (3.000 km Reichweite). (New African, September 1989, zit. nach ak 311, 16.10.89) Präsident de Klerk erklärte nun, daß Südafrika auf jeden Fall dem Druck der USA widerstehen und sein Raketenprogramm zu Ende bringen wolle (Guardian, 25.3.93), jedoch entsprechenden Rüstungskontrollabkommen selbstverständlich beitreten wolle. Der südafrikanische Rüstungskonzern Denel behauptete, daß die Langstreckenraketen in Weltraumraketen konvertiert werden sollen. (Weekly Mail, 26.3.93)

Doch die USA scheinen unnachgiebig bleiben zu wollen. Eine Stellungnahme der US-Regierung forderte Südafrika förmlich dazu auf, das Raketenprogramm zu beenden. IWF und Weltbank, so wird gemutmaßt, könnten Südafrika bis zur Klärung dieses Komplexes im US-amerikanischen Sinne weitere Kredite verweigern. (Weekly Mail, 26.3.93)

Aber woher kommen plötzlich diese Widersprüche, wo doch Südafrika und die USA Jahrzehnte engste Verbündete waren? Und wieso sind die Rassisten, die jahrzehntelang an Atomwaffenprogrammen bastelten, plötzlich zu Vorreitern bei der Ächtung von Nuklearwaffen geworden? Die Antwort ist einfach und liegt nahe: Bevor der ANC und damit die schwarze Mehrheit Regierungsgewalt in die Hände bekommt, muß Südafrika eine atomwaffenfreien Zone geworden sein, darf es nicht mehr über Langstreckenraketen verfügen. Und das nicht nur, weil dann mit einer vergleichsweise linken Regierung zu rechnen ist, sondern auch, weil der ANC über traditionell gute Beziehungen zu anderen Befreiungsorganisationen wie etwa der PLO, aber auch zu solchen amerikanischen Hauptfeinden wie Libyen verfügt. Wobei noch, zwecks Vermeidung von Mißverständnissen, hinzuzufügen ist, daß der ANC, zumindest was den Komplex der Atomwaffen betrifft, hinsichtlich seiner konsequent ablehnenden Haltung keinerlei Zweifel aufkommen läßt.

J./Westberlin

33. Guatemala: Putschist Serrano weggeputscht

Auflösung des Parlaments, Verhandlungen mit der Guerilla gescheitert

Rubrik: Guatemala · CD-Datei: daten/aksuche/ak355/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:355:21

Nach mehrwöchigen Schüler- und Studentenunruhen setzte Präsident Serrano Elías am 25. Mai mit Unterstützung der Streitkräfte die Verfassung teilweise außer Kraft. In einem "Putsch von oben" löste er das Parlament auf, setzte den Obersten Gerichtshof und den Verfassungsgerichtshof ab und hob die bürgerlichen Freiheitsrechte auf. Eine Woche später wurde Serrano seinerseits von den Militärs abgesetzt. Wer sein Nachfolger wird, ist noch unklar. Indessen führt die Armee im Departament Quiché im Norden des Landes eine militärische Offensive durch. 2.000 Zivilpersonen flüchteten nach Mexiko. Alles deutet auf eine Zunahme der Konfrontation hin, zumal Anfang Mai auch die bisher letzte Verhandlungsrunde zwischen Regierung, Armee und Guerilla vorzeitig platzte. Nachfolgend ein Überblick über die verschiedenen Aspekte der Krise.

Ein halbes Jahr nach Verleihung des Friedensnobelpreises an Rigoberta Menchú und vier Monate nach Rückkehr der ersten 2.500 (von insgesamt 45.000) guatemaltekischen Flüchtlinge aus Mexiko ist Guatemala weiter von einer friedlichen Lösung des dreißigjährigen Bürgerkrieges entfernt denn je. Die politische Instabilität hat nach dem Doppelputsch von Dienstag, den 25. Mai und Dienstag, den 1. Juni zugenommen. Vor dem Parlament, dem obersten Gerichtshof, dem Verfassungsgericht, dem Sitz des Menschenrechtsprokurators Ramiro de León Carpio sowie vor Privatwohnungen von Abgeordneten marschierten Militäreinheiten auf. Die Chefs dieser Institutionen wurden unter Hausarrest gestellt. Präsident Serrano Elías verkündete in einer Ansprache, die von den gleichgeschalteten Radio- und TV-Stationen verbreitet wurde, daß er die Verfassung teilweise außer Kraft gesetzt habe. Parlament, Oberster Gerichtshof und Verfassungsgerichtshof seien aufgelöst. Grundlegende bürgerliche Freiheiten (Versammlungs-, Streikrecht, Recht auf Meinungsfreiheit etc.) wurden außer Kraft gesetzt bzw. eingeschränkt. Serrano kündigte die Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung binnen 60 Tagen an. Unterdessen lehnte es die oberste Wahlbehörde (TSE) ab, den Urnengang zu organisieren.

Die Massenmedien unterliegen einer Zensur. Nach dem Putsch erschienen die vier Tageszeitungen des Landes (Prensa libre, El Gráfico, Siglo XXI, La Hora) einige Tage lang nicht. Ein kritischer TV-Kanal wurde geschlossen. Zwanzig führende Gewerkschafter sowie acht kritische Journalisten, die auf einer Liste der Streitkräfte firmieren, sollen verhaftet werden. Sie konnten jedoch rechtzeitig in den Untergrund gehen. Auch der moderat regierungskritische Menschenrechtsprokurator Ramiro de León sollte festgenommen werden. Er konnte sich ebenfalls rechtzeitig absetzen und gab von einem unbekannten Aufenthaltsort aus kritische Telefoninterviews. Daraufhin leugnete Präsident Serrano, daß der Menschenrechtsprokurator festgenommen werden sollte.

Angesichts der massiven Polizei- und Militärpräsenz auf den Straßen dauerte es einige Tage, bis sich die Opposition formierte und erste Demonstrationen gegen den Putsch veranstaltete. Die Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú machte sich ihre diplomatische Immunität zunutze, die ihr der Paß der UNO verleiht, und setzte sich an die Spitze der Protestkundgebungen. Sie rief die Bevölkerung zum Widerstand auf. In der internationalen Öffentlichkeit stieß das Vorgehen Serranos ebenfalls auf Kritik. Die USA froren einen Großteil ihrer Finanzhilfe ein, und die Bundesregierung kündigte an, die Auszahlung von 125 Mio. DM Entwicklungshilfe zu stoppen. Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) entsandte eine Delegation und forderte die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung. Lediglich der peruanische Staatschef Alberto Fujimori, der seine Widersacher in Parlament und Gerichtsbarkeit im April 1992 mit einem ähnlichen Coup entmachtete, verteidigte Serrano Elías.

Der guatemaltekische Präsident hatte in seiner Ansprache vom 25. Mai argumentiert, die von den gleichgeschalteten Radio- und TV-Stationen verbreitet wurde, es sei notwendig, "Guatemala von Grund auf zu säubern". Die Justiz habe ihre Aufgabe nicht erfüllt, und Drogenhändler hätten sich der Staatsgewalt bemächtigt. Der Staat werde "reformiert und modernisiert". Serrano kündigte an, er wolle "Recht und Ordnung" wiederherstellen und drohte "Unruhestiftern" ein "scharfes Vorgehen" an. Die Armee marschierte zwar in der Hauptstadt auf, hüllte sich jedoch zunächst in Schweigen. Verteidigungsminister García Samayoa erklärte Tage nach dem Staatsstreich, die Armee stehe geschlossen hinter dem Präsidenten. "Chaos und Anarchie" hätten gedroht, und das Vorgehen Serranos sei eine "Antwort auf eine Konspiration" gewesen.

Derselbe García Samayoa ging eine Woche nach dem Putsch, als die einhellige internationale Verurteilung anhielt, vorsichtig auf Distanz. Nach dem Besuch der OAS-Delegation sprach er sich für die "schnellstmögliche Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung" aus. Eine Woche nach dem Präsidentenputsch setzte die Armee Serrano Elías ab. Der Verteidigungsminister erklärte sich zum Interimspräsidenten. Einen Tag später sollten die Amtsgeschäfte auf den Vizepräsidenten Gustavo Ispina, der im Einvernehmen mit Serrano und dem Verteidigungsminister den ersten Putsch eingeleitet hatte, übertragen werden. Mehrere tausend aufgebrachte Demonstranten verhinderten jedoch die Vereidigung Ispinas durch ein eilig zusammengerufenes Rumpfparlament. Die weitere Entwicklung der institutionellen Krise ist noch nicht absehbar. Der gescheiterte Putschist Serrano ging indessen ins benachbarte El Salvador ins Exil.

Offenbar gibt es innerhalb der Streitkräfte Widersprüche. Darauf deutet ein "Protestmarsch" des ehemaligen Diktators Ex-General Efraín Ríos Montt hin, der mit 150 ultrarechten Spießgesellen vor den Regierungspalast gezogen war, um eine Protestresolution abzugeben. Die konservative Wochenzeitschrift "Crónica" behauptet in den wenigen Exemplaren, die verteilt werden konnten, daß Serrano die Armee benutzt habe, um in einer Flucht nach vorn einem drohenden Amtsenthebungsverfahren wegen Korruption zu entgehen (Siehe: El País, 29.5.1993). An diesen Vermutungen mag ein Korn Wahrheit sein. Aber die Idee, ein ziviler Präsident wie Serrano oder sein Stellvertreter Gustavo Ispina könne die Armee dazu zwingen, noch dazu ohne starke Partei im Rücken, zu seinen Gunsten und zum Schaden der Armee zu putschen, ist abstrus. Das verkennt völlig, wer die entscheidende machtpolitische Größe Guatemalas ist: die Armee!

Die wirklichen Hintergründe

Schüler- und Studentenunruhen: Seit Ende April gab es in der Hauptstadt eine massive Protestwelle. Sie entzündete sich an der geplanten Abschaffung von Fahrgutscheinen für die städtischen Busse. Diese Gutscheine waren 1990 erkämpft worden, nachdem die Fahrpreise angehoben worden waren. Nach Plänen des Erziehungsministeriums sollten die Fahrgutscheine durch einen Ausweis ersetzt werden, der Schülerinnen und Schülern, sofern sie Schuluniformen tragen, den kostenlosen Transport sichert. Viele Schulpflichtige lehnen das Tragen der Schuluniformen ab. Außerdem befürchten sie, daß die Ausstellung von Ausweisen Kontrollmöglichkeiten beinhalte. Mit Straßenblockaden, Schulbesetzungen und Demonstrationen machten sie seit dem 27. April ihrem Unmut Luft. Als am 11. Mai ein Student von einem Leibwächter eines Parlamentariers erschossen wurde, verstärkten sie ihre Proteste. Der wichtigste Zusammenschluß der legalen Opposition, die "Einheit für Gewerkschafts- und Volksaktionen" (UASP), unterstützte die Jugendlichen und kündigte ebenfalls Demonstrationen an. Verteidigungsminister García Samayoa machte die Guerilla für die sozialen Unruhen in der Hauptstadt verantwortlich.

Flüchtlinge/Geheime Widerstandsdörfer (CPR): Nach den 2.500 Flüchtlingen, die Ende Januar aus den mexikanischen Lagern in ihre Heimat zurückgekehrt waren, kündigten weitere 4.000 an, daß sie zurück wollten. Die Regierung tut alles in ihrer Macht stehende, um die kollektive, organisierte und international begleitete Rückkehr ("retorno") zu behindern und zu verzögern. Regierung und Armee ziehen die unorganisierte und individuelle Repatriation ("repatriación") vor, welche die Zurückkehrenden in eine vollkommene Abhängigkeit von staatlichen Institutionen bringt. Die 2.500 waren überdies in ein Gebiet zurückgekehrt, das in unmittelbarer Nähe zu Zonen mit Guerillaaktivität liegt. Die organisierten Flüchtlinge gelten ebenso wie die etwa 25.000 Bewohner der geheimen Widerstandsdörfer (CPR), die in derselben Gegend wohnen, als Guerillaunterstützer. Die Armee versucht, die Zivilbevölkerung dieses abgelegenen Gebietes, des Ixcán (Norden des Departament Quiché), zu paramilitärischen Diensten zu pressen und diejenigen, die sich weigern, zu vertreiben. (S. Artikel dazu in diesem ak.)

Die zurückgekehrten Flüchtlinge und die CPR-Bewohner wehren sich gegen diese perfide Strategie der Armee. Beginnend mit Ende November 1992 und insbesondere seit Februar 1993 lancierte die Armee eine der größten Militäroffensiven seit Jahren. Sie richtet sich insbesondere gegen die zivilen Bewohner der "geheimen Widerstandsdörfer". Etwa 2.000 Personen mußten über die Grenze nach Mexiko fliehen. Mit diesen Angriffen will die Armee die "strategischen Rückzugsgebiete" der größten Guerillabewegung, der "Guerillaarmee der Armen" (EGP), zerstören und diese militärisch schwächen. Die bloße Präsenz von Zivilbevölkerung und ausländischer Beobachtung ist dafür hinderlich. Die Presseabteilung der Armee (DIDE) forderte die Bevölkerung der Widerstandsdörfer in einer Anzeige vom 11. Mai auf, den Ixcán zu verlassen, da die Armee mit ihren Operationen fortfahren werde. Die oppositionelle Nachrichtenagentur CERIGUA kommentierte vor dem Putsch: "Die Vorfälle lassen die Hoffnungen auf einen baldigen Friedensschluß auf Null sinken.

Offensichtlich haben sich in der Regierung und in der Armee jene Kräfte durchgesetzt, die eine Verhandlungslösung mit der Guerilla ablehnen und allein auf deren militärische Vernichtung setzen." (POONAL Nr. 93, 17.5.93, S.2)

Gerichtliche Verurteilung von Militärs: "Für sie ist das, als hätte man Gott mit schmutzigen Händen angefaßt", erläuterte mir ein Guatemalteke das Gerichtsurteil gegen einen Angehörigen des militärischen Geheimdienstes G-2. Am 11. Mai hatte Hauptmann Hugo Contreras zwanzig Jahre Gefängnis bekommen, weil er im Juli 1990 an der Ermordung des US-Bürgers Michael Devine, einem mutmaßlichen Mitarbeiter der Drogenbekämpfungsbehörde DEA, beteiligt gewesen sei. Heeressprecher Julio Yon äußerte umgehend sein Mißfallen über diesen Richterspruch, der nach jahrelangen Pressionen aus den USA zustandekam. Der "Fall Devine" war der Anlaß, daß die USA ihre (geringe) Militärhilfe einfroren. Zwei Tage nach dem Richterspruch floh der Verurteilte unter seltsamen Umständen aus der außerordentlich gut abgeschirmten Kaserne Mariscal Zavala in der Hauptstadt. Die US-Botschaft sprach in einer Note von einem "schweren Rückschlag" beim Kampf gegen die Straffreiheit.

Diesem Urteil kommt ebenso wie dem Richterspruch gegen Oberst Beteta, dem Verantwortlichen für den Mord an der kritischen Sozialwissenschaftlerin Myrna Mack, deswegen besondere Bedeutung zu, weil damit mit der traditionellen Straffreiheit für Verbrechen, die hochrangige Armeeangehörige begingen, gebrochen wurde. Aus Sicht der Armee brechen damit Dämme. Der Bericht der Wahrheitskommission im benachbarten El Salvador mit der Empfehlung, nahezu die gesamte Militärspitze abzuberufen und juristisch zu bestrafen, dürfte auch nicht gerade zur Beruhigung der uniformierten Massenmörder Guatemalas beigetragen haben.

Friedensverhandlungen geplatzt

Auf die diplomatische Offensive Serranos, der im Januar eine Initiative lancierte, um in "90 Tagen einen Waffenstillstand" zu erreichen (Siehe ak Nr. 352, März 1993, S.21-23), folgten drei Monate hektischer Gesprächsrunden. Nach einer halbjährigen Funkstille begann der Verhandlungsreigen am 23. Februar und endete am 8. Mai vorzeitig und ohne jegliches Ergebnis. In den Gesprächsrunden, die alle in Mexiko-Stadt und in Anwesenheit des Vermittlers Bischof Quezada Toruno und des UNO-Beobachters Dr. Jean Arnault stattfanden, ging es um die Unterschrift unter ein "Globalabkommen zum Schutz der Menschenrechte", einen zeitlichen Fahrplan für den Waffenstillstand sowie um die Neuordnung der übrigen Verhandlungspunkte. Die einzelnen Runden sollen hier nicht en détail nachgezeichnet werden. Runde für Runde deutete der Vermittler, Bischof Quezada Toruno, die kurz bevorstehende Unterschrift unter ein Abkommen an. Immer wieder scheiterte es um Haaresbreite. Jedoch, so Quezada regelmäßig, hätten sich die Parteien aufeinander zubewegt. Dabei war in Wirklichkeit das Verhandlungsklima so gespannt, daß sich beide Seiten nicht einmal in denselben Saal begeben mochten. So mußte der Vermittler zwischen beiden Delegationen hin- und herpendeln.

Letztlich blieb alles beim alten: Auf Drängen der Armee weigerte sich die Regierungsseite trotz vorheriger Zusage, ein sofort in Kraft tretendes Abkommen zum Schutz der Menschenrechte zu unterzeichnen, das von der UNO verifiziert wird. Die Guerillabewegung fordert dies als ersten Schritt. Die Regierungsseite lehnte auch die Schaffung einer "Wahrheitskommission" ab, die, ähnlich wie in El Salvador, sofort die Arbeit aufnehmen und unter UNO-Beteiligung die Bürgerkriegsverbrechen untersuchen soll. Die Regierung forderte statt dessen zuerst einen verbindlichen Zeitplan für einen Waffenstillstand mit einem fixen Enddatum für die Entwaffnung der Befreiungsbewegung URNG. Danach sehe man weiter, so der Leiter der Regierungsdelegtion Manuel Conde.

Die URNG wies den Versuch zurück, "Bedingungen zu diktieren, die ihren Kampf des politischen und sozialen Inhalts beraubten". Nach "dreißig Jahren des Kampfes für Demokratie und soziale Gerechtigkeit" gebe sich die URNG nicht dazu her, "lediglich über einen Waffenstillstand" zu verhandeln (URNG, 8. Mai 1993). Eine politische Lösung des bewaffneten Konfliktes ist nach dem Putsch in weite Ferne gerückt. "Ich sehe in der gegenwärtigen Situation bis auf weiteres keine Möglichkeit mehr, gegenüber der Befreiungsbewegung zu vermitteln", erklärte der Vermittler Quezada Toruno nach dem Putsch. Damit äußert sich der Bischof erstmals offen skeptisch. Er hatte sich bisher durch seine Eselsgeduld ausgezeichnet, mit der er die mühseligen Gespräche in Gang hielt.

Die Bedeutung des

"Putsches von oben"

Nach dem Fujigolpe, dem Staatsstreich des peruanischen Staatschefs Alberto Fujimori im April 1992, und der Ausrufung des "Zustandes innerer Erschütterung" im November 1992 in Kolumbien wurden nun auch in Guatemala die verfassungsmäßigen Grundrechte (Versammlungs-, Meinungs- und Organisationsfreiheit, Streikrecht usw.) außer Kraft gesetzt. Die zivilen Präsidenten der genannten Länder, die alle aus technisch "sauberen" Wahlen als Sieger hervorgegegangen und mit großen Vorschußlorbeeren angetreten waren, konzentrierten staatsstreichartig die exekutive Macht in ihren Händen und schalteten die Parlamente weitgehend aus. Sie verlagerten exekutive Funktionen auf das Militär, setzen es verstärkt gegen legale oppositionelle Bewegungen ein und beschneiden die Rechte bürgerlicher Oppositionskräfte in Parteien, Institutionen und Massenmedien.

Als Vorwand für diese "Politik der eisernen Faust" dienen ihnen in allen Fällen kaum handlungsfähige oder sogar korrupte Parlamente, die sich ausbreitende Drogenmafia und die Bedrohung von "Ruhe und Ordnung" durch Massenaktionen oppositioneller Basisbewegungen, die bessere Lebensbedingungen fordern. Die parlamentarisch-demokratischen Systeme vieler Länder Lateinamerikas, die Mitte der achtziger Jahre die Militärdiktaturen hinter sich gelassen hatten, jedoch deren unsoziale Wirtschaftspolitik beibehielten, sind in eine tiefe Krise geraten. So durchlebt Haiti nach der Vertreibung des gewählten Armenpriesters Aristide durch die Armee eine Dauerkrise; die Absetzung des sozialdemokratischen Präsidenten von Venezuela, Carlos Andrés Pérez, wegen Korruption sowie die zeitweilige Militarisierung Ecuadors sind weitere Warnsignale.

In allen Fällen bieten die Regierenden, formal fast ausschließlich Zivilisten, jederzeit die Gewähr dafür, erhebliche Anteile der Exporteinnahmen für die Bedienung der Auslandsschulden an internationale Banken zu transferieren. Sie garantieren auch die Verabreichung der bitteren sozialpolitischen Medizin, die internationale Finanzgremien verordnen. Wenn Sie jedoch, um organisierte Massenproteste gegen die Folgen ihrer Politik einzudämmen, die verfassungsmäßige Ordnung zur Disposition stellen, ernten sie Kritik bei denselben westlichen Regierungen, die ihrem Wirtschaftskurs Beifall klatschen. Diese paradoxe Haltung, die der Westen seit dem Niedergang des Realsozialismus einnimmt - vorher wurden alle Regimes unterstützt, Hauptsache sie waren treue Verbündete gegen die UdSSR -, trägt mit dazu bei, daß die gewählten Regierungen und die De-facto-Regimes in Lateinamerika auf Dauer als politisch instabil eingeschätzt werden müssen.

Al., Nürnberg

Karlsruher Embryonenschutz

Das höchste Männergericht des Landes hat für Recht erkannt: "Das grundsätzliche Verbot des Schwangerschaftsab-

bruchs und die grundsätzliche

Pflicht zum Austragen des Kindes sind zwei untrennbar verbundene Elemente des verfassungsrecht-

lich gebotenen Schutzes." Der Urteilsspruch, der Abtreibungen für rechtswidrig, aber nicht strafbar erklärt, wird dazu führen, daß schätzungsweise 80% der Abbrüche nicht mehr von den Krankenkassen bezahlt werden. Nach dem Gesetz des "freien Marktes" dürften die Preise für Abtreibungen kräftig anziehen. Darüberhinaus erleichtert das Karlsruher Urteil den selbsternannten "Lebensschützern" das Geschäft und ermutigt sie, ihre lärmenden Kampagnen für das "ungeborene Leben" noch hemmungsloser fortzusetzen. Erst kürzlich nahm der CDU-Bundestagsabgeordnete Jäger dabei Schützenhilfe der rechtsextremen Zeitschrift "Junge Freiheit" in Anspruch. Das Blatt war im April mit der "Enthüllung" erschienen, daß die "Abtreibungslobby von der Stasi gelenkt" werde.

S.11

34. Widerstandsdörfer in Guatemala

Seit zehn Jahren leben Zehntausende außerhalb der Kontrolle des Militärs

Autor: Hermann Werle · Rubrik: Guatemala · CD-Datei: daten/aksuche/ak355/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:355:25

Circa 50.000 Todesopfer forderte die Vernichtungspolitik der guatemaltekischen Militärregierungen gegen die indigene Bevölkerung allein zwischen November 1981 und Anfang 1983, woraufhin eine massenhafte Fluchtbewegung einsetzte. Von gut sieben Millionen BewohnerInnen Guatemalas (1980) befanden sich in dieser Phase eine Million auf der Flucht. Sehr viele suchten Schutz im Ausland (vor allem im angrenzenden Mexiko), wo heute noch mindestens 150.000 GuatemaltekInnen darauf warten, in ihre Heimat zurückkehren zu können. Von den 46.000 Menschen, die als Flüchtlinge anerkannt sind, erfüllte sich für die ersten 2500 am 20. Januar 1993 ihr Wunsch, als sie organisiert und in Begleitung internationaler BeobachterInnen die Grenze nach Guatemala überschritten. (siehe ak 352)

Der größte Teil der damals vom Militär Verfolgten blieb jedoch in Guatemala und fiel dort unter die totale Kontrolle des Militärs oder versuchte, in der Anonymität der Hauptstadt unterzutauchen. Eine zahlenmäßig kleine Gruppe von einigen zehntausend Menschen hingegen drang in die schwer zugänglichen Regionen der nordwestlichen Provinzen Quiché und Huehuetenango ein und versuchte dort, zunächst unorganisiert außerhalb der militärischen Kontrolle, zu überleben. 1990 konstituierten sie sich zu den "Comunidades de Poplacion en Resistencia" (CPR), sie treten seitdem verstärkt an die Öffentlichkeit, um der seit nunmehr elf Jahren anhaltenden Verfolgung durch die guatemaltekische Armee entgegenzuwirken. Die RückkehrerInnen und die Widerstandsdörfer sind ins Zentrum der Aufmerksamkeit der guatemaltekischen Politik gerückt, da auf der einen Seite von diesen Menschen ein Mobilisierungsschub auf die guatemaltekische Bevölkerung und die Volksorganisationen überspringt und auf der anderen Seite das politische Bewußtsein und die Organisiertheit den Herrschenden im Lande Angst einjagt, was der wieder zunehmende Terror gegen Oppositionelle und die im November 1992 begonnene Offensive, die gezielt gegen die CPR gerichtet ist, dokumentiert. Derzeit leben rund 25.000 Menschen in den Widerstandsdörfern.

Vorgeschichte

Zwischen 1944 und 1954 wurden unter den Präsidenten Arevalo und Arbenz Agrarreformgesetze verabschiedet, die es u.a. ermöglichten, die United Fruit Company zu enteignen, und mit einer gerechten Landverteilung zu beginnen. Nach dem Putsch 1954, der maßgeblich vom CIA organisiert und angeführt wurde und Oberst Armas die Präsidentschaft einbrachte, wurden unter diesem und seinem Nachfolger Fuentes, Präsident von 1957-1963, sämtliche Errungenschaften der Reformphase rückgängig gemacht. Die gesellschaftliche Polarisierung nahm in diesen Jahren mit der neuerlichen Umverteilung des Landes zu Ungunsten der überwiegend indigenen Landbevölkerung stark zu, da viele Bauern und Bäuerinnen gezwungen wurden, saisonal unter den widrigsten Umständen auf den riesigen Plantagen an der Südküste zu arbeiten, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Bezugnehmend auf den gescheiterten Putschversuch rebellierender Armeeangehöriger vom 13. November 1960, gründeten einige der beteiligten Offiziere ein Jahr später die erste Guerillabewegung "Movimiento Guerrillero Alejandro de Leon-13 de Noviembre" (MR-13). Diese Gruppe begann 1962 im Osten Guatemalas mit bewaffneten Aktionen, vor allem gegen Einrichtungen der United Fruit und Militärposten. Es gelang der Guerilla in den folgenden Jahren, festere Strukturen und mehrere Fronten aufzubauen, die jedoch nach dem Tod Turcios Limas am 2. Oktober 1966 aufgerieben wurden. Mit Turcios Lima war die entscheidende Führungspersönlichkeit der Guerilla umgekommen, da er für den Zusammenhalt der verschiedenen Strömungen stand. Ein weiterer Faktor für das Scheitern der ersten Guerilla war die verstärkte militärische Unterstützung der USA für den 1966 gewählten zivilen Präsidenten Montenegro. Die militärischen Offensiven wurden mit modernsten Methoden der Aufstandsbekämpfung durchgeführt, eingeschlossen die psychologische Kriegsführung, und richteten sich von Anfang an auch gegen die Zivilbevölkerung, Gewerkschaftsfunktionäre und andere Oppositionelle. Diese waren auch noch Ziel der militärischen Repression und der Todesschwadrone, als die Guerilla nahezu aufgehört hatte zu existieren.

Die Kooperativenbewegung

Mit der Verschärfung der ökonomischen Krise und der militärischen Bedrohung für die Zivilbevölkerung begannen katholische Missionare des Maryknoll-Ordens, sich ab 1963 vermehrt für die Bevölkerung

einzusetzen. Sie gründeten mit finanzieller Unterstützung aus dem Ausland Kooperativen, die der Bevölkerung, vor allem in den Provinzen Huehuetenango und Quiché neue Perspektiven des Überlebens eröffnete.

In der Agrarkooperative im Gebiet des Flusses Ixcán siedelten sich indianische Bauern und Bäuerinnen vorwiegend der Mam-, Kanjobal- und Chuj-Sprachgruppen an, die ihr Land verloren hatten. Das Ixcán-Gebiet war infrastrukturell noch nicht erschlossen, so daß es langer, entbehrungsreicher Arbeit bedurfte, um bis 1969 die Siedlungen Mayalán, Xalbal, Pueblo Nuevo, Los Angeles und Cuarto Pueblo zu gründen. Mit den Kooperativen begann auch die Organisierung in Gewerkschaften, von denen vor allem das "Comité de Unidad Campesina" (CUC) auch heute noch eine zentrale Rolle in der Widerstandsbewegung einnimmt. In den Kooperativen des Ixcán lebten Anfang der 80er Jahre über 40.000 Menschen. Das Klima und der gute Boden ließen bis zu drei Ernten jährlich zu, so daß viele Märkte bis in die Hauptstadt mit Agrarprodukten beliefert werden konnten. "Wir waren sehr zufrieden, denn nach all den Jahren des Leidens hatten wir nun endlich eigene Felder und eigenes Vieh", erinnert sich Mateo, ein früheres Mitglied der Kooperativen, der heute in einem Widerstandsdorf lebt. Es entstanden Kliniken, Schulen, Märkte, Kirchen, Verarbeitungsanlagen für Kardamom, Kaffee und Reis, kleine Radiostationen und Kraftwerke.

Die Zuwanderung zu den Kooperativen und deren Organisierung versuchten die Regierungen Montenegro bis 1970 und Osorio (1970-74) mit selektiver Repression und später dem Entwicklungsprojekt FTN (Franja Transversal del Norte) zu lenken bzw. zu unterbinden. Zudem wurde in den Gebieten der Kooperativen Erdöl und Nickel gefunden, so daß die Machthaber auch in dieser Hinsicht Interesse daran hatten, die Region unter ihre Kontrolle zu bringen. Die militärische Belagerung von strategischen Punkten und auch die Repression begannen bereits 1965. In diesem Jahr wurden 35 Leiter von Kooperativen zuerst gefoltert und dann ermordet. Die von der Regierung zuerst verfolgte Strategie der Kolonisation der damals unbedeutenden Ixcán-Region unter Vermeidung einer Landreform wich, mit der Entwicklung der Region, zusehends einer Strategie der Privatbereicherung durch hohe Militärs.

Seit 1975 unterstützte eine neue Guerillabewegung den Kampf der unterdrückten Indigenas. Das "Ejercito Guerillero de los Pobres" (Guerillaheer der Armen, EGP) begann 1967 mit der Aufbauarbeit des bewaffneten Widerstands und bezog sich dabei direkt auf die indigene Bevölkerung. Im April 1975 wurde der "Tiger vom Ixcán", der Großgrundbesitzer Luis Arenas Barrera, von einem Kommando des EGP erschossen. Mit dieser Aktion wurde eine Symbolfigur der Reaktion getroffen. Die Verbundenheit mit dem Kampf der Indigenas beschrieb ein Dokument des EGP aus dieser Zeit, das diese in weiten Teilen des Hochlandes veröffentlichte, und das die Situation der doppelten Unterdrückung zum einen durch Ausbeutung, zum anderen durch die kulturelle und politische Unterdrückung erläuterte.

Verbrannte Erde

und Modelldörfer

1978 wurde General Garciá mit Hilfe offensichtlichen Wahlbetrugs und bei 60 Prozent Stimmenthaltung zum Präsidenten gewählt. Unter seiner Regierung beging die Armee am 29. Mai 1978 das Massaker von Panzos, bei dem über 100 Menschen ermordet wurden. Mit diesem Massaker begann eine Welle der Gewalt, die mit dem "Programm der verbrannten Erde" ihren Höhepunkt finden sollte. Mit der Begründung, die URNG (Unidad Revolucionaria Nacional Guatemalteca), zu der sich am 25. Januar 1982 vier Guerillagruppen Guatemalas zusammengeschlossen hatten und die zu dieser Zeit über etwa 3500 permanente KämpferInnen verfügte (davon etwa 80% Indigenas), zu bekämpfen, wurden mehrere Offensiven der Armee gestartet, die in den drei Monaten vom Februar bis zum April 1982 nahezu die gesamte Bevölkerung der Ixcán-Region zur Flucht zwang. Sämtliche Siedlungen der Kooperativen wurden verwüstet und die Bevölkerung, wenn sie es nicht geschafft hatte zu fliehen, ermordet. So wurden z.B. vom 14. bis 16. März in Cuarto Pueblo 300 DorfbewohnerInnen vom Militär mit Messern niedergemetzelt.

Diese Politik wurde durch Rios Montt, der sich im März 1982 an die Macht putschte, in ein Programm integriert, das nach der "Politik der verbrannten Erde", die die Trennung der Zivilbevölkerung von der Guerilla erreichen sollte, den Wiederaufbau, die Stabilisierung und Kontrolle und danach die Wiederherstellung der Demokratie vorsah. In den Bereich "Wiederaufbau" fiel die Wiederansiedlung der Bevölkerung unter Kontrolle des Militärs in sogenannten Modelldörfern, die nach militärstrategischen Gesichtspunkten errichtet und in unmittelbarer

Nähe einer Militärbasis angelegt wurden und damit einen "Entwicklungspol" bildeten. Die hier lebenden Menschen werden einer Umerziehung unterzogen und befinden sich unter der vollständigen Kontrolle des Militärs. Zu dem Konzept gehört u.a., die Menschen eines Dorfes so auszuwählen, daß sie möglichst wenig Widerstandspotential entwickeln können, d.h. daß sie aus verschiedenen Sprachgebieten kommen und dadurch nicht einmal die Kommunikation innerhalb eines Dorfes möglich ist. Ebenfalls ein Produkt dieser Zeit sind die "Patrullas de Autodefensia Civil" (PAC), die in allen Dörfern der Konfliktzone eingerichtet wurden. Die Männer werden in den Dienst der PAC gezwungen und müssen, direkt dem Militär unterstellt, einmal pro Woche eine 24-Stunden Wache leisten und dem Militär über Unregelmäßigkeiten im Dorf berichten und gegen "subversive" Elemente vorgehen.

Organisierung im Dschungel

Um der Kontrolle durch das Militär zu entgehen, zogen es Zehntausende vor, den Überlebenskampf im Dschungel, in Gebieten der Provinz Quiché, aufzunehmen. Einer der Kooperativisten: "Wir suchten Zuflucht in den Bergen, obwohl wir keine Erfahrung darin hatten, in der Wildnis zu leben. Das ganze folgende Jahr 1983 verfolgten sie uns. In jenem Jahr litten wir entsetzlich. Wir waren ohne Essen, ohne Kleidung, ohne Unterkunft, dem Regen, der Sonne und der Nachtkälte ausgesetzt. Aus purer Not aßen wir die Früchte, die wir die Tiere essen sahen, und dadurch konnten wir überleben. (...) Das ganze Jahr hindurch trafen wir Menschen in den Bergen, die ebenfalls ihre Wohnstätten verlassen hatten. (...) Am Ende des Jahres diskutierten wir, was wir machen sollten. Viele Familien waren über die Grenze nach Mexiko gegangen, aber wir wollten das nicht tun - unseren Grund und Boden verlassen, unser Land, das uns so viel Mühe gekostet hatte. Wir beschlossen, lieber in den Bergen zu leben - wie hart das auch immer sein würde, statt uns der Kontrolle der Armee oder der mexikanischen Behörden zu unterwerfen. Nachdem wir als große Gruppen von der Armee angegriffen worden waren, beschlossen wir, uns in den Bergen in viele kleine Gruppen aufzuteilen, Gruppen von 25 bis 30 Familien, so daß wir uns schnell bewegen und schneller entkommen konnten, wenn die Armee in die Nähe kam."

Aus diesen "mobilen Gemeinschaften", die zunächst keine festen Strukturen hatten, entwickelten sich mit zunehmender Organisierung des alltäglichen Lebens feste Ansiedlungen. Dafür war es wichtig, die Sicherheit der kleinen Dörfer zu gewährleisten. Es wurden Wachen eingeteilt, und zwischen den Siedlungen entstand ein Kommunikationssystem, das Informationen über anrückende Militäreinheiten sofort an alle gefährdeten Orte weitergibt. Es existiert ein Alarm- und Rückzugssystem, sowie Notpläne, nach denen die Bevölkerung sich im Falle einer Flucht zerstreut und dann wiederfindet. An prädestinierten Stellen sind Fallen installiert. Seit 1984 wurde damit begonnen, die Bereiche der Produktion, Gesundheit und Bildung zu organisieren. Die Erfahrungen, die viele der Flüchtlinge während der Kooperativenbewegung gemacht haben, waren hierbei von großer Bedeutung.

Die CPR treten

an die Öffentlichkeit

Erste offensive Schritte in die Öffentlichkeit unternahmen die Gemeinden, die sich inzwischen als "Comunidades de Poblacion en Resistencia" (CPR) konstituiert hatten, im September 1990 bei einem ersten Zusammentreffen mit PressevertreterInnen gualtemaltekischer Medien. Zusammengefaßt waren die Forderungen der CPR:

1. Anerkennung durch die Regierung als "Zivile Landbevölkerung im Widerstand".

2. Das Recht in die ursprünglichen Gemeinden in Freiheit zurückzukehren, Rückerhalt des Landes und Zusammenführung der Familien.

3. Demilitarisierung der Gebiete.

4. Zusicherung der Menschenrechte, inklusive des Rechts auf Organisations- und Bewegungsfreiheit.

5. Freien Zugang für Nichtregierungs- und Kirchenorganisationen in die Fluchtgebiete.

Im Oktober 1990 hatten Kirchen-, Menschenrechts- und Nichtregierungsorganisationen die "Comision Multipartita" gegründet, die seitdem die Belange der CPR vertritt und mit deren Unterstützung zum ersten Mal ein Besuch bei den CPR im Ixilgebiet (Sierra) unter Partizipation von DiplomatInnen und

RegierungsfunktionärInnen im Februar 1991 realisiert wurde. Im August 1992 folgte eine weitere Delegation mit nationaler und internationaler Begleitung. Im September gab es ein Gespräch mit dem gualtemaltekischen Verteidigungsminister Samayoa, das jedoch keine Lösung in Aussicht stellte, da für Samayoa die CPR nach wie vor der politische Arm der URNG sind. Vom 22. September bis zum 26. Oktober 1992 reiste eine Vertretung der CPR nach Europa, um mit europäischen Hilfswerken und Regierungsstellen zusammenzutreffen, denen die Forderungen und Perspektiven der CPR erläutert wurden. Bei diesen Treffen wurden Möglichkeiten der Unterstützung diskutiert, und ein Resultat war die Planung des ersten Besuches einer großen internationalen Delegation zu den Widerstandsdörfern auf dem Landweg.

Besuch von einer internationalen Delegation

Vom 15.2.93 bis zum 25.2.93 besuchten 410 Menschen die CPR in der Sierra und im Ixcán. Beteiligt waren VertreterInnen guatemaltekischer Volksorganisationen und der katholischen Kirche Guatemalas, die durch die Bischöfe Julio Cabrera und Alvaro Ramazzini vertreten war. Die InternationalistInnen kamen u.a. aus Kanada, USA, El Salvador, Mexiko, Australien und mehreren europäischen Staaten, um die Forderungen der CPR zu unterstützen, vor allem die der Anerkennung als zivile Landbevölkerung. Die Sierra-Delegation bekam jedoch bereits unterwegs zu spüren, daß die Offensive, die das Militär im November 1992 begann, auch eine massive Kampagne gegen die Menschen aus den CPR beinhaltete. In mehreren Orten, die die BesucherInnengruppe erreichte, initiierten PAC-Angehörige kleine Gegenkundgebungen, und in einem Fall verhinderten sie, daß der Delegation Tragetiere zur Verfügung gestellt wurden. Die Ixcán-Gruppe konnte die militärische Bedrohung in den Nächten erleben, wenn unbeleuchtete Hubschrauber die Region der Dörfer überflog und dort in Windeseile alle Lichter und Feuer gelöscht wurden, um im Ernstfall kein genaues Ziel zu bieten. Am 20.2.93 wurde zum wiederholten Mal das Dorf Cuarto Pueblo vom Militär angegriffen. (Die Widerstandsdörfer tragen häufig die Namen der im Rahmen der Kooperativenbewegung in den sechziger Jahren gegründeten Siedlungen.) Dadurch konnten die VertreterInnen dieses Dorfes nicht an der Versammlung teilnehmen, die in Pueblo Nuevo mit der Delegation und Leuten aus anderen Widerstandsdörfern stattfand. Lediglich ein Vertreter machte sich auf den gefährlichen Weg und erzählte von der nächtlichen Flucht in den Dschungel. Eine Woche später mußten die BewohnerInnen von Cuarto Pueblo und Los Angeles, insgesamt über 1.000 Menschen, nach Mexiko fliehen, da das Militär massiv nachsetzte und zeitweise sogar die Grenze nach Mexiko überschritt. Mit dem Staatsstreich des Präsidenten Jorge Serrano Elias am 25. Mai und der Absetzung desselben am 1. Juni durch den Verteidigungsminister Garcia Samayoa hat das Militär freien Handlungsspielraum, wie zu den Zeiten der Militärdiktaturen. Es ist nun zu befürchten, daß sich die Offensive der Armee über weite Teile des Landes ausbreiten wird und die Menschen in den Widerstandsdörfern zu den ersten Leidtragenden gehören werden.

Hermann Werle

35. Politische Differenzen in der FMLN

Nominierung des Präsidentschaftskandidaten umstritten

Rubrik: El Salvador · CD-Datei: daten/aksuche/ak355/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:355:36

Die "Befreiungsbewegung Farabundo Martí" (FMLN) kann sich bei der Nominierung des Präsidentschaftskandidaten für die Wahlen im April 1994 offenbar nicht auf einen Kandidaten einigen. Während sich die Volksbefreiungskräfte (FPL), die stärkste sozialistische Kraft innerhalb der FMLN, bereits auf die Unterstützung des Gespanns Rubén Zamora (Demokratische Konvergenz) und Facundo Guardado (FPL) festlegten, sprachen sich die FMLN-Mitgliedsorganisationen ERP, RN und PRTC für die Unterstützung des Christdemokraten Dr. Abraham Rodríguez aus. Die Kommunistische Partei (PCS) hat sich noch nicht entschieden. Damit kommen in der FMLN in einer für die zukünftige Arbeit wichtigen Frage erneut tiefgreifende Differenzen zum Vorschein. Vor dem Hintergrund des politischen Umbruchs in El Salvador werden im Folgenden die unterschiedlichen Positionen anhand einiger konkreter Streitpunkte erläutert.

In der ehemaligen Guerillabewegung "Farabundo Martí" gibt es seit Monaten scharfe innerorganisatorische Kontroversen, die jedoch nur zum Teil an die Öffentlichkeit dringen. Die Streitigkeiten gehen über unterschiedliche Positionen in konkreten Sachfragen (Wahrheitsbericht der UNO, Wahlen) hinaus und betreffen auch die zukünftige politische Orientierung der FMLN. Diese Differenzen sind eine Folge des politischen Umbruchs, der in El Salvador mit dem Inkrafttreten des Friedensabkommens am 1. Februar 1992 begann. Vorher hatten der Krieg sowie die von Todesschwadronen und Sicherheitskräften forcierte physische Liquidierung der Linken die fünf Organisationen, welche die FMLN bilden, zusammengeschweißt. Durchaus vorhandene Kontroversen wurden bis Kriegsende im wesentlichen einvernehmlich geklärt oder zurückgestellt, so daß die FMLN in aller Regel einheitlich auftreten und agieren konnte. Dies war die entscheidende Voraussetzung dafür, unter ungünstigen außenpolitischen Bedingungen der militärisch starken Armee trotzen zu können. Mit dem Ende der bewaffneten Konfrontation hat der Außendruck auf die FMLN, der überlebensnotwendige Zwang zum einheitlichen Handeln, abgenommen. Der Friedensschluß erfordert zudem von allen politischen Tendenzen des Landes neue politische Konzepte und fördert die Ausdifferenzierung des gesamten politischen Spektrums. Die aktuelle Aufgabe besteht nicht mehr wie in den vergangenen zwölf Jahren darin, Kräfte und Ressourcen für eine erfolgreiche Kriegsführung bzw. für die Beendigung des Krieges zu sammeln. Vielmehr müssen nun Vorstellungen entwickelt werden, wie das im Verlauf des Krieges akkumulierte "politisch-ideologische, organisatorische, ökonomische und militärische Kapital" mit möglichst geringen Reibungsverlusten so transformiert werden kann, daß es unter Friedensbedingungen das eigene politische Projekt stärkt. Dabei handelt es sich um einen außerordentlich schwierigen Prozeß. Denn es ist eben überhaupt nicht gesagt, daß fähige militärische Kader, die die FMLN zweifellos in beträchtlicher Anzahl hatte, sich nun schnell und ebenso effizient in die politische Arena einmischen können. Neben diesen Übergangsproblemen, die in El Salvador ebenso auftreten müssen wie in vergleichbaren Fällen, ist zu berücksichtigen, daß, erstmals seit Jahrzehnten, im Land ein Prozeß der Demokratisierung beginnt. Dies eröffnet der revolutionären Linken des Landes Spielräume für legales Agieren, wie sie bisher in El Salvador in dieser Form noch nie existiert hatten. Darüber hinaus bröckelt die politische Hegemonie der Allianz aus Großgrundbesitz, Finanzkapital, ultrarechter ARENA-Partei und Militärs. Die geänderten objektiven Bedingungen führen in allen wichtigen Parteien - der ultrarechten ARENA, der Christdemokratie, dem links-zentristischen Bündnis Demokratische Konvergenz (CD), der ehemaligen Militärpartei PCN und auch der FMLN - zu erheblichen Auseinandersetzungen. Die Neuorientierung ist bei den meisten Kräften noch voll im Gange.

Zwei Strömungen in der FMLN

Im letzten ak (Nr. 354, S. 26ff) wurden die fünf Organisationen vorgestellt, die sich im Oktober 1980 unter Wahrung ihrer organisatorischen und politischen Autonomie zur "Befreiungsfront Farabundo Martí" (FMLN) zusammenschlossen. Es wurde gezeigt, daß diese bereits in der Vergangenheit unterschiedliche politisch-ideologische und organisatorisch-praktische Vorstellungen vertraten. Ein Teil dieser Unterschiede hat sich zwar in den letzten zwölf Jahren des Kriegs abgeschliffen, andere bestehen aber noch fort. In den letzten Monaten sind darüber hinaus neue taktische und strategische Differenzen entstanden, die dazu führen dürften,

daß sich die Kräfte, die heute die FMLN bilden, in absehbarer Zeit neu formieren. Heute gibt es in der FMLN im Grunde zwei Strömungen:

- Eine sozialistische, die aus den "Volksbefreiungskräften" (FPL), der "Kommunistischen Partei" (PCS) sowie, mit Einschränkungen, aus der "Revolutionären Partei der Arbeiter Mittelamerikas" (PRTC) besteht. In dieser Strömung geben aufgrund ihrer Größe, organisatorischen Stärke und politischen Verankerung die "Volksbefreiungskräfte" (FPL) den Ton an. Die Kommunistische Partei (PCS) trägt den Ansatz mit, unter ungünstigen internationalen Rahmenbedingungen ein inhaltlich erneuertes sozialistisches Projekt aufzubauen, das der Linken El Salvadors mittel- und langfristig die Möglichkeit eröffnet, zur gesellschaftlich hegemonialen Kraft zu werden. Die sozialistische Strömung betreibt außerdem in Richtung der zentristischen, rechten und konservativen Parteien und Institutionen eine aktive Politik, die zur Schaffung eines gesellschaftlichen Konsenses zugunsten der Umsetzung der Friedensverträge, zu Demokratisierung und Entmilitarisierung beitragen soll.

- Unter Führung des "Revolutionären Volksheeres" (ERP) bildet sich innerhalb der FMLN derzeit eine sozialdemokratisch-zentristische Strömung heraus. Diese Tendenz wird vor allem vom "Nationalen Widerstand" (RN) mitgetragen, in Teilfragen auch von der PRTC. Diese Strömung, die dabei ist, sich programmatisch hin zur Sozialdemokratie zu orientieren, lehnt den Aufbau eines explizit linken Blocks mit Nachdruck ab und befürwortet statt dessen breite gesellschaftliche Koalitionen. Diese Bündnispolitik bis weit in die ultrarechte ARENA-Partei und in das Militär hinein hat für die sozialdemokratisch-zentristische Strömung innerhalb der FMLN keine taktische, sondern strategische Bedeutung. Diese Strömung sucht die enge Zusammenarbeit mit der internationalen Sozialdemokratie sowie der Demokratischen Partei der USA und weist für die Zukunft systemoppositionelle Politik als obsolet zurück.

Bei der Zuordnung einzelner Organisationen zur sozialistischen bzw. sozialdemokratisch-zentristischen Tendenz darf nicht übersehen werden, daß die skizzierten Tendenzen zum Teil auch innerhalb der fünf Organisationen anzutreffen sind. Klar abgrenzbare Fraktionen gibt es noch nicht.

Sozialdemokraten

und Zentristen

außerhalb der FMLN

Außerhalb der FMLN gibt es weitere politische Parteien und Kräfte, die sich in ideologischen Fragen von der sozialdemokratisch-zentristischen FMLN-Tendenz kaum unterscheiden. Sie sind in Form eigener Parteien oder Bündnisse organisiert, im Parlament präsent und verfolgen seit jeher eine Linie, die heute Teile der FMLN als "neu" präsentieren. Es handelt sich dabei insbesondere um die "Demokratische Konvergenz" (CD), die derzeit aus der linkschristlichen MPSC, der kleinen KP-Abspaltung UDN und der winzigen sozialdemokratischen Gruppe PSD besteht. In der "Demokratischen Konvergenz" sind im wesentlichen die Kräfte der ehemaligen "Demokratisch-Revolutionären Front" (FDR) zusammengeschlossen, die als Zusammenschluß der nicht-militärischen Opposition von 1980 an mit der FMLN ein enges Bündnis eingegangen war. Die "Demokratische Konvergenz" erzielte bei den Wahlen 1991 12% der Stimmen - die FMLN nahm weder teil noch boykottierte sie - und ist mit einigen Abgeordneten im Parlament vertreten. Sie wird von Rubén Zamora (MPSC) geleitet, der die dominante Figur im Bündnis ist. Ihm werden seit Jahren Ambitionen auf die Präsidentschaftskandidatur nachgesagt.

Außerhalb der "Demokratischen Konvergenz" gibt es noch die "Nationalrevolutionäre Bewegung" (MNR), die viele Jahre vom Vize-Vorsitzenden der Sozialistischen Internationale, Dr. Ungo, geführt wurde, Teil der FDR war und mit der FMLN eng zusammengearbeitet hatte. Nach dem Tod Ungos und der Ermordung eines weiteren Spitzenkaders, Héctor Oquelí, steht nun Victor Valle an der Spitze der MNR. Unter seiner Regie zog sich die MNR, die weiterhin Mitglied der Sozialistischen Internationale ist, aus der "Demokratischen Konvergenz" (CD) zurück und kandidiert alleine.

Es existieren also neben den FMLN-Mitgliedsorganisationen ERP und RN einige weitere Parteien, die sich als Repräsentanten der linken Mitte darstellen. Hier ist noch gar nicht berücksichtigt, daß der (in der Minderheit befindliche) Arbeitnehmerflügel der Christdemokratie, vor allem die UNOC-Gewerkschafter mit Abgeordnetenmandat, ebenfalls verwandte Vorstellungen vertreten.

Die programmatische Entwicklung der Befreiungsbewegung

Bekanntlich hat die FMLN ihre programmatische Plattform im letzten Jahrzehnt mehrfach revidiert. Das Programm für eine "revolutionäre demokratische Regierung" (GDR), das 1980 von einem militärischen Sieg über Armee und Oligarchie ausging und Maßnahmen für eine demokratisch-revolutionäre Phase skizzierte, die in eine sozialistische Etappe münden sollte, wurde 1983 durch das einer "provisorischen Regierung mit breiter Beteiligung" (GAP) ersetzt. Das GAP-Konzept war bereits unter dem Eindruck der US-Einmischung geschrieben und stellte sich nicht mehr den baldigen Übergang zum Sozialismus zum Ziel, sondern sollte als Grundlage für eine breite Zusammenarbeit zur Beendigung des Krieges sowie zum Wiederaufbau und zur Reformierung des Landes dienen. Dieses bündnispolitisch breiter angelegte Konzept, das anfänglich in den Volksbefreiungskräften (FPL) insbesondere von deren damaligem Generalsekretär Cayetano Carpio (alias Marcial) scharf bekämpft wurde, war die inhaltliche Grundlage für die Verhandlungspolitik der Guerilla. Daß die FMLN mit dem GAP-Programm programmatisch zurücksteckte, wurde damals von relevanten Teilen der Solidaritätsbewegung und der Linken (Linksradikale, Teile der Autonomen) als politischer Ausverkauf betrachtet. (1) Diese programmatische Kritik wurde jedoch "vergessen", zumal es der FMLN in den Folgejahren gelang, der US-Intervention zu widerstehen, an Stärke zu gewinnen und bedeutende militärische Operationen zu lancieren.

Nach dem Zusammenbruch des realsozialistischen Blocks und nachdem mit der FMLN-Novemberoffensive von 1989 Hoffnungen auf einen siegreichen Volksaufstand als bloße Wunschvorstellungen gelten mußten, legte die Guerilla im September 1990 eine "Proklamation an die Nation" vor. Darin wird eine "demokratische Revolution" gefordert: Dies bedeute u.a. die totale Entmilitarisierung und eine tiefgreifende Demokratisierung der Gesellschaft mit einem Parlamentarismus westlichen Zuschnitts. Die Ökonomie solle reformiert und unter Kontrolle der Beschäftigten - nicht wie früher vertreten: des Staates - solle ein wirtschaftlicher Pol in Händen der Bevölkerungsmehrheiten geschaffen werden. Die FMLN hob die Bedeutung des politischen Pluralismus und die Suche nach gesellschaftlichem Konsens hervor, während sie früher immer die entscheidende Rolle der revolutionären Kräfte als Motor gesellschaftlicher Transformation betont hatte. (2) Dieses Dokument skizziert als kurz- und mittelfristige Aufgabe, eine tiefgreifende strukturelle Umwälzung zu erkämpfen, die im Kontext El Salvadors durchaus zurecht als "demokratische Revolution" bezeichnet wird. Gleichzeitig hielt die Befreiungsbewegung an einer sozialistischen Perspektive fest. Vergleicht man diese weiterhin gültige programmatische Grundlage der FMLN mit dem Inhalt des Friedensabkommens von Chapultepec, das eineinhalb Jahre später unterschrieben wurde, wird man unschwer feststellen, daß die FMLN weitere Abstriche machen mußte: So wurde die Armee zwar reduziert, aber längst nicht abgeschafft, die ökonomischen Reformansätze sind bescheiden etc. Im Zuge der Wahlvorbereitungen gibt es nun neue Diskussionen um das Programm der FMLN. Dieses Wahlprogramm liegt noch nicht vor. Die Diskussionen sind noch in keiner Strömung abgeschlossen.

Konkrete Streitpunkte

in der FMLN

Ich halte es für wahrscheinlich, daß sich die ehemalige Guerillabewegung trotz offenkundiger taktischer und strategischer Differenzen auf ein Wahlprogramm einigen kann, das sich inhaltlich an der "Proklamation an die Nation" vom September 1990 orientiert. Mit vagen Kompromissen, beliebig interpretierbaren Formulierungen, nichtssagenden Formeln etc. läßt sich der Eklat auf dem Papier vermeiden. Im konkreten politischen Alltag wird das sehr viel schwieriger sein. Hier gibt es Krach.

- Zu den politischen Methoden: Während der gemäßigte FMLN-Flügel voll auf Konfliktvermeidung und Konsensbildung mit der Rechten (ARENA und Armeeführung eingeschlossen) setzt, favorisieren die Volksbefreiungskräfte (FPL), Kommunistische Partei (PCS) sowie viele Basisorganisationen ein Wechselspiel von Konfrontation und "konzertierter Aktion" mit dem herrschenden Block. Ein Beispiel mag diesen Widerspruch illustrieren: Im Sommer 1992 hatte die Menschenrechtskommission CDHES eine Kampagne gegen die uniformierten Menschenrechtsverletzer gestartet. Sie gab ein Bulletin heraus, veröffentlichte Flugblätter und Zeitungsanzeigen, in denen die Täterkarrieren von hochrangigen, noch aktiven Armeeoffizieren aufgelistet sind. CDHES richtete sich gegen die Straflosigkeit dieser Verbrechen und forderte "Gerechtigkeit". Daraufhin kreuzten jedoch führende Vertreter des sozialdemokratisch-zentristischen FMLN-Flügels persönlich

in der FMLN-nahen Tageszeitung "Diario Latino" auf und setzten sie unter Druck, damit sie die Anzeigen der Menschenrechtskommission aus dem Blatt nehme. (3)

- Die politische Logik, auf Grundlage derer beide FMLN-Strömungen handeln, deckt sich nicht. Greifen wir noch einmal das obengenannte Beispiel auf: Beide FMLN-Strömungen nehmen für sich in Anspruch, für die Verteidigung der Menschenrechte einzutreten. Während jedoch der gemäßigte Flügel betont, man müsse alles vermeiden, was erneute gewalttätige Reaktionen der Streitkräfte und der Ultrarechten provozieren könnte, geht die sozialistische Strömung davon aus, daß die beste Garantie für den Schutz der Menschenrechte der aktive Kampf um die politische Isolierung und juristische Verurteilung dieser Kräfte sei.

Was angesichts der schleppenden Verteilung von Land zu tun sei ist ebenfalls umstritten. Während die Zentristen verhandeln und auf keinen Fall provozieren wollen, zieht der linke Flügel - ohne das in der Öffentlichkeit allzu deutlich zu sagen - auch Landbesetzungen in Erwägung, um Regierung und Großgrundbesitzer unter Druck zu setzen.

- In mehreren konkreten Sachfragen, die für die Politik im Lande sehr wichtig sind, brachen - zum Teil auch öffentlich - tiefe Differenzen auf:

1. Die Ad-Hoc-Kommission hatte Präsident Cristiani eine streng vertrauliche Liste mit 103 Armeeoffizieren vorgelegt, die dieser gemäß Friedensvertrag spätestens bis 1. Januar 1993 entlassen mußte. Erst verzögerte er die Entscheidungen und schließlich erfüllte er seine Verpflichtungen nicht. Er weigerte sich insbesondere, 15 Offiziere zu entlassen; weitere 37 wurden lediglich vom Dienst suspendiert. Alle Organisationen der FMLN hatten sich im Dezember hinter dem Rücken der Volksbewegung und der demokratischen Öffentlichkeit auf Geheimverhandlungen mit Präsident Cristiani und der Armee eingelassen. Die FMLN konnte sich aber in diesen Geheimgesprächen auf keine einheitliche Position einigen: Ein Teil war bereit, über die Modalitäten und Zeiträume der Armeesäuberung zu reden. Ein anderer Teil war sogar bereit zu akzeptieren, daß bestimmte führende Armeevertreter bis auf weiteres nicht entlassen würden. Sie seien für die Aufrechterhaltung der Stabilität in der Armee wichtig, hieß es. Dafür verlangten ERP und RN finanzielle Gegenleistungen, Land und einen eigenen TV-Kanal, wie die Jesuitenuniversität UCA enthüllte. (4) Die Geheimgespräche scheiterten am 22. Dezember, weil sich die FMLN nicht auf einheitliche Forderungen einigen konnte. Daß sich die FMLN überhaupt mit der Regierung auf Geheimverhandlungen einließ, trug ihr, als es aufflog, heftige Kritik ein. In der Konsequenz war die FMLN weitgehend handlungsunfähig, als die Regierung die Empfehlungen der Ad-Hoc-Kommission einfach nicht erfüllte.

2. Die Konsequenzen, die aus dem Bericht der UNO-Wahrheitskommission vom 15. März zu ziehen seien, waren innerhalb der FMLN ebenfalls heftig umstritten. Zwar sprach sich die FMLN einvernehmlich für die Umsetzung der Kommissionsempfehlungen aus und sicherte dies auch für die eigenen Reihen zu, aber bezüglich des Amnestie-Gesetzes, das die ultrarechten ARENA durch das Parlament peitschte, gab es Differenzen. Die FMLN-Linke lehnt es ab, weil es ihrer Ansicht nach die notwendige Strafverfolgung der Täter verhindere. Die führenden ERP-Mitglieder Ana Guadelupe Martínez und Joaquín Villalobos wandten sich indessen explizit gegen eine weitere Strafverfolgung der Täter, als ich sie telefonisch interviewte. (5) Andererseits aber lehnen sie die Amnestie ab, weil sie weitere Untersuchungen - auch in der Linken - erschwere. Während sich also vor allem das ERP sehr an weiteren Untersuchungen interessiert zeigt, wird dies von anderen in der FMLN - wohl auch, weil sie den Eindruck haben, in dem Bericht gerade noch einmal ungerupft davongekommen zu sein - nicht als wichtige Forderung behandelt. Überdies können vier FMLN-Organisationen leicht, weil es für sie selbst konsequenzlos ist, die volle Erfüllung der Kommissionsempfehlungen einfordern, während vom ERP sechs Führungsmitglieder als verantwortlich für Übergriffe genannt sind. Ihnen wurde ein zehnjähriges Verbot auferlegt, öffentliche Ämter auszuüben. Während die FMLN-Linke mit den Kommissionsergebnissen versuchte, die Armee unter Druck zu setzen, beschwichtigte die ERP-Führung und tat ihrerseits viel, um die Bedeutung des Berichtes zu relativieren bzw. zu zerreden. So wurde dem Bericht innenpolitische Wirkung genommen, die voll gegen den herrschenden Block gerichtet ist. Diese Differenzen innerhalb der FMLN blockieren eine durchschlagende Kampagne zur Bestrafung der uniformierten Täter, die sich auf den Wahrheitsbericht stützen könnte und international sicherlich auf positive Resonanz stoßen würde.

3. Die Strategie für die Wahlen von 1994, insbesondere die Kandidatenaufstellung und die Bündnispolitik, sind in der FMLN heftig umstritten. Bisher wird fast ausschließlich über Kandidaten und Bündnisse und noch nicht

über politische Plattformen geredet. Diesen Wahlen kommt besonderes Gewicht zu, weil es sich um die erste wirklich freie Abstimmung in El Salvador handelt und zudem die Gemeinde-, Parlaments- und Präsidentschaftswahlen zusammenfallen. Das politische Kräfteverhältnis, das im kommenden Jahr festgeklopft wird, dürfte für einige Jahre Bestand haben. Ich betrachte im folgenden nur die Frage der Präsidentschaftskandidatur, weil sich hier die Konflikte am deutlichsten zeigen. Da der Kandidat die absolute Mehrheit braucht, um regieren zu können, ist es durchaus möglich, daß es zu zwei Wahlgängen kommt. Es geht also auch um die Frage, welche Empfehlung die unterlegenen oppositionellen Kandidaten in diesem Fall aussprechen. Im Kampf um die Sitze im Parlament und in den Kommunen können bzw. werden sich vermutlich auch andere Bündniskonstellationen ergeben.

Die regierende ultrarechte ARENA hat Ende März den Bürgermeister von San Salvador, Calderón Sol, als Präsidentschaftskandidaten nominiert. Zuvor hatte bereits die zentristische MNR ihren Vorsitzenden Victor Valle für das Amt aufgestellt. Seine Stimmen gehen der Opposition im ersten Wahlgang für den Präsidentschaftskandidaten auf jeden Fall verloren, denn Valle wird nur wenige Prozent bekommen. Persönliche Macht- und Profilierungsgelüste fordern hier ihren Tribut.

Die beiden FMLN-Flügel sind offen gespalten. Die linken "Volksbefreiungskräfte" (FPL) preschten vor und schafften mit dem Kandidatengespann Rubén Zamora (Demokratische Konvergenz) und, als Stellvertreter, Facundo Guardado (FPL) Fakten. Damit verbündeten sich die Linksaußen der FMLN mit der Hauptkraft des sozialdemokratisch-zentristischen Spektrums, eben der "Demokratischen Konvergenz" (CD). Sie können mit Rubén Zamora einen weithin bekannten und beliebten Bewerber vorweisen, der von allen Teilen der FMLN als der "natürliche Kandidat" für eine Mitte-Links-Koalition betrachtet wird. Dieses Gespann aus "Volksbefreiungskräften" (FPL) und "Demokratischer Konvergenz" mag für Außenstehende zunächst überraschend wirken. Aber die FPL haben zu diesem Spektrum, das auch linke Christen repräsentiert, traditionell gute Beziehungen. Beispielsweise gab es für die Wahlen von 1991 es eine vertrauliche Absprache, wonach die FPL der personell schwachen "Demokratischen Konvergenz", selbstverständlich inkognito, Leute für den Wahlkampf zur Verfügung stellten. Die FPL haben, ebenfalls inkognito, seither einen Abgeordneten im Parlament, der Fraktionsmitglied der Demokratischen Konvergenz ist. Dies wird weder offen zugegeben oder gar geschrieben, verlautete jedoch aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen. Das Vorpreschen dieser Achse ist der Kommunistischen Partei (PCS) vermutlich aufgestoßen, weil damit ihr Einfluß auf die Wahlpolitik innerhalb der linken FMLN-Tendenz gering ist. Sie hat sich offiziell noch nicht entschieden, ob sie dieses Gespann unterstützt. Es wird ihr jedoch nicht viel anderes übrigbleiben.

Der sozialdemokratisch-zentristische Pol innerhalb der FMLN kann sich somit gar nicht mehr mit ihm programmatisch "eigentlich" nahestehenden Kräften außerhalb der FMLN verbünden. Das ERP propagiert die Unterstützung des Christdemokraten Dr. Abraham Rodríguez, der jedoch von seiner eigenen Partei noch gar nicht nominiert ist. Die FMLN-Mitglieder RN und auch die PRTC schließen sich dieser Option an. Sie argumentieren, daß Rodríguez als "Brücke zu den Machtpolen" fungieren könne. Diese ihrer Ansicht nach zentrale Funktion könne Rubén Zamora nicht erfüllen, der ansonsten der "natürliche Kandidat der Linken" sei (Medrano, ERP). Mit dieser Entscheidung ordnet sich der gemäßigte FMLN-Flügel der Christdemokratie unter. Ob dies wahlmäßig angesichts des schlechten Rufs der Christdemokraten (Korruption, Partei des Krieges und des nationalen Ausverkaufs an die USA) für ERP, RN und PRTC viel bringt, ist zu bezweifeln. Die Spaltung der FMLN an der Wahlfrage verschlechtert die Chancen der Opposition, ARENA 1994 an den Urnen zu besiegen. Nach übereinstimmenden Berichten hat sich, zehn Monate vor der Abstimmung, in den Reihen der Aktiven in Massenbewegungen und FMLN Skepsis und Frust breitgemacht.

Hält der Einheitspakt?

Vor diesem Hintergrund ist es eine offene Frage, wie lange der Einheitspakt noch hält, den die FMLN-Mitglieder Mitte Januar unterzeichneten. (7) Mit diesem Pakt wurden nach der durch Uneinigkeit mitverschuldeten Pleite in der Frage der Armeesäuberung die bewegten Wogen wieder geglättet. In dem Konsenspapier wurde "die Unterschiedlichkeit der Positionen" als "Ausdruck der Vitalität und Breite" der FMLN gewertet. Um diese Differenzen (wieder) handhabbar zu machen, wurden Verhaltensmaßregeln festgelegt. Erstens sollte die "Einheit ohne Spaltungen" bis zu den Wahlen aufrechterhalten werden. Danach gebe es "neue Bedingungen". Die Debatten sollten, zweitens, transparent und mit gegenseitigem Respekt geführt werden. Ergänzend heißt es in Punkt fünf, daß vom Ausstreuen von Gerüchten und persönlichen Angriffen Abstand genommen werden müsse. Jede Organisation und Person habe, drittens, das Recht Positionen zu

äußern. Anstatt Fakten zu schaffen, solle zuerst intern ein Konsens gesucht werden (viertens) und im Falle von Differenzen sei über deren Handhabung zu befinden (siebtens).

Unter Punkt acht wurden noch einmal die zwölf Jahre lang bewährten Regelungen bestätigt, daß alle Strömungen, unabhängig von ihrer Mitgliederzahl, gleichberechtigt an den Führungsgremien beteiligt werden. Alle haben das Recht, auf allen Ebenen der FMLN mitwirken zu können und alle fünf Organisationen bekommen je 20% der finanziellen und materiellen Mittel, die der FMLN zur Verfügung stehen. In den Spitzengremien "politische Kommission" und "Nationaler Rat" wird das Prinzip der geheimen Abstimmung eingeführt, damit sich die unterschiedlichen Strömungen ausdrücken können. In den kommenden Wochen und Monaten wird sich herausstellen, ob es auf dieser Grundlage gelingt, das Auseinanderdriften der FMLN zu stoppen. Es deutet jedoch einiges darauf hin, daß es nicht mehr um das "Ob", sondern nur noch um das "Wann" und "Wie" einer Umgruppierung der Kräfte geht, die sich 1980 zur Befreiungsbewegung "Farabundo Martí" zusammenschlossen.

Al., Nürnberg

Anmerkungen:

1) Die damalige Debatte ist gut zusammengefaßt in: James Dunkerly, Der lange Krieg. Diktatur und Revolution in El Salvador, Frankfurt (ISP Verlag) 1986, S. 278ff.

2) Proclama a la Nación, San Salvador 24.9.1990; vgl.: Lateinamerika Nachrichten Nr. 197, Berlin (November 1990), S. 48-50.

3) Vgl.: Lateinamerika Nachrichten Nr. 225, Berlin (März 1993), S. 13.

4) La Prensa Gráfica, 12.1.1993

5) Vgl.: Freitag 2.4.1993 und Iz3W Nr. 190, Freiburg (Juli/August 1993)

6) Alle Angaben nach: El Rescate, Ausgaben von Januar bis Mai 1993.

7) Propuesta de pacto de unidad, San Salvador 13.1.1993

36. Machtkämpfe in der DDR. Zu Wolfgang Harichs Buch "Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit"

Zu Wolfgang Harichs soeben erschienenem Buch "Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit"

Autor: Angela Martin · Rubrik: DDR; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak355/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:355:15

Zehn Jahre Zuchthaus und Berufsverbot - das war die Strafe, zu der Wolfgang Harich im März 1957 vom Obersten Gericht der DDR wegen Bildung einer konterrevolutionären, staatsfeindlichen Gruppe verurteilt wurde.

Bis zu seiner Verhaftung im November 1956 hatte es der damals knapp 33 Jahre alte Harich schon weit gebracht: Er war Dozent an der Ostberliner Humboldt-Universität, Mitherausgeber und Chefredakteur der renommierten "Deutschen Zeitschrift für Philosophie" und stellvertretender Cheflektor beim Aufbau-Verlag. Der "Spiegel" beschrieb den jungen Philosophen als "genialisch-intellektuelles Wunderkind" und "Paradepferd" des kommunistischen Regimes: "Wo immer östliche Intelligenz ihre kommunistischen Ideen im Westen verkaufen wollte, war der junge Harich mit von der Partie. Er war - trotz seiner Jugend - wahrscheinlich der einzige Intellektuelle der sowjetischen Besatzungszone, der in der Lage war, die jetzigen Grundlagen des kommunistischen Staates, die Doktrin des Marxismus-Leninismus, in Frage zu stellen. Und er war einer der wenigen, die den Mut hatten, ihre Ideen offen zu verbreiten, ohne deswegen den Machtbereich Ulbrichts zu verlassen und vom sicheren westlichen Port aus zu reden." (1)

Zwischen allen Stühlen

Harich zweifelte keineswegs am Marxismus-Leninismus. (2) Aber er forderte eine radikale Demokratisierung von Partei, Staat und Gesellschaft der DDR und die sozialistische Wiedervereinigung Deutschlands. Die Reformvorstellungen der sogenannten "Harich-Gruppe" sind in der "Plattform für einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus" vom November 1956 zusammengefaßt: Die zentralistische Staatsbürokratie sollte reduziert und die SED umfassend demokratisiert werden; Freiheit von Wissenschaft, Lehre und künstlerischer Betätigung, die Auflösung des Ministeriums für Kultur und die Abschaffung des Ministeriums für Staatssicherheit sowie Reformen im Rechtswesen gehörten zu den Forderungen der Plattform. Auf wirtschaftlichem Gebiet wurde die Entbürokratisierung des volkseigenen Sektors in Industrie, Landwirtschaft und Handel und die Einführung von Arbeiterräten in den Unternehmen angestrebt. Eine neue Mittelstandspolitik sollte kleine und mittlere Privatunternehmen fördern. Auch eine Neugestaltung der Agrarpolitik sowie Maßnahmen zur unmittelbaren Hebung des Lebensstandards in der DDR waren vorgesehen. Wichtigstes Ziel der Plattform aber war die Wiedervereinigung Deutschlands.

Die SED hatte der Theorie von einem "besonderen deutschen Weg" allerdings längst abgeschworen und in der Deutschlandpolitik eine Wende vollzogen. 1955 wurde die BRD in die NATO aufgenommen. Im Gegenzug dazu gründete sich der Warschauer Pakt unter Einbindung der DDR. Harich saß mit seinen nationalkommunistischen Reform- und Wiedervereinigungsideen zwischen allen Stühlen. Die SED-Führung fühlte sich durch seine Vorschläge bedroht, und die Politiker in Bonn waren für ein wiedervereinigtes, sozialistisches Deutschland erst recht nicht zu haben.

Harich wurde daher oft politische Naivität vorgeworfen. War er bloß ein "politikasternder Feuilletonist" (3) und die Gruppe von Oppositionellen um ihn nur "ein halbes Dutzend politischer Dilettanten"? (4)

In seinem soeben im Berliner Dietz-Verlag erschienenen Buch "Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit" erläutert Wolfgang Harich Ziele und Vorgehensweisen der "nationalkommunistischen Opposition 1956 in der DDR".

Historischer Abriß, Dokumentation und Dialog

Das Buch setzt sich aus drei Teilen zusammen. Der erste Abschnitt, "Die Ereignisse aus meiner Sicht", ist eine spannend geschriebene Darstellung der politischen Entwicklungen in der DDR bis 1956. Harich schildert die Diskussionen, die schließlich zum Entwurf der sogenannten "Harich-Plattform" und zu den beiden Schauprozessen vom März und Juli 1957 gegen ihn, Walter Janka und andere führten.

In einem zweiten, umfangreichen dokumentarischen Teil wird erstmals Harichs Entwurf einer "Plattform für einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus" vom November 1956 im Wortlaut veröffentlich; der Historiker Jochen Cerny hat sie im Herbst 1990 in Walter Ulbrichts Geheimarchiv entdeckt. Auch der Entwurf "Nochmals: Die Grünen der DDR zur deutschen Frage" vom Dezember 1989, ebenfalls von Harich als "aktuelle Nutzanwendung" der Plattform von 1956 verfaßt, ist hier abgedruckt.

Den letzten Teil des Bandes hat Harich in Form eines fiktiven Dialogs geschrieben. Er beruht auf einem Gespräch mit dem Wiener Historiker und Journalisten Hannes Hofbauer, das Harich überarbeitet hat. In diesem "Versuch einer Rechtfertigung nebst aktuellen Äußerungen zur deutschen Frage" versucht Harich jene Zweifler zu widerlegen, die seine Reformideen für unrealistisch und blauäugig halten. Außerdem setzt er sich mit den Vorwürfen auseinander, die insbesondere Walter Janka gegen ihn erhoben hat.

"Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit" - eine persönliche Abrechnung mit Walter Janka?

"Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit" ist auch eine Antwort auf Walter Jankas Essay "Schwierigkeiten mit der Wahrheit", der im Oktober 1989 im Rowohlt-Verlag erschienen ist und viel Aufsehen erregt hat. (5) Janka, der seit 1952 den Aufbau-Verlag leitete und 1956 zu der Oppositionellengruppe um Harich gehörte, beschreibt hier vor allem die Verhörmethoden der Staatssicherheit, den Prozeß, der im Juli 1957 gegen ihn geführt wurde, und seine Haftbedingungen. (6) Über die politischen Ziele der Gruppe sagt er wenig, ihre deutschlandpolitischen Intentionen werden von ihm überhaupt nicht thematisiert.

Gerade den deutschlandpolitischen Aspekt aber hebt Harich stark hervor. Nicht zuletzt deshalb hat er seinem Buch den Untertitel "Zur nationalkommunistischen Opposition 1956 in der DDR" gegeben. Harich zeigt, daß mit den Prozessen vom März und Juli 1957 vor allem auch eine Oppositionellengruppe ausgeschaltet werden sollte, die die Überwindung der deutschen Teilung anstrebte - und die deshalb von der SED erwartete, daß sie die Wiedervereinigung Deutschlands vor den Erhalt der DDR und vor die Machterhaltung der Partei stellen sollte.

Möglicherweise gab es damals hinsichtlich der deutschen Frage Divergenzen zwischen Harich und Janka. Harich schildert, daß Janka auf die Ereignisse des Mai 1955 - als die Pariser Verträge in Kraft traten, die BRD also Mitgliedstaat der NATO wurde und kurz darauf der Warschauer Pakt unter Einbeziehung der DDR gegründet wurde - ganz anders reagiert hat als er selbst. Janka habe begrüßt, daß nun endlich klare Verhältnisse geschaffen worden seien; schließlich sei die DDR die bessere Alternative zu Bonn. (7) Hinweise auf solche Divergenzen fehlen aber bei Janka. (8)

Harichs "Geständnisfreudigkeit"

Es ist auch nicht die nationale Gesinnung, die Janka seinem ehemaligen Cheflektor ankreidet, sondern dessen "Geständnisfreudigkeit". (9)

Harich wurde (wie Steinberger und Hertwig) am 29. November 1956 verhaftet, Janka aber erst eine Woche später, am 6. Dezember 1956. Die anderen Angeklagten, Heinz Zöger, Gustav Just und Richard Wolf, wurden im März 1957 festgenommen. So konnte der Eindruck entstehen, daß die Staatssicherheit erst durch Denunziationen der bereits Einsitzenden auf die Spur der anderen Angeklagten gekommen sei. Harich hat in seinen Aussagen Janka und andere Mitangeklagte tatsächlich belastet und durch eine "Reue-Erklärung" im Prozeß viele Antipathien auf sich gezogen. (10) Jankas Anwürfe gegen seinen ehemaligen Kombattanten sind aber nur zum Teil gerechtfertigt, seine ehrverletzenden Invektiven schwer verständlich.

Denn zum einen waren Harichs Aussagen für die Haftbefehle gegen Janka, Zöger, Just und Wolf nicht nötig: Ernst Wollweber, damals Minister für Staatssicherheit, kannte die "konterrevolutionären Auffassungen" Harichs aus einem Memorandum, in dem dieser seine Ideen dem sowjetischen Botschafter Puschkin mitgeteilt hatte, d.h. spätestens seit Oktober 1956. Von seinen Kontakten zum Ost-Büro der SPD, zur "Anderen Zeitung" in Hamburg und zur "Constanze" wußte die Stasi ebenfalls. Auch die Plattform, die bei Harichs Verhaftung beschlagnahmt worden war, lag den Ermittlern als Beweismittel vor. (11)

Zum anderen war Janka selbst nicht immer der standhafte Charakter, als den er sich darstellt. Erst im Januar 1957 begann er zu leugnen; vorher, in den Vernehmungen vom Dezember 1956, war er geständig und sagte unter anderem aus, daß er die Konzeption von Harich gekannt und ihn mehrfach aufgefordert habe, "nicht nur von seinen Auffassungen zu reden, sondern sie schriftlich niederzulegen". (12) In seinen Memoiren liest sich

das freilich anders: "Ich wäre über seine `staatsfeindliche Konzeption' unterrichtet gewesen und hätte ihn aufgefordert, sie schriftlich auszuarbeiten. Daß diese Behauptung falsch ist, wurde schon gesagt." (13) Janka war bei den Vernehmungen wesentlich zurückhaltender als Harich. Trotzdem verwundert die Heftigkeit, mit der Janka seinen ehemaligen Cheflektor angreift. Schließlich beschreibt er selbst die üblen Haftbedingungen im Berliner Stasi-Gefängnis, die dazu führten, daß "die Häftlinge fast immer Geständnisse ablegen". (14)

Freunde von Lukács

Wenn Harich gegen Janka polemisiert, geht es ihm nicht nur um den eigenen Ruf. Er versucht auch, Anna Seghers und Helene Weigel zu verteidigen. Die beiden Frauen waren Zuschauerinnen im Prozeß gegen Janka. Sie werden von Janka scharf kritisiert, weil sie sich während des Prozesses weder für ihn noch für Georg Lukács eingesetzt haben. Janka hatte sich im Oktober 1956, während des Aufstands in Ungarn, bereit erklärt, nach Budapest zu fahren, um den ungarischen Philosophen und Autor des Aufbau-Verlags aus dem Land zu holen. Anna Seghers und Helene Weigel sollen davon gewußt haben. Die Reise war von Anna Seghers geplant, von Johannes R. Becher vorbereitet, dann aber von Ulbricht untersagt worden. Melsheimer, der Generalstaatsanwalt, nutzte sein Plädoyer für eine Hetzrede gegen den von der SED-Führung inzwischen als "Verräter" und "Konterrevolutionär" verfemten Lukács. Janka warf er in diesem Zusammenhang vor, daß er Lukács, den "geistigen Inspirator der Konterrevolution in der DDR", nach Berlin hatte holen wollen. (15) Doch die geplante, aber nie durchgeführte Reise war kein Gegenstand der Anklage. "Es gab nichts," schreibt Harich deshalb, "womit sie irgendeinen der Angeklagten hätten entlasten können. (...) Und wie hätte das aussehen sollen, daß in einem stalinistischen Schauprozeß ein - sei es noch so prominenter - Zuschauer plötzlich aufsteht und dem Anklagevertreter widerspricht?" (16) Im Zeugenstand konnte Anna Seghers ebensowenig aussagen wie Becher. Janka hatte die beiden zwar als Entlastungszeugen benannt, sie waren aber nicht zugelassen worden. (17)

Paul Merker -

ein verhinderter

"deutscher Gomulka"

Ein wichtiger Zeuge in den Schauprozessen von 1957 war das langjährige KPD-Führungsmitglied Paul Merker. Janka, schon im mexikanischen Exil, später im zentralen Parteiapparat Merkers engster Mitarbeiter, hatte versucht, seinen alten Freund für die Ziele der Gruppe zu gewinnen. Merker schien der geeignete Mann für eine Spitzenfunktion in der entstalinisierten SED. Er verfügte über große politische Erfahrung. Seit 1927 war er einer der wichtigsten Führer der KPD; bei seiner Rückkehr nach Deutschland wurde er Mitglied des ZK der SED und des Politbüros. Und er war ein Opfer stalinistischer Verfolgungen: Bereits 1950 aus der SED ausgeschlossen, wurde er 1952 verhaftet und 1955 zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. 1956 wurde er stillschweigend aus der Haft entlassen.

Janka machte Paul Merker im November 1956 mit Harich, Just und Zöger bekannt. Merker wußte allerdings nicht, zu welchem Zweck er mit Jankas Freunden zusammentreffen würde; er wußte also auch nicht, daß diese mit dem Gedanken spielten, ihn als "deutschen Gomulka" auf den Schild zu heben. Harich informierte ihn über die Reformvorstellungen der Gruppe, doch Merker verhielt sich zurückhaltend. Im Gegensatz zu den anderen wurde er nach diesem Treffen nicht verhaftet und angeklagt. Aber er mußte in den folgenden Prozessen gegen sie aussagen. Damit ist Merker, so Harich, "bis ans Lebensende (1969) moralisch und politisch erledigt worden." (18)

Von Janka wird er, 20 Jahre nach seinem Tod, noch einmal moralisch erledigt. In "Schwierigkeiten mit der Wahrheit" schildert Janka seinen ehemaligen Freund als labilen, treulosen Charakter, der ihn durch Falschausagen belastet habe. (19) Auf den Prozeß des Jahres 1955 gegen Merker anspielend, schreibt Janka weiter: "Im übrigen war Merker kein starker Charakter. Wer sich nämlich einmal schuldig erklärte, wenn er unschuldig ist, wird immer wieder erliegen, wenn er sich bewähren muß. Sein Leben ist dann zerstört." (20)

Ulbricht zerschlägt

einen gordischen Knoten

Harich zufolge hat Merker bei der Gegenüberstellung mit Janka die Wahrheit gesagt. Bei dem Treffen von Merker mit der Gruppe sei tatsächlich auch über eventuelle personelle Veränderungen in der SED-Führung gesprochen worden: "Gelogen hat Janka." (21) - Aber warum? Warum ist Merker "zu Gunsten Ulbrichts" moralisch und politisch erledigt worden? (22) Harich kennt die Hintergründe.

Merker hätte für Ulbricht sehr gefährlich werden können. Schon vor 1933 war er Ulbrichts Sündenbock im Parteivorstand der KPD. (23) Später wurde er von Ulbricht über die Frage der Behandlung "arisierten" jüdischen Vermögens ausgeschaltet. Weil Merker im mexikanischen Exil eine "Wiedergutmachung" gefordert hatte, wurde er 1955 wegen "zionistischer" Agententätigkeit verurteilt. (24) 1956 wurde dieses Urteil zwar aufgehoben; Merker war deshalb aber noch keineswegs politisch rehabilitiert. Harich zufolge steckte Ulbricht nun in einer Zwickmühle: "Hätte er Merker politisch rehabilitiert, so wäre dieser, als Politbüromitglied, Hoffnungsträger der Opposition geblieben. Solange die Partei ihm aber die Rehabilitation versagte, waren die Vorwürfe der Opposition, daß ihm ungeheures Unrecht zugefügt worden sei, nicht zum Verstummen zu bringen. Durch die Prozesse von 1957 zerhieb Ulbricht diesen gordischen Knoten - mit Hilfe des standhaft leugnenden Janka." (25)

Während Janka sich, nach ersten Geständnissen, aufs Leugnen verlegte, gerieten Merker - und Harich - in die Rolle von Verrätern an der Opposition. Auf diese Weise wurden sie 'moralisch erledigt` und politisch isoliert.

Harich untermauert diese These mit zahlreichen weiteren Argumenten. War das Treffen der Harich-Janka-Gruppe mit Paul Merker eine Falle, von Ulbricht lanciert? Ist Stefan Heyms Roman "Collin" über einen Prozeß gegen "ein halbes Dutzend politischer Dilettanten" (26) ein Auftragswerk des Ersten Sekretärs?

Man lese selbst. Harichs spannender "Politkrimi" stellt viele Fragen, gibt Antworten und ist zudem ein hochinteressantes Buch über einen wichtigen Abschnitt der DDR-Geschichte.

Wolfgang Harich: Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit. Zur nationalkommunistischen Opposition 1956 in der DDR; Berlin (Dietz Verlag) 1993, 256 S., DM 24,80.

Angela Martin

Anmerkungen:

(1) Der Spiegel, 19.12.1956, S.13 und S.17. Die Nummer erschien mit Harichs Portrait als Titelbild und einem ausführlichen, aber wenig freundlichen Bericht über den jungen Philosophen (S.13-24).

(2) Vgl. Der Spiegel, 20.3.1957, S.10.

(3) Der Spiegel, 19.12.1956, S.17.

(4) So bezeichnet Havelka, Hauptfigur in Stefan Heyms Roman "Collin", die Oppositionellen, denen 1957 in der DDR der Prozeß gemacht wurde. Harich dürfte gemeint sein, wenn es an gleicher Stelle heißt, daß "einer unter ihnen, ein schwerer Neurotiker mit zweifelhafter Vergangenheit, aber ambitiös" sich über einen Rundfunksender in Westberlin mit einem Aufruf an die Bevölkerung wenden sollte. Stefan Heym; Collin, Berlin 1990 (zuerst 1979), S.187.

(5) Am 28.10.1989 fand im "Deutschen Theater" in Ost-Berlin eine Lesung aus "Schwierigkeiten mit der Wahrheit" statt, die am 5.11.1989 wiederholt und später im Berliner Rundfunk und im DDR-Fernsehen ausgestrahlt wurde.

(6) Der Essay "Schwierigkeiten mit der Wahrheit" ist eine Vorveröffentlichung von drei leicht veränderten Kapiteln aus Jankas Memoirenband "Spuren eines Lebens", Berlin 1991, in dem die Oppositionellengruppe um ihn und Harich ausführlicher beschrieben wird.

(7) Vgl. Harich, a.a.O., S.33f.

(8) "Er betont ja oft, er sei nie für die Preisgabe der DDR gewesen ", schreibt Harich über Janka. "In diesem Sinne hätte er meine Konzeption als nationalistische Abweichungen einschätzen müssen. Warum hat er eine dahingehende Argumentation nie geltend gemacht?" A.a.O., S.180.

(9) Janka, Schwierigkeiten, a.a.O., S.94.

(10) Vgl. Der Prozeß gegen Walter Janka und andere. Eine Dokumentation; Reinbeck b. Hamburg 1990, S.54ff.

(11) Bereits im Juni 1956 wurde Harich von der Stasi observiert. Vgl. Ernst Wollweber, Aus Erinnerungen. Ein Porträt Walter Ullbrichts; Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 32 (1990), H. 3, S.350-379, bes.S.365f.

(12) Vernehmungsprotokoll vom 6.Dezember 1956; Der Prozeß gegen Walter Janka, a.a.O., S.18.

(13) Janka, Spuren, a.a.O., S.377

(14) a.a.O., S.317.

(15) Zit. nach Janka, Schwierigkeiten, a.a.O., S.37.

(16) Harich, a.a.O., S.206. Harich wendet sich in diesem Zusammenhang auch gegen Stefan Heym, der Jankas Vorwürfe gegen Helene Weigel in seinem Roman "Collin" verarbeitet hat. Dort wird die Witwe Piddelkoe, die deutliche Charakteristika von Helene Weigel trägt, an der rechtswidrigen Verurteilung des Helden mitschuldig. Denn sie schweigt, als Havelka angeklagt wird, Keres (d.i. Lukács) nach Berlin holen zu wollen. Vgl. Heym, a.a.O., S.147,150 und 193; dagegen Harich, a.a.O., S. 204f.

Die Anklageschrift gegen Janka vom 14.Juli 1957 ist, allerdings gekürzt, abgedruckt in: Der Prozeß gegen Walter Janka, a.a.O., S.94-117.

(17) Vgl.Janka, Schwierigkeiten, a.a.O., S. 91.

(18) a.a.O., S.62.

(19) Vgl. Janka, Schwierigkeiten, a.a.O., S. 99f.

(20) a.a.O., S. 104. In Jankas "Spuren" heißt es zu dem Geheimprozeß gegen Paul Merker: " Merker hatte drei Jahre lang im Keller von Hohenschönhausen gesessen. Nach zweijähriger Standhaftigkeit hatte er dann ein umfassendes Geständnis abgelegt. Ein Geständnis, das so falsch war wie jetzt die Aussage gegen seinen ehemaligen Mitarbeiter Janka."

Auch in Stefan Heyms Roman "Collin" kommt Merker schlecht weg. Faber ist die Figur, die Merkers Züge trägt und als "Wrack" bezeichnet wird, Heym, a.a.O., S. 190.

(21) Harich, a.a.O., S.203.

(22) a.a.O.,S.203.

(23) Vgl. Der Spiegel, 19.12.1956, S. 20f. sowie Harich, a.a.O., S.60.

(24) Vgl. Knut Mellenthin, Paul Merker und die Juden; ak 343, 3.6.1992, S.27ff.

(25) Harich, a.a.O. S.203f.

(26) Vgl. Anm.4

37. Hafenstrasse - vom Wehrdorf zum Heimatdorf?

Rubrik: Hafenstraße · CD-Datei: daten/aksuche/ak355/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:355:05

Die Menschen in der Hamburger Hafenstraße haben - vielleicht - einen Schutzengel, und der hat wieder zugeschlagen: Zum dritten Mal in ihrer 1981 begonnenen Geschichte rückt eine drohende Räumung der Hafenstraße in unmittelbare Nähe zu einer Hamburger Bürgerschaftswahl. Und eine Räumung im oder im Anschluß an den Wahlkampf verbietet sich der ansonsten räumungswilligen Sozialdemokratie wie bereits 1982 und 1986/87. Polizeiaufmärsche sind unpopulär. Die (von der Hamburger SPD ungeliebte, aber notgedrungen einkalkulierte) Rot-Grün-Option wäre schwer gestört. Das Augenmerk der Öffentlichkeit läge nicht mehr auf dem bisher verfolgten, leisen und technokratischen "rechtsstaatlichen" Räumungsweg, sondern auf großen Bumm-bumm-Aktionen.

Verursacht hat diese Situation das überraschende Urteil des Hamburgischen Landesverfassungsgerichtes, die Hamburger Bürgerschaftswahl von 1991 wegen undemokratischer KandidatInnen-Aufstellung in der CDU für ungültig zu erklären. Bei der für Ende September anstehenden Neuwahl könnte nun der Punkt "Hafenstraße" in anschließenden rot-grünen Koalitionsverhandlungen zu dem entscheidenden Knackpunkt werden. Die Voraussetzung dafür wäre, daß Hamburgs realpolitisch gewendete Grüne, die gerne über alles verhandeln, um nichts zu bekommen (außer Posten), wenigstens an dieser Frage hart bleiben. Das Problem, das dabei auftritt, ist, daß sich die SPD auf nichts so festgelegt, wie auf die Hafenstraßen-Räumung. Zumindest wird bei dem ganzen Theater wohl ein Zeitaufschub für die Hafenstraße herauskommen.

Abgelehnte Angebote

Dabei hatte es diesmal für den Hamburger Senat recht verheißungsvoll begonnen. Dogmatik war angesagt. "Hafenstraße hau wech" stand auf T-Shirts von Bürgerschaftsabgeordneten in der Bürgerschaftssitzung. Die Räumung war für Ende 1993 bzw. Anfang 1994, also mitten in der Wahlperiode und damit weit weg von Zwängen zu taktischer Rücksichtnahme, geplant. Die Entwicklungen der letzten Monate hatten dies zumindest sehr wahrscheinlich gemacht.

Recht spät war die Hafenstraße, während ihr Kündigungsprozeß bereits seit Monaten vor dem Hamburger Oberlandesgericht zum Rechtsentscheid dahinschmorte, mit einem "Baukonzept" an die Öffentlichkeit getreten. Am 24. März wurde auf einer Pressekonferenz, nach Vordiskussionen im Stadtteil St. Pauli, ein Konzept präsentiert, das einen Neubau auf dem brachliegenden, ehemaligen "Bauwagenplatz" direkt neben den Häusern vorsah. In den Neubau sollen neben Wohnraum für ca. 80 Menschen eine Stadtteilhalle, eine Stadtteilkantine, ein Badehaus, Werkstätten und soziale Einrichtungen. Zukünftiger Träger des Baus wie auch der übrigen Hafenstraßen-Häuser, die sich zur Zeit im Besitz der stadteigenen Abrißgesellschaft "Hafenrand GmbH" befinden, soll eine neugegründete "Genossenschaft St. Pauli Hafenstraße" sein. Die bestehenden Häuser wären auf diese von der Stadt zu übereignen.

In Form eines "Fern-Dialogs" erfolgten nun in den anschließenden Wochen die Reaktionen und Gegenreaktionen von Senat und Hafenstraße. Man kommunizierte durch das Schaffen von Fakten. Auf die pressewirksame Veröffentlichung des "Baukonzepts", selbst vom Hamburger Abendblatt als "geradezu modellhaft" gelobt, antwortete der Senat bereits sechs Tage später eindeutig und knallhart: Am 30. März beschloß er den Bebauungsplan "St. Pauli 35". Wesentlicher Inhalt ist der Abriß der Hafenstraßenhäuser und der Neubau von ca. 200 Sozialwohnungen.

Damit hatte der Senat die geäußerten Wünsche nach Mitgestaltung (Zitat Baukonzept: "... weil wir diesen Stadtteil und diese Stadt entwickeln wollen ...") abgelehnt und die Konfrontation auf seine klassische Propaganda-Kampflinie gebracht: Sozialer Wohnraum bzw. Sozialeinrichtungen gegen sogenannte Alternativprojekte. Diese Linie war bereits bei der brutalen Räumung und anschließenden Bebauung des Parks neben der "Roten Flora" (Sommer 91), bei der Rechtfertigung des Abrisses der in Nachbarschaft zur Hafenstraße befindlichen Pinnasberg-Häuser (Sommer 92, zahlreiche Initiativ-Gruppen waren interessiert an der Nutzung) und bei den Verhandlungen über den Weiterbestand der "Roten Flora" (Ende 92/Anfang 93) gefahren worden. Die Message des Senats: Sozial sind wir selber.

Während die Hafenstraße nunmehr mit einem Prominenten-Unterstützerbrief an Bürgermeister Voscherau und Stadtentwicklungssenatorin Traute Müller die Verabschiedung des Bebauungsplans als "unverständlich und

zynisch" bewertete und für den 26. April zu einer Genossenschaftsgründung in das von Corny Littmann zur Verfügung gestellte "Tivoli" auf der Reeperbahn einlud, wurde bereits der nächste Schlag vorbereitet.

Das bislang in Tiefschlaf versunkene Oberlandesgericht erwachte und verkündete am 20. April ohne jede Vorankündigung gegenüber den Anwälten seinen Rechtsentscheid: Die BewohnerInnen könnten sich nicht auf den Kündigungsschutz des sozialen Mietrechts berufen. Obwohl sie von dem "Verein Hafenstraße" als UntermieterInnen gemeldet waren, könnten sie, da der Hauptmietvertrag (Verein Hafenrand GmbH) erloschen ist, wie jede/r WG-BewohnerIn rausgeworfen werden.

Damit können die Kammern des Landgerichtes nun die dort vorliegenden Kündigungen der "Hafenrand GmbH" gegenüber den BewohnerInnen durchentscheiden: Mit Räumungsurteilen und entsprechenden Räumungsfristen bis ca. Ende 1993 (Voraussetzung: Weiterzahlung der Miete als Nutzungsentschädigung, sonst eher!) ist nun zu rechnen.

Genossenschaft

gegen Räumungsstrategie

Der Senat hat beide Pfeiler seiner Räumungsstrategie hochgezogen: Rechtsstaatlich einwandfreier Hintergrund der polizeilich gestützten Räumung, propagandistische Rechtfertigung mit sozialen Wohnungsbaunotwendigkeiten und ständig erinnernder Hinweis an den "jahrelangen rechtsfreien Raum Hafenstraße", "Terroraktivitäten", "letztes Wahlversprechen: Räumung", etc.

Die Hafenstraße hat davon äußerlich unbeeindruckt unter Beteiligung von ca. 350 Menschen am 26. April die "Genossenschaft St. Pauli Hafenstraße" gegründet. Eine Diskussion über den Sinn und Zweck der Genossenschaft und über die eigentliche Kernfrage, ob die Gründung einer Genossenschaft ein taugliches Instrument, eine taugliche Antwort auf die beschriebene Räumungsstrategie des Senats ist, fand aber nicht statt.

Gleich zu Anfang unterbreiteten Vertreterinnen der Hafenstraße dem verblüfften Publikum die Namen und Funktionen der für den Vorstand und Aufsichtsrat der Genossenschaft vorgesehenen Personen (zusammengesetzt aus der benachbarten Schule, der Hafenstraße selbst, der Taxigenossenschaft "das Taxi", der GAL und einem Pastor). In zwei Schnellabstimmungen ("Ist jemand dagegen?") wurden die Vorgeschlagenen unter kraftvollem Applaus gewählt. Besonders interessante Spitze für die Zukunft: Im Aufsichtsrat sitzt nun auch die Bürgerschaftsabgeordnete der Hamburger Grünen (GAL) Anna Bruns (Sachgebiet: "Sozialpolitik").

"Über unser Demokratieverständnis können wir ja nachher diskutieren", hatte eine Hafenstraßen-Vertreterin, ob des leicht erstaunten Zögerns des Publikums angesichts der festgezurrten Marschrichtung, gemeint. Diese Diskussion erübrigte sich, die meisten gingen dann doch begeistert mit. Unbehagen verblieb nur bei einigen langjährigen AktivistInnen. Das Diskussionsverständnis der Herrschenden, bereits im kleinen Kreis gefällte Entscheidungen von einer eingestimmten Menge sanktionieren zu lassen, hat sich damit leider bis in die Strukturen der Hafenstraßen-SympathisantInnen eingeschlichen. Die ursprüngliche Stärke des Prinzips "Offenes Plenum", offene, ideenreiche Diskussion, mit allseits akzeptiertem Ende, Raum für Bedenken eröffnen, usw., wurde geopfert. Dies paßt in die Gesamtentwicklung.

Der jetzige Gegenzug der Hafenstraße, der sich im Moment in der Genossenschaftsgründung zur Verwirklichung des Baukonzeptes herauskristallisiert, erklärt sich aus der seit knapp zwei Jahren eingeschlagenen Orientierung auf die Verankerung im Stadtteil St. Pauli. Markiert ist diese Umorientierung vom Auslaufen des "Initiativkreises Hafenstraße" (Ende 1991) und der Neugründung des "Hafenrand - Verein für selbstbestimmtes Leben und Wohnen in St. Pauli e.V." (Herbst 1991). Hier wurde vor allem eine Zusammenarbeit mit der benachbarten Schule, den Initiativen für eine alternative Nutzung der Pinnasberg-Häuser und mit den Menschen im Stadtteil angestrebt. Damit war eine Wegentwicklung von der eher allgemeinpolitischen Arbeit des Initiativkreises (Flüchtlinge, politische Gefangene, allgemeine Politikentwicklung in Hamburg u.a.), der immer versucht hatte, die Diskussion über große inhaltliche Zusammenhänge mit dem Thema Hafenstraße zu verbinden, eingeleitet. Aktivitäten, wie das von der Hafenstraße initiierte Musik-Festival "Viva St. Pauli", mündeten in der gleichen Richtung.

Diese Umorientierung erklärt sich ei- nerseits aus veränderten Bedürfnissen der BewohnerInnen der Hafenstraße (mehr Kontakte zu Menschen im Stadtteil, viele haben Kinder bekommen, Konsolidierung der BewohnerInnen-Struktur, etc.). Das ist nicht nur nachvollziehbar, sondern völlig ok. Andererseits aber scheint die Einbettung in den Stadtteil auch für eine Art Schutz und politisches Konzept gehalten zu werden. Die Thematisierung der Umstrukturierung St. Paulis zum reinen Geschäfts- und Amüsierviertel auf Kosten der überwiegend armen Wohnbevölkerung soll verbindendes Element der Gegenwehr sein, gekoppelt mit einem recht heimatverbundenen Unterton "wir gemeinsam in St. Pauli". Motto: Sie räumen nicht nur uns, sondern Euch (bald) auch.

Genossenschaft allein reicht nicht

Ob diese Verankerung gelungen ist, wird von verschiedenen im Stadtteil arbeitenden Leuten bezweifelt, diese loben zwar die Nachbarschaftskontakte, aber das unmittelbare Interesse der Mehrheit der St. PaulianerInnen für die Hafenstraße wird eher gegen Null gehend eingeschätzt. Dieser reduzierte Ansatz der "Einbettung" greift auch, angesichts der Deutlichkeit, mit der die Hamburger Sozialdemokratie ihre Räumungspläne verfolgt, bei weitem zu kurz. Er endet in hoffnungsfroher Hilflosigkeit. Gleichzeitig wird der Verlust und die Verbindung zu dem Teil der politischen Linken in Hamburg und der BRD in Kauf genommen, der letztendlich das Rückrat dessen war, was 1987 "Verteidigungsbereitschaft" hieß.

Extrem kennzeichnend dafür waren die Redebeiträge, die auf der Gründungsveranstaltung der Genossenschaft gehalten wurden. Lediglich zwei gewerkschaftlich organisierte Menschen (aus GEW und IG Medien) gingen auf die Gefahr der Räumung und dem Problem der unzureichenden Mobilisierung durch eine Genossenschaftsgründung ein. Sie forderten Diskussionen über konkrete Formen der Gegenwehr. Der Eintritt in die Genossenschaft sei Übernahme von Verantwortung und nicht nur das Zahlen von DM 100,- (Anteilskauf), wer Mitglied werde, müsse auch im Fall der Räumung den Baggern gegenüberstehen.

Die ganz überwiegende Zahl der Beiträge drückte die Hoffnung auf ein Umdenken des Hamburger Senats aus. Voscherau habe sich ohne Diskussion festgelegt und mit niemandem geredet, wurde beklagt. Adrienne Göhler (Präsidentin der Hochschule für Bildende Kunst) forderte "mehr Einzelbriefe an den Bürgermeister" zu schreiben, ein "Baustopp für eine Warteschleife, um zu Diskussionen zu kommen", wurde verlangt, die Beteiligung von BewohnerInnen besetzter Häuser an Alternativplanungen in Berlin und Freiburg wurde lobend als angestrebtes Vorbild zitiert, und ein Vertreter der alternativen Taxigenossenschaft brachte die Sache auf den Punkt: "Wenn man mitwirtschaftet, kann man nicht kriminalisiert werden."

Die Sache kippt und sie kippt gründlich. Der Hunger nach anerkannter Mitgestaltung des Stadtteils ist groß. Mensch hat gute und vernünftige Pläne, wieso sollten die da oben das nicht kapieren? Die Antwort liegt nahe und ist doch im Moment so weit von den handelnden Akteuren entfernt. Die Räumung der Hafenstraße ist dogmatische Essenz sozialdemokratischer Law-and-order-Politik, ist geschworenes Versprechen für die dumpf-drögen Bezirksmilieus kleingärtnerischer SPD-Ortsvereine. Die Bindung dieses nach rechts schielenden Wählerpotentials (mensch denke an die direkte, scharenweise Wählerwanderung von der SPD zu den REPS bei der hessischen Kommunalwahl) ist Überlebensfrage für die Hamburger SPD und zugleich Demonstration ihres Politikverständnisses: Wir reagieren nur auf Druck.

Wer glaubt, dieses Potential in Gesprächen überzeugen und für die Hafenstraße gewinnen zu können, hat nichts von der Funktionsweise technokratischen SPD-Umgangs mit Minderheiten verstanden und hat keine Lehren aus dem Vertragsschluß von 1987 gezogen. Flüchtlinge in den Tod abschieben, Obdachlosigkeit dulden und verursachen, Wirtschaftsförderung um jeden Preis sind Kernpunkte Hamburger Stadtpolitik - von wem wird da eigentlich umdenken erwartet?

Die schüchternen Hinweise auf das Scheitern des Instrumentes "Runder Tisch" bei den Verhandlungen um die "Rote Flora", vorgebracht von Leuten aus diesem Zentrum, verhallten auf der Veranstaltung leider ungehört. In dem Fall hatte Traute Müller (Stadtentwicklung) erfolgreich Verhandlungsbereitschaft vorgetäuscht. Allerdings sollte die Rote Flora ca. 2/3 ihres Raumplatzes für eine zwangsintegrierte Kindertagesstätte opfern. Bei Nicht-Akzeptanz war die Alternative die Räumung der Roten Flora. Alternative Lösungsmodelle wurden schein-geprüft und verworfen und am Ende dann doch wieder die Räumung in Aussicht gestellt. Die vorausbestimmte Rechtfertigung der Räumung nennt man so etwas.

Es steht zu befürchten, daß die Hafenstraße mit ihrer vollen Orientierung auf das Genossenschafts- und Baumodell in die gleiche Falle tappt. Indiz dafür ist die unkritische Belobigung der Modelle "Berlin" und "Freiburg" durch HafensträßlerInnen. Gerade dort hatte die Teilung zwischen guten (verhandeln, machen Kompromisse, dürfen wohnen) und schlechten (beteiligen sich unzureichend, werden geräumt) HausbesetzerInnen hervorragend geklappt. In beiden Städten gelang es, die Zahl der selbstverwalteten Häuser und Zentren auf ein Drittel runterzuräumen und zwar mit Billigung ganz überwiegender Teile der Bevölkerung, weil die Stadtregierungen sich "sozial" gezeigt hatten.

Zu sehr wird in der gegenwärtigen Diskussion zudem die politische Rechts-Entwicklung in Hamburg, wie in der Gesamt-BRD, vernachlässigt. Die Frage, ob die gegenwärtige Herausbildung des "bleiernen Konsenses" (Fehlen nennenswerter Opposition) für Kriegseinsätze, radikalisierte Marktwirtschaft, Abschaffung des sozialen Netzes, Abschottung der BRD bei gleichzeitiger Hegemonie in Europa, überhaupt solche Ansätze wie die Hafenstraße zuzulassen gewillt ist und welche Strategien der Gegenwehr notwendig wären, läßt der auf St. Pauli reduzierte Horizont nicht zu. Die Hoffnung auf einen gleichberechtigten Dialog ist trügerisch. Sie adelt mehr den Dialogpartner, als den eigenen Absichten zu nutzen. Genossenschaft als Konzept zur Verhinderung der Räumung der Hafenstraße ist viel zu wenig.

Verhandlungsbereitschaft der SPD will erzwungen sein auf der Grundlage eines Rückhaltes bei vielen Menschen in der BRD und in Hamburg, die eine gemeinsame Befürwortung von politischen Essentials verbindet. Hafenstraße muß Signal gegen herrschende Politik und nicht für den besseren Bauvorschlag sein.

Dabei wird es wahrscheinlich auch nichts nutzen, wenn die Frage des Weiterbestandes der Hafenstraße nach den kommenden Hamburger Bürgerschaftswahlen (Ende September) Gegenstand rot-grüner Verhandlungen wird. Die Nachricht von Voscherau war deutlich: "Die SPD kann nicht zum dritten Mal ihre Linie ändern" (Hamburger Abendblatt 7.5.93). Alle führenden Hamburger Sozialdemokraten (Fraktions-Chef Elste, Innensenator Hackmann) sind profilierte Hafenstraßen-Gegner und haben, wie auch Voscherau jüngst, ihre Posten mit dem Verbleib beim Räumungsbeschluß verknüpft (Abendblatt 30.4.93). Dann werden sich die Hamburger Grünen wohl beugen müssen, es wäre nicht das erste Mal - oder die FDP hilft aus der Klemme.

Solange in der Stadt keine politische Stimmung für den Weiterbestand der Hafenstraße geschaffen wird, solange die Stimmung nicht von "Hafenstraße - na ja " wieder auf "Hafenstraße - viel gut" gewendet wird, ist zu erwarten, daß der Zeitaufschub durch die Wahlphase nur kurz und der Widerstand - nicht nur der Grünen - sehr weich sein wird.

JUSTUS*

(*Justus (Pseudonym) ist Mitglied der AL Hamburg und war im "Initiativkreis Hafenstraße" so lange es ihn gab.)

38. Berliner Autonome auf neuen Wegen. Auseinandersetzungen um die 1. Mai-Demo

Rubrik: Autonome; Demonstrationsauseinandersetzungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak355/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:355:14

Aufmerksame BeobachterInnen der politischen Szene werden sich beim Lesen der Nachrichten über die diesjährige "Revolutionäre 1. Mai-Demonstration" in Berlin die Augen gerieben haben. "Autonome loben die Polizei", so eine Titelüberschrift im Tagesspiegel am 2. Mai. In keiner Zeitung blieb unerwähnt, was die autonome Welt derart durcheinandergewirbelt hatte. Während massiver Auseinandersetzungen zwischen "Revolutionären KommunistInnen" (RK) - der deutschen Sektion der um die "Kommunistische Partei Perus" (sogenannter "Leuchtender Pfad") gruppierten "Revolutionären Internationalen MarxistInnen" (RIM) - griff die Polizei ein, kesselte die RKlerInnen ein und nahm sie fest.

Einige hundert darumherum stehende Autonome bewarfen die eingekesselten RKlerInnen mit Flaschen und Steinen. Als die Polizei einen vermummten, eine Mao-Fahne schwenkenden RKler vom Lautsprecherwagen prügelte und festnahm, ernteten die Uniformierten von einigen hundert (dem Outfit nach zu urteilen) Autonomen ungewohnten Applaus und Bravorufe.

Auch wenn schon zehn Minuten später die autonome Welt wieder in Ordnung war - die Polizei prügelte massiv in die Demo, aus der die üblichen Anti-Bullen-Parolen erschollen -, war der kurze Moment der aktiven Zustimmung zu Handlungen der Staatsgewalt gegen andere Linke kein nebensächliches Ereignis; auch wenn es später in Erklärungen verschiedener Autonomer heruntergespielt wurde. Vielmehr ist es ein Symptom für Veränderungen innerhalb der breitgefächerten Berliner Autonomenszene, die über den sich schon seit längerem hinziehenden Konflikt zwischen Autonomen und RK hinausgehen. Anhand der Auseinandersetzungen um die diesjährige "Revolutionäre 1. Mai-Demonstration" sollen die Veränderungen aufgezeigt werden.

Den Anfang machte ein Artikel in der bundesweiten Ausgabe der taz, noch vor nicht allzu langer Zeit die Lieblingsfeindin der Szene, mittlerweile wieder akzeptiert. Ein taz-Mitarbeiter mit guten Kontakten ins autonome Milieu, Uwe Rada, schrieb dort am 16.3.93 unter der Überschrift "Stell dir vor, sie regieren Deutschland", daß sich in der Berliner Politszene die Autonomen gegenüber Stalinisten und ML-Gruppen in der Defensive befänden. Der Autor malte das Bild einer erstarkenden dogmatischen Strömung innerhalb der linksradikalen Szene, zu der autonome KommunistInnen, MaoistInnen und ausländische revolutionäre Gruppen gerechnet werden. Garniert mit Zitaten angeblich langjähriger Ost- und Westberliner Autonomer werden die sogenannten DogmatikerInnen für verschiedene militante Aktionen der letzen Zeit verantwortlich gemacht, von denen sich die undogmatischen Autonomen entschieden distanzieren. (Als Beispiel nennt der Artikel einen Brandanschlag auf das Ostberliner Szenekino Babylon, in welchem nach Vorführung des umstrittenen Reißers "Terror 2000" als Diskutant der CDU-REP-Sympathisant Heinrich Lummer auftreten sollte.) Eine Autonome mit dem geänderten Namen "Elke" wird zitiert: "Die jüngsten Anschläge wurden nicht von Autonomen verübt, sondern von Kommunisten." Sodann widmete sich der taz-Bericht den anbahnenden Auseinandersetzungen um die anstehende revolutionäre Maidemo '93.

Die 1. Mai-Vorbereitung

Aus Erfahrungen mit der Maivorbereitung des letzten Jahres, die erst spät anlief, wurde mit der diesjährigen Vorbereitung von verschiedenen ausländischen und deutschen Gruppen, darunter auch Autonomen, schon im Februar begonnen. Szeneintern wurde dazu eingeladen. Die Ergebnisse jedes Treffens wurden in Protokollform im autonomen Stellungnahmen-Sammelblatt Interim veröffentlicht. Der frühe Vorbereitungsbeginn sollte Zeit und Raum schaffen, über bloße "Technix" hinaus die Inhalte der Demo neu zu bestimmen.

Die traditionelle Route mit der Auftaktkundgebung um 13 Uhr am Kreuzberger Oranienplatz wurde in Frage gestellt. Als Alternative wurde der Ostberliner Neptunbrunnen vorgeschlagen, allerdings sollte dort schon ab 10 Uhr 30 demonstriert werden. Ziel sollte sein, das Kreuzberger Ghetto zu verlassen und Kontakte zu anderen sozialen und politischen Gruppen herzustellen. Gemeinsam mit der Gruppe "Kritische GewerkschafterInnen", einem Zusammenschluß linksoppositioneller GewerkschafterInnen aus West- und

Ostberlin, sollte ein Brückenschlag zu den TeilnehmerInnen der DGB-Kundgebung am Lustgarten gewagt werden, damit diese die Vorstellungen systemantagonistischer Gruppen kennenlernen könnten. Die Politik der DGB-Führung sollte in einer Art und Weise kritisiert werden, die die DGB-Mitglieder nicht von vornherein vor den Kopf stößt, sondern ihnen das Mitdemonstrieren auf der revolutionären Demonstration ermöglichen könnte.

Neben dem Bezug zu den Kämpfen der ArbeiterInnen war von der Vorbereitungsgruppe des "revolutionären 1. Mai" der Kontakt zu verschiedenen Stadtteilinitiativen vorgesehen; zum Beispiel zur "Wir bleiben alle"-Gruppe aus dem Ostberliner Prenzlauer Berg, die im letzten Jahr zwei große Demonstrationen und weitere spektakuläre Aktionen gegen Mieterhöhung und Wohnraumvernichtung veranstaltet hat.

Bereits Ende Februar zog sich ein Weddinger Autonomenzusammenhang aus dem Vorbereitungstreffen zurück. In einem umfangreichen Kritikpapier begründeten sie in der Interim 229 ihren Schritt. Neben dem Diskussionsverhalten und den Entscheidungsstrukturen innerhalb der Vorbereitungsgruppe wurde von ihnen bemängelt, daß der angestrebte Brückenschlag zur DGB-Basis bewirke, daß "Lohnarbeitskämpfe gegenüber anderen Unterdrückungsformen in den Vordergrund rücken". Gegenüber dem von den Kritischen GewerkschafterInnen in die Diskussion gebrachten Katalog mit machbaren Forderungen für die Demonstration erklärten die WeddingerInnen: "Revolutionäre Politik ist für uns weniger eine (in weiter Ferne liegende) Umwälzung, sondern eine Lebenshaltung."

Eine Woche später, in der Interim 230, veröffentlichte eine Gruppe "Vereinigte EinmischerInnen Berlins" eine Erklärung, in der sie der Vorbereitungsgruppe vorwirft, "weder revolutionär noch autonom zu sein". Der angestrebte Brückenschlag zur DGB-Basis wurde von ihnen als "Unterstützung der konformistischen DGB-Demo" interpretiert. "Es gibt wichtigeres, als beim DGB vorbeizuschauen." Was das sei, wurde nicht weiter verdeutlicht. Vielmehr wurde der Vorbereitungsgruppe vorgeworfen, durch ihr erarbeitetes Demonstrationskonzept zu spalten und einen sozialdemokratischen Kompromißaufruf zu fabrizieren. Schließlich wurde erklärt, daß für sie die Verweigerung eines Bezugs zur DGB-Basis der Knackpunkt sei, von dem sie ihre Teilnahme an der Demonstration abhängig machen würden.

In der Interim 232 stellten "einige Unverbesserliche" jegliche Bündnispolitik in Frage. Die angebliche Anbiederung an den DGB wurde als Verrat an den JobberInnen, Arbeitslosen, Marginalisierten bezeichnet. Die TeilnehmerInnen an DGB-Aktionen seien "hauptsächlich FunktionärInnen, deren ‚Engagement` hinterher großzügig mit einer Aufwandsentschädigung belohnt" werde. Zum Schluß wurde der Vorbereitungsgruppe jegliche Legitimation abgesprochen, sich in die Tradition des "revolutionären 1. Mai" zu stellen und für die Masse der bisherigen DemoteilnehmerInnen zu sprechen. Konsequenterweise wurde unverzüglich die mühevolle Debatte um Demobeginn und -route konterkariert, indem es am Ende der Erklärung hieß: "1. Mai - Straße frei! 13 Uhr O-Platz!!!"

Der Legitimationsverlust der Vorbereitungsgruppe innerhalb von Teilen der autonomen Szene bestärkte die Kritischen GewerkschafterInnen in der Meinung, daß der anvisierte Brückenschlag in der Szene nicht durchsetzbar sei. Sie erklärten den Austritt aus der Vorbereitungsgruppe und kündigten an, wie bisher eine eigene Demonstration zu organisieren.

Nun tauchte in Beiträgen verschiedener Autonomer erstmals das Dauerthema RK/RIM auf, weil ein Teil der Vorbereitungsgruppe den Vorschlag machte, diese MaoistInnen einzuladen, um mit ihnen technische Details der Demo abzuklären. Dem lag die Einschätzung zugrunde, daß dies die beste Möglichkeit sei, weitere gewaltsame Auseinandersetzungen innerhalb der Demo zu vermeiden.

In der Interim 233 bekräftigte eine anonyme Gruppe nochmals, jeden Kontakt zur DGB-Basis vehement zu bekämpfen. Zur nun schon sieben Wochen arbeitenden Vorbereitungsgruppe hieß es: "Zum 1. Mai-Plenum und ihren dummdreisten Vorschlägen wollen wir nicht weiter Stellung nehmen. Wie jedes Jahr versuchen die Reformer, uns vor vollendete Tatsachen zu stellen, um sich dann wieder bei uns einzuklinken. Es wird Zeit, daß wir unsere Inhalte konkretisieren und eine machtvolle 1. Mai-Demonstration vorbereiten." Das war Ende März.

In der Interim 235 erschien erstmals ein Beitrag, der die zu diesem Zeitpunkt sowieso schon obsolete Bezugnahme auf die DGB-Basis verteidigte. Unterschrieben war er mit "revolutionäre Linke, die auch im DGB organisiert sind". Gewarnt wird vor einer primitiven Kritik am DGB, da dessen Basis "kein monolithischer Block

(sei), sondern umkämpftes Terrain". Der Beitrag bezeichnet die autonome Einschätzung des DGB als Hort der weißen, männlichen Arbeitnehmer als "platte autonome Manie, die Arbeit von Frauen und MigrantInnen im DGB unsichtbar zu machen".

Ost-West-Konflikt

Nachdem sich die "Kritischen GewerkschafterInnen" aus der Demovorbereitung zurückgezogen hatten, war auch der Plan einer veränderten Demoroute obsolet geworden. Jetzt war 13 Uhr/Oranienplatz wieder Konsens.

Neuer Streit entzündete sich nun an dem Vorschlag, die Demo im Prenzlauer Berg enden zu lassen, der von vielen als zweites Kreuzberg bezeichnet wird. Eine "revolutionäre O.S.T.B.L.O.C.K.-gruppe" erklärte in der Interim 235 kategorisch, daß Zusammenhänge aus dem Prenzlauer Berg ein Fest planten, das "in bewußter Abgrenzung zur 1. Mai-Veranstaltung in Kreuzberg" stehe. Der "Ostblock" schätzte ein, daß nun, nachdem die Vorbereitungsgruppe damit gescheitert sei, die DGB-Demo für ihre Missionierungsvorschläge zu nutzen, der Prenzlauer Berg als Ersatz herhalten müsse. "Ein solches Verhalten würden wir uns nicht einmal von Westberliner Autonomen bieten lassen - geschweige von K-Gruppen-Imitationen, deren Politikbegriff sich u.a. aus einer psychotischen Abgrenzung von Autonomen definiert."

Das Argument der Vorbereitungsgruppe, daß sie ja von Anfang vergeblich Kontakte zu Prenzelberger Kiezinitiativen gesucht hat, wurde in der Interim 236 von einer "weiteren revolutionären O.S.T.B.L.O.C.K.-gruppe" als arroganter Einmischungsversuch von Westlinken abgetan. Mittlerweile endete eine erste berlinweite Vollversammlung zum 1. Mai, auf der Kritiken, Polemiken und Mißverständnisse beredet und wenn möglich ausgeräumt werden sollten, im Chaos. Schon als VertreterInnen des Vorbereitungsplenums die Tagesordnung vorstellen wollten, wurden sie rabiat unterbrochen, weil auch RKlerInnen anwesend waren. In deren Anwesenheit wollten die Kritikerinnen nicht diskutieren. Statt zu einer Klärung zu kommen, wurden Ressentiments noch verstärkt. Nach ca. 30 Minuten teilweise erregter Wortgefechte erklärten einige Autonome, daß sie ohne KommunistInnen weiter diskutieren wollten und zogen mit zwei Drittel der Anwesenden in einen anderen Raum. Dort formierte sich nun das "Autonome 1. Mai-Vorbereitungsplenum", das in einem eigenen Aufruf unter dem Motto "Auf zu neuen Ufern" das bisherige Vorbereitungsplenum folgenderweise charakterisierte:"Die Mai-Vorbereitungsgruppe `93 wird von dogmatischen Gruppen und ‚ML'-Sekten dominiert ... Dennoch sind wir nicht bereit, eine 1.Mai-Demo als ‚ML'-Parteiveranstaltung mitzumachen ... Lassen wir die Dogmatiker und Zentralisten ins Leere laufen. Sollen sie sich doch selber organisieren, aber nicht uns." (Interim 237) Einige der so klassifizierten "GenossInnen aus dem 1.Mai-Plenum" versuchten in derselben Interim gegenzusteuern: "Wir sind Autonome aus Ost und West ... Der Teil der Autonomen, der uns jetzt zu diffamieren versucht, war auf den Vorbereitungstreffen nicht. Dieselben versuchen uns schon seit Jahren mit Begriffen wie Betonköpfe, Macker-Militante usw. zu verleugnen ... Deswegen sagen dieselben Kreise diesmal, wir seien ML-Sekten ... Sie verkennen dabei, daß nichts so bleibt, wie es war ... So auch Teile der autonomen Szene. Wir sind in den Kämpfen irgendwann KommunistInnen geworden ... Wir sind nicht so dogmatisch starr und verlangen die Wiederherstellung eines Zustandes, den es mal vor Jahren gab. Wir bleiben nicht im Ghetto und interessieren uns nur für unsere eigenen Probleme ... Unsrer Meinung nach ist der Weg, den ein Teil der Autonomen jetzt gehen will, der zurück ins Ghetto, zurück ins friedliche WG-Leben mit viel autonomem Lebensgefühl..."

Der schon erwähnte Aufruf des "Autonomen 1. Mai-Vorbereitungsplenums" vermittelt neben den Abgrenzungen einige Essentials autonomer Theoriediskussion: "Für uns gibt es nicht den Hauptwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit. Auf gleicher Ebene damit stehen die Unterdrückungsverhältnisse, die sich im Rassismus und im Sexismus äußern..." Eine stillschweigende Revision vieler autonomer Selbstdarstellungen der vergangenen Jahre wurde so formuliert: "Es gibt kein einheitliches Feindbild. Die Fronten verlaufen zu Recht oft auch durch das, was als ‚unsere Reihen' bezeichnet wird ... und erst recht gibt es keine festgefügte, für ewig gültige Theorie ... Revolution ist kein akademisch planbares Unternehmen..." Zu guter Letzt kommt, sicher unbeabsichtigt, noch der alte Bernstein, SPD-Ur-Theoretiker des Revisionismus, zu Ehren, denn auch die VerfasserInnen meinen: "Der Weg ist das Ziel". Demgegenüber wurde im "Aufruf des Vorbereitungsplenums zur 1.Mai-Demo" unter dem Motto "für eine herrschaftslose und klassenlose Gesellschaft gemeinsam kämpfen oder untergehen" Bezug genommen auf den zunehmenden Rassismus und Faschismus und die soziale Verelendung von Teilen der Bevölkerung. "Gegen die rassistische Hetze setzen wir unseren Kampf für offene Grenzen und das Bleiberecht für alle. Wir wollen Olympia in den Sand setzen

und fordern gleiche Löhne für gleiche Arbeit ... die Betriebe sollen denen gehören, die darin arbeiten. Wir wollen ein garantiertes Mindesteinkommen und menschenwürdigen, erschwinglichen Wohnraum für alle ..." (Interim 237).

Mag der Forderungkatalog auch den Eindruck der Beliebigkeit erwecken, wurde doch der Versuch gemacht, sich an Menschen außerhalb des autonomen Ghettos zu wenden, was vom Aufruf der "Autonomen 1. Mai-Vorbereitungsgruppe" nicht behauptet werden kann.

In der Interim 238 erschien dann "Eine kurze Geschichte des revolutionären 1. Mai in Berlin", die zuerst in der Ostberliner "BesetzerInnenzeitung" abgedruckt war. Hier wurde hervorgehoben, daß für viele Autonome die Mai-Demonstration vor allem als Erinnerung an die Kiezrandale am 1. Mai 1987 abgehalten wurde, während ab 1989 "Gruppen, die schon in der Vergangenheit den Anspruch einer revolutionären Avantgarde vertreten hatten (Antiimps u.ä.), Oberwasser erhielten ... Ablesbar wird das daran, daß sich der Schwerpunkt der Vorbereitung ... zu allgemeinpolitischen Ansätzen wie beispielsweise die Gefangenarbeit und den proletarischen Internationalismus verschoben hat." Unerwähnt blieb dabei, daß der Hungerstreik der Gefangenen aus RAF und Widerstand am 1. Mai '89 für viele Gefangene in einer lebensbedrohlichen Phase war, und daß die GenossInnen auf vielen Veranstaltungen und Demonstrationen, z.B Ostermarsch oder den DGB-Veranstaltungen für die Ziele des Hungerstreiks, die Zusammenlegung der Gefangenen in großen Gruppen, mobilisierten. Jetzt wird diesen von den AutorInnen des erwähnten Papiers vorgeworfen, TrittbrettfahrerInnen gewesen zu sein, die die bunte undogmatische Gedenkdemo an die Kiezrandale mit Vorstellungen des traditionellen 1. Mai befrachtet hätten. Die Verbindung zum Vorbereitungsplenum '93 wurde sogleich gezogen: "Zum einen setzte sich die '89 beginnende Tendenz fort, daß mehr und mehr die dogmatische (autoritäre) Fraktion der Autonomen, aber auch stalinistische K-Gruppen-Imitationen die Vorbereitung des 1. Mai bestimmten ... Die Stimmung in Teilen der autonomen Szene tendiert mittlerweile zu dem Satz: 1. Mai - nix gelernt."

Die Demo

Nach den geschilderten Auseinandersetzungen war der Demoverlauf vorhersehbar. Statt den ca. 15.000 von letztem Jahr fanden sich lediglich 7.000 Menschen auf dem Oranienplatz ein. Nach den ritualisierten Auseinandersetzungen zwischen RKlerInnen und Autonomen verließen ganze Gruppen die Demonstration. Die Polizei nutzte die Zersplitterung durch gezielte Knüppeleinsätze gegen ganze Gruppen oder Ketten, was die Zahl der TeilnehmerInnen auf ca. 2.500 schmelzen ließ. Wegen der ständigen Polizeiprovokationen und der Unentschlossenheit des Großteils der DemonstrantInnen entschloß sich die Leitung zur Auflösung der Demo nach ca. zwei Dritteln der geplanten Route. Ca. 100 Menschen warteten vergeblich am Rosenthaler Platz (Ostberlin) auf die Abschlußkundgebung, die nun ausfiel.

In den nachfolgenden Erklärungen wird der Applaus für die Polizeiangriffe gegen die RIM/RK erklärt, bagatellisiert oder auch begrüßt. Der Vorbereitungsgruppe wurde die Schuld für den unbefriedigenden Verlauf der Demo gegeben, weil sie nicht das Vertrauen des Großteils der DemoteilnehmerInnen genossen habe. Am verbalradikalsten gebärdete sich ein "O.S.T.B.L.O.C.K.:- g7", der meinte, daß die Demo unter Führung von Stalin und Mao in den Osten eingefallen sei. (Interim 241) Erstaunlicherweise müssen diese Autonomen auch Sympathie für die Gauck-Behörde haben, denn das stalinistische Treiben der TeilnehmerInnen sehen sie dadurch belegt, daß die Parole "Nieder mit der Gauck-Behörde" auf der Demo zu hören war. Nach zwei Wochen beendeten die Interim-MacherInnen die Debatte mit den Worten: "Alle Tage 1. Mai - aber bitte nicht das ganze Jahr 1. Mai-Diskussion." (Interim 241) Das ist erstaunlich, weil vorher oft die mangelnde Diskussion beklagt wurde.

Fazit: Nach dem diesjährigen 1. Mai sind die Gräben innerhalb der Autonomen Berlins unüberbrückbarer denn je. Das kann auch kein Zweckoptimismus verdrängen, nach dem Motto "Für einen starken internationalistischen 1. Mai 1994", wie in der Interim 240 zu lesen war. Vielmehr ist völlig offen, ob es einen 1. Mai in dieser Form noch mal gibt. Da die Auseinandersetzung nicht nur lokale Bezüge hat (siehe den Konflikt um die Antifa-M in Göttingen), ist die weitere Diskussion in der autonomen Bewegung für die Restlinke von Bedeutung. Schließlich sind die Autonomen deren derzeit mobilisierungsfähigste Fraktion.

P./Berlin

39. Offener Brief von Rosa Luxemburg an die RAF, die RZ sowie die autonome und antiimperialistische Bewegung - Eine Polemik (1. Teil)

Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak355/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:355:44

Der folgende uns zugesandte Text setzt sich mit den neueren Diskussionen um die Bestimmung revolutionären Kampfes in der BRD auseinander. Dies geschieht entlang der von Rosa Luxemburg um die Jahrhundertwende geführten Auseinandersetzung mit dem erstarkenden Reformismus in der SPD.

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe gut die Hälfte des Textes. Der restliche Teil, der die Polemik hauptsächlich entlang einer Betrachtung grüner Realpolitik führt, erscheint in ak 356.

Der folgende uns zugesandte Text setzt sich mit den neueren Diskussionen um die Bestimmung revolutionären Kampfes in der BRD auseinander. Dies geschieht entlang der von Rosa Luxemburg um die Jahrhundertwende geführten Auseinandersetzung mit dem erstarkenden Reformismus in der SPD.

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe gut die Hälfte des Textes. Der restliche Teil, der die Polemik hauptsächlich entlang einer Betrachtung grüner Realpolitik führt, erscheint in ak 356.

Liebe Freundinnen

und Freunde,

mir wird Angst und Bange, wenn ich mir Eure Begründung beispielsweise dafür, daß die RAF bewaffnete Aktionen allenfalls noch "als ein Moment des Zurückdrängens" des Staates, aber "nicht als weitere Strategie" (1) will, durch den Kopf gehen lasse.

Mißstand oder Prinzip?

Nicht, daß Ihr den deutschen Staat, der meine Ermordung mitzuverantworten hat, etwa so emanzipatorisch fändet. Nein, die meisten von Euch wissen und kritisieren, daß der deutsche Imperialismus den Ersten und den Zweiten Weltkrieg entfesselt hat; wissen um die Niederschlagung der November-Revolution 1918; wissen um Notstandsgesetze, Berufsverbote und Deutschen Herbst; wissen um die Umstrukturierung der Bundeswehr für Interventionen im Ausland, die Abschaffung des Asylrechts, die § 218-Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts und vieles anderes mehr. Ja, Ihr kritisiert das. Nur wollt Ihr offensichtlich nicht (mehr) wahrhaben, daß diese von Euch abgelehnten "konkreten Mißstände"(2) keine Unglücksfälle sind und waren. Sie sind vielmehr im Prinzip bürgerlicher Staatspolitik enthalten. Und dieses Prinzip wird gegenwärtig bei Euch von wichtigen Leuten salonfähig gemacht. Ich werfe Euch nicht vor, daß Ihr neu über Eure Inhalte und Strategien diskutiert - das ist aus vielerlei Gründen notwendig -, sondern daß Ihr das in einer Weise tut, die erkennen läßt, wie sehr Ihr die Logik dieser "Realpolitik" bereits zur Grundlage Eurer Politik gemacht habt.

Beispielsweise, wenn die RAF es ablehnt (und die "Interim" diese Ablehnung begrüßt), zwischen "revolutionär" und "reformistisch" zu unterscheiden. (3) Beispielsweise, wenn eine RZ in ihrer Selbstauflösungs-Erklärung schreibt, daß ihre "Praxis (...) nie auf irgendeine Machtfrage" gezielt habe, und diese Haltung auch im Nachhinein als positives und auszubauendes Element ihrer bisherigen Politik bestimmt. (4) Beispielsweise, wenn selbst das sich weitgehend als kommunistisch verstehende Vorbereitungsplenum Eurer diesjährigen 1. Mai-Demo in Berlin schreibt, daß sich "historisch (...) auch revolutionäre Kämpfe immer an einigen wenigen zentralen - für sich genommen ‚reformistischen` - Forderungen aufgebaut (haben) und nie an dem ‚Willen`, nun der Revolution zuzustreben und eine völlig neue Gesellschaftsordnung aufzubauen". (5) (Sicherlich, allein der revolutionäre Wille ist nicht entscheidend; aber ohne den Willen zum revolutionären Umsturz auch keine Revolution.) Oder wenn das "Autonome 1. Mai Plenum" - in Anbetracht Eurer Streitigkeiten in den letzten Wochen für mich recht überraschend - ganz ähnlich formuliert: "Revolution ist kein akademisch planbares Unternehmen, das in der Machtübernahme gipfelt. Sie ist vielmehr(?) ein lebendiger Prozeß (...) Der Weg ist das Ziel." (6) Und als bisheriger Höhe-, besser gesagt: Tiefpunkt: Wenn Autonome einen Polizeieinsatz beklatschen - teils in der Illusion, daß die Bullen "unsere Arbeit" erledigten, teils in dem offen erklärten Wissen, daß die Bullen "ihre Arbeit" machen; (7) also autonomer Beifall für die Verteidigung von "Recht und Ordnung",

"euer Haudraufundschluß" als Euer Noske ("Einer muß den Bluthund spielen")? Kein Wunder deshalb, daß es in Hamburg eine "Initiative zur Befreiung der politischen Gefangenen" gibt, denen die staatlich inszenierten Lichterketten "näher als manche ‚altbekannten` genossinnen und genossen" sind, die den affirmativen Charakter der Lichterketten kritisieren. (8) Fast bin ich geneigt zu glauben, daß die taz nicht lügt, wenn sie einen angeblichen Autonomen so zitiert: " ‚Opposition heißt für mich, sich mit und nicht gegen die Menschen zu wehren`, meint Falko und fügt leise hinzu: ‚Stell dir vor, diese Linken regieren Deutschland.` " (taz, 16.3.1993, S. 5).

Ein Streit um Wörter?

Ihr meint, der Beifall für die Bullen am 1. Mai sei ja von anderen kritisiert worden und ansonsten sollte ich mich mal nicht so haben und mich nicht an einzelnen Wörtern (Machtfrage - ja oder nein?) aufhängen? Ihr würdet Euer Ziel einer grundlegenden Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse nicht aufgeben, sondern nur einige Wörter fallenlassen, die durch eine sektiererische und/oder stalinistische Politik, die auch ich ablehnen würde, diskreditiert seien?

Kommt mir bitte nicht mit solchen Ablenkungsversuchen - an Eurem Streit um die Neubestimmung Eurer Politik* ist von den Grundlinien der Argumentation her so gut wie nichts neu; die meisten Argumente kenne ich bereits aus meinem Kampf gegen Eduard Bernstein und anderen, denen es gelungen ist, die SPD auf eine Politik allenfalls schrittweiser Veränderungen festzulegen. Dabei übersehe ich nicht, daß beispielsweise die RAF eine andere Praxis als Bernstein hat. Aber ich übersehe auch nicht, daß viele in Eurer Szene, deren eigene Praxis sich gar nicht so sehr von der Praxis Bernsteins unterscheidet, die neue Politik der RAF gut finden. Und ich übersehe auch nicht, daß sich - wenn die frühe RAF recht damit hatte, daß es sich für Reformforderungen "nicht lohnt", sich den mit dem bewaffneten Kampf verbundenen Risiken auszusetzen (9) - eine Politik des militanten Reformismus nur begrenzte Zeit durchhalten läßt. Ihr wißt selbst am besten, wie viele in Eurer Szene einige Jahre lang äußerst militante Politik gemacht und sich dann aber zurückgezogen haben; ihren individuellen Frieden mit dem System gemacht haben, weil Militanz allein die fehlende revolutionäre politische Orientierung nicht ersetzen kann.

Vielleicht versteht Ihr das besser, wenn ich Euch ein wenig von meinem Kampf in der SPD erzähle, den ich bekanntlich verloren habe, u.a. auch deshalb, weil selbst ich zu sehr den SPD-Phrasen von Gesellschaftsveränderung usw. geglaubt habe.

Als ich 1898 mit 27 Jahren, aus Polen kommend, in die Sozialdemokratische Partei eintrat, war Eduard Bernstein gerade dabei, dem Bedürfnis bestimmter sozialdemokratischer Abgeordneter und Gewerkschaftsführer nach einer Revision der marxistischen Theorie Ausdruck zu geben. Sie sollte das rechtfertigen, was Bernstein für "die bedeutungsvollsten Fortschritte auf dem Gebiet der Praxis des politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Arbeiterkampfes" hielt; (10) eine reformistische Theorie sollte einer reformistischen SPD-Praxis Legitimation verschaffen. Ihm voran gegangen war bereits im Jahre 1891 der bayerische SPD-Abgeordnete und Realpolitiker** Georg von Vollmar, der eigentliche Begründer des deutschen Reformismus. Mit seinen berühmten "Eldorado-Reden" vom 1.6.1891 in München hatte er zwar einen Sturm der Entrüstung in der SPD ausgelöst, aber er konnte auf eine wachsende Anhängerschaft verweisen. Ähnlich wie in Eurer Diskussion Hanna Cash schon 1991 (mit ihrem Plädoyer für das "Offene", für eine an "Werten" und "Ethik" orientierte Politik und ihrer Zurückweisung einer Kritik, die eine an der "Menschenwürde" orientierte Politik als reformistisch charakterisiert, sowie ihrem Vorschlag für einen Tausch von Einstellung des bewaffneten Kampfes und Zusammenlegung der Gefangenen), hatte sich Vollmar für eine reformistische Anpassung an das Bestehende*** und damit für eine Unterwerfung unter die bestehenden Verhältnisse stark gemacht.

Die Konzentration auf die "praktische Tagespolitik"

Er hat das sehr schön philosophisch und methodologisch so verpackt: "Gewiß hat der vorwärtsstürmende, alles niederwerfende Gedanke sein Recht. Er ist notwendig, um (...) eine Idee rein darzustellen und für sie zu begeistern, ein Endziel anzugeben, das auf den wechselnden Wegen die Richtung weist. Und dieser Gedanke wird um so weniger Gegengewicht finden, je mehr man ihn ausschließlich auf das Gebiet der Theorie beschränkt und von der Fleischwerdung zurückhält. Die Tat aber, die Übertragung des Gedankens in die Wirklichkeit, überspringt die Hindernisse nicht so leicht und schnell. Bisweilen hat es ja wohl große Krisen

gegeben, wo die Geschichte einen plötzlichen Ruck machte und einen Sprung zu tun schien. Im Allgemeinen aber findet ein langsames, organisches Entwickeln statt. (...) In dem Maße, in welchem wir einen unmittelbaren Einfluß auf den Gang der öffentlichen Angelegenheiten gewinnen, haben wir - unter voller Aufrechterhaltung unsrer grundsätzlichen Bestrebungen - unsre Kraft auf die jeweils nächsten und dringendsten Dingen zu konzentrieren (...) Worauf es ankommt, das ist, daß wir - ohne unsre Endziele und den Zusammenhang unsrer Forderungen im Mindesten zu vergessen - auch praktische Tagespolitik treiben." (11)

So mußte man damals auftreten, wenn man die "grundsätzlichen Bestrebungen" für die reale = wirkliche Politik loswerden wollte.**** Bernstein spitzte diese Auffassung - ganz im Sinne Eures 1. Mai-Aufrufes - mit seinem bekannten Spruch zu, daß der Weg alles und das Ziel nichts sei. Auch Bernstein wollte damit, so sagte er jedenfalls, nicht ausdrücken, daß ihm die "endliche Durchführung sozialistischer Grundsätze" gleichgültig sei, sondern nur, "daß sich wichtige Epochen in der Entwicklung der Völker nicht überspringen lassen". (12)

Indem Vollmar für sich in Anspruch nahm, "unsre Endziele" nicht "im Mindesten zu vergessen", aber zusätzlich "auch praktische Tagespolitik" machen zu wollen, unterstellt er uns, seinen KritikerInnen, wir würden keine Tagespolitik machen (wollen) und bloß auf die Revolution warten. Wir wurden als idealistische Narren abgekanzelt und des Verzichts auf reformerisch mögliche, praktische Erfolge bezichtigt. Wer dann in der November-Revolution die Barrikaden praktisch verteidigte und wer abwartete, oder gar aktiv gegen die Revolution Politik machte, brauche ich Euch nicht sagen; und wenn wir, meine GenossInnen und ich, bis dahin tatsächlich nur abgewartet hätten, dann hätte es die November-Revolution gar nicht erst gegeben. Selbst für die Beratungen im Reichstag hatte ich 1898 zugestanden (was heißt zugestanden? Ich war und bin dieser Meinung), daß es bei Regierungsvorlage beispielsweise über die Militärpolitik nicht ausreicht, ihnen nur "ein kurzes und nacktes Nein entgegen(zu)setzen". Vielmehr müssen unsere Abgeordneten - so schrieb ich damals - "auf die jeweilige Vorlage eingehen, die Gründe erwägen, aus den gegebenen konkreten Verhältnissen, aus der augenblicklichen ökonomischen und politischen Lage, nicht aus einem leblosen und abstrakten Prinzip heraus urteilen und argumentieren. Aber das Ergebnis muß und wird, wenn wir die jedesmaligen Verhältnisse und die Volksinteressen richtig beurteilen, ein Nein sein. Unser Losung ist: Diesem System keinen Mann und keine Frau und keinen Groschen!" (13)

Die "Ansammlung unmerklicher und allmählicher quantitativer Veränderungen" (Stalin)

Aber merkt Ihr, wie sich die Argumente gleichen? Beispielsweise, wenn auch die RAF unterstellt, die Alternative zu ihrer neuen Politik sei, bis zur Revolution abzuwarten: "wir müssen es schaffen, eine andere gesellschaftliche entwicklung in bewegung zu setzen (...) also eine bewegung, die auch heute schon neue inhalte, werte und konkrete veränderungen schafft - denn das sind keine ziele, die bis auf die zeit ‚nach der revolution` verschoben werden können," schreibt die RAF in ihrer Erklärung vom Juni letzten Jahres. (14)

Beispielsweise, wenn auch Karl-Heinz Dellwo und Lutz Taufer sich den historischen Prozeß im Normalfall als "organisches Entwickeln" vorstellen: "um zu einer revolutionären entwicklung zu kommen, müssen wir eine menge akkumulieren. und dieses akkumulieren besteht aus vielen kleinen schritten." (15) "also der kampf darum, in ein falsches leben immer größere momente des richtigen reinzuholen, bis die quantitative anhäufung qualitativ auf die alten systemverhältnisse umschlagen kann." (16)

Beispielsweise, wenn auch Lutz Taufer folglich das, was er für revolutionäre Politik hält ("moral und ideal") auf historische Sprünge beschränkt, indem er schreibt: "die menschen handeln in revolutionärer zeit nach moral und ideal, ansonsten prüfen sie einen politischen prozeß danach, ob er ihr leben besser oder schlechter macht." (17)

Und fällt Euch nicht auf, wie billig eine Argumentation ist, die suggeriert, mit der Charakterisierung der eigenen Politik als praktisch oder Realpolitik einen Vorzug gegenüber einer anderen, offenbar irrealen, unpraktischen Politik aufgezeigt zu haben. Hing es Euch nicht zum Hals raus, wenn die KPdSU, die SED, die DKP etc. immer wieder das wesentliche "Argument" bemühten, ihr Sozialismus sei schließlich der "reale" gewesen? Und wißt Ihr von wem das von Karl-Heinz Dellwo angeführte Verständnis des Umschlagens von Quantität in Qualität stammt? Es war Stalin, der in seinem berühmten Dialektik-Kapitel in dem berüchtigten "Kurze(n) Lehrgang" der "Geschichte der KPdSU(B)" den gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß als das "Ergebnis der Ansammlung unmerklicher und allmählicher quantitativer Veränderungen" auffaßte. (18) Der "Übergang von einer alten zu einer neuen Qualität" erfolge niemals "vermittels einer Explosion", sondern "durch eine allmähliche

Ansammlung von Elementen der neuen Qualität". (19) (Genau gegen eine solche evolutionistische Vorstellung hatte allerdings Hegel ursprünglich dieses "dialektische Gesetz" vom Umschlagen von Quantität in Qualität formuliert. Und wir MarxistInnen haben es in diesem Sinne als revolutionäre Seite Hegels übernommen. Hegel schrieb: "Es hat sich (...) gezeigt, daß die Veränderungen des Seins überhaupt nicht nur das Übergehen einer Größe in eine andere Größe, sondern Übergang vom Qualitativen in das Quantitative und umgekehrt sind, ein Anderswerden, das Abbrechen des Allmählichen und ein qualitativ Anderes gegen das vorhergehende Dasein ist. Das Wasser wird durch Erkältung nicht nach und nach hart, so daß es breiartig würde und allmählich sich bis zur Konsistenz des Eises sich verhärtete, sondern es ist auf einmal hart." (20) Dies war die Verphilosophierung u.a. der von Stalin zu dieser Zeit in der Kommunistischen Internationale durchgesetzten Taktik von "Volksfront"-Bündnissen mit Teilen der Bourgeoisie. Auch für die Sowjetunion dekretierte er 1936 verfassungsmäßig das "Abstumpfen der Klassengegensätze" und gab den Staatsapparat, mit dem er diese tatsächlich eskalierenden Widersprüche auf repressive Weise austrug, als "Staat des ganzen Volkes" aus. Nach Stalins Tod wurde die Volksfront-Taktik auf die - Euch aus Euren Auseinandersetzungen mit DKP und SEW bekannte - Art und Weise "weiterentwickelt": friedlicher Übergang zum Sozialismus, antimonopolistische Demokratie, Aktionseinheit mit der SPD.

Doch ich wollte Euch ja von der Entwicklung der Sozialdemokratie berichten. 1891 noch, auf dem Erfurter Parteitag der SPD, wurden die Auffassungen Vollmars - besonders von den Parteigrößen Bebel, Singer, Liebknecht und auch Auer - rundweg abgelehnt. Sein Plädoyer für "Verhandlungen", für "Selbstbeschränkungen", für "Realismus" etc. konterte etwa der "Genosse Auer" u.a. mit den Worten: "Diese Selbstbeschränkung halte ich für gefährlich. - Auf diese Weise werden wir, wenn auch nicht mit Wissen und Wollen, doch tatsächlich dahin geführt, daß wir zweierlei Programm haben, eins für den Alltagsbedarf und eins für den Sonntag. Die strenge Scheidelinie, die bis jetzt unsere Partei allen anderen Parteien gegenüber innegehalten hat, wird somit auf die Dauer verwischt werden." (21)

Die Hanna Cashs gehen

jedem Bernstein voran ...

... die Georg von Vollmars jedem Lutz Taufer.

Trotz dieser verbalen Abfuhr machte v. Vollmar leider Fortschritte. Überhaupt sind "für die modernen Bewegungen der Massen" - so ein russischer Anhänger Bernsteins zutreffend - "es immer die Vollmars, die den Bernsteins vorangehen". Diese Eigendynamik werden die neuen ReformistInnen in Euren Reihen sicherlich für sich zu nutzten wissen, wenn diejenigen unter Euch, die eine Anpassung an die herrschenden Verhältnisse vermeiden wollen, nicht illusionsloser mit den Zeugnissen verbal bleibender Kritik an der Anpassung umgehen, als ich das damals getan habe. Denn ich setzte seinerzeit zu viele Hoffnungen in die Wirksamkeit der gegen v. Vollmar und Bernstein gerichteten Stellungnahme des Parteivorstands (Bebel etc.) und des Chef-Ideologen Kautsky, obwohl "jedes Jahr, jeder Parteitag immer neue Fortschritte des Evangeliums der ‚praktischen Politik` zum Vorschein" (22) brachte und ehemalige Kritiker v. Vollmars die Seiten gewechselt hatten.

Und bei Euch geht der Anpassungsprozeß nicht weniger schnell: 1991 hatte der "AK Drinnen und Draußen Celle" das Hanna-Cash-Papier noch als "Aufgabe einer revolutionären Perspektive" verworfen; der "vorgeschlagene Wertekatalog" bedeute einen Rückfall "auf die Ideologie der bürgerlichen Revolution". Der AK wußte: "Freilassung gibt's vielleicht als Gnadenakt in Einzelfällen, Freiheit aber, gibt's nur, wenn eine Linke in der BRD die Voraussetzungen schafft (...) die Idee von ‚Befreiung/Emanzipation` nicht in den Geschichtsbüchern verschwindet, sondern von uns auf die Tagesordnung gesetzt wird." (23) Und: Die Situation der Gefangenen "ist untrennbar verbunden mit der Entwicklung der revolutionären Front. Wer das auflösen will, betreibt die Isolation der Gefangenen." Die von "Hanna Cash eingeforderte ‚politische Initiative` " sei "nichts anderes als die vom Staat gewollte Kapitulation." (24)

Im Herbst 1992, ein gutes Jahre später, gehört der Arbeitskreis schon zu den BefürworterInnen einer "politischen Lösung" und generell der neuen Politik der RAF. (25) Allerdings legten sie damals, im Herbst 1992, noch auf die Festellung wert, daß das, was vor der Selbstkritik der RAF "an Kritik am bewaffneten Kampf kam, (...) insofern nicht richtig ausgereift (war), als (...) die Argumente, die vorgetragen wurden zur Notwendigkeit der Einstellung des bewaffneten Kampfes, (...) sich nicht besonders unterschieden (haben),

1978 nicht besonders von denen von 1988 und 1988 von 1992, aber, und das wird aus der Erklärung der RAF und der der Gefangenen ersichtlich, im Unterschied dazu ist nun der Einstellung des bewaffneten Kampfes eine Analyse des veränderten Kräfteverhältnisses der letzten zwei bis drei Jahre vorausgegangen. Das gilt es eigentlich dabei zu reflektieren, daß nicht die Argumente, die schon immer gegen die bewaffnete Aktion in der BRD gefallen sind, jetzt zum Tragen kommen (...)" Und kein halbes Jahr später, im Frühjahr 1993, schreibt der gleiche Arbeitskreis in einem Flugblatt über die frühen RAF-Aktionen und in Bezug auf die BRD-Verwicklung in den Vietnam-Krieg: "Dennoch wäre es leichtfertig, das Töten von Menschen damit einfach entschuldigen zu wollen" und bringt damit das abgestandendste aller Argumente gegen den bewaffneten Kampf in der BRD. In einem Papier eines Arbeitskreis-Mitgliedes, das von den anderen im Grundsatz geteilt wird, heißt es - im Gegensatz zur zitierten Position von 1991 - schließlich: Die Freiheit der politischen Gefangenen sei nicht nur zu erreichen, "wenn (...) eine revolutionäre Linke tatsächlich zur gesellschaftlichen Kraft wird", sondern auch dann, "wenn in der Gesellschaft verankert wird, daß der bewaffnet geführte Kampf in der BRD ein politischer Fakt ist/war, dessen Konsequenzen hinsichtlich der Gefangenen einer politischen Lösung bedarf." (26) Heute wird betont, daß es um die "Anerkennung des Kräfteverhältnisses", um "gesellschaftliche Akzeptanz" gehe und freudig wird festgestellt, daß die Argumentation für eine "politische Lösung" "in der liberalen Medienöffentlichkeit auf partielle Zustimmung" stieß. (27) (In dem alten Papier war noch kritisiert worden, daß Hanna Cash "die Frage des ‚Kräfteverhältnisses` auf ein Problem der öffentlichen Meinung reduzier(t)". (28) Mit diesem hier vorkommenden an sich positiven Begriff von Gesellschaft ("wenn in der Gesellschaft verankert werden kann") war ich in meinen Diskussion in der SPD schon um die Jahrhundertwende konfrontiert. Diesem naiven Gesellschaftsbegriff mußte ich damals und muß ich heute entgegenhalten, daß die heutige Gesellschaft eine "kapitalistische Gesellschaft" ist und daß deshalb in ihr "die kapitalistischen Interessen maßgebend sind". (29) Wieso sollte sich also "in der Gesellschaft" ganz generell Akzeptanz für eine "politische Lösung" erreichen lassen, die etwas anderes als die Aussöhnung mit dieser kapitalistischen Gesellschaft ist?!

Der moralische Druck

mit der Gefangenschaft

Außerdem konnte ich bereits 1899 feststellen, "daß gerade diejenigen Genossen (entschuldigt den traditionalistischen Ausdruck!), die sich für die sogenannte praktische Politik erwärmen, eine ganze Reihe von wichtigen Parteiposten einnehmen, was ihren Argumenten auch eine ausgedehnte Anwendung und Verbreitung sichert, sie haben nämlich eine Anzahl von Parteiblättern als Redakteure und eine Anzahl von parlamentarischen Tribünen als Reichstags- und Landtagsabgeordnete inne. Gerade da also, wo der eigentliche Parteikampf nach zwei Fronten - gegen die Regierung und die herrschenden Klassen sowie für Aufklärung der Arbeitermassen geführt wird, in der Presse und in der Volksvertretung, sind die Anhänger der opportunistischen Taktik am stärksten vertreten. Dieser Umstand ist es, der ihnen zu ihrer Stärke so unverhältnismäßig Einfluß und Bedeutung verschafft." (30)

Überwindet mal den Abwehrmechanismus, der regelmäßig bei vielen von Euch einsetzt, wenn ganz "traditionalistisch" von einer "Aufklärung der Arbeitermassen" die Rede ist, und überprüft, ob es in Euren Reihen nicht eine Hierarchie gibt, die der Machtstellung der Abgeordneten in der SPD ähnlich ist. Zwar habt Ihr keine Abgeordneten. Aber ist es nicht bei Euch so, daß viele (ehemalige) Gefangenen das Evangelium der "praktischen Politik" predigen und daß ihre Gefangenschaft als moralisches Druckmittel benutzt wird, um die neue Politik durchzusetzen? So beispielsweise, wenn in dem schon zitierten Papier aus Celle unterstellt wird, die Kritik an der Forderung nach einer "politischen Lösung" bedeute für die "Gefangenen wahrscheinlich wirklich ‚lebenslänglich`i". (31) So auch, wenn in einem Text in der "Swing" (Autonomes Rhein-Main-Info) Kritik an Knut Folkerts mit dem "Argument" abgewehrt wird, daß "ein Gefangener aus der RAF, der zu seiner Geschichte und zu seinen Zielen" - das ist ja gerade die Frage - "steht, (...) Begriff(e) nicht leichtfertig in den Mund nimmt" und schon das vermeintlich Richtige meinen wird. (32) Und auch Gisel Dutzi beruft sich für ihr Plädoyer für das, was heutzutage als "Praxis" verstanden wird, auf den "Rücken der Gefangenen": Die Kritik an einer sog. "politischen Lösung" sei eine " ‚Position`, mehr auf dem Metropolenmeinungsmarkt, ausgetragen auf dem Rücken von Gefangenen, der Guerilla, Leuten hier draußen, deren Sache nie einfach die ‚richtige Position` war und ist, sondern die eigene Praxis. Das sind ideologische Schlagabtausche." (33) Und wie sieht es bei Euch mit der Presse aus? Das Angehörigen-Info versucht leidlich, die Debatte kleinzukochen und eine Mittellinie zu fahren, während es natürlich ausschließlich die VertreterInnen der neue Linie sind, die in Spiegel, NDR und Heute Journal sowie im Privatfernsehen zu Worte kommen; sind es ausschließlich die Erklärungen

von RAF und Karl-Heinz Dellwo, die in taz und Frankfurter Rundschau gedruckt werden. - Und Ihr wißt, daß ich weiß, was es heißt im Knast zu sitzen (zwar nicht solange, wie Eure Gefangenen, nur 1907 und von 1915 bis 1918, mit einer kurzen Unterbrechung; angenehm war es trotzdem nicht). Aber ich habe aus meiner Inhaftierung nie die Schlußfolgerung gezogen, daß es richtig sei, "die Eskalation zurückzunehmen" (34). Befreit wurde ich 1918 von den November-RevolutionärInnen.

Über "gesamtpolitische Verantwortung"

Ihr sollt 'raus aus dem aus dem "Ghetto" und 'rein in "die Gesellschaft" (Lutz Taufer) geführt werden, (35) was freilich nur deshalb Aussicht auf Erfolg haben kann, weil Ihr selbst Anknüpfungspunkte für diese "Verwandlung" in Eurem Denken und Handeln aufweist. Was findet Ihr denn so attraktiv an den von Euren StrategInnen eingebrachten Redensarten über "gesamtgesellschaftliche und gesamtpolitische Verantwortung" (Lutz Taufer) (36), daß es nicht mehr ausreiche zu entlarven, daß es gelte, "politikfähig" zu werden,+ wenn Ihr weiter an der Notwendigkeit der Durchsetzung Eurer Anliegen festhaltet? Glaubt Ihr etwa, mit diesen Vorschlägen werde der Weg gewiesen, die von Euch proklamierte "umwälzung der zerstörerischen kapitalistischen verhältnisse" (37) hinzukriegen? Vielleicht ist ja meine alte Kritik an Bernstein angesichts der Entwicklung der russischen Revolution (die ich übrigens, wie Ihr wißt, viel früher und präziser kritisiert habe als Eure enttäuschten und deshalb "realistisch" gewordenen Weltverbesserer) ein bißchen blauäugig in der Frage der politischen Macht. Dennoch halte ich gegen alle "Resignierten" daran fest, daß der Spruch von Günter Grass: "Der Fortschritt ist eine Schnecke", der heute unisono von vielen bei Euch vertreten wird, nicht nur trostlos, sondern auch falsch ist und weiterhin meine Aussage gilt: "Es ist grundfalsch und ganz ungeschichtlich, sich die gesetzliche Reformarbeit bloß als die in die ins Breite gezogene Revolution und die Revolution als kondensierte Reform vorzustellen. Eine soziale Umwälzung und eine gesetzliche Reform sind nicht durch die Zeitdauer, sondern durch das Wesen verschiedene Momente." (38) Deshalb bedeutet die Beschränkung auf eine "gesellschaftliche alternative hier und heute" (RAF) (39) keine grundsätzliche Alternative und auch "nicht einen ruhigeren, sicheren, langsameren Weg zum gleichen Ziel, sondern auch ein anderes Ziel, nämlich statt der Herbeiführung einer neuen Gesellschaftsordnung bloß quantitative Veränderungen in der alten." (40)

Indem Bernstein also ein anderes Ziel als eine neue Gesellschaftsordnung anvisiert hatte, war er es, der die Frage "Sozialreform oder Revolution?" aufgeworfen hatte. Ich hatte nun meinerseits nicht eine andere Antwort - also beispielsweise Revolution statt Reform - auf die gleiche Frage gegeben, sondern Bernsteins Frage zurückgewiesen, indem ich auf den "unzertrennlichen Zusammenhang" zwischen Reform und Revolution hinwies. Dieser Zusammenhang besteht nämlich darin, daß wir RevolutionärInnen den Kampf um Reformen (als ein vorbereitendes Mittel) dem Zweck, der sozialen Umwälzung, der Aufhebung des Lohnsystems (41) und der Zerstörung dieses Staates (42) unterordnen.

Das Programm

wird aufgeschoben -

auf unbestimmte Zeit

Nun sagt Ihr ja aber, daß Ihr Euch durchaus nicht dauerhaft auf "Veränderungen für das Leben heute" beschränken wollt, sondern "langfristig den Herrschenden die Bestimmung (...) entreiß(en)" wollt. (43) Aber gerade weil Ihr ausschließlich zwischen "kurz-" und "langfristig" unterscheidet und auch langfristig die Machtfrage zumindest nicht ausdrücklich stellt, sondern Ihr auf eine allmähliche Anhäufung von Veränderungen ("Akkumulation von vielen kleinen Schritten" - Lutz Taufer -, "quantitative Anhäufung" - K.-H. Dellwo) hofft, muß Eure Hoffnung ein frommer Wunsch bleiben. Denn "jeder Schritt" auf der Bahn der Sozialreform führt nur dann über diese Bahn hinaus und zum "sozialistischen Ziel" - so mußte ich schon den "Realpolitikern" meiner Zeit entgegenhalten -, "wenn die bewußte und feste Bestrebung zur Eroberung der politischen Macht dem gewerkschaftlichen und sozialreformerischen Kampfe als Leitstern vorausgeht." (44)

Ganz ähnlich wie heute die RAF haben Bernstein u.a. noch zu Lebzeiten von Marx und Engels argumentiert: "Man verstehe uns wohl", wir wollen nicht "ein Aufgeben unsrer Partei und unsres Programms, wir meinen aber, daß wir auf Jahre hinaus genug zu tun haben, wenn wir unsre ganze Kraft, unsre ganze Energie auf die Erreichung gewisser naheliegender Ziele richten, welche unter allen Umständen errungen werden müssen, bevor die Realisierung der weitergehenden Bestrebungen gedacht werden kann." (45) Marx und Engels haben

darauf geantwortet: "Das Programm soll nicht aufgegeben, sondern nur aufgeschoben werden - bis auf unbestimmte Zeit. Man nimmt es an, aber eigentlich nicht für sich selbst und für seine Lebzeiten, sondern posthum, als Erbstück für Kinder und Kindeskinder. Inzwischen wendet man seine ‚ganze Kraft und Energie` auf allerhand Kleinkram und Herumflickerei an der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, damit es doch so aussieht, als geschehe etwas, und die Bourgeoisie nicht erschreckt werde." (46)

Wie gesagt, meine Freunde und ich haben den Kampf in der SPD damals verloren. Statt dessen hat sich die Richtung durchgesetzt, als deren "theoretischer Dolmetscher (...) innerhalb der Partei, und zwar als letztes Glied in ihrer geschichtlichen Entwicklung" (47) Eduard Bernstein aufgetreten ist. Und zwar mit Euch auch bekannten Argumenten schon 1896/97: "Die Kooperation, der politische Kompromiß macht keine Verleugnung, keine Abschwächung der eigenen Klassenforderungen notwendig. Man verbindet sich zu einem ganz bestimmten Zweck, ohne darüber hinaus gehende Verpflichtung (...)." (48)

Ich hatte dagegen schon 1899 befürchtet, daß Bernsteins Politik nicht einmal zu einer "ununterbrochenen Kette fortlaufender und stets wachsender Sozialreformen" führt. (49) Denn der "unversöhnliche, schroffe Klassenstandpunkt", der zunächst zumindest konsequente Reformen bewirken kann, wird mit der Zeit "immer mehr zu einer negativen Potenz, sobald unmittelbare praktische Erfolge den Hauptzweck bilden. Der nächste Schritt ist also eine Kompensationspolitik und eine konziliante, staatsmännische kluge Haltung," die schließlich dazu führt, "alles gehn zu lassen, wie's Gott gefällt". (50)

Von der bedingten Verneinung zur unbedingten Bejahung

Leider hatte ich mit meiner Befürchtung recht behalten. Denn schon 1912 argumentierte Bernstein so: Die SPD habe zwar, in dem sie bestimmte Regierungsentscheidungen kritisiere, "zunächst" den Charakter einer "bedingt verneinenden Opposition". Sie müsse aber "ihre Stimmenmacht bewußt und systematisch für die eine oder gegen die andere Koalition in die Waagschale (...) werfen. Sie muß dann unter Umständen sich auf die Seite der Partei stellen, die gerade an der Regierung ist, womit ihr Einfluß auf diese Regierung, zugleich aber auch ihr Interesse an ihr eine Steigerung erfährt. Selbst wenn (!) sie behufs Wahrung ihrer politischen Unabhängigkeit sich jedes formalen Anschlusses an die Regierungskoalition, insbesondere also die Beteiligung an Ministerien enthält, erhält sie durch die Natur der Dinge etwas vom Charakter einer Regierungspartei. Das heißt, wird - um an die gebrauchte Wendung anknüpfen - nunmehr Partei der bedingten Bejahung." (51)

Das klingt logisch, werden einige von Euch sagen. Ist es auch, nämlich für Menschen, die dabei sind, SozialdemokratInnen zu werden. Andere werden sagen: "Jetzt geht sie aber wirklich zu weit; die Gefangenen und die Illegalen schon auf der Regierungsbank sitzen zu sehen, ist doch wirklich übertrieben." Aber überlegt einmal: Die RAF hat in ihrer Erklärung vom August letzten Jahres die herrschende Politik als "Wahnsinn" (52) charakterisiert und demgegenüber "sinnvolle Lösungen" (53) gefordert. Und auch Eva Haule meint in einem Brief "an eine genossin aus der hafenstraße": "und es ist genau, wie ihr gesagt habt (...),vernünftige lösungen`, darum gehts." (54) Und Irmgard Möller spricht sich für "ein rationelles moment in der auseinandersetzung zwischen den politischen gefangenen und dem staat" aus. (55) Wenn sich anscheinend alles auf den Gegensatz von Rationalität und Irrationalität reduziert, wenn es anscheinend keinen Interessengegensatz und keine Zwangsgesetze der kapitalistische Ökonomie und keine notwendige Funktionsweise des bürgerlichen Staates mehr gibt, ist dann nicht die logische Konsequenz, das "Vernünftige" einfach zu tun (statt einem "ominösen revolutionären projekt" (Lutz Taufer) (56) nachzujagen) - und nach Möglichkeit eben auch in der Regierung?!

Damit werdet Ihr aber schließlich zu einer "Partei der unbedingten Bejahung". Denn, wie ich in einer Kritik an französischen Reformisten schrieb, gibt es in der Regierung, im Gegensatz zum Parlament, nicht einmal eine formelle Opposition. Die Regierung hat "die Ausführung der Gesetze, die Aktion zur Aufgabe (...), sie muß in allen ihren Gliedern stets handeln, sie muß deshalb (...) stets einen grundsätzlich gemeinsamen Boden unter den Füßen haben, der ihr das Handeln ermöglicht, den Boden des Bestehenden, mit einem Wort den Boden des bürgerlichen Staates (...) Ein prinzipieller Gegner des Bestehenden hingegen steht vor der Alternative: entweder auf Schritt und Tritt der bürgerlichen Mehrheit in der Regierung Opposition zu machen, d.h. tatsächlich kein aktives Mitglied der Regierung zu sein - ein augenscheinlich unhaltbarer Zustand, der zur Entfernung des sozialistischen Mitgliedes aus der Regierung führen müßte -, oder aber die Sache schließlich mitzumachen, die täglich und stündlich zur Erhaltung und zum Fortlauf der Staatsmaschinerie in jedem

Regierungszweig notwendigen Funktionen zu verrichten, d.h. tatsächlich kein Sozialist, wenigstens nicht in den Grenzen des Regierungsamtes, zu sein." (57)

Ihr seht also, was von dem ursprünglichen Versprechen übrig bleibt, eine Politik, die den Kampf um Reformen nicht dem revolutionären Ziel unterordnet, bedeutet über eine punktuelle Übereinstimmung mit der Regierung hinaus keine weitere Verpflichtung ...

Sicherlich, Ihr wollt eine solche Entwicklung nicht; aber schon meine Kritik von 1899 an Bernstein & Co. zielte nicht, jedenfalls nicht hauptsächlich, auf deren verräterische Absichten. Die gefährlichste Seite ihrer Theorien sah ich vielmehr "in ihren Konsequenzen, in dem, was sich aus ihnen für die Bewegung ergibt, wenn sie zur vollen Reife entfaltet werden." Zwar waren wir - seine KritikerInnen - uns damals einig, "daß das allgemeine letzte Ergebnis seiner Auffassung" die Aufgabe des Sozialismus wäre, "aber vor diesen Konsequenzen schreckt Bernstein zurück. Er beteuert, daß er weder dieses Ergebnis wünscht noch auf dasselbe hinarbeitet. Und er hat in gewissem Sinne recht, nämlich im subjektiven Sinne. Es wäre Wahnsinn, Bernstein die Absicht zuzuschreiben, die Arbeiterbewegung vernichten zu wollen. Im Gegenteil, er glaubt, ihr aufs beste mit seiner Auffassung zu dienen. Es kommt jedoch nicht darauf an, was Bernstein denkt und will, sondern was sich objektiv, abgesehen von seiner Person, aus seinen Theorien ergibt." (58) Was dies war, habe ich zu Beginn dieses Briefes aufgezählt: Kriegskredite, Notstandsgesetze, Berufsverbote, Stammheim '77, Abschaffung des Asylrechts, Abtreibungsverbot durch finanziellen Druck.

"Praktische Politik" und Verlotterung der Theorie

Der opportunistische Ausgangspunkt, man müsse "den Massen(...) unbedingt(!) mit ‚positiven Errungenschaften` in der Hand kommen, sonst wird uns das Volk ‚nicht verstehen` ", (59) der auch bei Euren BefürworterInnen der "praktischen Politik" eine entscheide Rolle spielt, hat in der Geschichte der SPD alles weitere geprägt: die Verlotterung der Theorie (welche kein Wunder ist, denn die "Feindseligkeit gegen ‚die Theorie` (...) ist ganz selbstverständlich, denn unsere ‚Theorie`, d.h. die Grundsätze des wissenschaftlichen Sozialismus, setzen der praktischen Tätigkeit ebenso in Bezug auf die angestrebten Ziele, wie auch auf die anzuwendenden Kampfmittel wie endlich selbst auf die Kampfweise sehr fest Schranken. Daher zeigt sich bei denjenigen, die nur den praktischen Erfolgen nachjagen wollen, das natürliche Bestreben, sich die Hände frei zu machen, d.h. unsere Praxis von der ‚Theorie` zu trennen, von ihr unabhängig zu machen" (60), die Verharmlosung der Klassengegensätze, die Illusionsmacherei über mögliche Reformpolitik, das bedingte und schließlich unbedingte Ja zum bürgerlichen Staat. Eine Partei, die ihre Mitglieder und Anhänger so auf das "Evangelium" der "praktischen Politik" ausgerichtet hat, konnte schließlich dem "Ausbruch" des Ersten Weltkrieges nichts entgegensetzen. Und so zeigt die Entwicklung der SPD auch denen, die sich davor drücken, über die immanenten Konsequenzen des "Evangeliums" der "praktischen Politik" nachzudenken, wie die weitergehenden Forderungen und Ziele auf der Strecke geblieben sind - eben nur die rechtfertigenden Ideale einer anpaßlerischen Praxis waren. Und überlegt einmal, wieso jetzt auch in Euren Debatten soviel über "Werte", "Ideale" usw. die Rede ist - weil es wieder eine Praxis gibt, die nicht selbst über das Bestehende hinausweist und deshalb ihrer Rechtfertigung durch höhere "Ideale" bedarf.

Alles nur "Mißverständnisse"?

Aber Ihr meint, wie Gregor, (61) daß meine Kritik, wie ähnliche Kritiken zuvor, auf einem "Mißverständnis" (Gregor selbst setzt dieses Wort bezeichnenderweise in Anführungsstriche) der Position Eurer neuen PolitikerInnen beruht? Auch diese Ausflucht ("Mißverständnisse"), um einer inhaltliche "Auseinandersetzung aus dem Weg zu gehen" (62), ist leider nicht neu. (63) Schon ich war damit konfrontiert, daß meine Gegner "über jedes Ding nicht eine Meinung, wie die meisten Menschen, sondern mehrere Meinungen auf einmal (hatten), und man kann nie irgendeine (ihrer) Äußerungen in der Diskussion fixieren, ohne daß (sie) nicht in der Lage wäre(n), zur Deckung sofort eine entgegengesetzte Äußerung heranzuziehen." Und "das heillose Dunkel (...) hat ‚Methode`, es hat einen politischen Grund. Es ist dies jene Politik, die allen geben und niemandem nehmen, alle befriedigen und niemanden kränken, alle Differenzen verwischen, alle Widersprüche aussöhnen, alle Gegensätze in einem Meer sauer-süßlicher Beschwichtigungslimonade ertränken will." (64)

August Bebel sagte deshalb über von v. Vollmars Reaktionen auf die Kritik an seinen Eldorado-Reden: "Vollmar sieht sich genötigt, seine am 1. Juni gehaltene Rede dem Druck zu übergeben, weil man falsch über sie berichtete; alsdann sieht er sich wieder genötigt, nachträglich noch eine zweite Rede zu halten, die als

Interpretation der ersten Rede gelten muß. Nachdem er aber beide dem Druck übergeben, muß er eine dritte Rede halten, die wieder als eine Interpretation der ersten und zweiten Rede anzusehen ist." (65)

Und ich habe über Bernsteins Veröffentlichungen geschrieben: "Hier" - bei Bebels Beschreibung der Reaktionen von v. Vollmars - "haben wir genau die Geschichte der Bernsteinschen Artikel in der ‚Neuen Zeit`, die er dann durch einen Brief an den Parteitag interpretieren mußte, worauf er ein Buch schrieb, um den Artikel und den Brief zu kommentieren, worauf wieder ein Artikel in der ‚Neuen Zeit` und im ‚Vorwärts` erfolgten, die das Buch vor Mißverständnissen verteidigen sollten, und nach alledem sieht sich Bernstein heute von seinen Kritikern ebenso gänzlich mißverstanden, wie es 1891 Vollmar war. Zwischen diesen beiden Endpunkten in der Entwicklung des Opportunismus, zwischen den ersten beiden Reden Vollmars und dem Buche Bernsteins, wiederholt sich das ‚Mißverständnis` regelmäßig bei jeder seiner Kundgebungen." (66)

Und bei Euch? In der Interim 231 schreibt Gregor einen Artikel, um die angeblichen "Lügen" (67) der Frauen aus Gießen zurückzuweisen. Nachdem Anna und Arthur in der Interim 232 nachgewiesen hatten, daß die angeblichen Lügen durchaus der Wahrheit entsprechen, mußte Gregor in der Interim 233 behaupten, sie unterlägen "(dem)selben Mißverständnis" wie die Gießenerinnen. (68) Und all dies führte, nach zwei weiteren Stellungnahmen, nur zu Gregor erneuter These, "daß auch hier wieder Mißverständnisse eine Rolle spielen". (69)

Warten auf die Illegalisierung?

Wenn alles nur "Mißverständnisse" sind, warum reden dann Eure VertreterInnen der "praktischen Politik" in keiner einzigen ihrer Kundgebungen mal Klartext, sondern wiederholen immer nur ihre eigenen "mißverständlichen" Formulierungen? Gregor antwortet darauf mit der Gegenfrage: "Welchen produktiven Wert" hat die "wiederholte Feststellung, daß die gesellschaftlichen Widersprüche ‚nur mit Gewalt/durch die gewaltsame Machtergreifung` gelöst werden können?" Auch diese Frage bekamen wir schon von v. Vollmar präsentiert: "Haben wir nichts Besseres zu tun, als daß wir in jeder einzelnen Rede immer wieder den alten Katechismus aufsagen?" (70) Bebel antwortete darauf, daß diese "Aufklärung der Massen über unseren Gegner (...) die Hauptaufgabe für unsere (...) Tätigkeit ist und nicht die Frage, ob zunächst eine Forderung erreicht wird oder nicht. (...). Das Ziel in seiner Gesamtheit ist die Hauptaufgabe und das andere Nebensache (...) Vollmar erklärt umgekehrt das große allgemeine Ziel als das vorläufig Nebensächliche und als Hauptsache die nächsten praktischen Forderungen". (71) Die "Aufklärung der Massen über unseren Gegner" und die Propagierung der "Hauptaufgabe", der Revolution, ist deshalb notwendig, weil wir "unseren Gegner" nur dann endgültigen schlagen können, wenn wir uns auf die Machtfrage vorbereiten. Denn es ist - wie die RAF im Konzept Stadtguerilla geschrieben hat -, "falsch (...), auf die Illegalisierung als Schicksalsschlag durch das System zu warten, weil Illegalisierung dann gleich Zerschlagung ist." (72)

Über "Gerechtigkeit"

Ich will deshalb ein letztes dieser sog. "Mißverständnisse" anführen: Die RAF spricht in ihrer Erklärung zu Weiterstadt weiterhin nicht von der Herrschaft der Bourgeoisie über die ArbeiterInnenklasse, sondern von einer "herrschaft des kapitalistischen systems über die menschen", und sie votiert auf einmal für eine Bewegung, "die von (...) Gerechtigkeit" und "vom Kampf (...) gegen Armut bestimmt ist". (73) Auch das ist leider nicht so neu, für wie neu Eure neuen PolitikerInnen Ihre Vorstellungen halten. Vielmehr verstand schon "Bernstein unter Kapitalist nicht eine Kategorie der Produktion, nicht eine wirtschaftliche, sondern eine steuerpolitische Einheit, unter Kapital nicht ein Produktionsganzes, sondern schlichthin Geldvermögen". "Indem Bernstein den Begriff Kapitalist aus den Produktionsverhältnissen überträgt und (so wie die RAF statt von ArbeiterInnen von Menschen spricht++) ‚statt von Unternehmern von Menschen spricht` (...), überträgt er auch die Frage des Sozialismus aus dem Gebiet der Produktion auf das Gebiet der Vermögensverhältnisse, aus dem Verhältnis von Kapital und Arbeit in das Verhältnis von reich und arm" (74) und macht aus der Umwälzung der kapitalistischen Produktionsweise eine Frage der "gerechten", "gerechteren", ja "noch gerechteren" Verteilung. (75) "Damit sind wir von Marx und Engels glücklich auf den Verfasser des Evangeliums des armen Sünders zurückgebracht." (76) "Der nächste Anstoß zur sozialdemokratischen Bewegung, wenigstens bei den Volksmassen, ist freilich auch die ‚ungerechte` Verteilung der kapitalistischen Ordnung. Und indem sie für die Vergesellschaftung der gesamten Wirtschaft kämpft, erstrebt die Sozialdemokratie dadurch selbstverständlich auch eine ‚gerechte` Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Nur richtet sie ihren Kampf, dank der von Marx gewonnenen Einsicht, daß die jeweilige Verteilung bloß eine naturgesetzliche Folge der jeweiligen

Produktionsweise ist, nicht auf die Verteilung im Rahmen der kapitalistischen Produktion, sondern auf die Aufhebung der Warenproduktion selbst. Mit einem Wort, die Sozialdemokratie will die sozialistische Verteilung durch die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise herbeiführen, während das Bernsteinsche Verfahren ein direkt umgekehrtes ist; er will die kapitalistische Verteilung bekämpfen und hofft, auf diesem Weg allmählich die sozialistische Produktionsweise herbeiführen zu können." (77)

So meint denn auch Helmut Pohl, daß die Forderung, "daß das geld, die technologie rüber (d.h.: in den Trikont, R.L.) müssen", schon "diese alten vorstellungen von revolutionär und reformistisch" sprenge. Deshalb sei die Forderung nach Zerschlagung des IWF "mist". Vielmehr solle beispielsweise eine demokratisierte UNO die "umverteilung der finanziellen, technischen usw. ressourcen" organisieren. (78) So wird auch bei Euch suggeriert, daß sich mit einer Umverteilung mehr als reformerische Effekte bewirken ließen.

Anmerkungen:

* Ich beziehe mich im folgenden neben verschiedenen veröffentlichten Texten auch auf zwei halb-öffentliche Texte, die in Euren Zusammenhängen kursieren. Ich mache dies, weil ich schon in meiner Auseinandersetzung mit Bernstein damit konfrontiert war, daß die "gefährlichste Seite" seiner Theorien "in ihren Konsequenzen" bestand, "in dem, was sich aus ihnen für die Bewegung ergibt, wenn sie zur vollen Reife entfaltet werden". Aber davor, diese letzten Konsequenzen offen auszusprechen, "schreckt(e) Bernstein zurück. (...) Die Tatsache, daß Bernstein die Konsequenzen seiner Auffassung nicht ziehen will oder nicht sieht und auf halbem Weg stehen bleibt, ist die Quelle von zahlreichen Mißverständnissen geworden." Aber das Mißverständnis liegt - wie Geschichte inzwischen leider bestätigt hat - "nicht auf seiten derjenigen (...) die das Versteckte in seinen Theorien hervorkehren und ihn als einen Abtrünnigen bekämpfen, sondern umgekehrt auf seiten derjenigen, die seine Worte und Beteuerung für beweiskräftig halten und in seinen Theorien ‚nichts Neues` vom Standpunkt der Parteigrundsätze sehen." (Rosa Luxemburg, Zum kommenden Parteitag (1899), dies., Werke, Band 1/1, Berlin/DDR, 1974, 516-536 [522]). Deshalb will ich mich nicht erneut mit derartigen Beteuerungen abspeisen lassen, sondern wenigstens jene letzten Konsequenzen hier zitieren, die von Euren neuen PolitikerInnen schon selbst gezogen worden sind - wenn auch ‚im kleinen Kreis`, als ‚Privatmeinung` etc. "Das Private ist politisch!" wie Ihr heutzutage sagt. - Daß ich aus diesen halb-öffentlichen Texten zitiere, müßte eigentlich auch im Interesse Eurer neuen PolitikerInnen sein. Denn Lutz Taufer begründete das Öffentlichmachen einer Diskussion, die die Tübinger Initiative für die Zusammenlegung zunächst nur mit den Gefangenen führen wollte, mit einer (eine spezielle Situation prinzipiell zu pauschal verallgemeinernden, aber im konkreten Fall doch richtigen) Verallgemeinerung so: "politik ist was, was grundsätzlich im öffentlichen raum stattzufinden hat." "eine unserer forderungen in stockholm war, daß die verhandlungen öffentlich geführt werden." (Brief von Lutz Taufer an die Tübinger Initiative in: Interim, Nr. 180, 13.02.1992, 32-37 [37]).

** Der Begriff der "Realpolitik" geht auf den ehemaligen 1848er Revolutionär Ludwig August von Rochau zurück, der diesen Begriff prägte, als er zum Bismarck-Anhänger wurde: "Realpolitik bewegt sich nicht in einer nebelhaften Zukunft, sondern im Gesichtskreis der Gegenwart, sie findet ihre Aufgabe (...) in der Erreichung konkreter Zwecke, und sie weiß sich, unter allem Vorbehalt, mit halben Resultaten zu begnügen, wenn die ganzen nun einmal bis auf weiteres nicht zu haben sind. (...) Es ist ihr eine Gewissenssache, die Menschen und die Dinge so zu sehen, wie sie sind, und demgemäß nur zu wollen, was sie kann." [Grundsätze der Realpolitik - angewandt auf die staatlichen Zustände Deutschlands (1853/1869), Frankfurt/Berlin/Wien, 1972, [208], zitiert nach Wolfgang Kraushaar, Realpolitik als Ideologie. Von Ludwig August von Rochau zu Joschka Fischer, in: 1999, Heft 3/1988, 79-137 (106) - Hervorhebungen von mir, R.L.]. Wolfgang Kraushaar gibt ebd., 107, 133 f. folgende, ebenfalls bis heute noch gültige kritische Definition der "Realpolitik": "Sie ist anti-demokratisch" (massenfeindlich); "sie ist antifeministisch"; sie lehnt "alle Gesellschaftsentwürfe (ab), die nicht dem Bestehenden verhaftet bleiben (...) und sie ist antisozialistisch, weil der Gedanke an eine soziale Revolution die größte Gefahr für die deutsche Nationalpolitik" - die Gesellschaft - "darstellt."

*** Auch Hanna Cash ging es erklärtermaßen um Anpassung. Sie erklärte ihre ethisches Politikkonzept ausdrücklich deshalb für richtig, "weil das (die Ethik, R.L.) auf konservativ-reaktionärer Seite selbstverständlich ein ganz wichtiges Kampffeld um die Herzen und Köpfe der Menschen ist." (Hanna Cash, Auf ins Offene! Beitrag zur Diskussion mit den Gefangenen und der RAF, Beilage zum AK 329, 8.4.1991, 1-4 [4]). RevolutionärInnen müssen aber häufig, und so auch hier, das herrschende Terrain verlassen, um ihren Kampf führen zu können.

**** Diesen Gedanken hatte zuvor schon Rochau, a.a.O. (Anm.**), 255 zitiert nach Kraushaar, a.a.O. (Anm.**), 111 entwickelt: Der sog. "politische Idealismus gehöre in den Bereich der Theorie. Seine Emanationen seien ‚Turnübungen des politischen Geistes`, die eine positive Funktion nur in der ‚Rolle eines Vorläufers und Bahnbrechers` spielen könnten." Die "praktische Politik" sei demgemäß nicht die Verwirklichung eines solchen - eben auf den Bereich der Theorie beschränkten! - "spekulativen Systems"; die "Staatskunst" sei vielmehr die "Kunst des Erfolges". Daß eine solche pragmatische (praktizistische) Verdrehung der marxistischen These vom Primat der Praxis nicht nur mit einer reformistischen, sondern auch mit einer revolutionaristischen Politik einhergehen kann, hat die RAF im Konzept Stadtguerilla bewiesen: "Die Rote Armee Fraktion redet vom Primat der Praxis. Ob es richtig ist, den bewaffneten Widerstand jetzt zu organisieren, hängt davon ab, ob es möglich; ob es möglich ist, ist nur praktisch zu ermitteln." [Rote Armee Fraktion, Das Konzept Stadtguerilla, in: Redaktion (Hg.), Bundesrepublik Deutschland (BRD) - Rote Armee Fraktion (RAF), Köln, 1988, 5-13 (9)].

+ Brief von Lutz Taufer vom Januar 1992, S. 4: "hauptaufgabe des jahres 1992 für uns war nicht, diesen minister oder jenen geheimdienstklüngel als unmoralisch oder unehrlich zu entlarven, um daraus eine legitimation für jenes ominöse revolutionäre projekt zu saugen, das ansonsten keine erkennbaren eigenschaften besitzen würde." Wer ein solches Projekt verfolge, müsse "sich fragen lassen, ob er überhaupt noch politikfähig ist." Entsprechend auch das Papier "Einige Anmerkungen...", S. 1: "In den Diskussionen noch vor der RAF-Erklärung" und nach der sog. Kinkel-Initiative "wurden die Gruppen am ehesten handlungsfähig, denen jetzt politische Blauäugigkeit vorgeworfen wird." Und schließlich die Initiative zur Befreiung der politischen Gefangenen: "die linke hat die entlarvung der gesellschaftlichen verhältnisse als politisches mittel verloren (...) die initiativen aus der vergangenheit sind zur zeit weder politik- noch kampffähig. zum teil noch nicht einmal willens." [Initiative..., a.a.O. (s. 8), 6 f.]. Joschka Fischer u.a. schrieben 1988 in ihrem "realpolitischen Manifest" (ich werde Euch weiter unten im Haupttext noch etwas genauer über diesen grünen Anpassungsprozeß berichten): "Politikfähig" sind diese Parteistrukturen der GRÜNEN "schon lange nicht mehr, neuerdings erweisen sie sich kaum noch als protestfähig." [Joschka Fischer u.a., Sein oder Nichtsein, in: Sein oder Nichtsein. Entwürfe für ein realpolitisches Manifest, Juni 1988, 3-12 (3)].

++ Für die politische Konsequenz ist es durchaus gleich, ob die sprachliche Eliminierung des Antagonismus damit beginnt, statt ‚ArbeiterInnen` oder statt ‚KapitalistInnen` ‚Menschen` zu sagen. - Mit der sprachlichen Eliminierung des Antagonismus folgt die RAF - bewußt oder unbewußt - dem theoretischen Bezugspunkt vieler Elemente ihrer neuen und alten Theorie: der ‚Verdinglichungs-Theorie` von Georg Lukács. Danach bedeutet der "Unterschied, daß der Arbeiter der einzelnen Maschine, der Unternehmer dem gegebenen Typ der maschinellen Entwicklung, der Techniker dem Stand der Wissenschaft und der Rentabilität ihrer technischen Anwendung gegenüber stehen muß (...) eine bloß quantitative Abstufung und unmittelbar keinen qualitativen Unterschied" in der Verdinglichung deren Bewußtseins (Georg Lukács, Geschichte und Klassenbewußtsein, in: ders., Werke. Band 2, Neuwied/Westberlin, 1968, 161-517 [273] zit. nach Argument-Sonderband 40 (Theorien über Ideologie), Westberlin, 1979, 51). So werden die Widersprüche in der Gesellschaft in Widersprüche zwischen Mensch und Maschine umdefiniert. - In diesem Kontext erklärt sich auch der positive Bezug, den die RAF in ihrer April-Erklärung auf "Vertreter aus der Wirtschaft" nimmt, die angeblich "Druck" für eine "politische Lösung" machen (RAF, Interim 189, 5).

Quellen:

1) Rote Armee Fraktion, Wir müssen das Neue suchen, Beilage zur Konkret 9/1992, 1-8 (S. 7, Sp. II).

2) Gregor, An die Frauen aus Gießen, die den Text geschrieben haben, der in der Interim Nr. 229, vom 25.2.93 abgedruckt ist!, in: Interim, Nr. 231, 11.3.1993, 3-5 (4).

3) RAF, a.a.O. (s. 1), S. 5 Sp. I; dazu die Zustimmung im Vorwort der Interim, Nr. 206, 10.9.1993, 2 und jetzt die Bekräftigung der RAF in ihrer Erklärung zu "Weiterstadt", in: Interim, Nr. 235, 8.4.1993, 11-17 (13).

4) Revolutionäre Zellen, "Das Ende unserer Politik", in: Konkret 3/1992, 32-36 (34). Demgegenüber verwiesen einige Ex-RZ-lerInnen ("Wenn die Nacht am tiefsten ...") in der Interim, Nr. 187, 2.4.1992, 24-28 (26) darauf, "daß revolutionäre Politik (schon rein begrifflich) von Anfang an die Machtfrage stellen bzw. thematisieren muß." Sie geben allerdings zu, "daß das auch in den RZ's allzuoft nicht klar war."

5) Ergebnisse des 1. Vorbereitungstreffens für die revolutionäre 1. Mai-Demo vom 29.1.1993, in: Interim, Nr. 228, 18.02.1993, 18-19 (19) - Hervorhebung von mir, R.L.

6) Autonomes 1. Mai Plenum, Auf zu neuen Ufern, in: Interim, Nr. 237, 22.4.1993, 12 (12).

7) euer Haudraufundschluß, AUTONOMER BEIFALL für die BULLEN?, in: Interim, Nr. 240, 13.5.1993, 8 (8): "Und ich finde es schade, daß sich der Schreiber (S. 12) für sein Gefühl der Erleichterung, daß die Bullen eingriffen, schämt. (...). Was beschämt dich daran, daß die Bullen, wie du schreibst, ‚unsere Arbeit` machen, ‚weil wir nicht mehr weiter wissen`? Natürlich wissen wir weiter! Und die Bullen machen nicht UNSERE, sondern IHRE Arbeit (...)."

8) Diskussionsbeitrag der Veranstaltungsgruppe, in: Initiative zur Befreiung der politischen Gefangenen (Hg.), "Die Würde des Menschen ist antastbar" (Ulrike Meinhof). Beiträge von der Veranstaltung am 29.1.93 in Hamburg, S. 6-8 (7).

9) Rote Armee Fraktion, Das Konzept Stadtguerilla, in: Redaktion (Hg.), Bundesrepublik Deutschland (BRD) - Rote Armee Fraktion (RAF), Köln, 1988, 5-13 (9): "ökonomistischer Dreck", für den es sich "nicht lohnt, den revolutionären Kampf aufzunehmen und zum Sieg zu führen, wenn ‚siegen heißt, prinzipiell akzeptieren, daß das Leben nicht das höchste Gut des Revolutionärs ist` (Debray)." (Hervorhebungen von mir, R.L.).

10) Eduard Bernstein, Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Hannover, 1964, 28.

11) Georg von Vollmar, Eldorado-Rede, in: Iring Fetscher (Hg.), Der Marxismus. Seine Geschichte in Dokumenten. Band III, München, 1965, 230, 231, 233 - Hervorhebungen von mir, R.L.

12) Bernstein, a.a.O. (s. 10), 9.

13) Rosa Luxemburg, Possibilismus, Opportunismus (1898), in: dies., Werke. Band 1/1, 228-230 (229).

14) Rote Armee Fraktion, Wir grüßen alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Demonstration und des internationalen Gegenkongresses gegen den Weltwirtschaftsgipfel in München, in: Interim, Nr. 201, 9.7.1992, 14-18 (17).

15) Lutz Taufer, Gesellschaft oder Ghetto. Brief vom Januar 1993 (veröffentlicht von der Frankfurter Info-Stelle), S. 8.

16) Brief von Karl-Heinz Dellwo vom 8.9.1992, S. 4.

17) Brief von Lutz Taufer an die Tübinger Initiative für die Zusammenlegung, in: Interim, Nr. 180, 13.02.1992, 32-37 (33).

18) Stalin, Werke, Band 15, Frankfurt am Main, 1972, 134.

19) J.W. Stalin, Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft, Berlin/DDR, 1954, 5 (34) zitiert nach Kritisches Wörterbuch des Marxismus. Band 6, Westberlin, 1987, 1099.

20) G.W.F. Hegel, Wissenschaft der Logik, in: ders., Werke, Bd. III, Berlin, 1833, 450 f. zitiert nach Lenin, Werke, Band 38, 115 f., vgl. ebd., 94, 272, 339.

21) Rosa Luxemburg, Zum kommenden Parteitag (1899), dies., Werke, Band 1/1, Berlin/DDR, 1974, 532.

22) Luxemburg, a.a.O. (s. 21).

23) AK (Drinnen und) Draußen, "Auf ins Offene? Achtung: Sackgasse!", in: Interim, Nr. 161, 19.9.1991, 10-12 (10).

24) AK (Drinnen und) Draußen, a.a.O. (s. 23), 11. Allerdings gab es schon damals viel Geschwafel über "Neue Subjektivität", "die Menschen", "Antizipation befreiter Formen zwischenmenschlichen Verkehrs" u.a. (ebd., 12).

25) Kommunikationsprojekt Celle "Power durch die Mauer" (Interview mit dem "AK Drinnen und Draußen" in der Zeitschrift Brennpunkt Okt./Nov. 1992, nachgedruckt, in: Angehörigen-Info, Nr. 111, 28.1.1992, 2-4: "(...) wir haben den Schritt der RAF begrüßt (...) Allerdings gibt es (...) bei uns leise Kritik an der Argumentationsweise (...). was aber jetzt für uns nicht das Entscheidende ist." (S. 2f - Hervorhebungen von mir, R.L.) "(...) materiell die Basis erreicht, auf der eine politische Lösung, d.h. die Freiheit für alle politischen

Gefangenen in absehbarer Zeit, gesellschaftlich verankert und durchgesetzt werden kann." (S. 4 - Hervorhebung von mir, R.L.)

26) Einige Anmerkungen zu "Die KGT-Initiative und wir - ein Rückblick", S. 1 - Hervorhebung von mir, R.L.

27) Einige Anmerkungen ..., S. 2 und 3.

28) AK (Drinnen und Draußen), a.a.O. (s. 23), 11.

29) Rosa Luxemburg, Sozialreform oder Revolution? (1899), in: dies., Werke. Band 1/1, 367-466 (399).

30) Luxemburg, a.a.O. (s. 21), 533.

31) Einige Anmerkungen ..., S. 3.

32) Das Neue zu denken erlernen, in: Swing, Nr. 49, Februar 1993, 42f (42).

33) Angehörigen-Info, Nr. 114, 10.3.1993, 6.

34) Rote Armee Fraktion, Erklärung vom 10. April 1992, in: Interim, Nr. 189, 16.4.1992, 4-6 (5).

35) Brief von Lutz Taufer vom Januar 1993.

36) Brief von Lutz Taufer vom Januar 1993, S. 1.

37) RAF, Weiterstadt, in: Interim, Nr. 235, 8.4.1993, 11-17 (11).

38) Luxemburg, a.a.O. (s. 29), 428.

39) RAF, a.a.O. (s. 34), 4.

40) Luxemburg, a.a.O. (s. 29), 429.

41) Luxemburg, a.a.O. (s. 29), 369.

42) Rosa Luxemburg, Rede über das Verhältnis des trade-unionistischen zum politischen Kampf auf dem SPD-Parteitag 1898 in Stuttgart, in: dies., Werke. Band 1/1, 238-241 (241).

43) RAF, a.a.O. (s. 34), 4.

44) Luxemburg, a.a.O. (s. 29), 402.

45) Karl Höchberg/Eduard Bernstein/Karl August Schramm zit. n. Karl Marx/Friedrich Engels, Zirkularbrief an Bebel, Liebknecht, Bracke u.a., in: MEW 19, 150-166 (162).

46) Karl Marx/Friedich Engels, a.a.O. (s. 45), 162.

47) Luxemburg, a.a.O. (s. 21), 531.

48) zitiert nach Fetscher, a.a.O. (s. 11), 238.

49) Luxemburg, a.a.O. (s. 29), 402.

50) Luxemburg, a.a.O. (s. 29), 403.

51) zitiert nach Fetscher, a.a.O. (s. 11), 248.

52) RAF, a.a.O. (s. 1), S. 8, Sp. III.

53) RAF, a.a.O. (s. 1), S. 8, Sp. II.

54) Brief von Eva Haule vom Mai 1991, in: AK Drinnen und Draußen Celle (Hg.), "Der Sprung ist vielmehr ein langwieriger und harter Prozeß" (Lukács). Texte von Gefangenen aus RAF und Widerstand aus den Jahren 1988 bis 1992, Köln, 1992, 9, 13f (13).

55) Irmgard Möller, Erklärung vom 15.4.1992, in: AK Drinnen und Draußen, a.a.O. (s. 54), 83.

56) Brief von Lutz Taufer vom Januar 1993, S. 4.

57) Rosa Luxemburg, Eine taktische Frage (1899), in: dies., Werke. Band 1/1, 483-486 (484 f.).

58) Luxemburg, a.a.O., (s. 21), 422.

59) Rosa Luxemburg, Das Offiziösentum der Theorie (1912/1913), in: dies., Werke. Band 3, 300-321 (315).

60) Luxemburg, a.a.O. (s. 29), 441.

61) Gregor, An Anna und Arthur, wg. der Diskussion um den Text der Frauen aus Gießen aus Interim 229!, in: Interim, Nr. 233, 25.03.1993 33f (34).

62) Luxemburg, a.a.O. (s. 21), 521.

63) Luxemburg, a.a.O. (s. 29), 460, 519.

64) Rosa Luxemburg, Erörterung über die Taktik (1898), in: dies., Werke. Band 1/1, 257-263 (262, 263); vgl. auch Luxemburg, a.a.O. (s. 29), 462: "Schade, daß Genosse Schippel in dem kaleidoskopischen Wechsel seiner ökonomisch-politischen Sympathien jedesmal mit seinen Neigungen von gestern so gründlich bricht, daß ihm nicht die leiseste Erinnerung bleibt."

65) zitiert nach Luxemburg, a.a.O. (s. 21), 521.

66) Luxemburg, a.a.O. (s. 21), 521.

67) Gregor, a.a.O. (s. 2), 3.

68) Gregor, Nochmal - zum letzten Mal, in: Interim, Nr. 236, 15.04.1993, 30-32 (34).

69) Gregor, a.a.O. (s. 68), 31.

70) zitiert nach Luxemburg, a.a.O. (s. 21), 524 f.

71) zitiert nach Luxemburg, a.a.O. (s. 21), 523.

72) RAF, a.a.O. (s. 9), 12.

73) RAF, a.a.O. (s. 37), 12, 17 - Hervorhebungen von mir, R.L.

74) Luxemburg, a.a.O. (s. 29), 412.

75) Bernstein zitiert nach Luxemburg, a.a.O. (s. 29), 420.

76) Luxemburg, a.a.O. (s. 29), 412.

77) Luxemburg, a.a.O. (s. 29), 420 f.

78) Brief von Helmut Pohl vom Januar 1992, in: AK Drinnen und Draußen (Hg.), a.a.O. (s. 54), 17.

40. Nouvelle droite und Neue Rechte. Die ideologische Modernisierung des Konservativismus in Frankreich und der BRD

Rubrik: Rechte, Neue; Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak355/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:355:02

Unter dem Namen "Nouvelle Droite" in Frankreich und "Neue Rechte" in der BRD hat sich nach 1968 eine Strömung frischer intellektueller Kräfte aus konservativen und altrechten Zusammenhängen emanzipiert. Ihr Projekt: das traditionelle rechte Weltbild durch den Griff in den Topf linker Begriffe und geschickte Anpassung an den postmodernen Zeitgeist zu modernisieren. Sie umgibt sich mit der Aura der Wissenschaftlichkeit und hat begriffen, daß durch offenen Umgang mit Nazi-Nostalgie und "Auschwitz-Lüge" kaum Einfluß zu gewinnen ist. Das neurechte Weltbild ist ein Amalgam aus Gramsci-Bruchstücken, Nietzsche, dem deutschen Nationalrevolutionär Ernst Niekisch, aus Konrad Lorenz und den Autoren der "konservativen Revolution" im Deutschland der 20er Jahre von Carl Schmitt bis Ernst Jünger.

Diese neurechten Ideologen sind nicht die Hofschreiber von Le Pen und Schönhuber. Sie wahren nach außen seriöse Distanz, aber ihr Einfluß ist spürbar. Es geht ihnen um mehr, als die ideologische Starthilfe für den Aufbau einer originär rechten Partei zu leisten, also sofort für die kritische Öffentlichkeit verortbar zu sein. Ihre Strategie: die ideologische, die kulturelle Hegemonie im Volk geht der Erringung politischer Macht voraus!

Es geht im folgenden darum zu zeigen, aus welchen Zutaten die Neue Rechte ihr Menü bereitet und daß mit Ausnahme des differentialistischen Rassismus seit den 20er Jahren kaum etwas Neues unter der braunen Sonne erdacht wurde.

"Raus aus dem

altrechten Sumpf"

Die geistigen Eltern des "modernisierten Konservativismus" von Nouvelle Droite und Neuer Rechter entstammen der Weimarer Republik. Aber beginnen wir die Genealogie rechten Denkens im 20. Jahrhundert von der Gegenwart her aufzurollen: 1968 tragen Studentenrevolte und Massenstreiks der Arbeiter in Frankreich den Keim der Revolution in sich. De Gaulle tritt zurück. Dem ideologischen Druck der Linken, ihrem intellektuellen Niveau und ihrer Ausstrahlung hat die Rechte nur die Kräfte der Trägheit, wenig intellektuelle Attraktivität und noch viel weniger ein populäres Zukunftsprogramm entgegenzusetzen.

Im selben Jahr gründet Alain de Benoist, Theoretiker und Aktivist einer der zahllosen rechten Kleinstgruppen, den GRECE (Gruppe für die Erforschung und das Studium der europäischen Kultur). GRECE soll als Denkfabrik der Modernisierung der Rechten in Frankreich dienen. Ziel ist eine Rechte auf der Höhe der Zeit, die sich aktiv einzuschalten weiß in den Kampf der Positionen: in Gesellschaftswissenschaften, in Naturwissenschaften und deren Zweigdisziplinen. GRECE hat die Aufgabe, aus wissenschaftlichen und pseudowissenschaftlichen Resultaten renommierter Forscher ein geschlossenes neurechtes Weltbild zu zimmern. Raus aus dem nostalgischen Sumpf der altrechten Anhänglichkeit an das Pétain-Regime, den Katholizismus und die schöne alte Kolonialzeit.

Der Anstoß zu diesem Unternehmen kommt aber nicht nur durch den Druck von links. Da ist noch Armin Mohler, der ehemalige Privatsekretär von Ernst Jünger, Verfasser von "Die konservative Revolution in Deutschland 1918-32", zeitweilig Korrespondent der ZEIT in Paris, Ex-CSU-Mitglied, Bewunderer De Gaulles und heute einer der Souffleure von Schönhuber. Er macht das Jungvolk aus der rechten Szene Frankreichs mit den Texten der Konservativen Revolution bekannt.

Die Konservative Revolution

"Die alte Rechte ist tot. Sie hat es wohl verdient" (Benoist, '85,13). Diese Feststellung aus dem Jahre 1982 hätte auch von den Konservativen Revolutionären der 20er Jahre stammen können. Die altkonservative Nostalgie nach der verlorenen wilhelminischen Zeit vor 1914 ist kraftlos. Die traditionelle Rechte verteidigt durch ihre Parteien und Standesverbände nur Pfründe und Privilegien und weiß doch genau, daß sie nach verlorenem Krieg, Versailler Vertrag und der (halben) Revolution 1918/19 ihr politisches und soziales

Überleben der SPD verdankt. Über Restauration hinaus hat sie kein Zukunftsprojekt. Die radikale Linke ist zwar zu schwach, um nach der politischen Macht zu greifen, aber ihre Ausstrahlung ist nicht zuletzt durch die Oktoberrevolution und die gerade gegründete UdSSR beträchtlich. Sozialismus ist in aller Munde, Inbegriff von Zukunft und Fortschritt, ohne diesen (wie auch immer dehnbaren Begriff) in Namen und Programm ist Aussicht auf Massenwirkung gering.

Das registriert die gerade gegründete NSDAP ebenso wie die Intellektuellen aus der völkischen und bündischen Bewegung, aus den Zusammenhängen von Freikorps und Schwarzer Reichswehr. Diese Kreise wollen mehr als die (in ihren Augen reaktionäre) Restauration der wilhelminischen Epoche. Was da in den 15 Nachkriegsjahren bis 1933 an theoretischen Entwürfen entsteht, ist ein krudes Gemisch aus paternalistischem Sozialismus, preußischem Ständestaatsgedanken, Antisemitismus und deutschnationalem Größenwahn. Selten sind ihre Autoren organisiert, haben aber durch ihre Publizistik und ihre Verbindungsnetze als "freischwebende Intellektuelle" (so nennt sie Karl Mannheim) Einfluß auf das Denken hoher Staatsfunktionäre, wichtiger Multiplikatoren in Wirtschaft und Presse und jener parteipolitischen Wortführer, die sich um der inhaltlichen Ausgestaltung ihrer Programme, Reden und Publikationen willen gern bei ihnen bedienen. Jedenfalls verfügen die Konservativen Revolutionäre über soviel Attraktivität, daß es kaum einen ihrer Gedanken gibt, den die NSDAP nicht zu popularisieren weiß.

Diese "freischwebenden Intellektuellen" ins Korsett der Konservativen Revolution zu zwängen, ist gewagt, rechtfertigt sich aber durch Gemeinsamkeiten unterhalb der buntschillernden großen Entwürfe: Friedrich Nietzsche, der immer präsente Rekurs auf Volk, Rasse und Nation als den eigentlichen Subjekten der Geschichte, der wüste Haß auf die Aufklärung, auf die französische Revolution und ihre beiden so ungleichen Kinder, Liberalismus und Marxismus; und die Hymnen auf den starken Staat, spiegelbildlich dazu die Denunziation von Egalitarismus, Demokratie und Menschenrechten. Das Spektrum der Entwürfe ist breit und es genügt, die prägnantesten herauszupicken, um deutlich zu machen, wessen Erbschaft die Neue Rechte heute angetreten hat.

Ein zentrales Motiv des Konservativismus ist das sogenannte ganzheitliche, das kosmologische Denken der Romantik und der Gegenaufklärung (was Konservativismus der Sache nach ist). Die Aufklärung und ihr Rationalismus artikulieren den Prozeß der Differenz, der mit dem entstehenden Kapitalismus zwischen Mensch/Gesellschaft und Natur in Gang gesetzt wurde und sich an der Seite von Newton und Galilei weiß.

Gesellschaft wird nicht mehr gelebt und betrachtet als integraler Bestandteil einer alles umfassenden natürlichen (möglicherweise auch göttlichen) Ordnung, sondern zunehmend als selbständige Einheit. Das Soziale wird begriffen als Prozeß mit eigenen Gesetzmäßigkeiten, die nicht mehr mit denen einer Naturordnung identisch sind. Der Konservativismus bemüht sich krampfhaft, allen möglichen Bestandteilen des Sozialen wieder ihre feste Naturanbindung zu geben: gesellschaftliche Klassenteilung als natürliche Rangordnung, Nation und Volk als natürliche Gemeinschaften, als Organismen, Schicksalsgemeinschaften (nicht Gesellschaften). Die ehernen Naturgesetze lassen Entwicklung zu, nicht aber Fortschritt. Geschichte ist zyklisch: Alles kehrt wieder, wenn auch in anderer Gestalt. Nichts Neues unter der Sonne! Nietzsche hat dieses zyklische Weltbild renoviert und der deutsche Konservativismus hat begierig danach gegriffen, als seine Welt 1918 zusammenbrach. Ihm schien dies die letzte Antwort auf den stürmischen Fortschrittsoptimismus der Linken zu sein.

Auch die Konservativen Revolutionäre denken ihre Zukunftsentwürfe in den Kategorien des zyklischen Weltbildes. Moeller van den Bruck holt in seinem essayistischen Werk "Das Dritte Reich" (daß er dabei als Namensgeber für die Jahre später folgende faschistische Diktatur fungieren sollte, war ihm wohl nicht Absicht) weit aus. Seine herannahende deutsche Revolution errichtet auf den Trümmern des dekadenten Zeitalters von Aufklärung, Liberalismus und jüdischem Marxismus den deutschen Sozialismus als Wiedergeburt des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Seine Ständeordnung begreift er als antikapitalistisch, insofern "... ökonomische Ungleichheiten, die sich aus den Klassengegensätzen ergeben, in einer gerechten Verteilung von Rechten und Pflichten auf das natürliche Maß von Begabungs- und Leistungsgegensätzen zurückgeführt werden" (S.80).

Ernst Jünger beschreibt in "Der Arbeiter" den maskulinen Heroen einer heraufdämmernden neuen Zeit, die vom Schaffen (Arbeit) im Takt der großen Industrie statt vom Raffen (Kapital) geprägt ist. Oswald Spengler huldigt einem preußisch-deutschen Sozialismus als paternalistischem Ständestaat mit sozialer Komponente.

Und Ernst Niekisch, Mitbegründer des Augsburger Arbeiter- und Soldatenrates, kurze Zeit Haupt der Münchner Räterepublik, bis 1945 erklärter Feind des Nationalsozialismus, rührt bis zu seiner Verhaftung 1937 die Trommel für ein Bündnis der proletarischen Völker (Italien, Deutschland und Rußland) gegen die dekadente bürgerliche Welt des Westens, selbst Mussolini hofiert er für dieses Projekt. Ihm ist der proletarische Klassenkampf nur "ein Vorstadium eines viel größeren und sich nahenden Kampfes gegen Europa schlechthin." (Erinn.1,148).

Überragende Figur ist Carl Schmitt, der als Staatsrechtler mit seiner Politikdefinition bis heute in konservativen Kreisen noch hohe Reputation genießt. Im Unterschied zu den meisten Konservativen Revolutionären (ihr Biograph Mohler nennt sie die "Trotzkisten des Nationalsozialismus"), die nach 1933 entweder ins Privatleben verschwinden oder sogar ermordet werden, gelingt Schmitt eine zeitweilige Karriere mit Hilfe eines speichelleckenden Opportunismus. Seine Theorie des starken Staates ist noch heute einer der zentralen Momente, der die Neue Rechte anzieht. Das Volk, eine amorphe Masse, könne sich in der Weltgeschichte nur behaupten, wenn es sich durch den autoritären Staat zur Einheit - ohne innere Widersprüche - formt. Zur Einheit als Nation formt es sich aber nur durch klare Bestimmung eines äußeren Feindes. "Die eigentliche politische Unterscheidung ist die zwischen Freund und Feind." Demokratie, überhaupt die Zulassung von Partikularinteressen, ist deutliches Zeichen der Schwäche, sie verkörpert sich im liberalen Staat. Die souveräne Macht diktiert, sie diskutiert nicht.

Abrechnung mit dem "Gärtnerkonservatismus"

Die Nouvelle Droite hat in Frankreich das geschafft, was ihrem neurechten Ableger in der BRD bisher nur in Ansätzen gelang: Ihre Publizistik wird breit gelesen und diskutiert, sie hatte (und hat noch) Zugang zu Publikationen mit Massenauflage, sie hat Einfluß auf Honoratioren der bürgerlichen Parteien und ein weitverzweigtes Netz von institutionellen Multiplikatoren. Als Benoist für seine Anthologie "Aus rechter Sicht" von der Académie Française geehrt wird, beginnt die Presse auf ihn aufmerksam zu werden. Im Sommer 1979 erscheinen mehrere Artikel über die Nouvelle Droite in Le Monde und Le Nouvel Observateur. Mit Kanonen auf Spatzen? Im Gegenteil. 1977 kauft das Presseimperium Hersant eine der größten französischen Tageszeitungen, den konservativen Le Figaro. Louis Pauwels, bekannter Rechter, übernimmt das Kulturressort und holt einige Leute von GRECE in die Redaktion des wöchentlich erscheinenden Figaro-Magazine. Über Nacht erhält GRECE ein Massenpublikum. Darüber hinaus verfügt GRECE bereits über einen weitverzweigten Apparat: Für diverse Zielgruppen in Schul- und Hochschulwesen, Armee, Wirtschaft, Gesundheitssektor und Staat werden spezielle Periodika herausgegeben, Kolloquien, Konferenzen, Seminare zentral oder in der Provinz durch die Regionalgruppen veranstaltet. Honoratioren aus dem gesellschaftlichen Leben nicht nur Frankreichs sind im Patronatskomitee versammelt und unterstützen Publikationen und Veranstaltungen mit eigenen Beiträgen. Darunter sind (1981): Konrad Lorenz, der Psychologe Eysenck, Louis Pauwels (Kulturressort beim Figaro), Armin Mohler, Arthur Koestler u.a.

Wird die Nouvelle Droite Anfang der 80er Jahre vom regierenden seriösen Konservativismus noch tunlichst gemieden, so ändert sich die Situation schlagartig mit der Regierungsübernahme der Sozialisten. Die liberal-konservative Rechte um UDF und RPR rückt mit der Neuen Rechten zusammen. Es wäre auch noch der "Club d'Horloge" zu nennen, ein lockerer Zusammenschluß Konservativer aus der technokratischen und akademischen Elite. Er produziert nicht nur Ideen (Politikberatung), sondern ist auch politischer Akteur an der Seite der beiden großen konservativen Parteien. Geistige und personelle Verwandtschaft mit GRECE verleiht ihm Multiplikatorfunktion.

GRECE ist nur Denkfabrik. "Freischwebende Intellektuelle" als hauptberufliche Ideologieproduzenten. In organisierter Form wird das wiederholt, was die Konservativen Revolutionäre in Deutschland zum Aufstieg der NSDAP beitrugen. Von Gramsci lernt die Nouvelle Droite, daß politische Macht kulturelle Hegemonie voraussetzt, und von Althusser, welche Macht und welchen Zwang das System ideologischer Staatsapparate zu transportieren vermag. Kurz: Daß es gilt, den Evidenzen, dem, was im Alltagsleben der kapitalistischen Arbeitsteilung klar und selbstverständlich ist, was jeder erlebt und worin er sich wiedererkennen kann, eine rechte Begründung, wenn möglich mit harten "wissenschaftlichen Argumenten", zu geben. Das impliziert Kampf. Althusser sagt: ideologischen Klassenkampf. Und hier hat die Nouvelle Droite keine schlechten Karten: Die Linke befindet sich nicht erst seit der Abdankung des Realsozialismus im Niedergang, GRECE macht zudem auch geschickte Anleihen beim postmodernen Zeitgeist. Das von diesen proklamierte Ende der großen

Zukunftsentwürfe läßt den linken Fortschrittsbegriff zumindest fragwürdig erscheinen und ebnet ein Terrain, auf dem die Rechte ihr zyklisches Weltbild ebenso wie ihren differentialistischen Rassismus etablieren kann.

Überwindung und Moderne

"Ich bezeichne ... als rechts gesinnt eine jede Denkhaltung, welche die Vielfältigkeit der Welt und demnach die sich zwangsläufig daraus ergebenden relativen Unterschiede als ein Wohl betrachtet, dagegen die allmähliche Vereinheitlichung der Welt, die vom zweitausendjährigen Diskurs der Gleichheitslehre befürwortet und verwirklicht wird, als ein Übel. Als rechts gesinnt bezeichne ich die Lehrmeinungen, denen zufolge die relativen Ungleichheiten des Daseins Machtverhältnisse und damit das historische Werden erzeugen" (Benoist, Anth.1,12). Mal abgesehen vom Seitenhieb auf den angeblich 2000jährigen Egalitarismus der jüdisch-christlichen Theologie, den die meisten Konservativen erst 1789 beginnen lassen, umreißt diese Definition ein Glaubensbekenntnis, das in der Ablehnung des "Gleichheitsdiskurses" sein Zentrum hat und bereits in den 70er Jahren in ökonomischen Strategien namens Monetarismus (Milton Friedman und seine Chicago-boys, Friedrich Hayek u.a. aus dem Lager der neoklassischen und neoliberalen Ökonomie) seinen politischen Niederschlag fand: Thatcherismus, Reaganomics, in Pinochets Chile etc.

Der Gegenstand des Monetarismus ergibt sich aus dem Spannungsfeld zwischen Kapitalismus und Demokratie. Der neuzeitliche Gleichheitsdiskurs mit seinen Menschenrechten, der juristisch-politischen Gleichheit und dem allgemeinen Wahlrecht wecke den schier unersättlichen Appetit der Unterprivilegierten. Im Kern berge er die Gefahr, über das "meritokratische System" (jedem der Verdienst nach seiner Leistung) der Chancengleichheit hinauszustürmen und die faktische Gleichheit der Ressourcenverteilung auf die Tagesordnung zu setzen. Der "Sozialstaat" ist den Monetaristen wie der Neuen Rechten nur das Vorspiel in einem Drama, dessen Akteur der Marxismus und dessen Finale der Kommunismus ist. Wehret den Anfängen! Die Wurzeln liegen aber tiefer als die vom Monetarismus mit soviel Sympathie bedachten Gorilladiktaturen oder die halbherzigen roll-backs eines Reagan oder einer Thatcher greifen können. Nur eine rechte Kulturrevolution, die die christlichen und aufklärerischen Wurzeln des Egalitarismus im Kampf um die Ideen der Menschen aus den Köpfen fegt - und dazu fühlt GRECE sich berufen - würde tief genug greifen.

Den Widerspruch der Moderne, juristisch-politische Gleichheit und tiefe materielle Ungleichheit der Menschen, diesen Widerspruch löst die Neue Rechte mit dem Blick zurück auf eine verloren gegangene Pseudowelt der natürlichen Ordnung, wo jeder weiß, wo er hingehört, wo die Hierarchie des "sozialen Organismus" (die Rechte ist verliebt in vitalistische Metaphern) zutiefst respektiert wird, und der souverän agierende, autoritäre Staat über die ungestörte innere Ordnung wacht, um seiner eigentlichen, außenpolitischen Bestimmung nachzugehen: der Selbsterhaltung und (wenn nötig) Erweiterung des Lebensraumes der nationalen Gemeinschaft. "Die Rechte empfindet die Teilung und Parteiung der nationalen Gemeinschaft als den Anfang dessen, was sie bekämpft, als den Ansatz zum Bürgerkrieg" - so Benoist ('83, Bd.1, 13) - denn bereits der institutionelle Klassenkonflikt lähmt die Ausübung souveräner Machtpolitik. Hier spricht Carl Schmitt aus berufenem Munde und die ökonomischen Theorien des Monetarismus werden mit Politik und Philosophie unterfüttert.

Ihr Zivilisationsmodell orientiert die Neue Rechte an den nietzscheanischen Werten der Askese, der Disziplin und der bedingungslosen sozialen Einordnung der Menschen. Die Zukunftsmoral ist "... eine Moral der Bejahung im Gegensatz zur Sklavenmoral ... der fortwährenden Auflehnung, der sozialen Zerrüttung und des Ressentiments." (Benoist, '83, Bd.1,87). Sie definiert sich als Antipoden zum Humanismus, dessen Menschenrechte die Nouvelle Droite als "Ideologie von Rentnern" denunziert. "Sie wollen den Planeten in einen Trödelmarkt des kleinen Glücks verwandeln, wo die Völker wie die Filialen eines multinationalen Konzerns, im ewigen Frieden eines Irrenhauses leben, diszipliniert durch die zehn Gebote der Menschenrechtsideologie." (G. Faye, i. Christ.'83,81).

Träger dieser Kulturrevolution soll eine neue Elite sein (mit dem Krämeradel der Bourgeoisie habe sie nichts zu tun), ein Gesinnungsadel der Weltbejahung, der dem Gemeinwohl und nicht irgendwelchen Partikularinteressen verpflichtet sei. Diese Elite sei berechtigt zu herrschen, weil sie die Starken und die Leistungsfähigen stelle (Meritokratie), die organischen Intellektuellen des Volkes; diese Elite hat den Willen zur Hegemonie und den Willen zur Macht, sie müsse "... fähig sein, den Wörtern ihren Sinn zu geben, denn über den Sinn der Wörter organisiert sich in letzter Analyse der soziale Konsens." (Benoist, '85,89).

Die Deutungen (Sinn der Worte) entstammen der Sozialbiologie, Verhaltensforschung, Anthropologie und anderen Grauzonen zwischen Natur- und Gesellschaftswissenschaften, die immer schon ein Tummelfeld rechter Kräfte waren. Hinzu kommen Anleihen bei philosophierenden Biologen und Medizinern (bis hin zur zweideutigen Ausschlachtung des Nobelpreisträgers Jacques Monod), die sich bemüßigt fühlen, ihr wissenschaftliches Praxisfeld in Weltdeutung umzusetzen. Mitunter schreiben sie auch selbst in neurechten Organen (so die Verhaltensforscher Lorenz und Eibl-Eibesfeldt). Ihr zoologischer Materialismus ist nicht besonders komplex und tiefschürfend, aber er klingt nach Naturwissenschaft und stammt von Autoritäten. Vom Krieg als Ausdruck des menschlichen Territorialinstinktes (so der Biologe Robert Ardey) über "Beweise" aus der Evolutionsforschung, daß der Mann in der zoologischen Taxonomie noch über der Frau steht, bis hin zu Zusammenhängen zwischen Jugendkriminalität und genetischen Verfallserscheinungen (so Konrad Lorenz) wird hier für alles eine griffige Erklärung präsentiert (Benoist, '83, Bd.1, 351, 363, 379). Im übrigen genießt die Naturalisierung gesellschaftlicher Verhältnisse Attraktivität bis hin in sogenannte reputierliche Publizistik und den wissenschaftlichen Forschungsbetrieb hinein.

Irmgard Pinn hat dies in dieser Zeitung (ak 349, S.11f) anhand von Migration und Bevölkerungspolitik dargestellt. Erbbiologische Deutungsmuster gesellschaftlicher Hierarchie werden selbst in der liberalen Presse (z.B. ZEIT) unter der Rubrik "zensurfreier Wissenschaft" wieder zirkulationsfähig gemacht. (s. Pinn/Nebelung, Peripherie 37/89, S.33)

Differentialistischer Rassismus

Das Erbe des Nationalsozialismus lastet wie ein Alpdruck auf der alten Rechten in der BRD. Mit Geschichtsrevisionismus und Auschwitzlüge versuchte sie (bisher erfolglos), sich von seinen Folgen zu befreien. Die Neue Rechte, besonders in Frankreich, geht anders vor. Zum einen wird die Tatsache, daß einige Vertreter der Konservativen Revolution den Nationalsozialisten unbequem wurden, so umgebogen, daß ihre Vertreter nicht als Wegbereiter, sondern als Gegner der faschistischen Diktatur erscheinen. Zum anderen bezieht GRECE Stellung gegen den Rassismus. Dazu greift er tief ins Begriffsinventar der Linken, und wenn möglich, dann wird jede, auch nur scheinbare, Ähnlichkeit mit nationalsozialistischer Rhetorik und dem Rassismus der alten Rechten vermieden. "Wir müssen sehr vorsichtig sein hinsichtlich unseres Vokabulars. Insbesondere ist es notwendig, eine veraltete Phraseologie abzulegen; es müssen neue Gewohnheiten geschaffen werden." (Bulletin interieur de GRECE, in: Le Droit de Vivre 457/1980)

Für Benoist ist Fremdenangst angesichts ihrer weiten Verbreitung eine angeborene Neigung, "... die phylogenetisch (d.h. im Laufe der Stammesgeschichte) erworben wurde." (Ulbrich, '91,199) Das muß noch nicht zum Rassismus führen. Dieser entstehe erst in Verbindung mit einem biologischen Reduktionismus, der die Rasse in eine taxonomische Hierarchie einordne und für den der Rassenkampf Motor der Geschichte sei. Dabei müssen zwei verschiedene, aber in ihren Folgen ähnliche Formen des Rassismus unterschieden werden: a) der Rassismus der Vernichtung durch physische Gewalt als Folge von Imperialismus und Kolonialismus und b) der durch Akulturation, d.h. ethnische oder soziokulturelle Überfremdung, die zur völligen Zerstörung der volklichen Identität führt und c) der Rassismus der Fremdenliebe, der gegen die Zerstörung der Kulturen bei Eskimos und Indianern kämpft, selbst aber "... angesichts der Vernichtung der kulturellen Identitäten in Europa unberührt ..." bleibt (ebd.207). Rassismen b) und c) sind die Resultate des Universalismus der Moderne, des liberalen Denkens, seines Ethnozentrismus oder des marxistischen Klassenkampfes.

Die Neue Rechte gibt sich antirassistisch: Explizit gilt ihr, daß alle Kulturen gleichberechtigt sind, denn keine Hierarchie ist dort möglich, wo eine den Völkern und Rassen gemeinsame Meßlatte fehlt. Da jeder universalistische Menschheitsbegriff ein Mythos sei, gebe es nur eine Vielzahl miteinander nicht zu vereinbarender Kulturen, deren Vermischung immer Dekadenz und Kulturlosigkeit im Verein mit dem Siechtum der Überfremdeten zur Folge habe (Bsp. USA).

Aber wie können alle menschlichen Rassen gleichwertig sein - so läßt Benoist den fiktiven Altrechten fragen -, wenn sich in allen multikulturellen Gesellschaften stets die Dominanz der weißen Rasse durchsetze und zudem psychometrische Forschungen zeigen würden, daß Menschen mit dunkler Hautfarbe nur 80% der Intelligenz der weißen Rasse besäßen. Alles richtig, meint Benoist, aber: "Wenn man Diskriminierung vermeiden will, ist es wirklich an der Zeit, zuzugeben, daß es je nach Volk und Rasse verschiedene Formen der Intelligenz gibt. Die ganze menschliche Verschiedenheit auf das alleinige europäische Modell zurückführen

zu wollen, ist eine besonders abscheuliche Erscheinungsform von Rassismus. Die Völker haben eine unterschiedliche Geisteshaltung je nach dem Lebensstil, den sie sich gaben, nach der Weltanschauung, die ihre Denkart gestaltete, sowie nach den kennzeichnenden Merkmalen, mit denen sie im Laufe der Evolution und dem Selektionsdruck ausgestattet wurden." Und in sogenannten multirassischen Gesellschaften ist die "... sogenannte Unterlegenheit mancher Rassen ... lediglich auf die schlechte Anpassung einer Gemeinschaft an eine Kultur zurückzuführen, für die sie nicht geeignet ist und die ihr aufgezwungen wird." (Benoist, '83,Bd.1, 398, 399) Die weiße Assimilationspolitik in den USA führte dazu, daß die Schwarzen nach dem Ende der Sklaverei bereit sein mußten, "... in aller Güte ihre Persönlichkeit zu verlieren. Die Parteigänger der Black Power haben dies erkannt." (ebd., 56)

Aus diesem Blickwinkel heraus nimmt GRECE Stellung zur Immigrationspolitik. Der Begriff der "Unterentwicklung" sei ethnozentristisch am europäischen Fortschrittsmodell ausgerichtet. Die Immigranten, die aus völlig anderen Kulturkreisen kommen, würden in der westlichen Zivilisation zwischen Integrationsanforderung und Diskriminierung zerrieben. Der Akulturationsschock löse pathologische Reaktionen aus, die sich in Kriminalität, Apathie, Depression zeigen. Von daher sei durch Absprache mit den Ursprungsländern ihre Rückführung zu organisieren.

Teile der Neurechten in der BRD diskutieren diese Frage anders. Das Meinungsspektrum reicht bis zum Versuch der rechten Besetzung des Begriffs von der multikulturellen Gesellschaft: Die altrechte Vorstellung von der homogenen deutschen Nation bleibe einstweilen ein Traum. Statt dessen sollten die Immigranten, die beharrlich an ihren kulturellen Traditionen festhalten und sich jeder Assimilation entzögen, als Chance begriffen werden. "... die Multikulturalität ist der Sturm, der die ausgebrannten und blutleeren Kulturen und Traditionen hinwegfegt, um Platz für die Starken zu machen." (Ulbrich, '91,327) In dieser Konfrontation mit "... der großen Völkerwanderung aus dem Süden ..." würde sich zeigen, ob die Deutschen noch in der Lage sind, eine stabile Identität zu restaurieren oder ob die hedonistische Schickimicki-Kultur sang- und klanglos untergeht. "Diese Gefahr wird den Deutschen den Asketizismus lehren: die Liebe zu den nicht materiellen Werten, der Verzicht auf körperliche Vergnügen, Einfachheit, Selbstverleugnung und zielgerichtete Disziplin. Wenn die Deutschen diese Lehre nicht begreifen, werden sie eines Tages aufhören, deutsch zu sein." (ebd.,330)

Marcus Bauer, Autor bei Europa Vorn, Wir selbst und Junge Freiheit sieht im türkischen Immigranten die Inkarnation rechter Werte: Beharren auf kultureller Identität, Familiensinn, Vaterlandsliebe und nationale Opferbereitschaft. Deshalb: "Liebe Ausländer, laßt uns mit diesen Deutschen nicht allein" (ebd.,146). Teile der Neuen Rechten geben sich (wie die Autoren der Konservativen Revolution) betont antibürgerlich. Benoist ließ verlauten, bei der Europawahl 1984 KPF gewählt zu haben. Auf dem 18. Kolloquium von GRECE erklärte ein Redner Che Guevara zur Hoffnung des Kampfes für die revolutionäre Veränderung einer "Welt der mediokren Vergnügen, der Intrigen und der Herrschaft des Geldes" (Christ.'86,197). Benoist's Essaysammlung "Kulturrevolution von Rechts" trägt auf dem Titelblatt das Konterfei von Che Guevaras linker und Sokrates' rechter Gesichtshälfte. Links anmutende Diskursbruchstücke werden bis zur Schmerzgrenze rechts aufgeladen. Der Sinn der Hymnen auf nationale Befreiung, die Verurteilung von Kolonialismus und Imperialismus, die fast rührende Sorge um kleine Völker und Minoritäten werden erst deutlich auf der Basis, auf der diese Texte funktionieren. Da ist dann plötzlich die Rede von antikolonialen Befreiungskämpfen als Folge von Überfremdung und eines endlich aufbrechenden Territorialinstinktes, und der Kolonialismus selbst liegt der weißen Rasse im Blut: "Die europäische Expansion verdankt ihr Ausmaß wahrscheinlich ... einem gewissen Hang zum Abenteuer, einem Entdeckungsgeist, einer Neigung, die Herausforderung der Umwelt anzunehmen, was einen der spezifischen Züge des europäischen Charakters ausmacht." (Benoist, '85,69)

Wenn die Neue Rechte von Kultur und Volk/Ethnie spricht, dann meint sie Kultur und Rasse zugleich. Der Begriffswechsel verdankt sich einzig der Anpassung an den Zeitgeist. Ihre Definition von Kultur ist die einer verlängerten Natur, indem "... das Kulturelle einfach das Biologische ablöste und ... es bestimmte, bereits in der Geschichte der Gattung eingetragene Anlagen allmählich hervorhob" (Benoist, '83,Bd.2,271,272). Ihr "Ja" zur Gleichberechtigung der Kulturen ist nur ein verbaler Trick, weil ihre Texte so funktionieren, daß im Resultat nur "Europa vorn" herauskommt. "Wenn die Advokaten der Differenz zugleich die Gleichheit und die Anerkennung der Differenz beanspruchen, dann beanspruchen sie das Unmögliche. Man denkt an den Slogan: ‚Getrennt, aber gleich`, der in den USA den Übergang von der Sklaverei zum Rassismus bezeichnete"- so Louis Dumont 1983 (zit. n. Taguieff, '87,497,498). Alles läuft auf Ausschluß im Namen der

Toleranz, Apartheid im Namen des Rechts auf Differenz hinaus. Der differentialistische Rassismus ist das Produkt einer genauen Kenntnis des Antirassismus und seiner Widersprüche.

Die Neue Rechte in der BRD

Auf ähnliche öffentliche Beachtung wie ihr französisches Vorbild kann die GRECE-Filiale in der BRD, das Thule-Seminar, nicht bauen. (Der Name geht übrigens auf die gleichnamige Thulegesellschaft in der Weimarer Republik zurück. Zu ihr gehörten u.a. Rudolf Hess und Alfred Rosenberg.) In ihrer Zeitschrift Elemente schreiben mitunter Autoren von GRECE, die allerdings - wie Benoist und Faye - auch Zugang zu anderen neurechten Publikationen wie Neue Anthropologie und Deutschland in Geschichte und Gegenwart besitzen.

Der Einfluß neurechter Gedanken in der BRD kann auf weitere renommierte Quellen verweisen. Da sind vor allem Armin Mohler und Gerd-Klaus Kaltenbrunner zu nennen, deren Positionen sich weitgehend mit denen der Nouvelle Droite decken, wenn mal vom immer wiederkehrenden deutschen Thema der Bewältigung der Vergangenheit abgesehen wird. Mohlers Einfluß auf die Geburt von GRECE ist schon oben genannt worden und zweifelsohne definiert er seine Rolle ähnlich wie GRECE und die Autoren der Konservativen Revolution. Die Nationalen der NPD sind ihm "... einfach zu brav, von denen kriege ich keine Anregungen ..." und gegenüber der aktionistischen Rechtsszene wahrt er vornehme Zurückhaltung: "Dafür bin ich viel zu intellektuell, ich bin doch nicht Rambo, oder wie der heißt." (Leggewie '87, 202,203) Immerhin war er bis zu seiner Pensionierung Geschäftsführer der Siemens-Stiftung, wo für Kapitalvertreter und Universitätsgrößen die Neue Rechte ihre Thesen referierte (u.a. gab es ein Oswald Spengler-Symposium) und auch Ernst Nolte schon früh seinen Geschichtsrevisionismus breittreten konnte.

Kaltenbrunner, der die neurechte Botschaft in geschraubtem Ästhetizismus übermittelt, wurde 1986 mit dem Adenauer-Preis für Literatur bedacht und gibt im seriösen katholischen Herderverlag seine Reihe Initiativen heraus. Beide schreiben für Criticon und Mut (Mut wirbt mit dem Prestige politischer Autoritäten: "Der Bundeskanzler bekennt: Ich lese regelmäßig Mut. Lesen Sie, was der Kanzler liest"), Zeitschriften mit Scharnierfunktion zwischen Neuer Rechter und etabliertem Konservativismus, die auf den rechten Rand der Unionsparteien zielen bzw. auf die dort vorhandenen Aversionen gegen den Frieden, den der Mehrheitsflügel der Union mit Elementen liberaler Ideologie geschlossen hat. Ausgriffe nach links und antibürgerliche Attitüden wie bei GRECE kommen hier selten vor. Dafür ist ein anderer Flügel der Neuen Rechten zuständig. Den Ausgriff nach links pflegt vor allem der sogenannte Befreiungsnationalismus mit seinem Zentralorgan Wir Selbst. Sein rührigster Vertreter ist Henning Eichberg.

Zum "Rudi Dutschke von rechts" verklärt, orientiert sich Eichberg, von der CDU kommend und danach diverse rechte Kleinorganisationen durchlaufend, am Nationalbolschewismus von Ernst Niekisch und an einzelnen Themen der Nouvelle Droite. Bisweilen als formloser Schwamm auftretend, kann er auch mal in der sozialdemokratischen Zeitschrift Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte publizieren. Mit viel Vehemenz pflegt er einen linksverbalen Antiimperialismus. In seinem Befreiungsnationalismus wird alles verarbeitet, was je auch nur andeutungsweise den Widerspruch von Arbeit und Kapital als Widerspruch zwischen nationaler/völkischer Identität und Überfremdung durch Großkapital und Imperialismus gedacht oder auch nur Überlegungen zur Besetzung der nationalen Frage von links geäußert hat: Die Revolutionäre der 48er Revolution, Proudhon, Bakunin, Frantz Fanon, Martin Buber, die Gebrüder Strasser, Rudolf Hess, Rudi Dutschke und diverse DDR-Dissidenten.

Die Zentralstaatsbildung war und ist das Werk des Großkapitals. Marxismus und die marxistische Arbeiterbewegung (von der Sozialdemokratie bis zum Bolschewismus) hätten ihm mit ihrem Hang zum Zentralismus zur Seite gestanden. Die moderne Mischung aus Eurozentrismus und Produktivismus des westlichen Kapitalismus habe für die Völker von Grönland bis Afrika katastrophale Folgen. Die kulturelle Erosion ihrer vormals stabilen Gemeinschaften werde mit dem Missionsanspruch der Menschenrechte und mit der notwendigen Modernisierung infantiler und primitiver Lebensformen legitimiert. "Der industrielle Rassismus ... gipfelt in der Industrie des Verschwindens. Die staatenlosen Völker und Minoritäten ... sind die ersten in dieser Mühle. Wir in den Metropolen sind bereits im Visier (so! - d. A.). Der industrielle Diskurs über die Deportation und Produktivierung der Steinzeitmenschen, der Parasiten und Unproduktiven mündet ein in die Fabrik des Verschwindens der Identität aller." (Eichberg'87,89) Der Widerstand dagegen regt sich volklich (eine Renovierung des "Völkischen"): die Neuentdeckung des Volksliedes und der Regionaldialekte in der Anti-AKW-Bewegung (Eichberg: "Es leben die Mundarten, weg mit dem amerikanischen Slang! Weg mit dem

Rockmusik-Kretinismus!"), Rekurse auf die deutsche Selbstbestimmung in der Friedensbewegung, der nationale Befreiungskampf der Bretonen, Nordiren, Basken und Georgier gegen die Zerstörung ihrer Kultur durch den Wodka/Cola-Imperialismus.

Auch Deutschland sei geistig besetzt, und seine Befreiung könne nur von unten kommen, aus dem Volk und dessen Rückbesinnung auf seine tradierten Werte. "Deutscher Nationalismus heißt: Erkennen, daß wir selbst eine Minderheit sind, die mit dem inneren Kolonialismus, mit der Entfremdung in den eigenen Gehirnen zu kämpfen hat, ebenso wie Basken und Indianer" (ebd.,144). Die Lösung heißt "Balkanisierung Europas", Nationalstaatsgründung für jede volkliche Identität. Homelands für alle, und jeder bleibe dort, wo er herkommt. Laut Eichberg hat die marxistische Linke mit ihrem immigrantenfreundlichen Kurs dem multinationalen Kapital und dessen unersättlichem Hunger auf Arbeitskräfte tüchtig zugearbeitet. Denn jeder integrations- und assimilationswillige Türke ist laut Eichberg dazu gezwungen, seine türkische Identität zu vergewaltigen ... oder er erzeugt im deutschen Stadtviertel den Rassismus. "Die deutschen Kreuzberger sagen: Türken raus! ... Ist das Rassismus? ... Keiner hat gefragt, ob Kreuzberg so viele Türken will oder verkraften kann." (ebd.,158) Die Linke verbündete sich, wo immer nötig, "... mit dem großen Kapital, um den Widerstand deutscher (Schweizer, englischer ...) Arbeiter gegen die Einwanderungsstrategien abzublocken. Sie half, Deutschland zum Einwanderungsland zu machen und baute damit am Faschismus von morgen." (Eichberg, Abk.157)

Kommentar überflüssig, denn damit wären wir wieder beim bekannten differentialistischen Grundthema. Der Befreiungsnationalismus ist nur eine der möglichen Variationen auf dieses Thema. Diese neurechten Thesen speisen sich aus der radikalen Ablehnung des liberalen Universalismus, der die Allgemeingültigkeit, ja die historische Mission der "abendländischen Zivilisation" postuliert und ihre Werte wie Marktwirtschaft, parlamentarische Demokratie, säkularisierte Gesellschaft, Menschenrechte im Synonym "Freiheit" verklammert (selbst aber verschweigt, daß Begriffe wie der der Menschenrechte scharf umkämpft sind). Der Gegensatz von Universalismus und Differentialismus (oder kulturellem Relativismus) scheint zwar auf völlig verschiedenen theoretischen Grundlagen zu beruhen, praktisch hat aber der Rassismus der Rassentrennung den der zivilisatorischen Mission des Abendlandes stets begleitet: von der Rassentrennungspolitik in den USA (gleich, aber getrennt) über die Einpferchung der unterworfenen indianischen Bevölkerung in Reservate bis zur Apartheid in Südafrika.

Weiter oben habe ich kurz am Beispiel von Carl Schmitt skizziert, welche Bedeutung die Vorstellung eines homogenen Nationalstaates und einer eindeutigen kulturellen Identität für die Rechte besitzt. Für die meisten ihrer Vertreter hat deshalb die Ausschließung des "Anderen" zentrale Bedeutung. Rassismus stigmatisiert immer den Anderen. Da dem biologischen Rassenbegriff seit dem deutschen Faschismus das Hakenkreuz auf der Stirn klebt, dreht der Täter heute den Spieß um und erklärt sich selbst zum Opfer des Rassismus der Überfremdung, der seine kulturelle Identität zerstöre: Auf den Slogan (von SOS-Racisme) "Mach meinen Kumpel nicht an" antworten Le Pen und der Front National "Mach mein Volk nicht an", neurechte Autoren (Kaltenbrunner in einem gleichnamigen Buchtitel) fragen suggestiv, ob Deutschland eine Kolonie sei, und prophezeien (wieviel Analogie?!) die bevorstehende "Endlösung der deutschen Frage" (Robert Hepp in seinem gleichnamigen Buchtitel).

Gleichzeitig ist der aktuelle Trend, die Rückbesinnung auf die "kulturellen Wurzeln" eine (vielleicht erstmal verständliche) Antwort ethnischer Minderheiten, die die Hauptzielscheiben von Rassismus sind. So die "ethnicity-Bewegung", die die USA erfaßt hat und auf das "Recht auf Differenz" seitens der Minderheiten (besonders der afroamerikanischen) pocht. Daß dabei auch ideologische Überschneidungen kulturnationalistischer mit rassistischen Diskursen auftreten zeigt das Beispiel der "Nation of Islam" (s. ak 352, 24f). Seitens der Minderheiten werden rassistische Stigmata umgedreht und in den Rang positiver Unterscheidungsmerkmale gehoben. Damit erleben kurioserweise Elemente der Rassentrennung ihr Revival, was die Ethnisierung der Klassenverhältnisse nur um so deutlicher macht (schwarze Unterschicht, asiatische Mittelschicht und weiße Oberschicht).

Der Schmelztiegel-Mythos in den USA, mit dem der verlogene Universalismus des "Modellamerikaners" (weiß, angelsächsisch und protestantisch) seine Assimilationspolitik rechtfertigt (natürlich ohne die Klassenverhältnisse anzutasten), ist zerbrochen, und die Rechte schreit hämisch, daß sie ja schon immer gewußt habe, daß aus Multikulti nur das Chaos entstehen könne (und vergißt dabei natürlich auch nicht, von Jugoslawien und der UdSSR zu sprechen).

Aus der - richtigen - Kritik am Legitimationspotential, das der Universalismus der Moderne für Kolonialismus und Imperialismus bereitgestellt hat, folgt aber noch lange nicht, in postmoderner Beliebigkeit jeden Universalismus, auch den der Menschenrechte und des Klassenkampfes, ad acta zu legen.

AKE

Zitierte Literatur:

Benoist, Alain de: Aus rechter Sicht, 2 Bde., 1983

Ders.: Kulturrevolution von rechts, 1985

Bruck, Moeller van den: Das dritte Reich, 1931

Christadler, Marie-Luise: Die Nouvelle Droite in Frankreich, in: Neokonservative und Neue Rechte, Hrsg. von Iring Fetscher, 1983

Dies.: Frankreichs Konservative zwischen liberaler Vernunft und rechter Versuchung, in: Leviathan 1/86, 176-207

Eichberg, Henning: Abkopplung, 1987

Leggewie, Claus: Der Geist steht rechts, 1987

Niekisch, Ernst: Erinnerungen,2 Bde., 1974

Taguieff, Pierre-André: La force du préjuge, 1987

Ulbrich, Stefan (Hrsg): Multikultopia, 1991

41. Selbsttest bestanden. Die 1. ordentliche Bundesversammlung von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Die 1. Ordentliche Bundesversammlung von Bündnis90/DIE GRÜNEN

Autor: Michael Pickardt · Rubrik: Grüne Parteitage; Neues Forum / Bündnis 90 · CD-Datei: daten/aksuche/ak355/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:355:38

Die Uhr hätte man anhand der ausgedruckten Tagesordnung stellen können: so präzise verlief die Bundesversammlung der frisch vereinigten Partei am 14.-16. Mai in Leipzig, es lief alles wie am Schnürchen. Das dokumentierte zwar noch lange keine Einigkeit in den inhaltlichen Fragen, aber immerhin Einigkeit in der Absicht, alle umstrittenen Punkte erst einmal zu verschieben, um nicht den Start des neuen Projektes zu gefährden.

Sah es noch zwei Tage vor Beginn so aus, als könne die Parteitagsregie durch einen Antrag der Bellizisten gehörig durcheinandergebracht werden, wurde auch dies bereits kurz vor Eröffnung im Einvernehmen geregelt, d.h. verschoben: Über die Frage eines militärischen Einsatzes in Jugoslawien soll erst im Herbst diskutiert werden. Wer weiß und erlebt hat, mit welcher Vehemenz die grünen Befürworter eines solchen Einsatzes eine Richtungsänderung ihrer Partei betreiben (u.a. Gerd Poppe, MdB Bündnis 90/Grüne, Lukas Beckmann, Geschäftsführer der Bundestagsgruppe, Eva Quistorp, Conny Jürgens u.a.), kann in etwa ermessen, welche Überwindung sie das gekostet haben muß. Ähnlich loyal verhielten sich diejenigen Frauen, die durch Vereinigung die Quotierungsbestimmungen des Frauenstatuts gefährdet sehen - auch sie erklärten sich zur die Vertagung dieses Streits bereit.

Die Aufgaben, die nach der großen Verschiebung übrig blieben: Formale Besiegelung der Vereinigung von Bündnis 90 und DIE GRÜNEN, Wahl eines neuen, gemeinsamen Bundesvorstandes und - man wollte ja nicht ganz mit leeren Händen nach Hause gehen - Verabschiedung einer "Leipziger Erklärung", einer ersten gemeinsamen Positionsbestimmung also, die allerdings keine der umstrittenen, gerade verschobenen Punkte berühren durfte.

Die Vereinigung verlief ebenso kurz wie schmerzlos. In einem rund zweijährigen Verfahren war alles vorbereitet und ausgehandelt, schließlich mit einer Urabstimmung von der Mehrheit der Mitglieder bestätigt worden. Allenthalben wurde dieser Prozeß als besonders rücksichtsvoll gelobt: Im Unterschied zu den anderen Parteien hätten hier die Wessis nicht den Partner über den Tisch gezogen und mit der Bereitschaft, ihren Namen dem des Ost-Partners nachzuordnen, sogar größtmögliche Flexibilität bewiesen. Bei dieser Darstellung bleibt allerdings so einiges unerwähnt: Die Grünen hatten, wenn sie überhaupt ein Bein in die neuen Bundesländer kriegen wollten, zur Fusion mit den ehemaligen Bürgerbewegten keine Alternative. Während aber die CDU und besonders die FDP bei ihren Ostpartnern kräftig absahnen konnten, war für die Grünen finanziell dort nichts zu holen - so etwas stimmt gemeinhin gemäßigter, wenn man sich vereinigt. Im übrigen steht die Nagelprobe noch aus: Verbindlichkeiten inhaltlicher Art gibt es noch nicht, und ob die freundliche Rücksichtnahme der Wessis mehr war als pure Höflichkeit, wird sich erst dann erweisen. Trotzdem: Fast alle RednerInnen waren des Lobes voll über sich selbst und den neuen Stil.

Daß es doch noch Meinungsunterschiede gibt in der neuen Partei, wurde mit der Debatte um die "Leipziger Erklärung" deutlich. In dem gemeinsamen Entwurf des Bundesvorstandes der Grünen und des Geschäftsführenden Ausschusses des Bundessprecherrates/Bündnis 90 ("Solidarität und Bürgerbeteiligung") stach nicht nur der taktische Versuch hervor, sämtliche strittigen Fragen auszuklammern, sondern auch die tatsächlich beschränkte und angepaßte Sichtweise auf die Probleme. Der erste Satz unter der Überschrift "Die Politik der Reformen" lautet: "Reformpolitik heute heißt im wesentlichen, den fairen Lasten- und Interessenausgleich zwischen West- und Ostdeutschland zu organisieren." Das ist deutsche Befindlichkeit par excellence. Ausführlicheres findet sich zum Thema Rassismus und Politikverdrossenheit, aber eigentlich steuerte der Text lustlos auf die entscheidenden Passagen zu:

"Zur politischen Verantwortung gehört ein ausbalanciertes und unverkrampftes Verhältnis zur Macht. DIE GRÜNEN und die ostdeutschen Bürgerbewegungen haben zu Recht immer wieder die Gefahr unkontrollierter Machtausübung thematisiert. Das Ja zur Macht, ohne das unsere Politik folgenlos bleiben würde, werden wir deshalb mit dem Bemühen um Transparenz, Dezentralisation und Kontrolle verbinden.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN sind dazu bereit, politische Verantwortung auf der Bundesebene zu übernehmen (...) Unsere Bereitschaft zur Übernahme von Regierungsverantwortung ist vorhanden. Wir werden jedoch keine Mehrheitsbeschaffer von Koalitionen sein, in denen wir eine Statistenrolle übernehmen sollen. Auch in einer energischen Opposition gegen eine große Koalition, die alle unsere Kräfte herausfordern wird, liegt ein sehr hohes Maß an politischer Verantwortung (...)"

In dem einzigen zur Debatte gestellten Alternativentwurf mit dem merkwürdigen Titel "Schieflage der Nation" (Antragsteller: Frieder O. Wolf u.a.) wird ebenfalls eine "ökologisch-solidarische Reformpolitik" gefordert, allerdings verknüpft mit "einer anderen Republik". Konturen dieser Reformalternative wurden aufgezeigt, dabei wurde auch die Forderung nach Beendigung von Kriegsplanungen aufgestellt, ein Thema, das im Leitantrag nicht einmal Erwähnung fand. Die wichtigen Sätze, über die letztlich auch abgestimmt wurde, lauteten:

"...eine Wahlkampagne, die die Abwahl der großen Koalition in den Mittelpunkt stellt, würde erheblich zu kurz greifen. (...) Deshalb müssen wir als Bündnis90/DIE GRÜNEN die SPD auch über den Bundestagswahlkampf hinaus offensiv darauf ansprechen, ob sie wieder eine Partei für Reformpolitik werden will oder ob sie die Petersberger Wende fortzuführen gedenkt. Bündnis90/DIE GRÜNEN stehen nur für ein Regierungsbündnis zur Verfügung, das für einen deutlichen Kurswechsel, für einen Einstieg in ökologisch-solidarische Reformen steht." In einem Zusatzantrag derselben Antragsteller heißt es noch deutlicher: "Allen Gedankenspielen über Ampelkoalitionen oder gar ‚Bürger-Block`-Koalitionen erteilen wir daher eine klare Absage."

Die Debatte über diese beiden Anträge warf ein grelles Schlaglicht auf den inzwischen erreichten Zustand dieser Partei. Es begann damit, daß Frieder O. Wolf seine Antragsvorstellung mit den Worten einleitete, daß er den Antrag - immerhin die einzige Alternative - zwar nicht zurückziehen, jedoch auch nicht zur Abstimmung stellen wolle. Er bezeichnete ihn als "inhaltliches Angebot" und hoffe darauf, daß die Leitantragsteller Gedanken aus ihm aufgreifen werden. Das war einigen Unterstützern des Wolf-Antrages dann doch zu defensiv, sie erreichten, daß er alternativ zum Leitantrag abgestimmt wurde.

Die Argumente für und wider wurden von beiden Seiten nur verschlüsselt vorgetragen. Der Wolf-Antrag sei "zu lang" und "zu unverständlich", ein "typisches linkes Papier" (das reicht inzwischen als Argument). Die Fixierung auf die SPD sei falsch, weil man dann in ihren Sog mitgezogen würde, man solle sich vielmehr "selbstbewußt von allen gleichermaßen abgrenzen". Genauso unehrlich argumentierten die Befürworter des linken Antrags: Man wolle letztlich das gleiche wie der Bundesvorstand, nur wolle man am Wahltag nicht mit leeren Händen dastehen, man müsse sich schließlich darauf vorbereiten und sich schon mal ein paar Gedanken zu inhaltlichen Dingen machen. Mit Händen und Füßen wehrten sie sich gegen den Verdacht, etwa eine Regierungsbeteiligung durch zu hochgesteckte Forderungen verhindern zu wollen, nein, es ginge nur um einige Präzisierungen.

Keine Chance. Mit einer gnadenlosen Mehrheit wurden die Linken vom Platz verwiesen. Man braucht sie einfach nicht mehr. Es scheint aber, als hätten sie dies auch bereitwillig akzeptiert. Die Selbstverständlichkeit, mit der die Realos, noch vor drei Jahren eine ausgewiesene Minderheit in den Grünen, die zwar eine große Rolle in der praktischen Parteipolitik spielten, auf Parteitagen aber nie einen Antrag durchbrachten, nun alles im Griff hatten, war erstaunlich. Sie beherrschen zur Zeit diese Partei mit einer Souveränität, die nicht aus einem Sieg im innerparteilichen Machtkampf resultiert, sondern viel eher ein Geschenk der Verhältnisse und Entwicklungen seit '89 ist. Es ist die Kohlsche Souveränität.

In diesem Prozeß hat die Partei ungeheuer an Substanz verloren, ein Mangel, der in der Innensicht derzeit den Protagonisten wohl kaum auffällt, auf Dauer aber zu einem entscheidenden Defizit werden kann. Kurz flackerte diese Problematik auf, als ein Bonner Delegierter darauf hinwies, wie die Lage an der berühmten Basis sei: Früher eine Partei der Jugend und Bewegungen, heute eine Partei der behäbigen 40jährigen, Rückgang jeder Ausstrahlungskraft auf junge Leute, radikales Zusammenschrumpfen der Zahl der aktiven Mitglieder, massive Überlastung der wenigen Aktivisten, Zerfaserung des Parteikerns in parlamentarischen Anforderungen.

Auf diesen Redebeitrag gab es keine Reaktionen, das ging zum einen Ohr rein, zum anderen wieder heraus. Das Selbstbewußtsein, das gegenüber solchen Zweifeln vorgetragen wurde, verhielt sich umgekehrt proportional zum Niveau der Debatte, es platzte sozusagen aus allen Nähten. Ungebrochen gröhlende Begeisterung brach jedesmal aus, wenn ein Redner auf die innere Zerstrittenheit von SPD und CSU anspielte

oder auf die Ratlosigkeit der herrschenden Politik verwies. Man fühlte sich einfach als siegreicher Profiteur der Verhältnisse, und das wollte man sich auch nicht vermiesen lassen.

Aber nicht nur diese Selbstgefälligkeit müßte die etwas nachdenklicheren Grünen erschrecken. Am Rande der Bundesversammlung gab es keinen einzigen Büchertisch mit ausgewiesen politischer Literatur, so etwas interessiert vielleicht auch keinen mehr. Aber daß in der Aufrechterhaltung solcher Dinge auch von den wenigen verbliebenen Linken kein Wert gelegt wird, ist kennzeichnend. Es demonstriert ihr Selbstwertgefühl in dieser Partei.

Es geht nicht darum, die subjektiven Möglichkeiten einer arg zusammengeschrumpften linken Minderheit zu überschätzen. Aber hier wird doch wohl ein alter Fehler konsequent weiterverfolgt: In der Erringung von innerparteilicher Mehrheitsfähigkeit durch verschwommene Anträge und Argumente wird eher eine Perspektive gesehen als in der Formierung von linken Minderheits-Positionen. Die Konsequenz bei erwiesener Erfolglosigkeit ist ein permanenter Ausdünnungsprozeß der Linken innerhalb der Grünen. Es erweist sich, betrachtet man den heutigen Zustand, welche schwerwiegenden Folgen der Ausstieg von Leuten wie Jutta Ditfurth, Thomas Ebermann u.a. hat. Ihre Mitarbeit innerhalb der Grünen - so schwer man sich das angesichts der Entwicklung beider Seiten vorstellen kann - wäre heute ein weitaus besserer Garant gegen die Regierungswütigkeit der grünen Partei als ihre radikale Attitüde - allein schon deshalb, weil sie für die großen Parteien einen permanenten Unsicherheits- und Abschreckungsfaktor darstellen würden.

Michael Pickardt

42. Wie die Lämmer zur Schlachtbank ...? Neue Bücher zu jüdischem Überleben und Widerstand

Autor: Klaus Mellenthin · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak355/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:355:48

"Der Jude" ist - philosemitisch betrachtet - nur Opfer, er ist - antisemitisch gesehen - feige. Beide Auffassungen verschmelzen letztlich in der selben Formel: Die Juden sind in die Vernichtung gegangen "wie die Lämmer zur Schlachtbank". Eine Formel, die mal der Selbstentschuldung, mal der Schuldzuweisung dienlich ist.

Es gab bei weitem nicht nur den einen Aufstand im Warschauer Ghetto, dessen 50. Jahrestag im diesjährigen April recht vorwiegend aus staatspolitischen Interesse mit großem Aufwand gedacht wurde. Tatsächlich sind in rund hundert Ghettos in Polen, Litauen, Weißrußland und der Ukraine Gruppen mit dem Ziel des bewaffneten Aufstands gegen die Nazibesatzer entstanden. Alleine in West- und Zentralpolen, dem "Generalgouvernement" Nazi-Deutschlands, bildeten sich achtundzwanzig jüdische Partisaneneinheiten, in weiteren dreizehn gemischten Einheiten kämpften geflohene GhettobewohnerInnen; in Ostpolen, Litauen und der westlichen Sowjetunion kämpften fünfzehntausend jüdische PartisanInnen, teils in eigenen Formationen, teils gemeinsam mit sowjetischen Kampfgruppen.

Die Existenz und Bedeutung des bewaffneten jüdischen Widerstands gegen Deportation und Vernichtung werde in der deutschsprachigen Forschung fast völlig ignoriert, heißt es im Vorwort zu Reuben Ainszteins Revolte gegen die Vernichtung, wofür eine Reihe von Gründen ausschlaggebend gewesen sein mögen. Darunter der Umstand, "daß das seit Gründung der Bundesrepublik von akademischer wie politischer Seite geförderte Geschichtsbewußtsein offenbar mit dem Topos der Juden als Opfer der ‚Endlösung` besser vereinbar war als mit der Vorstellung eines jüdischen Widerstandskampfs." Zudem gebe es nur wenige und meist kleine Verlage, klagt Ingrid Strobl im Vorwort zu Marek Edelmans Bericht Das Ghetto kämpft, die "es wagen, (...) Bücher von und über Juden, die auf Deutsche geschossen haben", herauszubringen.

Anläßlich des 50. Jahrestags des Warschauer Ghettoaufstands sind rund zwei Dutzend Bücher teils erstmals (in deutscher Sprache) erschienen, teils wieder aufgelegt worden. Einige dieser Publikationen beziehen sich explizit auf den jüdischen - auch bewaffneten - Widerstand in den Ghettos und in Partisanengruppen. Ein weiterer, ebenfalls hier vorgestellter Band (der nicht im Zusammenhang des erwähnten Jahrestags erschien) hat das jüdische Überleben zum Gegenstand.

Geschichtliche Ereignisse sind nur dann tatsächlich zu begreifen, wenn sie nicht allein "im Lichte heutiger Erkenntnisse", sondern gleichfalls "aus der Zeit ihres Geschehens heraus" studiert werden. Soll im gegebenen Falle heißen: Wie haben die Juden im Polen der Naziherrschaft, wie haben die wenigen Kämpfenden und die vielen, die nicht kämpfen konnten, ihre Lage gesehen, welches waren ihre konkreten Lebens- und Kampfbedingungen?

Marek Edelman, Führungsmitglied der Jüdischen Kampforganisation (ZOB), beantwortet diese Fragen aus der Sicht des Kämpfers in seinem Bericht über das Warschauer Ghetto, den er unmittelbar nach der Befreiung 1944/45 verfaßte und der nun in deutscher Sprache vorliegt. Ingrid Strobl informiert in ihrem einleitenden Essay (s. Vorabdruck in ak 353) über das historische Umfeld.

Reuben Ainszteins Studie über den Aufstand im Warschauer Ghetto, 1979 in der Holocaust Library, New York, erschienen, ist eine durchgesehene und ergänzte Fassung des entsprechenden Abschnitts aus Ainszteins Hauptwerk Jewish Resistance in Nazi-occupied Eastern Europe (1974), der bisher umfassendsten Arbeit zum Thema. Dieses Werk verfaßte Ainsztein in ausdrücklicher Abgrenzung zu den Auffassungen von u.a. Hannah Arendt, Bruno Bettelheim und Raul Hilberg, die die Existenz eines jüdischen Widerstands im wesentlichen negierten. (Hilberg handelt in seinem 800 Seiten starken Werk Die Vernichtung der europäischen Juden den jüdischen Widerstand in wenigen Sätzen ab und gelangt zu der Folgerung: "Während der Katastrophe von 1933-1945 waren die Fälle aktiven Widerstands rar und ohne Bedeutung.") Gibt Edelman auf knapp fünfzig Buchseiten den authentischen Bericht eines Zeitzeugen über die Jahre 1941-43 im Ghetto, konzentriert sich Ainsztein in seiner historischen Studie auf die akribische Wiedergabe des Aufstandes, bei dem es sich "um eine Volkserhebung in jedem Sinne handelte, denn er beschränkte sich nicht auf die beiden Militärorganisationen, sondern wurde erst durch die Beteiligung tausender einfacher Menschen ermöglicht."

(Ainszteins Hauptwerk wird dank des Engagements von Angehörigen des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Oldenburg im Spätherbst endlich auch in deutscher Sprache vorliegen. Subskriptionsunterlagen über: Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg, Institut für Politikwissenschaft II, J. Paulsen, Postf. 2503, W-2900 Oldenburg.)

Chaika Grossman hat ihren Bericht über den jüdischen Widerstand in Bialystok Die Untergrundarmee kurz nach Kriegsende, und zwar 1948 in Israel, verfaßt. Ihre Autobiographie der Jahre 1939-45 ist (fast noch) aus dem unmittelbaren Erleben heraus entstanden und beantwortet so, ähnlich wie Edelmans Bericht, authentisch die Frage nach den damaligen Überlebensumständen und Kampfbedingungen. Das Buch handele, schreibt Ingrid Strobl im Vorwort, "von einer wahren Geschichte, die streckenweise wie ein Märchen klingt, obwohl sie von einem Alptraum erzählt. Chaika Grossman, eine der Anführerinnen des Widerstandes in dem von Deutschen besetzten Polen, berichtet in diesem Buch vom Kampf, den junge jüdische Frauen und Männer gegen die Vollstrecker der ‚Endlösung` führten. Sie erzählt von der deutschen Besatzung in ihrer Heimatstadt Bialystok, vom Ghetto in diesem ehemals blühenden Zentrum jüdischen Lebens in Ostpolen, von der Organisierung des Widerstandes, vom Ghettoaufstand und dessen Niederschlagung durch die Deutschen, von den jüdischen Partisanen und den sechs ‚Mädchen`, die deren Kampfgefährtinnen im städtischen Untergrund waren."

Die polnische Journalistin Anka Grupinska hat in den Jahren 1989 und 1990 sieben ehemalige Bewohner des Warschauer Ghettos in Israel und in Polen befragt, zusätzlich aufgenommen in den Band ist ein Gespräch mit Edelman, das 1985, zur Zeit des Ausnahmezustands in Polen, für eine Untergrundzeitung mit ihm geführt wurde. Außer Edelman kommen hier nicht die "Prominenten" zu Wort, sondern "einfache" damalige BewohnerInnen und KämpferInnen des Ghettos, die im Rückblick aus je unterschiedlichen Blickwinkeln von ihrem Erleben berichten. Alle Gespräche sind mit einem sorgfältig gearbeiteten Anmerkungsapparat versehen. Ergänzt werden die Gespräche mit (insges. 81) Biogrammen fast aller erwähnten Personen. - "Wir sind nicht nach Treblinka gefahren", schreibt Hanna Krall im Nachwort des Buchs. "Wir haben keine Minen gelegt. Wir haben keine passenden Anmerkungen auf Krankenkarten gemacht. Alles was wir können, ist, von Menschen erzählen, die das Ihrige getan haben. Welche Kraft werden diese Geschichten haben, die wir in dieser Welt des Vergessens erzählen?"

Bei aller berechtigten Kritik an der Ignoranz gegenüber dem jüdischen Widerstand bleibt wahr, daß der allergrößte der Teil der unter die Herrschaft Nazi-Deutschlands geratenen Jüdinnen und Juden nicht kämpfte, weil sie aus objektiven Gründen nicht kämpfen konnten. Für die allermeisten ging es um Strategien des jüdischen Überlebens im Ghetto, wie der Untertitel eines Bandes lautet, in dem einige der Vorträge enthalten sind, die auf einer Tagung zur Rezeptionsgeschichte der "Judenräte" gehalten wurden. Bis heute werde, schreiben die Herausgeber, die den "Judenräten" aufgezwungene Zusammenarbeit mit den Nazi-Behörden als unmoralische Form der Kollaboration, der bewaffnete Widerstand hingegen als einzige angemessene Reaktion gesehen. Demgegenüber wird in mehreren Beiträgen zum Ghetto Lodz der Prozeß der Verstrickung der Opfer in eine auf ihre Vernichtung zielende Politik dargestellt. Dan Diner macht den auf den ersten Blick zwar befremdenden, aber gleichwohl bedenkenswerten Vorschlag, die Sichtweise der "Judenräte" als "praktisch-erkenntnistheoretische Warte" auf die Interpretation des Völkermords an den europäischen Juden insgesamt anzuwenden. Es gelte, "die ‚Judenräte' in ihrer historischen Bedeutung sowohl für ein spezifisches jüdisches Verhalten gegenüber dem Nationalsozialismus und seiner genozidalen Tötungsabsicht zu bewerten, als auch die Wirklichkeit des ‚Judenrats` als Extrembeispiel für eine universell nachvollziehbare Grenzerfahrung zu verstehen: der ‚Judenrat` als Situation. Nur in den Ghettos konnte sich (...) jenes tragische Ringen ums Überleben zu einer solchen ausweglosen Lage steigern."

Klaus Mellenthin

Marek Edelman: Das Ghetto kämpft. Warschau 1941-43. Aus dem Polnischen von Ewa u. Jerzy Czerwiakowski. Vorwort Ingrid Strobl. Berlin (Harald Kater) 1993. 97 S., 14.80 DM

Reuben Ainsztein: Revolte gegen die Vernichtung. Der Aufstand im Warschauer Ghetto. Aus dem Englischen von Jörg Paulsen. Berlin (Schwarze Risse) 1993. 228 S., 25.00 DM

Chaika Grossman: Die Untergrundarmee. Der jüdische Widerstand in Bialystok. Ein autobiographischer Bericht. Aus dem Amerikanischen und mit einem Vorwort von Ingrid Strobl. Frankfurt (Fischer Taschenbuch) 1993. 554 S., 19.90 DM

Anka Grupinska: Im Kreis. Gespräche mit jüdischen Kämpfern. Aus dem Polnischen von Esther Kinsky. Nachwort Hanna Krall. Frankfurt (Neue Kritik) 1993. 255 S., 38.00 DM

Doron Kiesel, Cilly Kugelmann, Hanno Loewy, Dietrich Neuhaus (Hg.): "Wer zum Leben, wer zum Tod ..." Strategien jüdischen Überlebens im Ghetto. Frankfurt/New York (Campus) 1992. 134 S., 26.00 DM

43. Das häßliche Ende des "Modells Deutschland"

"Potemkins Rückkehr" von Robert Kurz

CD-Datei: daten/aksuche/ak355/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:355:07

Zwei Jahre nach dem Buch "Honeckers Rache", in dem Robert Kurz für den deutschen Vereinigungsprozeß ein chaotisches Mißlingen zwischen wirtschaftlichen Zwängen, politischen Verwerfungen und sozialen Auflösungserscheinungen prognostizierte, zieht Kurz Zwischenbilanz und legt unter dem Titel "Potemkins Rückkehr" eine Gesamtschau der wirtschaftlichen und soziopolitischen Entwicklung in Deutschland seit der Vereinigung vor. Anders als die monetaristischen und keynesianistischen Sprachrohre der Marktwirtschaft und die im antiimperialistischen Blick der ersten Jahrhunderthälfte erstarrten radikalen Linken, die das Wiedererstarken Deutschlands herbeisehnten bzw. befürchteten und sich nun angesichts der schwersten Krise, die Deutschland seit 1945 erlebt, vielfach korrigieren müssen, hat Kurz dazu kaum Anlaß: Zunehmend weisen die deutschen Entwicklungstendenzen die Züge eines im internationalen Konkurrenzkampf zurückfallenden Staates auf.

So stellt Kurz denn auch auf 239 flüssig und ohne Fußnoten geschriebenen Seiten, die übersichtlich in dreizehn schlüssige Kapitel eingeteilt sind, die Betrachtung der Ökonomie in den Mittelpunkt, ohne die LeserInnen mit Zahlenmaterial und Einzelfakten zu erschlagen. Verschiedentlich macht er die LeserInnen vielmehr mit der wert- und krisentheoretischen Marx-Lesart bekannt, wie sie im Arbeitszusammenhang der Zeitschrift Krisis entwickelt wurde (S. 24 ff. und 140 ff.). Die Mühe, die das Verstehen dieser Passagen von den LeserInnen verlangt, entspricht mehr der Kompliziertheit des Stoffes als der Darstellung. Kern der theoretischen Auffassungen: Die weltumspannende warenproduzierende Ökonomie befindet sich mitten in der Zusammenbruchskrise, weil das Kapital, das zu mehr Geld werden wollende Geld, keine Möglichkeiten mehr findet, diesen Akkumulationsprozeß zu realisieren. Der Zweck der Marktwirtschaft, Geld produktiv und spekulativ anzulegen, um nach einer bestimmten Zeit mehr Geld zu erhalten, steht in Frage.

Die Herrichtung eines konkurrenzfähigen Arbeitsplatzes in Ostdeutschland erfordert heute Investitionen von 300.000 Mark (S. 32/33), die Kosten der laufenden Produktion gar nicht gerechnet. "Angesichts der zusammengebrochenen Ost- und der versperrten Westmärkte, angesichts der strukturellen Verschuldung der Weltökonomie und einer stagnativen bis depressiven Weltkonjunktur würden die angemahnten Investitionen der westdeutschen Industrie auf ostdeutschem Boden in einem katastrophalen Verhältnis zu den Erträgen stehen, die damit erwirtschaftet werden können." (S. 145) Die 700 Milliarden Mark nicht-gebundenen Geldes im Besitz deutscher Unternehmen können deshalb gar nicht in Ostdeutschland investiert werden und jeder Versuch, sie dorthin umzuleiten, sei es auf dem Wege regierungsamtlicher Appelle oder keynesianistischer Umverteilung durch den Staat, widerspricht der marktwirtschaftlichen Logik, die jeden Einzelbetrieb unabhängig vom Willen der Beteiligten zu konkurrenzorientiertem Verhalten zwingt (vgl. S. 40ff. und 140ff.).

Die Abwärtsspirale wird durch die wachsenden sozialen Transferkosten innerhalb Westdeutschlands und von West nach Ost, die aus einem hochverschuldeten Staatshaushalt geleistet werden, in ihren Umdrehungen noch beschleunigt. Entweder nimmt Theo Waigel weiterhin Kredite auf, die das Geldvolumen aufblähen, die Inflation anheizen und als Folge neue Lohnforderungen provozieren, oder die Bundesregierung dehnt die Angriffe auf die von Transfereinkommen abhängigen Bevölkerungsteile bis in den Kern der Gesellschaft aus (Kindergeld, Bafög u.ä.) und unterstützt die Unternehmen bei der weiteren Senkung und Deregulierung der Tariflöhne. Noch wagt sich "die Kohl-Administration (...) nur zögernd an eine neue negative Umverteilung heran (...) die den politischen und sozialen Konsens der alten BRD bis in die Grundfesten zu erschüttern droht" (S. 170) und Verteilungskämpfe bisher ungeahnten Ausmaßes auslösen könnte.

Anders in Ostdeutschland; dort erleben wir "schon kein(en) Verteilungskampf mehr, sondern eher den Todeskampf einer marktwirtschaftlich ausgemusterten Industriebevölkerung". (S. 174) In dessen Strudel hineinzugeraten, wollen die westdeutsch dominierten Gewerkschaften wohlweislich vermeiden, aber gerade deshalb kündigt sich "entlang der alten Demarkationslinie" (S. 206) die auf dem Boden von Konkurrenz und Lohnarbeit unvermeidliche Spaltung der Gewerkschaften an: "Wenn weltweite Systemzusammenbrüche, deutsche Vereinigungskrise und strukturelle Rezession im Westen zusammenlaufen, dann kann es Arbeitsplätze in Ostdeutschland nur noch auf Kosten westdeutscher Arbeitsplätze geben. Und wenn der Preis für das Überleben warenförmiger Arbeitssubjekte in Ostdeutschland die Akzeptanz verschärfter Bedingungen

hinsichtlich Lohn, Arbeitszeit und Lohnnebenkosten ist, dann werden dadurch gewerkschaftliche Errungenschaften auch im Westen angegriffen." (S. 204f.)

Das letzte Drittel seines Buches widmet Kurz den politischen und soziokulturellen Folgen des wirtschaftlichen Niedergangs. Kurz skizziert darin die zusammengehörigen Muster der Krisenlösung. Mit dem Begriff "Paternalismus der Krise" (S. 164) bezeichnet er das Verhalten der "sogenannten Verantwortlichen", die "die gemeinsame Unmündigkeit gegenüber den Systemgesetzen und -strukturen an den Unverantwortlichen des Volkes (exekutieren), die in der Krise als Unzurechnungsfähige behandelt werden müssen, während sich die offizielle Zurechnungsfähigkeit allein aus dem Götzendienst an den blinden Systemkriterien speist". (S. 163) Dieser Krisenpaternalismus wird durch eine Wirtschaftspolitik des "asozialen Keynesianismus" (S. 168) ergänzt: "Der Potemkinsche Schein einer marktwirtschaftlichen Integration Ostdeutschlands läuft so auf eine absurde Doppelstrategie hinaus: In beiden Zonen des vereinigten Deutschland muß Kaufkraft reduziert werden, um die Kaufkraft- Simulation für die einverleibte, marktwirtschaftlich tote und vom Weltmarkt für ‚ungültig` erklärte Gesamtstruktur im Osten aufrechterhalten zu können. Es wiederholt sich tatsächlich die Voodoo-Ökonomie der Reagonomics in deutschen Farben: Monetarismus gegen die Massenkaufkraft, Keynesianismus für abstrakte und irrationale Staatsziele (Weltmachtrüstung und Krieg der Sterne im einen, und deutschnationale Vereinigung im andern Fall)." (S. 167)

Als Folge und Bestandteil bürgerlicher Versuche, die Krise ohne die Infragestellung von Ware, Geld und Staat zu lösen, macht Kurz zunehmende Massenarmut in Deutschland Ost und West, einschneidenden Sozialabbau und gesteigertes Setzen auf die Ideologie von Leistung, Konkurrenz und Ausgrenzung aus. Damit wird aber gerade die politische Zersetzung vorangetrieben: "Die Fortsetzung der Konkurrenz mit anderen Mitteln" wird "die verwildernden Konkurrenzsubjekte" in einen "wechselseitigen mörderischen Rassismus treiben", der nach den Ausländern die Inländer auf die Feindesliste setzen wird. Die Jugoslawisierung Deutschlands scheint vorprogrammiert. (S. 214ff.)

Obgleich Kurz die "Aufgabe der kritischen Analyse" vornehmlich darin sieht, "die real existierenden immanenten Widersprüche aufzuzeigen", beschäftigt er sich im Schlußkapitel mit den Wegen aus der Krise, denn bloßes Abwarten sei angesichts des heraufziehenden Zusammenbruchs dumm und gefährlich. (S. 220) Auswege allerdings noch "im Rahmen der Marktwirtschaft" zu suchen, "muß absurd werden, wenn die Krise gerade daher rührt, daß die Basismechanismen des Systems selber nicht mehr funktionieren". (S. 220) Denken und Handeln müssen auf einen globalen Reproduktionszusammenhang jenseits von Markt, Geld und Staat zielen, aber der Weg dorthin wird so widersprüchlich sein wie die Herausbildung der entfalteten Warenproduktion selbst: "Die praktische Kritik von Warenform und abstrakter Arbeit wird selber noch mit einzelnen Elementen des Marktsystems operieren; die Aufhebung der Politik im bisherigen Sinne wird selber noch als politisch im Bewußtsein erscheinen; und die supranationale Regulation über die Kriterien der Nationalökonomie hinaus muß ihren Anfang in den alten Nationalstaaten selbst nehmen." (S. 222) Den Beginn einer anderen Vergesellschaftung, so Kurz' eher vage begründete Hoffnung, könnte die Besinnung ostdeutscher Bevölkerungsteile auf alte Erfahrungen des naturalen Tausches und der Einstieg in Formen "regionaler bzw. kommunaler Selbstversorgung und Selbstverwaltung" bilden, die markt- und staatsfern zugleich organisiert werden .(S. 236f.)

Voraussetzung für die Herstellung einer Zivilisation jenseits der Moderne wird die unideologische Abwehr aller barbarischen, rassistischen und neofaschistischen Tendenzen sein. (S. 226) Jede sozialpädagogische, "therapeutische Verharmlosung" dieser Zerfallserscheinungen lehnt Kurz ab: "Der Rechtsradikalismus muß mit aller Härte und Kompromißlosigkeit als das behandelt werden, was er ist: nämlich als Feind der Zivilisation schlechthin." (S. 230f.)

Das Buch von Kurz ragt aus der Fülle marktwirtschaftlicher Gesundbeterei und reformerischer Realpolitik durch seinen unbestechlich-kritischen Blick auf die Zumutungen der Warenproduktion und den objektiven Fortgang der Krisenentwicklung heraus. Abgesichert durch jahrelange, in der Zeitschrift "Krisis" ausgewiesene theoretische Studien, beweist Kurz in "Potemkins Rückkehr" sozusagen nebenbei die ungebrochene Aktualität marxscher Wert- und Kapitalismuskritik.

fo.

Potemkins Rückkehr. Attrappen-Kapitalismus und Verteilungskrieg in Deutschland. Berlin (Edition Tiamat) 1993, 239 S., DM 30,-.

44. Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland

CD-Datei: daten/aksuche/ak355/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:355:23

und der Regierung der Republik Polen über die Zusammenarbeit

hinsichtlich der Auswirkungen von Wanderungsbewegungen

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Republik Polen

- in dem Bestreben, im Geiste des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 17. Juni 1991 konstruktiv zusammenzuwirken,

- in der Erkenntnis, daß die Einbeziehung der Republik Polen in die Europäischen Gemeinschaften, darunter ihre Beteiligung an der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten der Gemeinschaften im Bereich Asylrecht im Interesse beider Staaten und der europäischen Zusammenarbeit liegt,

- in dem Bewußtsein ihrer Verpflichtungen aus dem Abkommen vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge in der Fassung des Protokolls vom 31. Januar 1967 und aus der Konvention vom 4. November 1950 zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten,

- in dem Bestreben, ein regionales und in Zukunft gesamteuropäisches System von Rückübernahmeabkommen zu schaffen,

- in dem Bewußtsein, daß unkontrollierte Wanderungsbewegungen in den gegenwärtigen Größenordnungen und die von den europäischen Staaten getroffenen Maßnahmen sowie die Änderung des Asylrechts in der Bundesrepublik Deutschland einen verstärkten Zustrom von Flüchtlingen und illegalen Zuwanderern in die Republik Polen verursachen, auch als Ergebnis einer vermehrten Rückführung von Personen aus der Bundesrepublik Deutschland in die Republik Polen aufgrund des Übereinkommens der Schengener Staaten mit der Republik Polen betreffend die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt vom 29. März 1991,

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

1. Die Vertragsparteien bestätigen ihre gegenseitigen Verpflichtungen aus dem Übereinkommen zwischen den Regierungen der Schengener Staaten und der Regierung der Republik Polen betreffend die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt vom 29. März 1991.

2. Die Vertragsparteien beschließen, daß die Bestimmungen des in Absatz 1 genannten Übereinkommens keine Anwendung finden auf Personen, die sich auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland befunden und einen Asylantrag gestellt haben vor einem Datum, das in einem Notenwechsel durch die Vertragsparteien festgelegt wird.

3. Die Vertragsparteien beschließen, daß die Bestimmungen des in Absatz 1 genannten Übereinkommens keine Anwendung finden auf Personen, die die Voraussetzungen für eine Einreise nicht erfüllen und sich mit Wissen der jeweiligen Behörden länger als sechs Monate auf dem Hoheitsgebiet einer der Vertragsparteien befinden.

4. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird auch nach dem in Absatz 2 genannten Zeitpunkt Asylanträge von Personen prüfen, die bei der Einreise in das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland die Voraussetzungen für die Einreise erfüllt haben.

Artikel 2

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird sich an den Kosten beteiligen, die die Regierung der Republik Polen im Zusammenhang mit dem Ausbau der Institutionen zu tragen hat, die sich mit der Prüfung von Asylanträgen oder Anträgen auf die Anerkennung als Flüchtling sowie mit der Ausbildung von Personal beschäftigen, das Verfahren dieser Art bearbeitet, und wird hierzu auch administrative Hilfe gewähren.

Artikel 3

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird der Regierung der Republik Polen Unterstützung leisten bei der Ausstattung mit Transport- und Kommunikationsmitteln sowie technischer Ausrüstung und organisatorische und finanzielle Hilfe, um unkontrollierten Wanderungsbewegungen entgegenzuwirken.

Artikel 4

1. Die in Artikel 2 und 3 genannten Leistungen betreffen insbesondere:

- den Ausbau des technischen Systems der Sicherung der Staatsgrenze der Republik Polen,

- die finanziellen Belastungen der Regierung der Republik Polen, die im Zusammenhang mit der verstärkten Rücküberstellung von Ausländern aus der Bundesrepublik Deutschland in die Länder, aus denen diese Personen gekommen sind, bzw. in ihre Herkunftsländer entstehen,

- den Aufbau einer Infrastruktur zur Durchführung von Asylverfahren und den Unterhalt von Asylbewerbern und Personen, die den Status eines Flüchtlings beantragen, im Zusammenhang mit der steigenden Zahl von Verfahren dieser Art,

- die Schaffung eines zentralen Erfassungssystems von Ausländerdaten,

- die Ausbildung für Beamte des Grenzschutzes und der Polizei sowie der mit Asylverfahren befaßten Personen.

2. Art und Umfang der Leistungen sowie weitere Einzelheiten des Leistungsprogramms und seine Abwicklung werden durch Zusatzprotokolle, die Bestandteil dieses Abkommens sind, für jeweils zwei Jahre von den Innenministern der Vertragsparteien festgelegt.

Artikel 5

Die Vertragsparteien werden sich gegenseitig über Tendenzen und Ereignisse unterrichten, die zu einer sprunghaften oder massiven Zunahme von Flüchtlingen bzw. illegalen Zuwanderern auf dem Hoheitsgebiet ihrer Staaten führen können.

Artikel 6

1. Wenn außergewöhnliche Ereignisse zu einem sprunghaften oder massiven Zustrom von Flüchtlingen oder illegalen Zuwanderern auf das Hoheitsgebiet der Republik Polen führen, wird die Regierung der Bundesrepublik Deutschland bestimmten Gruppen dieser Personen die Einreise in das Hoheitsgebiet ihres Staates gestatten.

2. Die Vertragsparteien werden einvernehmlich das Eintreten der Voraussetzungen nach Absatz 1 feststellen sowie die Zahl und das Verfahren der Aufnahme von Personen regeln.

3. In den in Absatz 1 genannten Fällen können die Vertragsparteien daneben andere Formen der Hilfe vereinbaren.

Artikel 7

1. Es wird ein ständiger Ausschuß eingesetzt, in den die Vertragsparteien jeweils drei Vertreter entsenden. Der Ausschuß tritt mindestens einmal jährlich zusammen.

2. Der Ausschuß hat die Aufgabe, die Durchführung dieses Abkommens zu beurteilen und, soweit erforderlich, Vorschläge an die Vertragsparteien zur Anwendung und Auslegung dieses Abkommens zu erarbeiten.

Artikel 8

1. Dieses Abkommen tritt nach Ablauf von dreißig Tagen nach dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander durch Notenwechsel mitgeteilt haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

2. Die Vertragsparteien vereinbaren, dieses Abkommen vom achten Tag nach seiner Unterzeichnung an vorläufig anzuwenden.

Artikel 9

1. Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

2. Jede Vertragspartei kann dieses Abkommen nach Konsultation der anderen Vertragspartei aus wichtigem Grund durch Notifikation suspendieren oder kündigen.

3. Die Suspendierung oder Kündigung tritt nach Ablauf von sechs Monaten nach Eingang der Note über die Suspendierung oder Kündigung dieses Abkommens bei der anderen Vertragspartei in Kraft.

Geschehen zu Bonn am 7. Mai 1993

45. Hoffnungsträger und Renegaten

CD-Datei: daten/aksuche/ak355/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:355:41

Im Sumpf der SPD-Bundestagsfraktion "Rechte" von "Linken" zu unterscheiden, fällt schon seit längerem schwer. An der namentlichen Abstimmung über die Änderung von Artikel 16 beteiligten sich 234 von 239 sozialdemokratischen Abgeordneten. 132 stimmten zu, 101 lehnten ab. Von den acht Mitgliedern des SPD-Präsidiums, die zugleich Bundestagsabgeordnete sind, votierten immerhin sechs mit Nein: Herta Däubler-Gmelin, Rudolf Dreßler, Gisela Schröter, Inge Wettig-Danielmeier, Heidemarie Wieczorek-Zeul und Christoph Zöpel. Mit Ja stimmten u.a. Norbert Gansel (Ex-"Linker"), Renate Schmidt ("Hoffnungsträgerin"), Wolfgang Thierse ("moralisch integer") - und die ehemaligen Grünen Otto Schily und Thea Bock.

46. Grundgesetzartikel 16a zum Asylrecht

Dokumentation

CD-Datei: daten/aksuche/ak355/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:355:43

Absatz 1

Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.

Absatz 2

Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.

Absatz 3

Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Ein Ausländer aus einem solchen Staat gilt nicht als politisch verfolgt, es sei denn, er trägt Tatsachen vor, aus denen sich ergibt, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.

Absatz 4

Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahmen bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.

Absatz 5

Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbewerbern, einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

47. Kalender

CD-Datei: daten/aksuche/ak355/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:355:46

Exil

Die Machtübernahme durch den Nationalsozialismus bedeutete, wie in allen Bereichen des kulturellen Lebens, auch für das Theater einen tiefen Einschnitt. Die Stücke jüdischer, demokratischer und kommunistischer Autoren wurden abgesetzt; jüdische Schauspieler wurden entlassen. Viele von ihnen gingen ins Exil. Auf Einladung der Hamburger Arbeitsstelle für deutsche Exilliteratur spricht Prof. Dr. Henning Rischbieter über die "Verfolgung von Schauspielerinnen und Schauspielern im ‚Dritten Reich`".

10.6.93, 19 Uhr - Carl-von-Ossietzky-Lesesaal im Altbau der Staats- und Universitätsbibliothek, Von-Melle-Park 13, Hamburg.

Menschenrechte

Seit über zwei Monaten ist nebst der Westbank der Gazastreifen total von Israel abgeriegelt. Auf einem vom Berliner Bildungswerk für Demokratie und Umweltschutz veranstalteten Tagesseminar informieren Raji Sourani, Rechtsanwalt und Leiter des Gaza Center for Rights and Law und Tamar Peleg, Rechtsanwältin und Mitglied der Association for Civil Rights in Tel Aviv über die aktuelle Situation im Gazastreifen und die Verletzung der Menschenrechte unter der israelischen Besatzung.

12.6.93, 10.00-18.00 Uhr - Akarsu, Oranienstr. 25 (2. Aufgang, 2. Stock), Berlin.

Nationalitätenkonflikte

Über die Ursachen der aktuellen Nationalitätenkonflikte in der Russischen Föderation und etwaige gewaltlose Lösungsmöglichkeiten spricht Gert Meyer im Rahmen des "Forum für Politik & Kultur" der Marxistischen Abendschule.

14.6.93, 19.00 Uhr - Universität Hamburg, Allende-Platz 1 (Pferdestall), Raum 104.

Kurdistan

Die an der Hamburger Universität durchgeführte Vortragsreihe "Die Kurden in Geschichte und Gegenwart" wird mit zwei Vorträgen und einer Podiumsdiskussion abgeschlossen:

17.6.93: Südostanatolien-Projekt (GAP) - Wasser als Konfliktstoff. Referenten: Dipl.-Pol. Stephan Libiszewsky, Technische Hochschule Zürich, und Björn Blaschke, Bonn.

24.6.93: Die kurdische Frage im Rahmen des internationalen Völkerrechts. Referent: Prof. Dr. Gerhard Stuby, Universität Bremen.

1.7.93: Podiumsdiskussion "Die Kurden in der ‚neuen Weltordnung`" mit Prof. Dr. Udo Steinbach, Deutsches Orient-Institut Hamburg; Ronald Ofteringer, M.A., Berlin; Dipl.-Pol. Omar Sheikhmous, Universität Stockholm.

Alle Veranstaltungen beginnen um 18 Uhr und finden statt im Hörsaal M des Hauptgebäudes des Universität Hamburg, Edmund-Siemers-Allee 1, Hamburg.

Frauen und EG-Binnenmarkt

Was bringt der EG-Binnenmarkt den Frauen? Unter dieser Fragestellung veranstaltet die Arbeitsgemeinschaft katholischer Studenten- und Hochschulgemeinden ein zweitägiges Seminar. Verbunden werden soll das Seminarthema mit dem Kennenlernen eines anderen Landes, was hier heißt, daß die Beschäftigung insbesondere Italien gelten soll, woher die ersten sog. GastarbeiterInnen in die BRD kamen.

18.-20.6.93 in Halle. - Anmeldungsunterlagen bei: Arbeitsgemeinschaft katholischer Studenten- und Hochschulgemeinden, z.Hd. Frau Helene Panzer, Rheinweg 34, W-5300 Bonn 1

DDR-Wirtschaft

Hatte die DDR ökonomisch eine Chance? Prof. em. Dr. Herbert Wolf versucht auf Einladung der Marxistischen Abendschule diese Frage mit der Darstellung der Stärken und Schwächen, der vertanen Möglichkeiten und abenteuerlicher Entscheidungen in der DDR-Wirtschaftsentwicklung von den 50er Jahren bis zur Ära Honecker zu beantworten.

22.6.93, 19 Uhr - Uni Hamburg, Allende-Platz 1 (Pferdestall), Raum 245.

Reden lernen!

Zwar ist den Linken dieser Tage kaum viel Gelegenheit zu (flammenden) Auftritten in der Öffentlichkeit gegeben. Aber nicht gerade selten gilt es, einen kleinen Beitrag oder ein Referat zu halten, Materialien auf eine Weise aufzubereiten und darzubieten, daß die ZuhörerInnen nicht alsbald entschlafen. Für eine Schulung in "Referats- und Präsentationstechniken", hierum geht's, sind gemeinhin hunderte von Mark hinzublättern - ganz zu schweigen davon, daß kein anständiger Linker sich einer Schulung für "Führungskräfte" aussetzt. Die Arbeitsgemeinschaft katholischer usw. (s.o.) bietet vermutlich nichts Schlechteres, will für das zweitägige Seminar aber nur 40.- DM (Unterkunft und Verpflegung inkl.) haben, und wird die Teilnehmer sicher nicht mit "Managementtechniken" (wie bescheiße ich das Personal so, daß es hinterher glücklich ist?) nerven.

25.-27.6.93 in Düsseldorf. - Anmeldungsunterlagen: Arbeitsgemeinschaft ..., s.o.

Feindbild Islam

Der "Nahostexperte" Konzelmann hat sich, nachdem seine sog. Sachbücher als Konglomerat aus "Plagiat, Paraphrase und Stuß" (Gernot Rotter) entlarvt worden sind, zumindest vorerst aufs Romaneschreiben verlegt. Nun wackelt auch der Thron des zweiten prominenten bundesdeutschen "Nahostexperten". Peter Scholl-Latour muß sich in dem Buch Das Schwert des "Experten" nachweisen lassen, "ein verzerrtes Araber- und Islambild" zu verbreiten. (S. Rezension in ak 353, S. 40) - Drei der Herausgeberinnen bzw. Autorinnen - Dr. Karin Hörner, Prof.Dr. Petra Kappert, Dr. Verena Klemm - stellen ihre Arbeit in Hamburg vor.

29.6.93, 19.00 Uhr - Katholische Akademie Hamburg, Herrengraben 4, Hamburg (Eintritt 6.-/3. DM).

Strafrecht und Kriminalpolitik

Studierende der beiden Hamburger Jura-Fachbereiche organisieren in Zusammenarbeit mit dem Bundesarbeitskreis kritischer Juragruppen unter dem Titel "Strafe muß sein?!" einen Kongreß zu Strafrecht und Kriminalpolitik. Schwerpunkte des Kongresses sollen die Fragestellungen sein: 1. Mit Recht gegen rechtsradikale Straftaten? 2. Mit dem OrgKG gegen organisierte Kriminalität?

9.-11.7.93, Universität Hamburg. - Nähere Informationen über: Kongreßarbeitsgruppe (Fb 17/02), c/o Fachschaftsplenum / Fb 17, Edmund- Siemers-Allee 1, W-2000 Hamburg 13.

Towards 2000

"Wo wird der Westen beim nächsten Mal zuschlagen?", fragt die britische Revolutionary Communist Party und bietet unter dieser Fragestellung eine Woche lang eine Fülle von Kursen und Workshops an. Eine Auswahl aus den Themen: Introduction to Marxism; Biological Politics; Race, History and Culture; The Americanisation of Europe; The Crisis of Economic Thinking; The Wild East; Africa in the New World Order.

23.-29.7.93 in London. - Programm und Anmeldung: BM RCP, London WC1N 3XX, oder telefonisch: Großbritannien 071-278 9908 (Linda McAlpine).

48. Quelldatei 47.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak355/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:355:47

Dritte Welt

Recht klare Sachbestände wie Ausbeutung und Unterwerfung verbergen sich hinter dem - allerdings eleganteren - Begriff "Strukturanpassung". - Strukturanpassungsprogramme sind das zentrale Werkzeug, um die Gesellschaften weltweit auf die eine Welt des Geldes zu trimmen. Obwohl die Abkopplung ganzer Gesellschaften von produktiven Weltzusammenhängen ihren scheinbar unaufhaltsamen Lauf nimmt, wird das Thema nur noch in Expertenseminaren abgehandelt. Einen Überblick in grundlegenden Artikeln und am Beispiel einzelner Regionen gibt die aktuelle Ausgabe der blätter des iz3w mit dem Schwerpunkt "Strukturanpassung".

blätter des iz3w. Hg. vom Informationszentrum Dritte Welt. Nr. 189 (Mai/Juni 1993), 60 S., 6 DM

Lateinamerika

Die Theologie der Befreiung, heißt es im Editorial der ila, setze bei dem Wunsch an, "daß die Niederlage nicht das Ende sei" und bei der "Suche nach einem neuen Anfang". Mit gut dreißig Seiten besteht die Hälfte der Mai-Ausgabe aus Beiträgen und Interviews zur fast ausnahmslos in Lateinamerika propagierten "Theologie der Befreiung".

ila. Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika. Nr. 165 (Mai 1993), 60 S., 7 DM

Türkei

Neben Berichten u.a. zum Krieg im ehemaligen Jugoslawien, zur Slowakei, Ruanda, Sudan und Taiwan steht im Mittelpunkt der aktuellen pogrom-Ausgabe der Konflikt zwischen türkischem Nationalismus und den Menschenrechten der kurdischen und christlichen Minderheiten.

pogrom. Zeitschrift für bedrohte Völker. Nr. 170 (April/Mai 1993), 80 S., 8 DM

Gefangene

Was weiß die Linke vom Leben Eingeknasteter? Soweit es um politische Gefangene geht: etwas. Und die anderen, die übergroße Mehrheit der "normalen" GefängnisinsassInnen? Eine unbekannte Größe. Abhilfe schaffen will der im Knast Butzbach erstellte Wendepunkt, der nunmehr in seiner dritten Ausgabe vorliegt und in der die Herausgeber (mit berechtigtem Stolz) feststellen, daß "die vorgegebene Auflage die Nachfrage nicht mehr deckt."

Wendepunkt. Nachrichtenmagazin der Gefangenen. H. 1/93. - Bezugsmöglichkeiten (natürlich unter Beilage mindestens des Rückportos) erfragen unter: Wendepunkt, Postfach 320, W-6308 Butzbach

"Euthanasie"

In einem handlichen Band versammelt sind, ausgehend von der Kritik an dem "Euthanasie"- Propagandisten Singer u.a. Beiträge zur sog. Tötungshilfe (Franz Christoph, Udo Sierck), zum Verhältnis von Humangenetik und Ethik (Hans-Jürgen Jonas, Ursula Aurien) und zu den Vorläufern und Hintergründen der neuen "Euthanasie"-Debatte (Ludger Wess).

Tödliche Ethik. Beiträge gegen Eugenik und "Euthanasie". Hg. von Theo Bruns, Ulla Penselin, Udo Sierck. Hamburg (Verlag Libertäre Assoziation) 1993, 2. erw. Aufl. 112 S., 14.80 DM

Totalitarismus

"Sich aufs Eis wagen" überschreibt Wolfgang Kraushaar in der Zeitschrift Mittelweg 36 sein "Plädoyer für eine Auseinandersetzung mit der Totalitarismustheorie". Zutreffender wäre es wohl, von "Wellenreiten" zu sprechen, liegen er und der Herausgeber der Zeitschrift, das Hamburger Institut für Sozialforschung, damit doch voll im Trend. Zeichnet sich Kraushaars Beitrag zumindest noch dadurch aus, daß er die Entwicklung der Totalitarismustheorie in einem informativen Beitrag nachzeichnet und einzelne Aspekte der Theorie diskutiert, gerät Alfons Söllner der "Totalitarismus" zur "notwendigen Denkfigur des 20. Jahrhunderts" - die

Disqualifizierung der Totalitarismustheorie durch die Neue Linke in der BRD habe "die menschenverachtende Praxis der kommunistischen Herrschaftssysteme der kritischen Wahrnehmung entzogen." Wie aus der Rubrik "Arbeitsvorhaben" (des Instituts) hervorgeht, handelt es sich bei diesen (und anderen ähnlichen) Beiträgen der Ausgabe nicht um das Hobby einzelner Autoren. Vielmehr geht es um die Lancierung eines "gemeinsamen Konferenzprojekts der Hamburger Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus und des Hamburger Instituts für Sozialforschung" unter dem Titel "Nationalsozialistische und stalinistische Herrschaft - Möglichkeiten und Grenzen des Vergleichs". Dieses Thema soll, nachdem bereits Anfang dieses Jahres "eine vorbereitende Expertenrunde (...) mit Historikern beider Fachrichtungen versucht (hat), diejenigen Aspekte und Themen ausfindig zu machen, in denen Vergleiche möglich sind, die beiderseits auf dichter empirischer Grundlage auflagern", im Sommer 1994 "eine erste Tagung" und 1995 "eine internationale Tagung" zu dieser Thematik stattfinden.

Mittelweg 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung. Nr. 2 (April/Mai 1993), 96 S., 18 DM

Arbeiterbewegung und jüdische Frage

Die jüdische Frage hat in den sozialistischen Bewegungen insbesondere seit dem Aufkommen des Zionismus eine wichtige Rolle gespielt. Waren in der Aufstiegsphase dieser Bewegungen der entschieden geführte Kampf gegen den Antisemitismus und die Integration der jüdischen Revolutionäre in die Arbeiterparteien bestimmend, wandelte sich das Bild mit dem "Sieg des Stalinismus in der Komintern". In dieser "Niedergangsphase der Arbeiterbewegung", schreibt Mario Keßler im Vorwort seiner Aufsatzsammlung zum Verhältnis von Arbeiterbewegung und jüdischer Frage im 20. Jahrhundert, "traten Solidarität und Internationalismus hinter Chauvinismus, Judenfeindschaft und die Reaktivierung eingefleischter Vorurteile zurück." Der Umstand, daß Keßler insbesondere die "Unfähigkeit des pseudokommunistischen Sowjetsystems, dringende Fragen der Menschheit in humaner Weise zu lösen", hervorhebt, scheint Ausdruck eines gewissen Nachholbedarfs zu sein: Der Autor, 1955 in Jena geboren, hat als Wissenschaftler bis zum Anschluß in der DDR gearbeitet und 1990 dort habilitiert. Gleichwohl sind, diesen Aspekt im Auge behalten, Keßlers Beiträge mit Gewinn zu lesen, zumal die (seriöse) Literatur über jüdische Arbeiterbewegung wie über Sozialismus und Judentum in deutscher Sprache (wie auch aus der beigegebenen Auswahlbibliographie zum Thema ersichtlich) äußerst spärlich ist.

Mario Keßler: Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus. Arbeiterbewegung und jüdische Frage im 20. Jahrhundert. Mainz (Decaton Verlag) 1993. 156 S., 24.- DM

49. Quelldatei 60.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak355/60.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:355:60

Spätestens seit dem massenhaften Ausbruch aggressiver Ausländerfeindlichkeit in Rostock-Lichtenhagen (August 1992) wird rassistischer Terror von den Politikern der etablierten Parteien gezielt instrumentalisiert, um die juristische und praktische Abschaffung des Asylrechts zu rechtfertigen. Das kann von den Akteuren und Schlachtenbummlern des Terrors nur im doppelten Sinn als Ermutigung verstanden werden: erstens, daß sie sachlich im Recht sind, und zweitens, daß mit ihren Methoden real etwas zu erreichen ist. Wenn nach den Verantwortlichen für die Solinger Mordnacht gesucht wird, dann ist also an erster Stelle an die Zwei-Drittel-Mehrheit der Bundestagsabgeordneten zu denken, die gerade vier Tage vorher aus rassistischer Grundhaltung oder aus schäbigstem opportunistischen Kalkül für die Beseitigung des Grundrechts auf Asyl gestimmt hatten.

Die zynisch und verlogen so titulierte "Neuregelung des Asylrechts" hat mit der im Ton bürgerlicher Rechtschaffenheit vorgetragenen Sorge über den angeblichen "massenhaften Asylmißbrauch" nicht mehr das geringste zu tun. Beseitigt wurde durch die Drittstaaten-Klausel generell jede Möglichkeit, auf irgendeinem legalen Weg in die BRD zu gelangen, um hier Schutz vor politischer, religiöser oder sexistischer Verfolgung, vor Bürgerkrieg und Zwangsrekrutierung, oder vor Armut und Perspektivlosigkeit zu finden. Sämtliche Ursachen und Motive der internationalen Migrations- und Fluchtbewegungen werden durch die "Neuregelung" gleichgestellt, nämlich insofern, daß sie nun allesamt als völlig unerheblich gelten und kein Recht auf Asyl in der BRD begründen.

Die theoretische Möglichkeit, künftig überhaupt noch in der BRD einen Asylantrag stellen zu können, wird zwangsläufig noch weit mehr als bisher mit illegalen und verschleierten Formen der Einwanderung, mit ausbeuterischen und kriminellen Formen des Menschentransports verbunden sein. Damit werden die wenigen Flüchtlingen, die in Zukunft vielleicht doch noch eine geringe Chance auf Asyl wahren können, erst recht der rassistischen Verhetzung preisgegeben.

Auf welchem moralischen und menschlichen Niveau steht ein Politiker, der angesichts dieser Perspektive davon spricht, daß sowieso die meisten Asylsuchenden auch schon vor der "Neuregelung" illegal in die BRD gekommen seien und sich also an der Lage gar nichts ändern werde, nur daß man künftig statt 450.000 vielleicht noch 250.000 Antragsteller im Jahr haben werde? (Klose im "Spiegel" 53/1992) Was soll man von selbsternannten Sozialdemokraten halten, die explizit sagen, daß sie die "Neuregelung" für verfassungswidrig halten - aber dann in den Bundestag gehen, um ihr zuzustimmen? Und die dieses bürgerlicher Rechtsauffassung hohnsprechende Verhalten damit begründen, daß die SPD sonst bei der nächsten Wahl keine Chancen haben würde und in finanzielle Schwierigkeiten geraten könnte?

Sind die Toten von Solingen ein akzeptabler Preis, um irgendeinen Idioten dazu zu bringen, statt der Republikaner doch lieber die SPD zu wählen? Und hat diese skrupellose Spekulation mit dem "Volksempfinden" überhaupt irgendeinen Realitätswert?

Seit 1990 hat der rassistische Terror in der BRD ein in der neueren deutschen Geschichte beispielloses Ausmaß angenommen. Neben gezieltem Totschlag dominiert die Brandstiftung, die immer die Möglichkeit eines Massakers beinhaltet, aber von den deutschen Gerichten in der Regel weit unterhalb des Mordversuchs behandelt wird, sofern es dabei nicht wirklich Tote gibt. Ebenfalls erheblich zugenommen hat bei Wahlen und Umfragen das Potential faschistischer Parteien und Propagandisten. Unübersehbar handelt es sich bei alldem nicht um zufällige und isolierte "Randerscheinungen", sondern um extreme Ausdrucksformen allgemeiner Veränderungen der deutschen Gesellschaft. Längst nicht jeder, der "keine Ausländer mag" oder "nur was gegen Türken hat", sympathisiert mit Brandstiftern. Aber die Welle rechtsradikaler Anschläge und Wahlerfolge ist doch ein sehr aussagekräftiger und ernstzunehmender Indikator, in welche Richtung sich seit einiger Zeit die politischen Verhältnisse in diesem Land bewegen.

Daß es hierzulande einen massiven Rechtstrend gibt, fällt den herrschenden Politikern spätestens dann auf, wenn es Einbrüche in ihr eigenes Wählerpotential gibt und das kostbare "deutsche Ansehen" Schaden nimmt. Man schien doch gerade auf dem besten Weg zu sein, über die Jahre 1933-45, insbesondere über Judenvernichtung und Aggressionskrieg, Gras wachsen zu lassen. Und nun sorgen spektakuläre Ereignisse

wie Mölln und Solingen, oder auch Wahlerfolge der Rechtsradikalen, dafür, daß man im Ausland deutsche Politik und Geschichte zunehmend wieder als Kontinuität wahrnimmt. So bietet eben das verbrecherische Taktieren mit dem profaschistischen Mob und das Aufputschen ausländerfeindlicher Stimmungen den etablierten Politikern nicht nur Vorteile.

Mit der "Asyldebatte" hat das herrschende Parteien-Trio im doppelten Sinn einen Sündenbock gefunden: Erstens eine ausgegrenzte und diskriminierte Gruppe, die man dem verblödeten "Volksempfinden" zum Fraß vorwirft, als wäre sie für die meisten oder doch wenigstens für einige wesentliche Mißstände und Fehlentwicklungen in diesem Land verantwortlich. Zweitens aber auch eine ideologische Rechtfertigung vor sich selbst, um über die vielfältigen wirklichen Ursachen der starken Rechtsentwicklung in der BRD nicht nachdenken und diskutieren zu müssen. Würde man darüber nämlich analytisch reflektieren, könnte eigentlich kein SPD-Politiker im wohlverstandenen Eigeninteresse auf den zynischen Einfall kommen, Probleme seiner Partei oder der gesellschaftlichen Gesamtentwicklung auch nur einen Moment lang dadurch lösen zu können, daß man das Asylrecht beseitigt und mit den destabilisierenden Folgen lieber die östlichen Nachbarstaaten belastet.

Unter den Faktoren, die stimmungsmäßig zur Rechtsentwicklung beitragen, kann man die Reaktionen auf "Ausländerprobleme", sofern damit wirkliche, materielle Schwierigkeiten gemeint sind (beispielsweise die Unterbringung einer tatsächlich stark gewachsenen Zahl von Flüchtlingen), zu den geringfügigsten und untergeordneten zählen. Selbst diese Reaktionen gehen jedoch weit mehr auf die Art zurück, wie die etablierten Parteien seit Jahren darüber herumjammern und -hetzen, als auf tatsächliche Auswirkungen und Konflikte. Die demagogische Rechnung der etablierten Parteien: "Weniger Ausländer, dann gibt's auch weniger Ausländerfeindlichkeit!" stellt die realen Verhältnisse teilweise direkt auf den Kopf. So resultiert beispielsweise der unverhältnismäßig hohe Anteil der Ex-DDR an rassistischen Verbrechen nicht aus einem Zuviel, sondern im Gegenteil aus einem jahrzehntelangen Zuwenig an Ausländern - unter anderem, ohne diesen Faktor für den einzigen oder den wichtigsten zu halten.

Unter den Ursachen der Rechtsentwicklung ist an erster Stelle die "deutsche Wiedervereinigung" zu nennen, die offensichtlich bei vielen geistig Anfälligen und aus unterschiedlichsten Gründen Frustrierten eine Flutwelle aggressiver Selbstüberschätzung und krimineller Energie ausgelöst hat. Gerade die oft verharmlosend betonte Tatsache, daß viele der jugendlichen Täter nicht aus organisierten neonazistischen Strukturen stammen, ist überhaupt kein Anlaß zur "Beruhigung", sondern ganz im Gegenteil: Wenn 16jährige ihren Frust und ihre Probleme mit der Umwelt so austoben, daß sie ein von TürkInnen bewohntes Haus in Brand setzen, dann sagt das über das gesamtgesellschaftliche Klima das Allerschlimmste aus.

Gefördert wird die mit der "Wiedervereinigung" einhergehende großdeutsche Bewußtseinsveränderung durch das Zusammentreffen mit einer seit Anfang der achtziger Jahre gepflegten Regierungspolitik, die unter der Parole der "Normalität" und des "Schlußstrichs unter die Vergangenheit" das Einstehen für die besondere deutsche Schuld und Verantwortung ablehnt und das Lernen aus der Geschichte verweigert.

In der Ex-DDR kommt erschwerend hinzu, daß von den "Anschlußopfern", deren Hoffnungen auf die schnelle DM total enttäuscht wurden und die sich nun in der Rolle der Bundesdeppen wiederfinden, viele gern von dem ideologischen Angebot Gebrauch machen, ihr Selbstbewußtsein durch ausländerfeindliches Denken und Reden wieder etwas aufzurichten. Die neokolonialistische Anschlußpolitik der Bundesregierung hat überdies in den "neuen Bundesländern" zu einer sozialen und geistigen Gesamtkatastrophe geführt, wie sie bisher nur als Folgewirkung von Kriegen auftrat. Es fehlt aber die Kraft und Bewußtheit, aus diesen praktisch für jeden Ostdeutschen spürbaren Tatsachen einen konsequenten kollektiven Widerstand zu entwickeln, der sich am Verursacherprinzip orientiert, statt sich aggressiv gegen die gesellschaftlich Allerschwächsten zu richten.

Zu den Ursachen der Rechtsentwicklung gehört selbstverständlich auch die "Asyldebatte", die vom herrschenden Parteien-Trio seit mehr als zehn Jahren in volksverhetzender Weise geführt wird, ohne bisher den offensichtlich gewünschten Erfolg - einen drastischen Rückgang der Flüchtlingszahl - gebracht zu haben. Die Herrschenden signalisieren also seit Jahren nicht nur, daß es ein anscheinend sehr schwerwiegendes und für den braven deutschen Steuerzahler unvollstellbar teures Problem gibt, sondern auch, daß sie selbst unfähig sind, es zu lösen. Kann es überhaupt eine noch wirkungsvollere Propaganda für rechtsradikale "Lösungsvorstellungen" und Gewaltphantasien geben?

Zweifellos gibt es unter den herrschenden Politikern und Meinungsmachern nicht viele, die einem unterschiedslosen Fremdenhaß und einer generellen "Ausländer raus"-Politik zuneigen. Daß vor allem die große Gruppe der "türkischen Mitbürger" langfristig integriert statt ausgegrenzt werden sollte, kann man wohl als Konsens aller Politiker annehmen, die sich im Rahmen bürgerlicher Rationalität bewegen. Innenpolitisch spricht dafür das Interesse, eine "Los-Angelisierung" oder gar "Jugoslawisierung" der Verhältnisse zu vermeiden. Außenpolitisch spielt der Wunsch nach guten Beziehungen zum NATO-Land Türkei eine wesentliche Rolle. Außerdem wissen die Herrschenden selbstverständlich, was es allgemein für das kostbare "deutsche Ansehen" bedeuten würde, wenn es dazu käme, daß TürkInnen massenhaft aus der BRD flüchten müßten oder hinausgedrängt würden.

Andererseits fehlt aber der Mehrheit der herrschenden Politiker immer noch die Einsicht und Bereitschaft, wenigstens die kleinen Schritte zuzulassen, die minimale Bedingungen einer Integration darstellen würden, nämlich die doppelte Staatsbürgerschaft, das kommunale Wahlrecht, und ganz allgemein die bürgerliche Gleichstellung, die eigentlich schon seit der frühkapitalistischen Aufklärung zu den primitivsten Voraussetzungen einer zivilisierten Gesellschaft gehört.

Der rassistische Terror gerade gegen TürkInnen zeigt außerdem, daß das herrschende Konzept einer differenzierten Ausländerfeindlichkeit vollständig gescheitert ist. Das faschistoide "Volksempfinden", an das die Politiker in verbrecherischer Weise appellieren, läßt sich auf die von ihnen offenbar beabsichtigte Trennung zwischen "guten" AusländerInnen einerseits und "schlechten", "unerwünschten" andererseits absolut nicht ein. Der dumpfe Fremdenhaß und die aggressive Tatbereitschaft, die man mit dem jahrelangen propagandistischen Trommelfeuer gegen "Asylantenflut", "Asylmißbrauch" und "Überfremdung" systematisch geschürt hat, lassen sich immer weniger von der immanent natürlichsten Schlußfolgerung abhalten: sich in erster Linie gegen die größte in diesem Land lebende Gruppe von AusländerInnen zu richten.

Und einmal angenommen, die "Neuregelung des Asylrechts" würde praktisch dazu führen, daß erheblich weniger Flüchtlinge in die BRD gelangen, was gar nicht hundertprozentig sicher ist: Keineswegs wäre dann eine Mäßigung der rassistischen Stimmungen die Folge, sondern verstärkt würden sich diese dann auf jene ausländischen Gruppen konzentrieren, die schon seit Jahren in der BRD leben. Da diese Gruppen, in erster Linie die TürkInnen, beginnen werden, sich zu wehren - was richtig und notwendig ist - und als eine ihrer Reaktionen eine Zunahme des eigenen militanten Nationalismus zu erwarten ist - was verständlich, aber nicht nützlich ist - sind große Konflikte vorprogrammiert.

Diese von den herrschenden Politikern und Meinungsmachern teilweise bewußt und absichtlich, teilweise aus einem verbrecherisch leichtfertigen Opportunismus vorangetriebene Entwicklung vollzieht sich in einem Kontext, der von der ernstesten Wirtschaftskrise seit Bestehen der BRD gekennzeichnet ist. Absehbar bestehen kaum Aussichten, die erst in ihren Anfängen stehende Krise mit Hilfe des Weltmarkts zu lösen. Die seit dem "Anschluß" in der Ex-DDR praktizierte Politik der flächendeckenden Entindustrialisierung ganzer Regionen, mit dem damit verbundenen totalen Verlust sozialer Sicherheit und Lebensperspektive, könnte zum "Entwicklungsmodell" auch für erhebliche Teile der alten Bundesländer werden. Das spezielle deutsche Modell der Ruhigstellung und Entpolitisierung der Bevölkerungsmehrheit scheint an einem Wende- und Bruchpunkt angelangt zu sein, vielleicht sogar am Ende seiner Funktionsfähigkeit.

Die damit einhergehende allgemeine Verunsicherung stellt einen weiteren wesentlichen Faktor für die sich ausbreitende Rechtsentwicklung dar. Selbstverständlich nicht in dem platten Sinn, daß Faschisten eigentlich fehlgeleitete Sozialfälle sind oder daß es eine "natürliche" Reaktion ist, wenn Verunsicherte sich politisch nach Rechtsaußen wenden. Daß sich die Dinge tatsächlich in dieser Weise entwickeln, hängt engstens mit der Kontinuität der Bewußtseinsstrukturen und der Verhältnisse in Deutschland zusammen. Rassismus und rechtsradikales Wahlverhalten erscheinen als eine populäre Form, Frust und Unzufriedenheit abzureagieren, ohne sich wirklich mit den herrschenden Verhältnissen anzulegen.

Die Frage ist, wieder einmal, ob dieses Land mit seinen sehr verschiedenen Menschen überhaupt noch "zu retten" ist. Wer es nach Mölln und Solingen vorschnell abschreiben will, sollte daran denken, daß erstens nicht "alle Deutschen Schweine sind" (viele Linksradikale scheinen zu glauben, daß sie die einzige Ausnahme von dieser Regel sind), und daß zweitens in diesem Land auch mehr als sechs Millionen Nicht-Deutsche leben, die hier wohl zum allergrößten Teil auch bleiben wollen. Eine antifaschistische Politik aber, die nicht wenigstens in

der langfristigen Perspektive an dem Ziel orientiert ist, relevante Teile der deutschen Bevölkerung anzusprechen und zu gewinnen, ist aussichtslos und vergeblich von vornherein.

50. Quelldatei guat.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak355/guat.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:355:guat

Guatemala

Putsch und wieder Putsch - der Staatsstreich des inzwischen ins Ausland geflohenen zivilen Staatspräsidenten Serrano ist Ausdruck der Krise, in die der Versuch des institutionalisierten Übergangs von der Militärdiktatur zu zivileren Formen der Unterdrückung geraten ist - nicht nur in Guatemala.

Seite 26

Palästina

Seit Anfang April sind Westbank und Gazastreifen hermetisch gegen Israel abgeriegelt. Palästinensische ArbeiterInnen können nicht an ihre Arbeitsplätze gelangen, die LandwirtInnen in den besetzten Gebieten ihre Produkte nicht nach Israel liefern. Der palästinensische Ökonom Adel Samara schildert die wirtschaftlichen Folgen der Abriegelung im Gazastreifen.

Seite 23

Südafrika

Noch im nachhinein befällt einen das Entsetzen: Südafrika war im Besitz der Atombombe! Das Know-how stammte aus - der BRD! Nicht auszudenken, was passiert wäre, hätten sich die Rassisten ernsthaft bedroht gefühlt. 1987 war es fast soweit: Im Krieg gegen Angola wurde ein Einsatz vorbereitet.

Seite 25

El Salvador

Die Entwicklung zweier Strömungen innerhalb der FMLN führt nun auch in konkreten politischen Situationen zu unterschiedlichem Vorgehen. Während die einen auf den Konsens mit den Herrschenden setzen, halten die anderen an der Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Umwälzung fest.

Seite 28

51. Jugoslawien:

CD-Datei: daten/aksuche/ak355/muslime.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:355:muslime

Muslime am Ende?

Gegen den Willen der Regierung in Sarajewo, der Vertreter arabischer Staaten und anderer Länder der Dritten Welt hat der UNO-Sicherheitsrat Anfang Juni beschlossen, sechs hauptsächlich von Muslimen bewohnte Städte Bosniens zu "Schutzzonen" zu erklären. Es handelt sich um Gebiete, die schon seit Monaten von serbischen Truppen eingeschlossen sind und nur noch mit Hilfe von UNO-Konvois versorgt werden können.

Warum widersprechen ausgerechnet muslimische Politiker einer Entscheidung, die angeblich Muslime unter internationalen Schutz stellt? Ihr Einwand ist, daß sich hinter dem schönklingenden Konzept eine von den Großmächten garantierte Verfestigung der heutigen Situation verbirgt, das heißt der Vertreibung der Muslime aus vielen Städten und Regionen, sowie der faktische Aufteilung von Bosnien-Herzegowina unter Serben und Kroaten.

Da die Großmächte daran festhalten, daß es in Jugoslawien keine Intervention mit Boden-Kampftruppen geben soll, ist das Wort von den "Schutzzonen" tatsächlich nur leeres Gerede. Eine Verstärkung der UNO-Bauhelme um rund 10.000 Mann ist dafür vorgesehen, aber selbst minimale Einschätzungen nehmen für eine militärische Intervention eine Mindestzahl von 100.000 Mann an. Gemeint ist mit dem Sicherheitsratsbeschluß bestenfalls die Gewährleistung eines geordneten Verlaufs der absehbar gewordenen Kapitulation der Muslime.

Steht Jugoslawien zwei Jahre nach Beginn des Bürgerkriegs vor einem Ende der Kämpfe und vor einer Neugruppierung der Kräfte?

Seite 21

52. Asylprotektorat Polen

CD-Datei: daten/aksuche/ak355/polen.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:355:polen

Als Ausdruck "deutscher Vorherrschaft" und als "Degradierung Polens zu einem Pufferstaat" wurde im polnischen Parlament die mit der neuen deutschen Asylregelung zusammenhängende und von der BRD erpreßte Verpflichtung bezeichnet, jeden Asylsuchenden, der von dem "sicheren Drittland" Polen aus in die BRD einreist, "zurückzunehmen". Die Polen zugesagten 120 Millionen DM, so ist es in dem jüngsten Abkommen geregelt, sollen vor allem dazu verwendet werden, die polnischen Grenzen technisch zu perfektionieren, d.h. Flüchtlinge aus den GUS-Staaten oder Rumänien in ihren Ländern festzuhalten, sie in Elend, Krisen und Krieg zu belassen.

Seite 7

53. Der Neorassismus der Neuen Rechten

Ideologische Modernisierung des Konservativismus

CD-Datei: daten/aksuche/ak355/rechte.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:355:rechte

Wenn sich ein rechtsextremer Theoretiker den Slogan zu eigen macht - "Liebe Ausländer, laßt uns nicht mit diesen Deutschen allein!" - reibt sich der links denkende Mensch verwundert die Augen. Bei näherem Hinsehen lösen sich die scheinbaren Unvereinbarkeiten allerdings auf. Aus neu-rechter Sicht verkörpert mancher türkische Immigrant hehre Ideale: Beharren auf kultureller Identität, Familiensinn, Vaterlandsliebe, nationale Opferbereitschaft. In Anpassung an den Zeitgeist ersetzen die Rechten das diskreditierte Wort "Rasse" durch "Kultur". Einige von ihnen versuchen gar, den Begriff der "multikulturellen Gesellschaft" von rechts her zu besetzen.

Ihr Bekenntnis zur "Gleichberechtigung der Kulturen" ist allerdings scheinheilig. "Alles läuft auf Ausschluß im Namen der Toleranz, Apartheid im Namen des Rechts auf Differenz hinaus", schreibt unser Autor, der sich detailliert mit der modernisierten Ideologie der Neuen Rechten auseinandersetzt. Ihren differentialistischen Rassismus kennzeichnet er als "das Produkt einer genauen Kenntnis des Antirassismus und seiner Widersprüche". Ausgearbeitet wurde er von der Denkfabrik GRECE der französischen Nouvelle Droite, die ihrerseits in der Tradition der deutschen "konservativen Revolutionäre" der 20er Jahre steht. Komplettiert wird das neu-rechte Weltbild durch Anleihen bei Theoretikern der Linken, namentlich Althusser und Gramsci. Von letzterem übernehmen die Rechten die Erkenntnis, daß die ideologische, die kulturelle Hegemonie der Erringung politischer Macht vorausgeht.

Seite 36

54. "Rosa Luxemburg" kritisiert Reformismus der RAF

CD-Datei: daten/aksuche/ak355/rosa.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:355:rosa

"Angst und bange" wird es der Genossin "Rosa Luxemburg", wenn sie die Stellungnahmen zur Kenntnis nimmt, mit denen die veränderte Politik der RAF begründet wird. Denn die meisten Argumente, so schreibt sie in ihrer Abhandlung, kenne sie bereits aus ihrem Kampf gegen Eduard Bernstein und anderen. Bekanntermaßen war Bernstein der theoretische Kopf der sich am Ende des vorigen Jahrhunderts in der SPD erfolgreich entwickelnden Strömung des Reformismus, welcher den Kampf um den Sozialismus für den Sankt Nimmerleinstag aufzusparen gedachte und sich statt dessen lieber den im Kapitalismus möglichen Verbesserungen widmen wollte. "Realpolitik" ist der dafür heute übliche Begriff, der im übrigen auch schon fast anderthalb Jahrhunderte auf dem Buckel hat.

Daß dies ebenfalls die letztliche Konsequenz der neueren Erklärungen der RAF, aber auch der Äußerungen von Gefangenen oder aus der autonomen Szene sein könnte, befürchtet "Rosa Luxemburg" - ein naheliegendes Pseudonym, denn in dem dem ak zur Verfügung gestellten Text wird die damalige Kritik Luxemburgs an Bernstein ausführlich wiedergegeben und mit der aktuellen Diskussion um die RAF konfrontiert. Wir veröffentlichen die erste Hälfte des "Offenen Briefes von Rosa Luxemburg an die RAF, die RZ sowie die autonome und antiimperialistische Bewegung" ab S. 33

55. Quelldatei solingen.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak355/solingen.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:355:solingen

<B>P9.5B>Das Mordattentat von Solingen hat innerhalb von wenigen Tagen bewiesen, was des empirischen Beweises keinesfalls bedurfte, sondern logisch vorhersehbar war und von vielen KritikerInnen der "neuen Asylgesetzgebung" warnend vorausgesagt worden war: Die vier Tage vor dem Mord vom Bundestag beschlossene Totalabschottung der BRD gegen Flüchtlinge nimmt den Ausländerfeinden nicht "den Wind aus den Segeln", wie Politiker immer wieder gern formulierten.

Jeder Versuch, Ausländerfeindlichkeit und andere Formen faschistischer Politisierung in der BRD mit den speziellen Problemen der Zuwanderung von Asylsuchenden in einen ursächlichen Zusammenhang zu bringen, ist von vornherein demagogisch und geht völlig am Wesen der Sache vorbei. Wer so argumentiert, gesteht den Mordbrennern und Totschlägern zu, daß sie eigentlich etwas Richtiges wollen, aber sich nur in der Wahl der Mittel sehr vergriffen haben. Wenn deutsche Jugendliche türkische Familien angreifen, die zum Teil schon vor ihrer eigenen Geburt in die BRD eingewandert sind, dann hat das eben mit "Asylantenflut" und "Asylmißbrauch" nicht das allergeringste zu tun, sondern zeigt generellen Haß gegen Nicht-Deutsche. Hinzu kommt eine unglaublich niedrige Hemmschwelle gegenüber der Vernichtung von Menschenleben, die auf ein allgemeines Versagen pädagogischer und sozialer Strukturen in diesem Land hinweist.

Fortsetzung auf Seite 4

Spätestens seit dem massenhaften Ausbruch aggressiver Ausländerfeindlichkeit in Rostock-Lichtenhagen (August 1992) wird rassistischer Terror von den Politikern der etablierten Parteien gezielt instrumentalisiert, um die juristische und praktische Abschaffung des Asylrechts zu rechtfertigen. Das kann von den Akteuren und Schlachtenbummlern des Terrors nur im doppelten Sinn als Ermutigung verstanden werden: erstens, daß sie sachlich im Recht sind, und zweitens, daß mit ihren Methoden real etwas zu erreichen ist. Wenn nach den Verantwortlichen für die Solinger Mordnacht gesucht wird, dann ist also an erster Stelle an die Zwei-Drittel-Mehrheit der Bundestagsabgeordneten zu denken, die gerade vier Tage vorher aus rassistischer Grundhaltung oder aus schäbigstem opportunistischen Kalkül für die Beseitigung des Grundrechts auf Asyl gestimmt hatten.

Die zynisch und verlogen so titulierte "Neuregelung des Asylrechts" hat mit der im Ton bürgerlicher Rechtschaffenheit vorgetragenen Sorge über den angeblichen "massenhaften Asylmißbrauch" nicht mehr das geringste zu tun. Beseitigt wurde durch die Drittstaaten-Klausel generell jede Möglichkeit, auf irgendeinem legalen Weg in die BRD zu gelangen, um hier Schutz vor politischer, religiöser oder sexistischer Verfolgung, vor Bürgerkrieg und Zwangsrekrutierung, oder vor Armut und Perspektivlosigkeit zu finden. Sämtliche Ursachen und Motive der internationalen Migrations- und Fluchtbewegungen werden durch die "Neuregelung" gleichgestellt, nämlich insofern, daß sie nun allesamt als völlig unerheblich gelten und kein Recht auf Asyl in der BRD begründen.

Die theoretische Möglichkeit, künftig überhaupt noch in der BRD einen Asylantrag stellen zu können, wird zwangsläufig noch weit mehr als bisher mit illegalen und verschleierten Formen der Einwanderung, mit ausbeuterischen und kriminellen Formen des Menschentransports verbunden sein. Damit werden die wenigen Flüchtlingen, die in Zukunft vielleicht doch noch eine geringe Chance auf Asyl wahren können, erst recht der rassistischen Verhetzung preisgegeben.

Auf welchem moralischen und menschlichen Niveau steht ein Politiker, der angesichts dieser Perspektive davon spricht, daß sowieso die meisten Asylsuchenden auch schon vor der "Neuregelung" illegal in die BRD gekommen seien und sich also an der Lage gar nichts ändern werde, nur daß man künftig statt 450.000 vielleicht noch 250.000 Antragsteller im Jahr haben werde? (Klose im "Spiegel" 53/1992) Was soll man von selbsternannten Sozialdemokraten halten, die explizit sagen, daß sie die "Neuregelung" für verfassungswidrig halten - aber dann in den Bundestag gehen, um ihr zuzustimmen? Und die dieses bürgerlicher Rechtsauffassung hohnsprechende Verhalten damit begründen, daß die SPD sonst bei der nächsten Wahl keine Chancen haben würde und in finanzielle Schwierigkeiten geraten könnte?

Sind die Toten von Solingen ein akzeptabler Preis, um irgendeinen Idioten dazu zu bringen, statt der Republikaner doch lieber die SPD zu wählen? Und hat diese skrupellose Spekulation mit dem "Volksempfinden" überhaupt irgendeinen Realitätswert?

Seit 1990 hat der rassistische Terror in der BRD ein in der neueren deutschen Geschichte beispielloses Ausmaß angenommen. Neben gezieltem Totschlag dominiert die Brandstiftung, die immer die Möglichkeit eines Massakers beinhaltet, aber von den deutschen Gerichten in der Regel weit unterhalb des Mordversuchs behandelt wird, sofern es dabei nicht wirklich Tote gibt. Ebenfalls erheblich zugenommen hat bei Wahlen und Umfragen das Potential faschistischer Parteien und Propagandisten. Unübersehbar handelt es sich bei alldem nicht um zufällige und isolierte "Randerscheinungen", sondern um extreme Ausdrucksformen allgemeiner Veränderungen der deutschen Gesellschaft. Längst nicht jeder, der "keine Ausländer mag" oder "nur was gegen Türken hat", sympathisiert mit Brandstiftern. Aber die Welle rechtsradikaler Anschläge und Wahlerfolge ist doch ein sehr aussagekräftiger und ernstzunehmender Indikator, in welche Richtung sich seit einiger Zeit die politischen Verhältnisse in diesem Land bewegen.

Daß es hierzulande einen massiven Rechtstrend gibt, fällt den herrschenden Politikern spätestens dann auf, wenn es Einbrüche in ihr eigenes Wählerpotential gibt und das kostbare "deutsche Ansehen" Schaden nimmt. Man schien doch gerade auf dem besten Weg zu sein, über die Jahre 1933-45, insbesondere über Judenvernichtung und Aggressionskrieg, Gras wachsen zu lassen. Und nun sorgen spektakuläre Ereignisse wie Mölln und Solingen, oder auch Wahlerfolge der Rechtsradikalen, dafür, daß man im Ausland deutsche Politik und Geschichte zunehmend wieder als Kontinuität wahrnimmt. So bietet eben das verbrecherische Taktieren mit dem profaschistischen Mob und das Aufputschen ausländerfeindlicher Stimmungen den etablierten Politikern nicht nur Vorteile.

Mit der "Asyldebatte" hat das herrschende Parteien-Trio im doppelten Sinn einen Sündenbock gefunden: Erstens eine ausgegrenzte und diskriminierte Gruppe, die man dem verblödeten "Volksempfinden" zum Fraß vorwirft, als wäre sie für die meisten oder doch wenigstens für einige wesentliche Mißstände und Fehlentwicklungen in diesem Land verantwortlich. Zweitens aber auch eine ideologische Rechtfertigung vor sich selbst, um über die vielfältigen wirklichen Ursachen der starken Rechtsentwicklung in der BRD nicht nachdenken und diskutieren zu müssen. Würde man darüber nämlich analytisch reflektieren, könnte eigentlich kein SPD-Politiker im wohlverstandenen Eigeninteresse auf den zynischen Einfall kommen, Probleme seiner Partei oder der gesellschaftlichen Gesamtentwicklung auch nur einen Moment lang dadurch lösen zu können, daß man das Asylrecht beseitigt und mit den destabilisierenden Folgen lieber die östlichen Nachbarstaaten belastet.

Unter den Faktoren, die stimmungsmäßig zur Rechtsentwicklung beitragen, kann man die Reaktionen auf "Ausländerprobleme", sofern damit wirkliche, materielle Schwierigkeiten gemeint sind (beispielsweise die Unterbringung einer tatsächlich stark gewachsenen Zahl von Flüchtlingen), zu den geringfügigsten und untergeordneten zählen. Selbst diese Reaktionen gehen jedoch weit mehr auf die Art zurück, wie die etablierten Parteien seit Jahren darüber herumjammern und -hetzen, als auf tatsächliche Auswirkungen und Konflikte. Die demagogische Rechnung der etablierten Parteien: "Weniger Ausländer, dann gibt's auch weniger Ausländerfeindlichkeit!" stellt die realen Verhältnisse teilweise direkt auf den Kopf. So resultiert beispielsweise der unverhältnismäßig hohe Anteil der Ex-DDR an rassistischen Verbrechen nicht aus einem "Zuviel", sondern im Gegenteil aus einem jahrzehntelangen Zuwenig an Ausländern - unter anderem, ohne diesen Faktor für den einzigen oder den wichtigsten zu halten.

Unter den Ursachen der Rechtsentwicklung ist an erster Stelle die "deutsche Wiedervereinigung" zu nennen, die offensichtlich bei vielen geistig Anfälligen und aus unterschiedlichsten Gründen Frustrierten eine Flutwelle aggressiver Selbstüberschätzung und krimineller Energie ausgelöst hat. Gerade die oft verharmlosend betonte Tatsache, daß viele der jugendlichen Täter nicht aus organisierten neonazistischen Strukturen stammen, ist überhaupt kein Anlaß zur "Beruhigung", sondern ganz im Gegenteil: Wenn 16jährige ihren Frust und ihre Probleme mit der Umwelt so austoben, daß sie ein von TürkInnen bewohntes Haus in Brand setzen, dann sagt das über das gesamtgesellschaftliche Klima das Allerschlimmste aus.

Gefördert wird die mit der "Wiedervereinigung" einhergehende großdeutsche Bewußtseinsveränderung durch das Zusammentreffen mit einer seit Anfang der achtziger Jahre gepflegten Regierungspolitik, die unter der

Parole der "Normalität" und des "Schlußstrichs unter die Vergangenheit" das Einstehen zur besonderen deutschen Schuld und Verantwortung ablehnt und das Lernen aus der Geschichte verweigert.

In der Ex-DDR kommt erschwerend hinzu, daß von den "Anschlußopfern", deren Hoffnungen auf die schnelle DM total enttäuscht wurden und die sich nun in der Rolle der Bundesdeppen wiederfinden, viele gern von dem ideologischen Angebot Gebrauch machen, ihr Selbstbewußtsein durch ausländerfeindliches Denken und Reden wieder etwas aufzurichten. Die neokolonialistische Anschlußpolitik der Bundesregierung hat überdies in den "neuen Bundesländern" zu einer sozialen und geistigen Gesamtkatastrophe geführt, wie sie bisher nur als Folgewirkung von Kriegen auftrat. Es fehlt aber die Kraft und Bewußtheit, aus diesen praktisch für jeden Ostdeutschen spürbaren Tatsachen einen konsequenten kollektiven Widerstand zu entwickeln, der sich am Verursacherprinzip orientiert, statt sich aggressiv gegen die gesellschaftlich allerschwächsten zu richten.

Zu den Ursachen der Rechtsentwicklung gehört selbstverständlich auch die "Asyldebatte", die vom herrschenden Parteien-Trio seit mehr als zehn Jahren in volksverhetzender Weise geführt wird, ohne bisher den offensichtlich gewünschten Erfolg - einen drastischen Rückgang der Flüchtlingszahl - gebracht zu haben. Die Herrschenden signalisieren also seit Jahren nicht nur, daß es ein anscheinend sehr schwerwiegendes und für den braven deutschen Steuerzahler unvollstellbar teures Problem gibt, sondern auch, daß sie selbst unfähig sind, es zu lösen. Kann es überhaupt eine noch wirkungsvollere Propaganda für rechtsradikale "Lösungsvorstellungen" und Gewaltphantasien geben?

Zweifellos gibt es unter den herrschenden Politikern und Meinungsmachern nicht viele, die einem unterschiedslosen Fremdenhaß und einer generellen "Ausländer raus"-Politik zuneigen. Daß vor allem die große Gruppe der "türkischen Mitbürger" langfristig integriert statt ausgegrenzt werden sollte, kann man wohl als Konsens aller Politiker annehmen, die sich im Rahmen bürgerlicher Rationalität bewegen. Innenpolitisch spricht dafür das Interesse, eine "Los-Angelisierung" oder gar "Jugoslawisierung" der Verhältnisse zu vermeiden. Außenpolitisch spielt der Wunsch nach guten Beziehungen zum NATO-Land Türkei eine wesentliche Rolle. Außerdem wissen die Herrschenden selbstverständlich, was es allgemein für das kostbare "deutsche Ansehen" bedeuten würde, wenn es dazu käme, daß TürkInnen massenhaft aus der BRD flüchten müßten oder hinausgedrängt würden.

Andererseits fehlt aber der Mehrheit der herrschenden Politiker immer noch die Einsicht und Bereitschaft, wenigstens die kleinen Schritte zuzulassen, die minimale Bedingungen einer Integration darstellen würden, nämlich die doppelte Staatsbürgerschaft, das kommunale Wahlrecht, und ganz allgemein die bürgerliche Gleichstellung, die eigentlich schon seit der frühkapitalistischen Aufklärung zu den primitivsten Voraussetzungen einer zivilisierten Gesellschaft gehört.

Der rassistische Terror gerade gegen TürkInnen zeigt außerdem, daß das herrschende Konzept einer differenzierten Ausländerfeindlichkeit vollständig gescheitert ist. Das faschistoide "Volksempfinden", an das die Politiker in verbrecherischer Weise appellieren, läßt sich auf die von ihnen offenbar beabsichtigte Trennung zwischen "guten" AusländerInnen einerseits und "schlechten", "unerwünschten" andererseits absolut nicht ein. Der dumpfe Fremdenhaß und die aggressive Tatbereitschaft, die man mit dem jahrelangen propagandistischen Trommelfeuer gegen "Asylantenflut", "Asylmißbrauch" und "Überfremdung" systematisch geschürt hat, lassen sich immer weniger von der immanent natürlichsten Schlußfolgerung abhalten: sich in erster Linie gegen die größte in diesem Land lebende Gruppe von AusländerInnen zu richten.

Und einmal angenommen, die "Neuregelung des Asylrechts" würde praktisch dazu führen, daß erheblich weniger Flüchtlinge in die BRD gelangen, was gar nicht hundertprozentig sicher ist: Keineswegs wäre dann eine Mäßigung der rassistischen Stimmungen die Folge, sondern verstärkt würden sich diese dann auf jene ausländischen Gruppen konzentrieren, die schon seit Jahren in der BRD leben. Da diese Gruppen, in erster Linie die TürkInnen, beginnen werden, sich zu wehren - was richtig und notwendig ist - und als eine ihrer Reaktionen eine Zunahme des eigenen militanten Nationalismus zu erwarten ist - was verständlich, aber nicht nützlich ist - sind große Konflikte vorprogrammiert.

Diese von den herrschenden Politikern und Meinungsmachern teilweise bewußt und absichtlich, teilweise aus einem verbrecherisch leichtfertigen Opportunismus vorangetriebene Entwicklung vollzieht sich in einem Kontext, der von der ernstesten Wirtschaftskrise seit Bestehen der BRD gekennzeichnet ist. Absehbar bestehen kaum Aussichten, die erst in ihren Anfängen stehende Krise mit Hilfe des Weltmarkts zu lösen. Die

seit dem "Anschluß" in der Ex-DDR praktizierte Politik der flächendeckenden Entindustrialisierung ganzer Regionen, mit dem damit verbundenen totalen Verlust sozialer Sicherheit und Lebensperspektive, könnte zum "Entwicklungsmodell" auch für erhebliche Teile der alten Bundesländer werden. Das spezielle deutsche Modell der Ruhigstellung und Entpolitisierung der Bevölkerungsmehrheit scheint an einem Wende- und Bruchpunkt angelangt zu sein, vielleicht sogar am Ende seiner Funktionsfähigkeit.

Die damit einhergehende allgemeine Verunsicherung stellt einen weiteren wesentlichen Faktor für die sich ausbreitende Rechtsentwicklung dar. Selbstverständlich nicht in dem platten Sinn, daß Faschisten eigentlich fehlgeleitete Sozialfälle sind oder daß es eine "natürliche" Reaktion ist, wenn Verunsicherte sich politisch nach Rechtsaußen wenden. Daß sich die Dinge tatsächlich in dieser Weise entwickeln, hängt engstens mit der Kontinuität der Bewußtseinsstrukturen und der Verhältnisse in Deutschland zusammen. Rassismus und rechtsradikales Wahlverhalten erscheinen als eine populäre Form, Frust und Unzufriedenheit abzureagieren, ohne sich wirklich mit den herrschenden Verhältnissen anzulegen.

Die Frage ist, wieder einmal, ob dieses Land mit seinen sehr verschiedenen Menschen überhaupt noch "zu retten" ist. Wer es nach Mölln und Solingen vorschnell abschreiben will, sollte daran denken, daß erstens nicht "alle Deutschen Schweine sind" (viele Linksradikale scheinen zu glauben, daß sie die einzige Ausnahme von dieser Regel sind), und daß zweitens in diesem Land auch mehr als sechs Millionen Nicht-Deutsche leben, die hier wohl zum allergrößten Teil auch bleiben wollen. Eine antifaschistische Politik aber, die nicht wenigstens in der langfristigen Perspektive an dem Ziel orientiert ist, relevante Teile der deutschen Bevölkerung anzusprechen und zu gewinnen, ist aussichtslos und vergeblich von vornherein.